

NG

*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von*
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

2

1984
31. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 885 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts-Druck, 5300 Bonn 3

Redaktionsbeirat:
Bruno Friedrich
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 7,— DM, Jahresabonnement 57,— DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 13
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

„Dumm und töricht“ hat Bundeskanzler Kohl die gewerkschaftliche Forderung nach der 35-Stunden-Woche genannt. Nun wird man ihm wohl kein Unrecht tun, wenn man meint, auch über dieses Thema habe er weniger nachgedacht, sondern es vielmehr erfüllt. Und ganz so unrecht – von der wirtschaftspolitischen Linie seiner Regierung mit den Herren Lambsdorff und Stoltenberg unter eifriger Assistenz der Wirtschafts- und Gesellschafts-„theoretiker“ Albrecht und George her gesehen – hat er wohl nicht, sieht man einmal von bislang unüblichen Verbalisierungen ab: Dem Vorsitz einer Regierung, die sich so eindeutig, bis ins Arbeits- und Sozialministerium hinein, auf die Interessen der Unternehmer festgelegt hat wie diese, muß der Versuch, die vorhandene bezahlte Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, wirklich wie eine feindliche Strategie erscheinen.

Diskutiert wird vor allem die ökonomische Sinnhaftigkeit der 35-Stunden-Woche in allen Varianten und mit den unterschiedlichsten Ergebnissen, die nur allzu häufig mindestens auch aus der Interessenlage und dem politischen Standort des Analytikers zu erklären sind. Aber hinter dieser Frage verbirgt sich ja noch einiges mehr. Denn spätestens mit ihrem Tabukatalog haben die Unternehmer die Machtfrage gegenüber den Gewerkschaften gestellt, für deren verschärfte Erneuerung die Diskussion um die 35-Stunden-Woche ihnen nun gerade der rechte Anlaß zu sein scheint. Der Zeitpunkt ist klug gewählt und mit der katastrophalen Arbeitsmarktlage und der Wenderregierung im Rücken glauben die Arbeitgeberverbände, der gewerkschaftlichen Kraft gewachsen zu sein, denn – so ihre Kalkulation – mit dem Schicksal von zweieinhalb Millionen Arbeitslosen vor Augen sinkt die Kampfbereitschaft der Kollegen. Das Ziel ist klar und geht weit über die Verhinderung der 35-Stunden-Woche hinaus: Das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften, zwischen Kapital und Arbeit soll zugunsten des Kapitals und damit auf Kosten der Arbeitnehmer verschoben werden. Es soll das entstehen, was Hans Janßen, Mitglied des Geschäftsführenden IG Metall-Vorstandes, in diesem Heft die „autoritäre Leistungsgesellschaft“ nennt.

Gelingt es der Kapitaleseite, mit Hilfe der Diskussion um die 35-Stunden-Woche dieses Ziel zu verschleiern, die Gewerkschaften entscheidend zu schlagen und ihre Führungen in den Augen ihrer Mitglieder zu demütigen, dann wäre dies ein Sieg der falschen Seite – mit verheerenden Folgen für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Unter den gegebenen Umständen (eine Zahl von 2,5 Millionen Arbeitslosen mit steigender Tendenz; ein Bundeswirtschaftsminister, der offensichtlich immer lusterner nach den Instrumenten im Museum für Frühkapitalismus blickt; ein Finanzminister, dessen politischer Ehrgeiz sich ausschließlich auf das eher theoretische Thema „Staatsverschuldung“ richtet, bei einer immer spürbarer werdenden Krise der sozialen Sicherungssysteme) wird die organisierte Arbeiterbewegung nicht nur eine Niederlage im über 135jährigen Kampf um Arbeitszeitverkürzung erleiden, sondern auch wesentlich schwächer sein als zuvor. Die dialektische Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital aber ist eines der wichtigsten Fundamente unserer Gesellschaft und notwendige Voraussetzung für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Man wird einwenden, so tumb und altväterlich seien die Herren an den Hebeln der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland des Jahres 1984 nicht mehr. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg müßten sie doch gelehrt haben, daß es auch für ihre Geschäfte besser sei, wenn die Interessen der Arbeitnehmer sich durchsetzen könnten. Eine solche der Logik folgende Überlegung verkennt aber, daß auch der moderne, gebremste Kapitalismus, materialistisch wie er naturgemäß ist, in erster Linie kurzfristige Interessen hat; sein Motto heißt „Gewinnmitnahme“.

Die Schlußfolgerung hieraus kann für die Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und für ihre Organisation, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, nur bedeuten, alle Anstrengungen und Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, um eine deutliche Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Und es ist nicht ironisch gemeint, wenn hinzugefügt wird, daß dies auch den gesamtwirtschaftlichen Interessen entspricht.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
102	Dietrich Stobbe	Außenpolitische Kontinuität – ein deutscher Wunschtraum?
		Thema: Arbeit und Arbeitszeitverkürzung
110	Hans-Jürgen Krupp	Perspektiven der Beschäftigungsentwicklung
114	Uwe Jens	Konzeptionelle Überlegungen zur Wirtschaftspolitik
119	Oswald von Nell-Breuning	Die Enzyklika „Laborem exercens“ und ihre Bedeutung für die Arbeitswelt
123	Karl Kautsky	Die Krise des Kapitalismus und die Verkürzung der Arbeitszeit
129	Günter Döding	Ohne Arbeitszeitverkürzung kein Weg aus der Krise
134	Hans Janßen	„35-Stunden-Woche“ oder autoritäre Leistungsgesellschaft
137	Siegfried Bleicher	Gewerkschaften und Rationalisierung – Erfahrungen und Strategien
142	Claus J. Tully	Rationalisierung, technischer Wandel und psychische Belastungen
147	Manfred Pusch/ Hans-Jürgen Uhl/ Klaus Volkert	Qualitätszirkel, Werkstattkreise, Aktionskreise
151	Wilhelm Adamy/ Johannes Steffen	Sozialer Abstieg durch Arbeitslosigkeit – Vom Arbeitnehmer zum Sozialhilfeempfänger
156	Ronald Schettkat	Öffentliche Haushalte und Arbeitszeitverkürzung – Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der 35-Stunden-Woche
159	Rudl Mewa	Optimismus ist Feigheit
162	Anke Martiny	Schwester, zur Sonne, zur Freiheit
168	Inge Wettig- Danielmeyer	10 Jahre Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen – Kontinuität sozialistischer Frauenarbeit
174	Gustav Auernheimer	Aufstand der österreichischen Arbeiter – zum 50. Jahrestag der Februarkämpfe 1934
170	Karl-Heinz Reuband/ Pavel Uttlitz	Wer hat die Mehrheit? Nachrüstung und Friedensbewegung in der öffentlichen Meinung
		Berichte aus europäischen Ländern
182	Frankreich	Hartes Jahr für Mitterrand
183	Griechenland	Prüfsteine und Stolpersteine
185	Großbritannien	Im Zeichen Orwells
186	Irland	Zwei Weihnachtskrisen
188	Niederlande	Auseinandersetzungen über Umfang der Arbeitszeitverkürzung
189		Leserbrief
190		Kritik



Dietrich Stobbe: Außenpolitische Kontinuität – ein deutscher Wunschtraum?

Der Diplom-Politologe Dietrich Stobbe, Jahrgang 1938, war 14 Jahre Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus und ist jetzt Mitglied des Deutschen Bundestages. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin (1977–1981) war für die Friedrich-Ebert-Stiftung 1981/82 in New York.

Die teilweise lärmende und vordergründige Debatte um die Raketenstationierung hat ihren Kern, nämlich die Frage nach unseren außenpolitischen Hauptinteressen und ihrer Gemeinsamkeit mit denen unserer NATO-Partner, insbesondere denen der Vereinigten Staaten, zeitweise zudeckt. Die Diskussion über unseren künftigen außenpolitischen Kurs ist aber dringend geboten. Sie bedarf der offenen Worte, der Solidarität und gewiß auch des Mutigen zur Kreativität.

Bundesaußenminister Genscher wollte Kreativität demonstrieren, als er im Zusammenhang mit der Stationierung der ersten Mittelstreckenraketen geradezu beschwörend die vielen Möglichkeiten künftiger Kooperationen mit der Sowjetunion beschrieb. Aber sein Grundsatzartikel: „Wie geht es nach Beginn der Nachrüstung weiter?“ läßt Solidität und Offenheit vermissen, da er schlichtweg verschweigt, daß die gegenwärtige Administration der Vereinigten Staaten die Kooperation mit der Sowjetunion drei Jahre lang eben nicht zum Hauptansatzpunkt ihrer Außenpolitik gemacht hat.

Die in der Rede von Präsident Reagan am 16. 1. 1984 gezeigte Bereitschaft, mit der Sowjetunion aus der Position neugewonnener amerikanischer Stärke heraus nun in einen ernsthaften und konstruktiven Dialog einzutreten, kommt spät und liegt so dicht am Beginn des amerikanischen

Wahlkampfes, daß es fraglich scheint, ob die von Genscher geforderte Entspannungserneuerung weltpolitisch eine Chance erhält. Dennoch: Auf das von Reagan endlich wieder herausgehobene gemeinsame Interesse der USA und der Sowjetunion, Krieg zu vermeiden, abzurüsten, in Konfliktregionen zusammenzuarbeiten und generell bessere Arbeitsbeziehungen zu entwickeln, hat Europa lange gewartet.

Wenn Genschers Entspannungsforderungen mehr bedeuten sollen als die bloße Wiederholung wohlvertrauter Vokabeln zur Beruhigung einer aufgebracht deutschen Öffentlichkeit, dann muß diese Bundesregierung nach Westen gerichtete mutige Beiträge liefern, die Präsident Reagan beim Wort nehmen und endlich jene unterschiedlichen Weltansichten auszudiskutieren helfen, welche die „grand strategy“ der Allianz seit längerem aushöhlen. Dabei könnte die Bundesregierung davon ausgehen, daß die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine zentrale Rolle im aufkommenden amerikanischen Wahlkampf spielen wird. Die jüngst geäußerte, höchst gewichtige Kritik von Averell Harriman an der Außenpolitik der derzeitigen Administration wird kein Einzelfall bleiben. In der Bundesrepublik wird angesichts dieser amerikanischen Debatte dann auch deutlicher werden als bisher, wie sehr ein Großteil der Diskussionen hierzulande ihre amerikanische Entsprechung hat – und wie falsch und billig es ist, oppositionelle Grundsatzpositionen hierzulande als „anti-amerikanisch“ abzutun, die in der amerikanischen Debatte selbst einen überragenden Stellenwert haben.

Die Harmel-Formel von 1967: „Sicherheit gleich ausreichende militärische Stärke zur Verteidigung plus Entspannung“ bleibt, bezogen auf eine sinnvolle Behandlung des Ost-West-Konfliktes, weiterhin die außen- und sicherheitspolitische Richtschnur, gerade für die Bundesrepublik Deutschland.

Dabei bleibt für uns die Erkenntnis von zentraler Bedeutung, daß die bundesrepublikanische Ostpolitik ohne die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zur Kooperation mit der anderen Weltmacht, der Sowjetunion, nicht möglich gewesen wäre. Wir waren in den späten 60er und frühen 70er Jahren in einer glücklichen Situation: Amerika und Westeuropa hatten eine breite Basis des gemeinsamen Willens zur außenpolitischen Innovation, die ihren Kern in der Vorstellung ein-

ner weltpolitischen Supermächte-Parität hatte. Heute läßt sich nicht mehr wegretuschieren, daß diese Übereinstimmung durch den langandauernden Prozeß der Auflösung amerikanischer Entspannungspolitik ins Wanken geraten ist und durch eine Grundsatzrede des amerikanischen Präsidenten zum Ost-West-Verhältnis allein auch nicht restauriert werden kann.

Im transatlantischen Dialog dieser Tage ist es deshalb dringend geboten, daß Europäer und Amerikaner aufarbeiten, was der Verlust der einst gemeinsamen Überzeugung von der Notwendigkeit zur Supermächte-Kooperation auf der Grundlage der Parität für die politische Strategie des Bündnisses bedeutet. Wir müssen uns allerdings mehr als bisher vor Augen halten, daß es seit dem Harmel-Bericht viele Krisen gegeben hat, die sich zwar außerhalb der Gebiete beider Bündnissysteme ereigneten, jedoch auf das Ost-West-Verhältnis äußerst negativ zurückwirkten. Im transatlantischen Dialog dieser Tage ist es deshalb auch dringend geboten, daß Europäer und Amerikaner das Problem der Rückwirkung solcher Krisen auf das Ost-West-Verhältnis gemeinsam so aufarbeiten, daß die im Harmel-Bericht genannten politischen Ziele auch in Drucksituationen aufrechterhalten bleiben und gleichzeitig Lösungen für diese Krisen gefunden werden, die beide Seiten im Bündnis tragen können.

Unsere Forderung nach Rückkehr zur Harmel-Formel müßte sich aber wie das Pfeifen im Walde anhören, wenn es nicht gelänge, durch Einbeziehung der neugeschaffenen weltpolitischen Fakten dem westlichen Entspannungskonzept wieder eine Grundlage zu geben.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme ist erforderlich, welche die Faktoren einbezieht, die die Supermächtekooperation sprengten. Für die Zukunft des Bündnisses ist es dabei von entscheidender Bedeutung, daß die Westeuropäer einen genügend starken Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik entwickeln, der im rapiden weltpolitischen Wandel Entspannungskontinuität ermöglicht und verhindert, daß sie zu einem deutschen Wunschtraum wird.

Amerikanischer Wandel: Von der Parität zur Superiorität

Kennedys Blick in den Abgrund und das Entdecken eines gemeinsamen Interesses der Supermächte

In der heutigen transatlantischen Diskussion sollten die Amerikaner nie übersehen, wie sehr

der Kalte Krieg für uns Deutsche mit der schmerzlichen Erkenntnis verbunden war, daß trotz Superiorität der USA, trotz „containment“ und „roll back“ am Status quo in Europa nicht zu rütteln war. Beide Berlinkrisen, am Anfang und Ende jener Phase, vor allem der Bau der Mauer 1961, stehen hierfür als Symbol. Das heutige Amerika sollte aus eigenem Interesse die gemeinsame Nachkriegserfahrung mit den Deutschen nicht einfach wegwischen, daß Konfrontation nicht öffnet, sondern zur Vermauerung führt.

Der „Blick in den Abgrund“ während der Kuba-Krise verdeutlichte beiden Supermächten die Notwendigkeit zu wirksamen Ost-West-Arrangements auf der Grundlage des Status quo. Damals wurde ins Zentrum des Bewußtseins der Menschheit gerückt, daß die Ausschaltung einer möglichen nuklearen Auseinandersetzung nicht nur zum wichtigsten politischen Ziel überhaupt, sondern auch zu einem gemeinsamen Ziel der Supermächte geworden war. Die Schlußfolgerung aus dem Zwang zur Akzeptanz des Status quo (Berlin) und dem beiden Supermächten gemeinsamen Interesse am Überleben (Kuba) zog Kennedy, indem er in der „strategy of peace“ seine Philosophie der Entspannung entwickelte.

In der heutigen transatlantischen Auseinandersetzung haben die Deutschen ein Recht darauf, Präsident Reagan daran zu erinnern, wie sehr es gerade gemeinsame Krisenerfahrungen waren, die uns zur Erkenntnis gelangen ließen, daß Konfrontation an den Abgrund führt, Interessenausgleich mit der Sowjetunion unverzichtbar für das Überleben ist.

Kissinger — Frieden durch Parität und Interdependenz

Kann man in dieser Diskussion vergessen, daß es gerade das Amerika der konservativ-pragmatischen Präsidenten Nixon und Ford war, welches die Maxime entwickelte, wonach ein Überleben der einen Führungsmacht gegen die des anderen ideologischen Lagers nicht mehr möglich ist? Es wurde doch Amerikas Hauptthese, daß ein Arrangement mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Parität notwendig ist. Kissingers Détente setzte auf gemeinsame Interessen mit der Sowjetunion, enthielt Elemente der Kooperation, aber auch der Konkurrenz und versuchte den „Hauptrivalen“ wie auch die anderen Hauptakteure der Weltbühne in eine organische Struktur friedenssichernder Interdependenz einzubinden. Kissin-

ger: „Die Herausforderung unserer Zeit besteht darin, die Realität der Konkurrenz mit dem Imperativ der Koexistenz zu vereinbaren.“

Das Amerika von heute beklagt den Entspannungsgeismus der Europäer, vergißt aber, daß es seine eigenen Administrationen waren, welche die Weltformel von der Supermächte-Kooperation entwickelten und gerade dem geteilten europäischen Kontinent als Rettung anboten. Gewiß, Kissinger hatte dem Krenl ein Geschäft angeboten: dem gleichberechtigten Verhältnis mit den Vereinigten Staaten und der Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle, auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet sollte als Preis sowjetische Kooperationsbereitschaft und eine bewußte Zurückhaltung beim Versuch, den sowjetischen Machtbereich auszudehnen, gegenüberstehen. Fortschritte in der Entwicklung einer kooperativen Struktur zwischen den unterschiedlichen Systemen sollten ständig mit dem internationalen Wohlverhalten der Sowjetunion verknüpft sein.

Aber diese Konzeption enthält eben keinen Hinweis darauf, daß einmal geschaffene Strukturen der Entspannung in Europa den Konfrontationen in „outside-area“-Krisen geopfert werden sollten – und dies aus gutem Grund. Denn die Teilbarkeit der Entspannung war schließlich eine ihrer Geburtsbedingungen (Vietnam).

Der amerikanische Vorwurf im transatlantischen Dialog, die Europäer hätten die Kissingerische Globalformel unzulässig auf europäische Dimensionen verkürzt, verdeckt nur den wirklichen Dissens, um den es damals wie heute geht: daß nämlich die Europäer sowjetisches Vorgehen in der Dritten Welt teilweise anders bewerten als die Amerikaner, vor allen Dingen aber von den Amerikanern erwarten, daß weltpolitische Gegenmaßnahmen gemeinsam mit den Europäern so konzipiert werden, daß die Akzeptanz der Parität zwischen den beiden Supermächten nicht in Frage gestellt und daß die geschaffenen Entspannungsstrukturen in Europa auf keinen Fall geopfert werden.

Für die heutige transatlantische Diskussion läßt sich trotzdem festhalten, daß das Kissingerische Weltkonzept der Machtkonstellation in Europa und den Interessen der Europäer mehr gerecht wurde als jede andere amerikanische Außenpolitik nach dem Kriege. Alle Fortschritte in der Regulierung des Ost-West-Konfliktes stammen aus dieser Phase.

Reagan – Vormachtdenken für den welthistorischen Sieg des amerikanischen Modells

Was kann der konservative Ideologe Reagan ins Feld führen, um den konservativen Pragmatiker Kissinger zu widerlegen? Kissingers Détente scheiterte, als die amerikanische Außenpolitik durch Prozesse innenpolitischen Wandels, die neben Vietnam und Watergate auch durch die Perzeption sowjetischen Verhaltens in der Dritten Welt maßgeblich beeinflusst waren, reideologisiert wurde. Zwar sah Kissinger sich spätestens seit 1974 einer ständig anwachsenden Kritik der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber, die ein moralisches Vakuum im Zentrum der amerikanischen Außenpolitik beklagte und sich dabei auf jene idealistische Tradition amerikanischer Außenpolitik berief, die aus den Wurzeln des „Manifest destiny“ kam. Aber erst als diese Strömungen (z. B. die Menschenrechtspolitik) in den Jahren Präsident Carters sein nüchternes Konzept der Entspannung so stark beschädigt hatten, daß die amerikanische Außenpolitik von einer Sackgasse in die andere geriet und das kooperative Verhältnis zur Sowjetunion nicht mehr ausgebaut werden konnte, kam es zu jenem Stimmungsumschwung, der dem Kandidaten Reagan mit seinem ideologischen Konzept des „Amerika No. 1“ auf einer Woge nationaler Frustration eine Chance eröffnete.

Es ist dieses Sendungsbewußtsein, aus dem heraus sich eine Außenpolitik entwickelte, die nicht mehr die Akzeptanz der Weltmächte-Parität zur Grundlage ihres Handelns machte, sondern die Revitalisierung des ideologischen Konfliktes und die Wiedergewinnung militärischer und ökonomischer Vormacht gegenüber der Sowjetunion, und zwar weltweit. Kennzeichen in dieser Politik wurden im Ost-West-Verhältnis konfrontatives Verhalten und Sanktionismus, in der Dritten Welt die Unterstützung antidemokratischer, aber eben antikomunistischer Systeme und in Zentralamerika Interventionismus, in der Sicherheitspolitik die partielle Umwandlung von Kriegsverhinderungs- zu neuen Kriegsführungsstrategien, in der Bündnispolitik ein Hang zum Unilateralismus.

Den nachdenklichen Amerikanern ist verständlich, daß solch drastischer Wandel, der vorausgegangene Erfahrungen schlichtweg unberücksichtigt läßt, in Deutschland Schocks auslösen mußte. Deshalb, weil die Deutschen – durch bitterste Erfahrungen zur Respektierung des Sta-

tus quo gelangt – die außenpolitischen Fundamente ihrer Existenz gefährdet sehen mußten, weil der offene Wettkampf um Weltvormacht wieder zu entbrennen schien. Was konnte schon besser werden durch ein solches Konzept, wenn, wie erlebt, bei klarer amerikanischer nuklearer Vormacht zu Zeiten des Kalten Krieges die Teilung des europäischen Kontinents nicht aufgehoben werden konnte?

Und überhaupt: Die Perzeption der Sowjetunion als einem militärisch zwar mächtigen, ideologisch und wirtschaftlich aber schwachen und unattraktiven Riesen, wurde sie nicht von den Ideologen in Washington mit der friedensgefährdenden Vorstellung verbunden, daß sein Zusammenbrechen beschleunigt werden könnte? Entspannungsbefürworter ziehen aus derselben Perzeption der Sowjetunion andere Schlüsse. Sie gehen von der Notwendigkeit aus, bewußte Destabilisierungen des Kommunismus zu vermeiden, um unberechenbare Kurzschlußhandlungen auszuschließen. Die Vorstellungen der Konfrontationsstrategen, man könne durch Druck von außen in der Sowjetunion Prozesse auslösen, die auf direktem Wege zur „Befreiung“ führen, erscheinen den Entspannungsbefürwortern als Mißperzeption der anderen Weltmacht in System und Psychologie.

Ob die von Präsident Reagan in seiner Grundsatzzrede vom 16. 1. 1984 ausgegebene Lösung von der „gläubwürdigen Abschreckung“ und dem „friedlichen Wettbewerb“ wirklich zu einer Wende im Verhältnis der Supermächte zueinander führt, wird davon abhängig sein, ob die Sowjetunion nach drei Jahren Konfrontation zur Neuaufnahme des Dialogs bereit ist. Für den Frieden in der Welt wäre dies gewiß wünschenswert. Ein dickes Fragezeichen aber ist erlaubt.

Deutscher Wandel: Von genutzten Handlungsspielräumen zur kümmerlichen Anpassung Brandt – Bewegung durch Anerkennung des Status quo

Man muß daran erinnern, wie sehr die Bundesrepublik in die Isolation geraten war, als in den 60er Jahren die Weltpolitik nach den Erfahrungen der Berlin- und Kubakrise auf Entspannung umstellte, während deutsche Bundesregierungen noch von der Durchsetzung der Wiedervereinigung redeten. Es ist das historische Verdienst von Willy Brandt und der sozial-liberalen Koalition, daß sie ihre neue Ostpolitik auf der Akzeptanz der

politischen Realitäten in Europa aufbauten und somit den deutschen „Sonderkonflikt Wiedervereinigung“ mit der Sowjetunion einem Modus vivendi zuführten.

Kann man in der heutigen transatlantischen Debatte wirklich übersehen, welche unerhörten Kraftanstrengungen in der Bundesrepublik vonnöten waren, um durch die Anerkennung der politischen Realitäten einen auch heute noch unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit in Europa zu leisten? Haben wir damit nicht in ganz entschiedenem Maße gerade amerikanischen Einsichten über die Alternativlosigkeit zur friedlichen Konfliktregulierung Rechnung getragen? Die deutsche Ostpolitik im Rahmen der Supermächte-Kooperation hat doch bewirkt, in Europa Strukturen einer friedlichen Nachbarschaft zu schaffen, die Vorstufen einer europäischen Friedensordnung sein können. Deshalb kann die amerikanische Administration auch nicht erwarten, daß die Bundesrepublik Deutschland Beiträge dazu liefert, den damals auch von Amerika als richtig erkannten Ansatz wieder zu zerstören, ohne daß es hiergegen entschiedene Opposition gibt.

Weil beide Eckpfeiler deutscher Außenpolitik – Westbindung und Ostpolitik – in Übereinstimmung mit der westlichen Führungsmacht aufgestellt wurden, rühren viele Verwirrungen in der heutigen transatlantischen Debatte daher, daß die jetzige amerikanische Außenpolitik verwirft, was frühere Administrationen als richtig erkannten. Dabei wird im Amerika von heute viel zu sehr übersehen, daß am Anfang der deutschen Entspannungspolitik der Wunsch nach friedlicher Veränderung stand. Brandt und Bahr bauten auf der Grundlage der Akzeptanz des Status quo Spannungen in Europa ab und einen Modus vivendi mit den Staaten des Ostblocks auf. Der dadurch geschaffene Übergang von konfrontativen zu kooperativen Verhaltensformen, ganz im Sinne der damaligen amerikanischen Linie, stellte eine Veränderung der Qualität der internationalen Umwelt und somit auch eine Überwindung des Status quo dar. Die Bundesrepublik akzeptierte sozusagen den Status quo, um ihn zu überwinden, wobei dieses Prinzip seine Grenze in der Beharrung auf dem territorialen Status quo finden mußte.

Deshalb ist der Vorwurf, den wir Deutsche in der heutigen transatlantischen Debatte von amerikanischer Seite häufig genug hören, unsere Politik gegenüber den Regierungen des Ostblocks las-

se moralische Prinzipien außer acht, völlig unhistorisch. Er verkennt die Bedeutung des „peaceful change“-Prinzips und unsere belegbare deutsche Erfahrung, daß dieser realistische und zugleich reformistische Ansatz zu mehr konkreten, für die Menschen in der DDR und in Osteuropa greifbaren Ergebnissen geführt hat als jene Außenpolitik der konservativen Ideologen, die zwar bombastische Rhetorik, aber keine Instrumente friedlichen Wandels anzubieten hat.

Schmidt – Von gewonnener Stärke zu neuen Abhängigkeiten

Helmut Schmidt übernahm eine Bundesrepublik, die zu einer selbstbewußten, aufsteigenden Mittelmacht geworden war. Die Grundlagen dieser Mittelmacht waren Westbindung und Modus vivendi mit der Sowjetunion in der Wiedervereinigungsfrage und ökonomische Stärke. Helmut Schmidt hat in hervorragender Weise durch eine sehr persönliche Mischung von Konzeptionskraft und Krisenmanagement diese Grundlagen der Bundesrepublik kraftvoll weiterentwickelt.

Sein Problem war von Anfang an, daß sich die Entspannung zwischen den Weltmächten mehr und mehr auf den Salt II-Prozeß verkürzte, während alle anderen Elemente einem erwachenden amerikanischen Idealismus und Irrealismus zum Opfer fielen, der besonders stark durch eine eklante Fehleinschätzung direkter Einwirkungsmöglichkeiten des Westens auf die Entwicklung der Systeme in Osteuropa und in der Sowjetunion selbst gekennzeichnet war. Die Kanzlerschaft des Atlantikers Schmidt ist tragischerweise dadurch geprägt, daß die Übereinstimmung mit der westlichen Führungsmacht in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik durch das zunehmende Ausbrechen der Vereinigten Staaten aus der gemeinsamen Strategie ständig geringer wurde. Diese Kluft wuchs zusätzlich durch das bis heute nicht gelöste Problem, wie der Westen auf Krisen in der Dritten Welt reagieren soll, soweit sie auf den Entspannungsprozeß zurückwirken. Schmidt war durchaus bereit, zur Lösung von solchen Krisen gemeinsam mit oder auch unabhängig von den Amerikanern erhebliche diplomatische und wirtschaftliche Beiträge zu liefern. Aber er lehnte es ab, die Ergebnisse der Entspannung in Europa zur Disposition zu stellen. Fest steht, daß Helmut Schmidt maßgeblich dazu beigetragen hat, daß Westeuropa nicht zum Instrument amerikanischer Außenpolitik wurde.

Kohl – Anpassung, praktiziert und zelebriert

In der heutigen transatlantischen Debatte sollte begriffen werden, daß die Ängste vieler Deutscher deshalb aufbrechen, weil sie miterleben, wie sich die Regierung Kohl das globale amerikanische Leitseil überwerfen und dabei jene gebotene Courage zur Eigenständigkeit vermissen läßt, die unter Helmut Schmidt vorhanden war, um die Entspannung in Europa einigermaßen lebensfähig zu erhalten.

Die guten alten Zeiten der Entspannung sind durch lautes Rufen und Fordern aber nicht zurückzuholen. Die im Westen entstandenen Brüche existieren und müssen überwunden werden. Insofern erfordert die Situation von allen politischen Kräften in der Bundesrepublik die Bereitschaft, über Neues ernsthaft nachzudenken. Sicher aber ist, daß eine neue Einheit im westlichen Handeln – wenn überhaupt – nur geschaffen werden kann, wenn die Bundesrepublik und ihre europäischen Partner ein Optimum an Eigengewicht in den transatlantischen Dialog einbringen. Dies ist mit praktizierter und geradezu zelebrierter Anpassung an das heutige amerikanische Vormachtdenken, das mit Kontinuität nichts gemein hat, nicht zu machen.

Optionen für die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik: national, europäisch oder atlantisch-global?

**Neue nationale Träume von „links“:
genauso illusionär wie die alten Wiedervereinigungsvorstellungen?**

Es wurde in den Vereinigten Staaten zum Teil mit Erschrecken registriert, daß der „nationale Traum“ der Deutschen plötzlich neue Schubkraft entwickelt, diesmal aus dem linken Spektrum kommend, nach neuer deutscher „Identität“ in Europa suchend. Zeugnisse dieser Identitätssuche finden sich in beiden deutschen Staaten – verstreut und vereinzelte zwar, aber doch viel beachtet – im Protestantismus, bei vielen Künstlern und Intellektuellen, in verschiedenen Friedensgruppen, in der Sozialdemokratie. Auch in der neuen Bundesregierung denken einzelne in Bahnen einer deutsch-deutschen „Verantwortungsgemeinschaft“.

Dieses Denken stellt nicht den Wunsch nach staatlicher Wiedervereinigung in den Vordergrund, sondern vielmehr einen angesichts unserer Lage verständlichen und letztlich nicht überraschenden „Zwei-Staaten-Patriotismus“, der

sich von der Distanzierung zu den jeweiligen Führungsmächten neue Handlungsspielräume verspricht. Allerdings: Die Entspannung, deren gewissermaßen eigenständige deutsche Fortführung hier proklamiert wird, läßt sich glaubwürdig auf Dauer nicht unabhängig von Supermächten vorstellen, die gegeneinander Konfrontation betreiben.

Wir Deutsche dürfen auch nie vergessen, daß jede Regung deutschen Nationalbewußtseins, auch die zurückhaltendste, im Ausland mit größtem Unbehagen registriert wird. Schließlich dreht sich die Ost-West-Politik seit 1945 darum, die europäische Mitte zu kontrollieren. Deshalb ist ja gerade unsere entscheidende Nachkriegserfahrung, daß es isolierte deutsche Lösungen nicht gibt. Die einzigen wirklichen Fortschritte in der deutschen Frage gab es bezeichnenderweise im Rahmen der Supermächte-Kooperation, seit deren Verfall wurde nur fortgeschrieben. Eine „deutsch-deutsche Entente“ als eine Art Geheimbund hat deswegen keine Chance. Fortschritte in der deutschen Frage kann es nur geben, wenn beide deutschen Staaten die Fähigkeit behalten oder erwerben, erfolgreich auf ihre jeweilige Vormacht in Richtung auf weltpolitische Kooperation einzuwirken. Dies geht nicht durch Ausstieg aus, sondern nur durch Verbleiben im jeweiligen Bündnis.

Den Zwei-Staaten-Patriotismus in solcher Intensität gibt es erst, seit die Entspannung in Frage gestellt ist. In der transatlantischen Diskussion von heute ist es wichtig, den Amerikanern klar zu machen, daß die neue deutsche Identitätssuche aufs engste mit der konfrontativen Vormachtpolitik der Reagan-Administration verknüpft, in vielem eine direkte Folge von ihr ist. Und daß dieser Trend zum deutsch-deutschen Denken „an den Vormächten vorbei“ sich in dem Maße verstärken wird, in dem die Vereinigten Staaten mit dazu beitragen, gewachsene Entspannungsstrukturen in Europa in Frage zu stellen.

Die Europäisierung Europas: ein unhistorisches Modell?

Ähnliches läßt sich über die Europäisierung Europas sagen. Ja, das Europa der Vaterländer gibt es, diesseits und jenseits der politischen Trennungslinien, und ihr Wunsch, in ständigem Austausch miteinander zu leben, ist eine starke Kraft auch angesichts zunehmender Konfrontation zwischen den Weltmächten. Aber der Traum

von einer autonomen europäischen Entspannung, übersieht er nicht jene elementarste europäische Tatsache, daß beide Weltmächte bis an die Zähne bewaffnet an der Elbe stehen, auch und gerade starke Eigeninteressen verteidigend? Liegt nicht genau hier die Grenze dieses Denkmodells? Ist die „Europäisierung Europas“ nicht unhistorisch in dem Sinne, daß darin die Konsequenzen aus dem Zweiten Weltkrieg negiert, indem die Interessen der Weltmächte in Europa unterbewertet werden?

Denn eine europäische Entspannung „an den Weltmächten vorbei“, weil diese in anderen Teilen der Welt mit ihrer Rivalität beschäftigt seien, verkennt, wie sehr die USA und vor allem die Sowjetunion ihr militärisches, wirtschaftliches und ihr politisches Engagement in Europa zur Begründung ihrer Weltmachtstellung bedurften und bedürfen – zumindest so lange, wie die jeweils andere Seite in ihrem „Besitzstand“ verharrt. Deshalb gilt auch hier, daß Neuland für die „Europäisierung Europas“ nur gewonnen werden kann, wenn es den Europäern innerhalb ihrer Bündnisse gelingt, ihre jeweiligen Vormächte vom Nutzen einer neuen Weltmächtekooperation zu überzeugen. Für die westliche Debatte bedeutet diese Erkenntnis, daß eine Bereitschaft der USA, zur Supermächtekooperation zurückzukehren, wenn nicht aus erneutem inneramerikanischen Wandel erwachsend, von einem einigen Westeuropa geradezu erkämpft werden müßte. Auf einen solchen Prozeß richten sich heute viele Hoffnungen in Europa.

Atlantisches Bündnis – neue Balance durch Bildung eines europäischen Widerlagers?

Die Hoffnungen auf ein einiges Westeuropa sollten von der realistischen Erkenntnis begleitet sein, daß bis jetzt trotz Verfalls der Weltmächtekooperation und der daraus resultierenden augenscheinlichen Gefahren für den geteilten Kontinent die Herausbildung einer europäischen Außenpolitik, die sich als westeuropäisches Widerlager im Bündnis versteht, nur unvollkommen gelang. Das Wissen um die nationalen Egoismen der Westeuropäer im Bündnis darf jedoch nicht daran hindern, den im Begriff des Widerlagers enthaltenen Grundgedanken einer konzertierten Einbringung westeuropäischer Interessen in eine jetzt überfällige Diskussionsrunde auszuloten. Die Verständigung über außenpolitische Gemeinsamkeiten der Europäer im Bündnis muß

Vorrang haben vor Entscheidungen über alternative militärische Strategien. Der Primat der Politik muß wieder sichtbar werden, sonst blieben Debatten über neue Militärstrategien bodenlos.

Der gegenwärtige Trend zeigt uns – wie könnte es anders sein zwischen unterschiedlichen Kontinenten, Staaten, Erfahrungen und Kulturen –, daß es auch unterschiedliche politische Interessen Westeuropas und der Vereinigten Staaten gibt:

▷ Während beide weiterhin eine Weltvormachtstellung der Sowjetunion gemeinsam verhindern wollen, hat Westeuropa aber auch kein Interesse an dem gefährlichen Versuch der Rückgewinnung der Weltvormachtstellung der USA. Die westeuropäischen Staaten müssen ihre Hoffnungen vielmehr auf eine globale Friedensordnung setzen, die ihr Fundament in der Gleichberechtigung und dem Gleichgewicht beider Supermächte hat. In dieser Gemeinsamkeit liegt ein starkes Argumentationspotential der Westeuropäer gegenüber den Vereinigten Staaten.

▷ Während die Vereinigten Staaten dazu neigen, die Strukturen der Entspannung im Wettbewerb der Supermächte zur Disposition zu stellen, muß es ein gemeinsames Bestreben der Europäer bleiben, die gebauten Brücken der Verständigung zu erhalten und auszubauen. Auch in dieser Gemeinsamkeit liegt eine große Stärke, die Europa im Bündnis konfliktfähig machen kann.

▷ Gewachsene Ost-West-Strukturen in Handel und Wirtschaft können beide weltpolitischen Lager voneinander abhängig machen und so friedensichernd wirken. Schon jetzt kann ihr Anteil an der Sicherheit Westeuropas nicht geleugnet werden. Wirtschaftliche Ost-West-Beziehungen können unsere Arbeitsplätze sichern helfen, sind andererseits aber auch ein wichtiges Exelixier, an dem die schwachen Volkswirtschaften des Kommunismus interessiert sind. Der „Pipeline-deal“ war hier ein eklatantes Beispiel westeuropäischer Einigkeit gegenüber den USA.

▷ Die westeuropäischen Bündnismitglieder perceive die Sowjetunion offensichtlich anders als die derzeitige amerikanische Regierung. Für West-Europa ist die Sowjetunion eine Status quo-Macht geworden, darauf bedacht, ihren Besitzstand in Europa zu halten. Zu weiterer Expansion in Europa fehlt der Sowjetunion aus heimlicher und verschwiegener Einsicht in die eigenen ideologischen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten das Interesse. Die Perzeption der Sowjetunion als einer Status quo-Macht in Europa verleiht den

Westeuropäern in der Diskussion mit den Amerikanern Kraft, weil sie auf konkrete Erfahrungen des funktionierenden Interessenausgleiches verweisen können.

Diese Punkte zeigen, daß eine erneute Anstrengung der Europäer im Bündnis unverzichtbar ist, um die Amerikaner zu einem neuen Ansatz der Supermächte-Kooperation zu bringen. Die jetzt praktizierte Anpassung wird dem notwendigen Austragen dieses Konfliktes nicht gerecht. Wenn der Außenminister der Bundesrepublik den Schulteranschlag zwischen Amerikanern und Europäern fordert und dies mit der Feststellung verbindet, daß „die militärische Koppelung in eine feste politische Koppelung“ umgesetzt werden müsse, dann sind wir weit heruntergekommen im Bündnis, weil der Primat der Politik untergegangen und die militärische Strategie die politische zu definieren scheint.

Ein selbstbewußtes Europa muß und kann bessere Argumente ins Feld führen, um sich einen starken Einfluß auf die Neudefinition der politischen Strategie des Bündnisses zu erkämpfen. Dabei sollten die Westeuropäer bereit sein, über ihre eigenen, unmittelbaren Belange im Sinne einer positiven Einflußnahme auf das Weltgeschehen hinauszugehen. Es bietet sich an, daß sie ihre relativ breite gemeinsame Basis in der Dritten Welt-Politik kraftvoll ausbauen. Dieses diene den Interessen der Dritten Welt, könnte indirekt aber auch zu einer positiven Rückwirkung auf das Ost-West-Verhältnis führen. Die Westeuropäer würden durch eine neue Entschiedenheit in diesen Fragen in Amerika verdeutlichen, daß zuallererst Hunger und Elend, nicht Moskau hinter den zahlreichen Konflikten und Unruhen auf der südlichen Erdhalbkugel stecken. Anders ausgedrückt: Eine europäische Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die ideologische Prismen für die Analyse der Probleme entschieden ablehnt und hierüber den Streit mit Washington eben nicht scheut, könnte mithelfen, in den Vereinigten Staaten selbst jene Fehlperzeption der Sowjetunion abzubauen, die jetzt die Außenpolitik der Reagan-Administration so intensiv beeinflußt. Die Bundesregierung muß damit rechnen, daß eine sensibilisierte Öffentlichkeit in der Bundesrepublik das Einschwenken auf den Reagan-Kurs, das sich auch in diesem Feld der Außenpolitik (siehe: Südliches Afrika und Zentralamerika) feststellen läßt, mit Nachdruck kritisieren und politischen Widerstand entgegensetzen wird.

Europäische Eigenständigkeit in der Politik gegenüber der Dritten Welt schließt jedoch Gemeinsamkeit in der Lagebeurteilung mit den USA in bestimmten Konfliktfällen keineswegs aus. Käme es im Falle einer krisenhaften Zuspitzung in einer Region außerhalb Europas zu einer gemeinsamen amerikanisch-europäischen Lagebeurteilung, so dürften die Westeuropäer die Kosten und Risiken einer Konfliktbeilegung nicht alleine den Amerikanern überantworten, sondern müßten sich vielmehr dann an ihnen beteiligen, wenn es sich um einen echten Beitrag zum Frieden handelt. Entscheidend wäre, daß der Bereitschaft zu einem solchen gemeinsamen Engagement mit den Amerikanern der Verzicht der USA folgen müßte, Westeuropa als Druckinstrument im Ost-West-Konflikt einsetzen zu wollen, die Entspannungzone Europa gewissermaßen zu einer neuen Front aufzubauen, wie dies nach Afghanistan ja versucht wurde.

Es geht darum, das europäische Entspannungsmodell nicht aufs Spiel zu setzen, sondern gerade angesichts einer außereuropäischen Krise als Vorbild für friedliche Konfliktregulierung aktiv zu fördern und, wenn möglich, sogar zu exportieren.

Wenn wir für Europa Entspannung erhalten wollen, dann müssen wir sie uns durch größere westeuropäische Eigenständigkeit im Bündnis erkämpfen. Dies geht nicht durch regional immer begrenzte Modelle des politischen Denkens, die Harmonie durch ein „Sich-Zurückziehen in

Schneckenhäuser“ erreichen wollen und damit einer gefährlichen Selbsttäuschung unterliegen. Vielmehr sind eine Ausweitung unseres Denkens und eine Bewußtwerdung unserer außereuropäischen Interessen dringend geboten. Auch dadurch können wir im Bündnis zu einem Faktor werden, der seine Interessen bei der Weiterentwicklung der „Grand Strategy“ erfolgreich einbringt.

Wenn wir nicht wollen, daß Europa wieder zu einer heißen Zone der Weltpolitik wird, dann ist die Kontinuität der Entspannung nur durch einen Wandel im Bündnis zu erreichen, bei dem die Westeuropäer sich weltpolitisch nicht zurückziehen, sondern aktiv werden. Sie haben bei der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa eine große Chance, Positionen gemeinsam zu entwickeln und vorzutragen. Überhaupt kann diese Konferenz dazu dienen, abgerissene Verbindungslinien zwischen Ost und West durch behutsame Diplomatie wieder anzuknüpfen, obwohl Skepsis geboten ist, ob dies nach den Jahren verschütteter Ost-West-Beziehungen schnell möglich ist. Der große Gedanke der Sicherheitspartnerschaft aber wäre wertlos, wenn Westeuropa nicht erfolgreich auf eine weltpolitische Konstellation hinzuwirken vermöchte, in der die Kooperation zwischen den Großmächten im Interesse des Weltfriedens wieder die zentrale Rolle spielt.



Diese Zeichnung hat Pablo Picasso amnesty international gewidmet

amnesty international
hilft
helfen Sie
amnesty international

Spendenkonto:

Bank: BKD Duisburg BLZ: 350 601 90 Konto-Nr. 30 000
Postscheckamt Köln Konto-Nr. 224046-502 BLZ 870 100 50
Verwendungszweck (8111): - - - -



Arbeit/ Arbeitszeit

Hans-Jürgen Krupp: Perspektiven der Beschäftigungsentwicklung

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die nun schon seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß sich die Diskussion um Ursachen und Lösungschancen der Beschäftigungskrise immer mehr verengt. Einseitige Erklärungsansätze und Patentrezepte beherrschen die Szene, der Vielschichtigkeit des hier liegenden mittelfristigen Problems wird unzulänglich Rechnung getragen. Das Verständnis für den Strukturwandel, in dem wir uns befinden, ist kaum entwickelt, einfache Tatsachen werden nicht zur Kenntnis genommen.

Zu den vergessenen Tatsachen zählt die Beschäftigungsentwicklung der Jahre 1977 bis 1980. In diesem Zeitraum gab es eine Beschäftigungszunahme von etwa 1 Million Personen. Dies ist ein Beleg dafür, daß auf Strukturwandel gerichtete, gesamtwirtschaftliche Beschäftigungspolitik, wie sie in diesen Jahren betrieben wurde, erfolgreich sein kann. Um die Größenordnung zu veranschaulichen, sei darauf hingewiesen, daß die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche selbst unter optimistischen Annahmen bestenfalls einen Beschäftigungseffekt in dieser Höhe erbringen kann. Einen Beleg für die Erfolgchancen einer beschäftigungswirksamen expansiven Politik bietet im übrigen der Erfolg der amerikanischen Wirtschaftspolitik im Jahre 1983, so fragwürdig diese Politik auch in anderer Hinsicht sein mag.

Gesamtwirtschaftlich ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nach wie vor gut. In nominaler Rechnung sind die Marktanteile der deutschen Exporteure sogar gestiegen, und dies trotz der steigenden Konkurrenz aus Japan und den Schwellenländern. Zu dieser Tatsache paßt nicht die These, daß es zu hohe Löhne

oder zu hohe Kosten insgesamt seien, die die Beschäftigungsschwierigkeiten herbeigeführt haben. Diese These wird im übrigen auch durch die im internationalen Vergleich niedrige Zunahme der Lohnstückkosten widerlegt. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft bereitet aus strukturellen Gründen Sorgen. Bei zukunftssträchtigen Gütern ist unsere Position relativ schwach. Dies ist aber eine Frage mangelnder Innovation.

Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ist in den letzten Jahren rückläufig. Dies ist in einer Periode schwachen Wirtschaftswachstums auch nicht überraschend. Es bedeutet, daß in den letzten Jahren die Freisetzung von Arbeitskräften durch den technischen Fortschritt nicht größer, sondern kleiner geworden ist. Der weit verbreitete Eindruck, daß eine rapide technische Entwicklung immer mehr Menschen freigesetzt habe, ist also sachlich nicht richtig. Die Modernisierung der Wirtschaft ist durch die schlechte Wirtschaftslage eher behindert worden. In den 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden durch technischen Fortschritt mehr Menschen freigesetzt, diese Freisetzungen wurden aber ausgeglichen durch neue Produktionen, mehr Beschäftigung im öffentlichen Dienst und mehr Export. Das Ausmaß der Beschäftigungskrise ergibt sich daraus, daß diese Ausgleichsmöglichkeiten für die technisch bedingten Freisetzungen nicht mehr vorhanden sind.

Schließlich darf auch die Entwicklung der Zahl der Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, nicht übersehen werden. Die starken Geburtenjahrgänge der Vergangenheit, aber auch der zunehmende Wunsch von Frauen, erwerbstätig zu werden, haben dazu geführt, daß in den letzten Jahren die Zahl der Erwerbspersonen von Jahr zu Jahr um 150 000 bis 250 000 Personen zunahm. Erst in jüngster Zeit gibt es an dieser Stelle eine Entlastung, von der man nicht wissen kann, ob sie dauerhaft ist. Offenkundig beruht sie einerseits auf einer stärkeren Rückwanderung von Ausländern, andererseits auf einer Abkehr resignierter Menschen vom Arbeitsmarkt.

Perspektiven der weiteren Entwicklung der Beschäftigung

Von entscheidender Bedeutung sind und bleiben die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Bei aller Diskussion zwischen Angebots- und Nachfragepolitik darf nicht vergessen wer-

den, daß eine ausreichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage Vorbedingung für eine befriedigende Beschäftigungsentwicklung ist. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen dies erneut, auch im internationalen Vergleich. Auch wenn man anerkennt, daß eine Konsolidierung öffentlicher Haushalte unvermeidbar ist, kommt es auf das Tempo und den Umfang dieser Konsolidierung an. Nur ein maßvoller Kurs der Konsolidierung, der im übrigen von einer Geldpolitik begleitet werden muß, die die Finanzierung des notwendigen Wachstums erlaubt, kann hier weiterhelfen. Auch die Einkommenspolitik ist in diese Überlegungen einzubeziehen, ihre Nachfrageeffekte sind freilich in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel relativ gering. Die mangelnde Abstimmung von Geld-, Finanz- und Einkommenspolitik sowie ihr prozyklisches, den Abschwung bzw. die Überhitzung verstärkendes Verhalten haben in der Vergangenheit zu den Beschäftigungsschwierigkeiten wesentlich beigetragen. Auch für die Zukunft gilt, daß Beschäftigungssicherung ohne die Herstellung angemessener gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht zu erwarten ist.

Strukturelle Probleme werden Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiter begleiten. Auch für ihre Lösung ist eine Wirtschaftspolitik, die den Nachfrages Gesichtspunkten neben den Angebots Gesichtspunkten ausreichend Beachtung schenkt, notwendig. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen deutlich: Strukturwandel ist sehr viel einfacher in einer wachsenden Wirtschaft zu bewältigen als in einer stagnierenden. Strukturelle Probleme werden durch gesamtwirtschaftliche Schwächeperioden verstärkt, durch Aufschwungsperioden gemildert. In jeder gesamtwirtschaftlich bedingten Rezession gehen Arbeitsplätze verloren. Ein Teil dieser Arbeitsplätze wird nicht wieder ersetzt werden können. In der Rezession ist aber auch die Einführung neuer Produkte und neuer Verfahren schwierig. Das Risiko des Scheiterns ist größer als normal. Die strukturelle Lücke auf dem Arbeitsmarkt wird größer, da mehr Arbeitsplätze als im normalen Strukturwandel entfallen und weniger neugeschaffen werden. Insofern hängen konjunkturelle und strukturelle Gesichtspunkte eng zusammen.

Die Beschäftigung in der Industrie wird abnehmen

Diskutiert man die strukturellen Gesichtspunkte des Arbeitsmarkts, muß man sich zu-

nächst die Frage stellen, wie denn ausreichende Beschäftigung für alle in der Zukunft vorstellbar sei. Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, wenn man die in mittelfristiger Sicht nach wie vor erheblichen Produktivitätsfortschritte betrachtet, die es in vielen Zweigen der industriellen Fertigung gibt und die sicher im Rahmen der technischen Entwicklung – es sei nur an die Mikroelektronik erinnert – eher zunehmen werden.

Ihren Niederschlag hat die Diskussion dieser Fragen in der These gefunden, daß der Industriegesellschaft die Arbeit ausgehe. Aber ist dies wirklich so? Gibt es nicht nach wie vor genügend Tätigkeiten, für die zu arbeiten es sich lohnt? Wie kann man sich die Entwicklung unseres Beschäftigungssystems in der Zukunft vorstellen?

Es ist wenig wahrscheinlich, daß unsere Beschäftigungsprobleme allein in der Produktion industrieller Güter gelöst werden können. Das Volumen von sinnvoll konsumierbaren sachlichen Konsumgütern ist begrenzt. Es mag sein, daß zwei Fernsehgeräte einmal zur Standardausrüstung eines Haushalts gehören werden, es mag sein, daß neue Produkte wie Heimcomputer oder Videorecorder in Zukunft in nahezu jedem Haushalt zu finden sein werden – wahrscheinlich ist dies übrigens nicht. Auf jeden Fall werden auch diese Produkte mit immer weniger Menschen produziert werden. Selbst wenn die Arbeitszeit der hier arbeitenden Menschen reduziert wird, ist nicht zu erwarten, daß das bisherige Beschäftigungsvolumen aufrechterhalten werden kann. Die nicht unerheblichen Produktivitätssteigerungen in diesem Sektor werden sich übrigens auch in einer Verbilligung der hier hergestellten Produkte niederschlagen. Relativ gesehen wird ein kleinerer Teil des Haushaltseinkommens benötigt werden, um sachliche Industriegüter zu kaufen. Im Trend müssen wir also damit rechnen, daß die Beschäftigung in der Industrie abnimmt und daß der Anteil des Einkommens, der für den Kauf von Industriegütern benötigt wird, zurückgeht. Es mag sein, daß diese Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland durch eine weitere Ausweitung unseres Exports verlangsamt wird. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Gesamttrend dadurch verändert werden kann.

Historisch ist eine derartige Entwicklung nicht neu, genausowenig wie die Diskussionen, die sich darum ranken. Es gab einmal eine Zeit, wo nahezu die gesamte Produktion zur Ernährung der Menschen verwendet wurde. Als dann Handwerk

und Gewerbe im Umfang zunehmen, entspann sich eine ernsthafte Diskussion über die Frage, ob eine derartige Entwicklung auf Dauer möglich sei. Produktiv seien nur die Landwirte, die mit ihrer Produktion alle anderen ernährten. Wenn aber die Zahl der produktiv Arbeitenden immer mehr abnehme, werde ihr Produkt nicht mehr in der Lage sein, alle anderen zu ernähren.

Heute ist diese Diskussion Vergangenheit. In industrialisierten Ländern reichen weniger als drei Prozent der Bevölkerung, um die gesamte Bevölkerung zu ernähren. Eine ähnliche Entwicklung wird sich auch bei der Produktion von Sachgütern einstellen. Die Zahl der Menschen, die industrielle Konsumgüter herstellen, wird zurückgehen, die Versorgung der Gesamtbevölkerung mit billigeren Konsumgütern dessen ungeachtet sichergestellt sein. Auch hier brauchen wir uns keine Sorge zu machen, wenn die Zahl der Menschen, die in der Produktion von Sachgütern arbeiten, abnimmt. Voraussetzung ist allerdings, daß es genügend andere Beschäftigungsmöglichkeiten gibt und daß diese erschlossen werden.

Keine Alternative zur Modernisierung

Vor dem Hintergrund dieses langfristigen Trends darf man freilich die Entwicklung im industriellen Sektor nicht aus dem Auge verlieren. Zu den interessanten Ergebnissen der Strukturberichterstattung des DIW gehört, daß die Abnahme der Arbeitsplätze besonders stark in solchen Branchen war, in denen die Zunahme der Arbeitsproduktivität unterdurchschnittlich blieb. Strukturell ist eine große Zunahme der Arbeitsproduktivität sicher noch keine Garantie für mehr Arbeitsplätze. Strukturell gilt aber auch, daß eine unterdurchschnittliche Zunahme der Arbeitsproduktivität in der Regel mit der Abnahme von Arbeitsplätzen verbunden ist. Auch im industriellen Sektor ist daher eine Modernisierung notwendig, die die Sicherheit der Arbeitsplätze in einem Land, das so stark wie die Bundesrepublik Deutschland in die Weltwirtschaft eingebunden ist, gewährleistet. Immerhin hängt in der Bundesrepublik Deutschland jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Es ist ein vernünftiges Entwicklungskonzept, den Entwicklungsländern die Chance zu geben, einfache Produktionen auf den Weltmärkten anzubieten und sich so die Devisen zu verdienen, die sie brauchen, um Industrieanlagen von den Industrieländern zu kaufen.

Gerade die Bundesrepublik Deutschland ist als Produzent von Investitionsgütern auf diesen Entwicklungsprozeß angewiesen. Wir können uns nicht beschweren, wenn die Entwicklungsländer mit den Produkten, die sie mit von uns gelieferten Investitionsgütern erzeugen, auf den Weltmarkt drängen. Dies heißt aber auch, daß es bei uns im industriellen Sektor Strukturwandel geben muß. Einfache Massenproduktionen, die die Entwicklungsländer billiger anbieten können, müssen aufgegeben werden, höherwertige Produktionen entwickelt werden. Besonders wichtig ist es dabei, Investitionsgüter der modernsten Art verfügbar zu haben. Dies wird in der Regel nur dann der Fall sein, wenn diese auch im Inland eingesetzt werden. Schon von daher gibt es für eine Volkswirtschaft wie die deutsche keine Alternative zur Modernisierung der Produktion.

Zu den strukturellen Problemen der deutschen Volkswirtschaft gehört ohne Zweifel, daß es einen Rückstand bei innovationsträchtigen Zukunftsindustrien gibt. Hier hat die Bundesrepublik Deutschland aufzuholen. Auf der anderen Seite ist es wenig sinnvoll, Produktionen mit hohen Subventionen aufrechtzuerhalten, die auf Dauer in der Bundesrepublik Deutschland nicht lebensfähig sind. Es ist weit sinnvoller, diese Subventionen in den Aufbau neuer Industrien zu stecken.

Das heißt freilich nicht, daß die Übergangsprozesse gestaltet werden müssen. Hier liegt die Aufgabe einer verantwortungsvollen Industriepolitik. Kahlschlag, der ganze Regionen ins Abseits bringt, ist keine Alternative.

Doch Strukturwandel heißt auch Entwicklung zu neuen Feldern, zu neuen Aufgaben. Einmal müssen wir mit den knapper werdenden Rohstoffen, mit unserer Umwelt, den Lebensgrundlagen unserer Industriegesellschaft, sparsamer und schonender umgehen. Das heißt, daß wir einen Teil unserer Arbeit für diese Zwecke einsetzen, das heißt aber auch, daß wir einen Teil unseres Einkommens hierfür verwenden. Wir müssen akzeptieren, daß Güter, die mit geringerer Umweltbelastung produziert werden, teurer werden. Wir müssen akzeptieren, daß Investitionen in die Infrastruktur zur Erhaltung unserer Lebensbedingungen finanziert werden müssen.

Neue Aufgaben, neue Dienstleistungen

Ein zweites Aufgabengebiet, dem sich ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland nicht versagen kann, ist die Entwicklung der Dritten

Welt. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe ist schon aus ethischen Gründen geboten. Es kann nicht angehen, daß die Industrieländer darüber diskutieren, ob ihnen die Arbeit ausgeht, während ein großer Teil der Welt im Hunger lebt. Es ist in jedem Falle sinnvoller, Arbeitslose zu beschäftigen und das Ergebnis ihrer Arbeit der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen, als Arbeitslosigkeit aus dem Einkommen der Arbeitenden zu finanzieren. Der zusätzlich aufzuwendende Betrag ist nicht sehr groß. Für ein Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland sprechen aber auch ökonomische Gründe für mehr Entwicklungshilfe. Die Beschäftigung wird vergrößert, die Entwicklung der Dritten Welt vorangetrieben. Damit werden gerade für unser Land die Märkte von morgen erschlossen.

Neue Aufgaben liegen aber auch auf dem Gebiet neuer Dienstleistungen. In den klassischen Dienstleistungszweigen wie Banken und Versicherungen wird es in absehbarer Zeit erhebliche Rationalisierungsschübe geben. Es gibt aber auch andere, teilweise sogar sehr alte Dienstleistungen, für die dies nicht gilt und bei denen die Rationalisierungsmöglichkeiten sehr viel eingeschränkt sind. Es ist wahrscheinlich, daß derartige Dienstleistungen das Bild einer reicher werdenden Gesellschaft stärker prägen als in der Vergangenheit.

Hierbei handelt es sich zum Teil um Dienstleistungen, die unter dem Druck einer alles erdrückenden industriellen Produktion schon verschwunden waren. Heute erleben wir die Wiedergeburt des Bäckerladens um die Ecke, des Fleischerladens und der Boutique, des Spezialitätenhandels auf breiter Front. Gaststätten, Kneipen und Hotels erfahren eine Belebung trotz schlechter Konjunktur. Menschen, die einen geringeren Teil ihres Einkommens für Industriegüter ausgeben, nehmen nun Dienstleistungen in Anspruch, auf die sie früher verzichten mußten.

Neue Angebote entstehen für die Betätigung in der Freizeit. Teilweise handelt es sich hierbei um Bildungsmaßnahmen, die einerseits auf Tätigkeiten in der Freizeit, andererseits aber häufig auch auf die berufliche Weiterbildung zielen. Kurse für Computertechnik sind zwischen Berufstätigkeit und Hobby angesiedelt. Kurse zur Erlernung sportlicher oder künstlerischer Fertigkeiten sind primär der Freizeit zuzuordnen. Das Spektrum von Angeboten, interessanterweise zu einem wesentlichen Teil auch von privaten Angeboten,

reicht sehr weit. Mit zunehmender Freizeit wird die Nachfrage nach derartigen Dienstleistungen zunehmen, auch eine Folge der Bildungsexpansion vergangener Jahre. Wer über eine bessere Grundbildung verfügt, weiß mehr mit seiner Freizeit anzufangen und ist daran interessiert, hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dienstleistungen in diesem Bereich sind personalintensiv und nur in geringem Maße durch Rationalisierung betroffen. Menschen, die im Betrieb unpersönlicher Technik ausgesetzt sind, haben einen um so größeren Wunsch, es in der Freizeit mit Menschen zu tun zu haben.

Neue Dienstleistungen sind aber auch im sozialen Bereich notwendig. Die Eingliederung Behinderter, die Bereitstellung angemessener Chancen im Bildungssystem für junge Ausländer, eine bessere Pflege bei Krankheit jenseits des Krankenhauses, ein humanerer Umgang mit alten Menschen – all dies sind Aufgaben, für die zu arbeiten es sich lohnt.

Arbeitszeitverkürzung ist unverzichtbarer Bestandteil der Entwicklung

Die Erschließung neuer Dienstleistungen im notwendigen Umfang wird nicht von heute auf morgen möglich sein. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht, denn die Bildungsexpansion der letzten Jahre hat dazu geführt, daß viele Menschen gerade für Berufe in derartigen Feldern ausgebildet sind. Es gibt in diesem Zusammenhang aber auch zahlreiche Probleme. Viele dieser Tätigkeiten sind traditionell staatliche Tätigkeiten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Bürger einer weiteren Ausdehnung staatlicher Aktivitäten zustimmt. Die Abgrenzung zwischen privater und staatlicher Aktivität muß daher neu überdacht werden. Hier können insbesondere genossenschaftliche Modelle, die sich eher an der Selbstverwaltung kleiner Gruppen als an Großgenossenschaften orientieren, weiterhelfen. Auch über die Einkommenssituation in diesen Feldern muß nachgedacht werden. Sicher ist es nicht möglich, derartige Dienstleistungsfelder mit Akademikergehältern zu erschließen. Die hier liegenden Probleme sind schwierig, aber nicht unlösbar.

Sieht man sich diese Skizze neuer Wachstumsfelder noch einmal näher an, so zeigt sich, daß wir unsere Vorstellungen von Wachstum revidieren müssen. Nicht das quantitative Wachstum der Produktion von Industriegütern wird in Zukunft

im Vordergrund stehen, sondern ein qualitatives Wachstum, das zur Schonung knapper Rohstoffe, zu behutsamem Umgang mit der Umwelt und zu einer humaneren Gestaltung unseres Lebens beiträgt.

Zu dieser humanen Gestaltung unseres Lebens gehört dann aber auch die Frage der Arbeitszeit. Mit zunehmendem Wohlstand verändert sich das Verhältnis von Arbeitszeitwünschen zu Einkommenswünschen. Schon heute zeigt sich, daß die Bezieher höherer Einkommen häufig zusätzliche Freizeit einem Einkommenszuwachs vorziehen. Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn im Bereich niedriger Einkommen nach wie vor der Wunsch nach mehr Einkommen vorherrscht. In dieser Situation gehört auch die Arbeitszeitverkürzung in das Spektrum einer auf mehr Beschäf-

tigung gerichteten Wirtschaftspolitik. Auch wenn ihre Beschäftigungswirkungen vielleicht niedriger sind als viele erwarten, bleibt sie unverzichtbarer Bestandteil einer Entwicklung, in der hohe Produktivitätszuwächse nicht nur in zusätzliches Einkommen, sondern auch in zusätzliche Freizeit umgesetzt werden. Allerdings kommt es darauf an, daß die Arbeitszeitverkürzung kostenniveauneutral vorgenommen und der Wirtschaft die notwendige Anpassungszeit eingeräumt wird. Beides ist möglich. Freilich sollte nicht übersehen werden, daß dies nur ein Element zur Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsgrades in der Zukunft ist. Die Lösung unserer Beschäftigungsprobleme verlangt, daß alle Möglichkeiten zur Steigerung der Beschäftigung ausgeschöpft werden.

Uwe Jens: Konzeptionelle Überlegungen zur Wirtschaftspolitik

Der Dipl.-Volkswirt Dr. Uwe Jens, Jahrgang 1935, seit 1972 MdB, ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion und Obmann im Wirtschaftsausschuß. Er hat mehrere Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik veröffentlicht.

Der SPD ist nach der Wahl im März 1983 von verschiedenen Seiten – selbst von Mitgliedern der eigenen Partei – in der Wirtschaftspolitik die Kompetenz abgesprochen worden. Fachkenntnisse über wirtschaftspolitische Probleme sind jedoch aus meiner Sicht bei den Sozialdemokraten mindestens genauso vorhanden wie in den anderen Parteien. In der Politik geht es auch gar nicht um Kompetenz im Sinne von Kenntnissen oder Zuständigkeiten; in der Politik geht es vor allem um Interessen! Einseitige Interessen der Wirtschaft oder einzelner Wirtschaftszweige kann die sozialdemokratische Partei von ihrer Überzeugung und ihrem Selbstverständnis her allerdings niemals vertreten. Was wir jedoch können und

tun müssen, ist die Anerkennung berechtigter Interessen der Wirtschaft. Um eine Politik in unserem Sinne zugunsten der Schwächeren und der breiten Schichten zu betreiben, ist eine florierende und keine kriselnde Wirtschaft erforderlich.

In jüngster Zeit wird ferner in der Öffentlichkeit behauptet, es mangle den Sozialdemokraten an einem wirtschaftspolitischen Konzept. Auch diese Behauptung scheint bei differenzierter Betrachtungsweise nicht akzeptabel zu sein. Das Problem liegt nicht in einem fehlenden Konzept; das Problem liegt in diesem Fall darin, daß komplizierte wirtschaftspolitische Differenzen gegenüber den konservativen Parteien nicht mit wenigen Sätzen darzustellen sind. Die Zeiten der Schwarz-Weiß-Malerei sind vorbei. Den naiven Glauben, den die Grünen wieder aufleben lassen, daß eine Vergesellschaftung von Produktionsmitteln – oder wie immer es genannt wird – unsere Probleme löst, hatten die Sozialdemokraten bereits 1953 aufgegeben (vgl.: Kurt Nemitz in: Beiträge zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik, hrsg. von Georg Kurlbaum und Uwe Jens, Bonn 1983).

Die Partei hat außerdem in fünfzehn Regierungsjahren dazugelernt. Die wirtschaftspolitische Programmatik der Sozialdemokraten ist ge-

genüber der von vor dreißig Jahren unvergleichlich viel komplizierter geworden.

Einer kurzgefaßten Darstellung der verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik mit ihren Abweichungen gegenüber der FDP und der CDU/CSU sollen drei sozialdemokratische Leitlinien vorangestellt werden:

Gesamtinteressen gehen vor Partikularinteressen

Als Volkspartei, die allen Schichten der Bevölkerung zu dienen hat, müssen vor allem Sozialdemokraten es ablehnen, ausschließlich Interessen der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Unternehmen zu verfolgen. Starke Interessenvertretung im politischen Raum darf grundsätzlich kein Kriterium für finanzielle oder gesetzgeberische Hilfe sein. (Dabei weiß ich genau, daß es manchmal anders war und sein kann.)

Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft dürfen aber nur dann ergriffen werden, wenn sie sich aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen heraus stichhaltig und nachprüfbar begründen lassen. Für wirtschaftspolitische Maßnahmen sind im allgemeinen – bei aller Problematik – gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Betrachtungen erforderlich. Für finanzwirksame Maßnahmen ist stets zu beachten, daß die eingesetzten Mittel immer von allen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen.

Kooperation ist effektiver als Konfrontation

Wie die Erfahrungen während unserer Regierungszeit beweisen, hat sich die sozialdemokratische Politik des sozialen Konsenses als richtig erwiesen. Internationale Vergleiche verdeutlichen, daß eine Politik der Kooperation in einer aufgeklärten Gesellschaft effektiver ist als eine Politik der Konfrontation. Länder, in denen auf verschiedenen Ebenen Kooperation im differenzierten Ausmaß praktiziert wird, wie in der Schweiz, Österreich, Japan, Schweden und der Bundesrepublik während der sozialliberalen Koalition, weisen bessere gesamtwirtschaftliche Daten aus als vergleichbare Industrieländer mit Konfrontationsstrategien zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern. Die jetzige Regierung scheint diese Erkenntnis nur gering oder überhaupt nicht zu achten.

Pragmatismus und kein Dogmatismus

Pragmatische Politik heißt für uns, die Ursachen von Problemen sorgfältig zu analysieren und

zielgerichtet Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Dabei ist der Wettbewerb ein Mittel zur optimalen Faktorallokation und Konsumentenversorgung. Wenn es zur Problemlösung unabdingbar notwendig ist, können nach sozialdemokratischer Programmatik staatliche Eingriffe und Planungselemente herangezogen werden. Wettbewerb so weit wie möglich und Planung wenn nötig – lautet die im Godesberger Programm verankerte Formel, die sich als richtig und praktikabel herausgestellt hat. Der Staat behält somit Verantwortung für öffentliche Güter und die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes.

Aber stärker als bisher mußten wir erkennen, daß eingetübte Denkstrukturen nicht auf Dauer bewahrt werden können. Die zunehmend weltweite Verflechtung hat nationale Politik erschwert und wird sie auch in Zukunft vor neue Aufgaben stellen. Die gestern noch gültigen politischen Forderungen lassen sich nicht ohne ständige sorgfältige Prüfung auf die Zukunft übertragen. Es kommt noch hinzu: stets komplizierter werdende Sachverhalte sind nicht mit Rezepten nach dem Muster: Ja – ja; Nein – nein zu beantworten, wie es Politiker so gerne tun. Um der Wahrheit zu dienen, verlangen heutzutage komplexe Probleme nach differenzierten Lösungsansätzen; das gilt vor allem für die Politik, die glaubwürdig sein will. Mit kühnen Behauptungen, vortragen in der Diktion absoluter Wahrheit, sind nachdenkliche, aufgeklärte Bürger in Zukunft immer schwieriger zu überzeugen.

Betrachten wir die einzelnen Felder der Wirtschaftspolitik ein wenig näher, so stellt sich heraus: es gibt überall sichtbare Differenzen gegenüber den konservativen Parteien in der Regierungsverantwortung.

Konjunkturpolitik

Die Finanzpolitik wird von der jetzigen Regierung prozyklisch betrieben; es wird gespart, und nicht nur bei den konsumtiven, sondern auch bei den investiven Ausgaben. Die Finanzpolitik muß jedoch nach sozialdemokratischer Ansicht antizyklisch durchgeführt werden. „Jäten“ bei den Konsumausgaben und „säen“ bei den öffentlichen Investitionen wäre eine neuere (und vernünftiger) Strategie. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, darf nicht nur die Angebotsseite verbessert, sondern muß jetzt kräftig die Nachfrageseite belebt werden. Der Streit um eine Angebots- oder Nachfragepolitik ist kontraproduktiv;

anzustreben ist ein mittlerer Weg, der beide Elemente wirksam miteinander verbindet. Mittelfristig ist zweifellos die Verschuldung abzubauen, doch vor allem in Zeiten konjunkturellen Wachstums. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet außerdem jede Regierung, wenngleich nicht zu leugnen ist, daß es in einigen Bereichen auf seine Effektivität hin zu überprüfen ist.

Für die Geldpolitik gilt, daß sich die Entwicklung der Geldmengen mittelfristig – nicht kurzfristig – am Produktionspotential orientieren muß. In Zeiten einer allgemeinen Unterauslastung der Kapazitäten ist eine überschießende Geldmengenentwicklung nicht schädlich, sondern notwendig. Dem Ziel, den außerordentlich hohen Kapitalmarktzins zu senken, haben sich in einer innenpolitischen Situation mit höchsten Arbeitslosenziffern auch währungs- und geldpolitische Maßnahmen unterzuordnen. Auf keinen Fall darf die Rendite aus Finanzkapital im Vergleich zur Rendite aus Sachkapital, wie durch die Vermögenssteuersenkung geschehen, noch heraufgesetzt werden. Umgekehrt wird eher eine sachgerechte Politik daraus.

In der Einkommenspolitik sind bei kräftigem Produktivitätsfortschritt Arbeitszeitverkürzungen wie in der Vergangenheit unumgänglich. Unvermeidbar wird mittelfristig auch der „Faktor Kapital“ Beiträge zur Sozialversicherung zahlen müssen. Eine Konzertierte Aktion zwischen den Tarifvertragsparteien und der Regierung muß wieder eingeführt werden; sie ist für Sozialdemokraten – wie die Mitbestimmung – ein wesentliches Mittel einer Strategie des sozialen Konsenses.

Strukturpolitik

Die regionale Strukturpolitik ist auf wenige Schwerpunktbereiche zu konzentrieren. Sie hat vorbeugend vor allem dort anzusetzen, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist oder in absehbarer Zeit hoch sein wird. Eine Umgestaltung auf das Kriterium „Arbeitslosigkeit“ hin ist eine sinnvolle Forderung. In der sektoralen Strukturpolitik müssen wir abkommen von Erhaltungs-subsventionen, die uns gewissermaßen vom Ausland aufgezwungen werden. Notwendig ist dafür eine zukunftsorientierte Strukturpolitik, die versucht, Strukturveränderungen im voraus zu erfassen und mit dazu beiträgt, in den betreffenden Regionen rechtzeitig zukunftsfrüchtige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört u. a., Forschung und

Technologie bei kleinen und mittleren Unternehmen besser als bisher zu fördern, verstärkt Eigenkapital bereitzustellen durch eine niedrigere Besteuerung der einbehaltenen gegenüber den ausgeschütteten Gewinnen. Ohne staatliche Maßnahmen wird es beim vorhandenen Renditestreben der Versicherungen und Kreditinstitute auch nicht zum Angebot des dringend erforderlichen Risikokapitals kommen. Die Strukturberichterstattung, insbesondere über die Wirkungen des technischen Fortschritts und über weltwirtschaftliche Veränderungen ist auszubauen, um darauf aufbauend zielgerichtete Politik zu betreiben.

Ordnungspolitik

Ordnungspolitik bedeutet vor allem Sicherung des Wettbewerbs in der Wirtschaft und seine Förderung – insbesondere unter den Kreditinstituten, wo es offenbar so gut wie keinen Wettbewerb mehr gibt. Notwendig sind ferner Novellierungen des Kartellgesetzes mit einer Abkoppelung der Fusionskontrolle vom Marktbeherrschungsbegriff und die Einführung einer Entflechtungsregelung. Das Gewinnprinzip gilt in der Wirtschaft – aber auch nur dort; immer mehr Menschen erkennen, daß dieses Prinzip nicht noch weiter auf den sozialen oder kulturellen Bereich übertragen werden darf.

Nach diesen knappen Hinweisen auf die aktuelle Politik zum Abschluß drei Bemerkungen, die versuchen, gesellschaftspolitische Veränderungen zu prognostizieren. Mindestens zwei umwälzende Entwicklungen werden in Zukunft unsere Produktions- und Lebensweise erheblich verändern: die Mikroprozessoren und die sogenannten Neuen Medien. Wie es scheint, stehen wir am Anfang einer neuen Rationalisierungswelle unserer Wirtschaft, und zwar nicht nur im industriellen Bereich, sondern auch im Dienstleistungssektor. Ich glaube nicht, daß die verlorenen Arbeitsplätze in der Industrie im sogenannten tertiären Bereich hinzuwachsen. Nur durch eine ausgeglichene Einkommensstruktur lassen sich für vorhandene Dienstleistungen noch neue Absatzchancen erschließen. Ansonsten wird man vom Dienstleistungsbereich nicht allzu viele Impulse erwarten dürfen. Unseren relativ hohen Wohlstand werden wir auch in Zukunft aus der industriellen Produktion und dem Export beziehen.

Daß Industrie, sofern sie für den deutschen Markt produziert, freiwillig auf Gewinnaussichten verzichtet und Umweltschutzgesichtspunkt-

Wiltraut Rupp-v. Brünneck

Verfassung und Verantwortung

Gesammelte Schriften und Sondervoten

Herausgegeben von Hans-Peter Schneider

Der Band enthält die wissenschaftl. Schriften und verfassungsrechtlichen Sondervoten der Bundesverfassungsrichterin Dr. h. c. *Wiltraut Rupp-v. Brünneck* (1912 bis 1977). Er stellt insofern ein Novum dar, als hier für die Bundesrepublik Deutschland erstmals Teile von Gerichtsentscheidungen einer Richterin zusammen mit ihren theoretischen Arbeiten veröffentlicht werden, um zu verdeutlichen, wie ein an der Würde des Menschen orientiertes, rechtsstaatliches und demokratisches Denken in die konkrete richterliche Entscheidungspraxis umgesetzt wurde.

Während eine solche Form der Würdigung von Richterpersönlichkeiten in England und den USA bereits Tradition hat, ist hierzulande das öffentliche Interesse an der Gerichtspraxis eher gering. Richterbiographien oder Lebensbilder erfolgreicher Anwälte fehlen fast ganz. Zwar kann es nicht Aufgabe dieses Bandes sein, jenen Nachholbedarf an Forschungen auf dem Gebiet des Justizwesens abzubauen. Dennoch soll ein Zeichen gesetzt, die gründlichere Beschäftigung mit der Justiz ange-regt und nicht zuletzt die große Bedeutung der Verfassungsgerichtsbarkeit für das alltägliche Leben der Menschen auch bei uns beispielhaft hervorgehoben werden.

Scharfsinn, Nüchternheit und Geduld sind richterliche Tugenden, nicht Ehrgeiz oder Ruhmsucht. Selten jedoch begegnet man einer Verfassungsrichterin, die wie *Wiltraut Rupp-v. Brünneck* nicht nur all jene Eigenschaften in hohem Grade besaß, sondern zudem noch über die Gabe des prägnanten Ausdrucks und der geschlif-fenen Formulierung verfügte sowie vor allem in ihrem Gesamtwerk Theorie und Praxis stets miteinander zu verbinden wußte.

1983, 501 S., 15,3 x 22,7 cm, Salesta geb., 98,- DM
ISBN 3-7890-0856-7

Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



ten Rechnung trägt, ist nicht realistisch. Um die qualitative Komponente der Produktion zu verbessern, ist ein gewisser staatlicher Zwang unumgänglich. Aber auch die Aufklärung der Verbraucher über die Notwendigkeit eines qualitativen Konsums könnte einen Einfluß auf die Produktionsstruktur der Industrie ausüben.

In den Entwicklungsländern sind zum Teil mit unserer Hilfe neue und moderne Produktionsanlagen errichtet worden. Wir haben daran verdient und auf diese Weise im Maschinen- und Anlagenbau u. a. Arbeitsplätze gesichert. Jetzt wundern sich viele Bürger darüber, daß auf diesen Anlagen bestimmte Produkte produziert werden, die auf dem deutschen Markt oder auf dem Weltmarkt unseren Produzenten Konkurrenz bereiten. Meines Erachtens müssen wir anerkennen, daß die Entwicklungsländer im kommenden Jahrzehnt zu Schwellen- oder gar Industrieländern heranreifen werden. Mit einer Abschottung unserer Märkte vor ausländischer Konkurrenz ist dieser Entwicklung nicht zu begegnen. Diese weltwirtschaftlichen Veränderungen erzwingen die Anpassung und Umstellung der alten traditionellen Industrienationen. Sinnvoll erscheint mir ferner, die Entwicklungshilfe zu Lasten der Militärausgaben kräftig zu erhöhen, und das heißt: den Industrialisierungsprozeß in den Ländern der Dritten und Vierten Welt zu forcieren. Damit ergibt sich bei uns der Zwang zu weiterer Anpassung und Umstellung; aber es eröffnen sich auch neue Chancen und neue Absatzmärkte für unsere Wirtschaft. Versäumt worden ist bisher in den Vorstandsetagen der Konzerne und im Bonner Wirtschaftsministerium bereits sehr viel; versäumt worden ist eine sorgfältige Analyse der Entwicklung und eine Politik, die eine Umstellung rechtzeitig fördert.

Richtig ist wahrscheinlich – auch aufgrund der vorgenannten Entwicklung –, daß kleine und mittlere Unternehmen Krisen besser überstanden haben und überleben werden als Großkonzerne. In Regionen mit vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen sind die ökonomischen Daten besser als in Gebieten, die einseitig strukturiert sind mit vorherrschend großindustrieller Produktionsweise. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen führen verstärkt dazu, daß industrielle Massenproduktion ins Ausland wandert. Diese Entwicklung ist durch Politik – wie dargelegt wurde – zu fördern. So wird den dynamischen, vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen die Zukunft gehören, wenn sie bereit sind, neue Herausforderungen aufzunehmen, wenn sie erkennen, daß es notwendig ist, neue Märkte zu erschließen. In dem Maße, wie der Weltmarkt wächst – die mögliche Nachfrage auf unserer Erde ist unendlich; es mangelt nur an Kaufkraft –, werden auch die kleinen und mittleren Unternehmen zu größeren Produktionseinheiten wieder heranwachsen können. Die Entwicklung darf nur nicht, wie in den vergangenen fünfzehn Jahren, von den Eigentümer-Unternehmern und Managern zum Teil „verschlafen“ werden.

Dieser Prozeß der Umstellung und Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen auf dem nationalen und auf dem Weltmarkt schafft in Zukunft der deutschen Wirtschaft enorme Probleme. Diese Entwicklungen werden nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im gesellschaftspolitischen Bereich Veränderungen zur Folge haben. Nur eine gesamtwirtschaftlich orientierte, pragmatische Politik, die versucht, die Konfrontation durch Kooperation zu ersetzen, hat eine Chance, die Probleme optimal für unser Land zu lösen.

Wir helfen Behinderten leben! Helfen Sie uns zu helfen. Wir sagen Ihnen wie – rufen Sie uns an.



die
alsterdorfer
Anstalten

Alsterdorfer Anstalten
Alsterdorfer Str. 440 · 2000 Hamburg 60
Tel. 59 100 491

Oswald von Nell-Breuning SJ: Die Enzyklika „Laborem exercens“ und ihre Bedeu- tung für die Arbeitswelt

Oswald von Nell-Breuning, geboren 1890 in Trier, 1911 Eintritt in den Jesuitenorden, 1928 ordentlicher Professor der Ethik und der christlichen Soziallehre in St. Georgen/Frankfurt, seit 1949 Lehrtätigkeit an der Akademie der Arbeit Frankfurt, 1956 Honorarprofessor an der Universität Frankfurt, 1948 bis 1965 im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, langjähriger Berater der deutschen Gewerkschaften; Romano-Guardini-Prelsträger; führende Theoretiker in Mitbestimmungsfragen.

Wenn ich über „Laborem exercens“ rede, darf ich wohl sagen, daß ich die Enzyklika recht genau kenne; denn der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz hat mich gebeten, eine bessere Übersetzung herzustellen als diejenige, die in aller Eile von der vatikanischen Druckerei ausgeliefert wurde an dem Tag, an dem auch der authentische Text veröffentlicht wurde. Und man lernt wohl ein Dokument kaum gründlicher kennen, als wenn man sich der Mühe unterziehen muß, es zu übersetzen. Die ursprüngliche, von der vatikanischen Druckerei herausgegebene Übersetzung ist nicht falsch, aber die Sprache ist so, daß man sich mit ihr schwertut, man hat mir jedenfalls versichert, meine Übersetzung sei sehr viel verständlicher. So viel zu meiner Legitimation.

Es ist nicht leicht, mit dieser Enzyklika umzugehen. Vielleicht drücken wir es am besten so aus: Es sind zwei Dokumente ineinandergebaut. Das eine möchte ich bezeichnen als ein Evangelium von der Arbeit, das andere ist eine Sozialenzyklika in dem Sinn, wie sich die früheren Sozialenzykliken mit konkreten Fragen der gesellschaftlichen Ordnung bzw. des in der Gesellschaft bestehenden Unrechts befassen. Teil drei und vier dieser Enzyklika entsprechen so dem Modell der früheren als Sozialenzykliken bezeichneten kirchlichen Verlautbarungen, und die Teile eins und zwei und fünf umrahmen das, betten also die spezifischen Fragen der gesellschaftlichen Ordnung ein in eine umfassende philosophi-

sche und theologische, d. h. religiös vertiefte Auffassung von der menschlichen Arbeit. Hinzu kann man vielleicht sagen, diese Enzyklika schließe die Serie der mit „Rerum Novarum“ über die Arbeiterfrage 1891 eröffneten Sozialenzykliken ab und eröffne vielleicht eine neue Folge von Dokumenten, die sich mit den fundamentalen Fragen befassen; weniger mit dem, was an Nöten, an Schwierigkeiten oder auch an Streitigkeiten innerhalb der katholischen Kreise oder auch zwischen katholischen und anderen Kreisen akut geworden ist, dafür mehr Vertiefung in dem durch die Bezeichnung „Evangelium von der Arbeit“ angedeuteten Sinn. In diesem vom Papst angeordneten Versuch möchte ich den entscheidenden Wert dieser Enzyklika erblicken.

Man spricht viel davon, daß in der katholischen Soziallehre ein Umschwung oder sogar ein Umbruch eingetreten sei. Bis zum Tode Papst Pius' XII. habe das Hauptgewicht auf der Verteidigung des Eigentumsrechtes gelegen, mit Papst Johannes XXIII. beginne die Verlagerung des Schwergewichtes nach der Seite der Arbeit. Darin steckt ein Körnchen von Wahrheit. Aber meiner Meinung nach ist das entschieden übertrieben. Im wesentlichen sehe ich, der ich die Dinge in meiner Lebenslänge zum größten Teil mit erlebt habe, in der Hauptsache eine durchaus gerade Linie: nicht einen Punkt, auf dem man stehengeblieben ist, sondern eine gerade Linie, auf der man fortgeschritten ist. Insofern hat eine Entwicklung stattgefunden. Aber die Vorstellung von einem Umschwung, wie sie heute in die Öffentlichkeit getragen wird, halte ich für durchaus unzutreffend.

Etwas durchaus Neues in meinen Augen ist, daß der Papst einmal der Frage auf den Grund geht: Was ist denn überhaupt die menschliche Arbeit? Ich sehe darin nicht nur eine bedeutsame Anregung, unser Denken und Fragen zu vertiefen. Das scheint mir auch unter der besonderen Hinsicht höchst bedeutsam zu sein, daß sich in unserem Bewußtsein mit dem Wort Arbeit fast unlöslich die Vorstellung der Erwerbsarbeit im abhängigen Lohnarbeitsverhältnis verknüpft hat: Arbeit gleich Lohnarbeit. Wenn wir von Arbeitslosigkeit sprechen, ist eindeutig gemeint: es fehlt an Gelegenheit, Erwerbstätigkeit im Lohnarbeitsverhältnis auszuüben, und wir bemühen uns darum, dieser spezifischen Kalamität abzuweichen. Das ist sicher kein Luxus, das ist vielmehr eine der allerdringendsten Aufgaben, vor der nicht nur

unsere Politik, sondern vor der die heutige Menschheit steht.

Nichtsdestoweniger sehe ich hinter dieser Frage und hinter dieser Aufgabe eine andere, viel umfassendere. Die steigende Produktivität unserer Arbeit führt dahin, daß wir mit immer weniger Arbeit unsere Lebensbedürfnisse befriedigen können. Was heute bei uns an Arbeit geleistet wird, ist zum allergrößten Teil zwar noch Tätigkeit zum Erwerb des Lebensunterhaltes, genauer: des Lebensunterhaltes in monetärer Gestalt. Aber es ist heute schon durchaus nur noch zur Minderheit Tätigkeit zur Erstellung der Güter, die wir für unseren Lebensunterhalt benötigen. Ganz überwiegend produzieren wir durch unsere Arbeit Produkte, die zur Bereicherung, zur Verschönerung, zur kulturellen Hebung unseres Daseins beitragen mögen, die wir aber für unseren Lebensunterhalt durchaus entbehren können, die zur Sustentation unseres physischen Daseins überhaupt nichts beitragen.

Wenn diese Entwicklung fortschreitet (und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sie fortschreiten wird, daß wir unsere Arbeit sowohl organisatorisch als auch technologisch immer produktiver gestalten, daß also mit immer weniger Arbeitsaufwand immer mehr an Gütern, an Sachgütern und an Dienstleistungen erstellt werden kann), dann bedeutet das, daß wir dafür einen immer geringeren Teil unserer Kraft und Zeit benötigen. Wir können unsere Ausstattung mit Sachgütern überhaupt nicht ins Unbegrenzte steigern. Fünf Prozent jährlicher Produktionsfortschritt hätte zur Folge, daß die produzierte Gütermenge in 14 Jahren sich verdoppelt, in 28 Jahren sich vervierfacht, in 42 Jahren sich verachtfacht, in 56 Jahren sich versechzehnfacht. So kann es offenbar auf die Dauer nicht weitergehen. Wir wüßten ja nicht, wo wir die Güter hinstellen sollen. Ob wir überhaupt unserem Globus die Rohstoffe abringen können, die wir, um das zu erstellen, nötig hätten, das ist eine Frage für sich. Anders steht es um die Dienstleistungen, an denen es heute zum Teil erheblich fehlt; da hätte ich keine Schwierigkeit, sie zu verachtfachen oder zu versechzehnfachen, aber auch da stoßen wir einmal an eine Grenze. Auf's Ganze gesehen kommt es doch darauf hinaus, daß an Arbeit in dem Sinn, wie wir bisher Arbeit verstehen, immer weniger benötigt wird. Was in der Vergangenheit für nahezu alle Menschen das ganze Leben, das ganze wache und bewußte Leben, ausgefüllt hat und was

infolgedessen auch für den Menschen der Beruf war, der sein Leben ausfüllte und mit dem er rechtschaffen vor sich selber und vor seinem Herrgott bestand, das tritt an Bedeutung zurück.

Das ist schon stark zurückgetreten und hat bisher dahin geführt, daß die Freizeit sich vervielfacht hat, daß die Menschen, wie ich manchmal boshaft formuliert habe, den einen Teil ihres Daseins sich ausbeuten lassen im Produktionsprozeß und den anderen Teil ihres Lebens, weil sie mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen, sich ausbeuten lassen von der Freizeitindustrie. Gesamtmenschheitlich wird es, wie ich meine, dahin kommen, daß die von der erwerbstätigen, produktiven Arbeit erfüllte Zeit immer geringer wird. Dann darf aber diese andere Zeit nicht Freizeit im herkömmlichen Sinne werden, sondern dann muß sie wirklich „freie Zeit“ werden, in der die Menschen etwas Sinnvolles, etwas Vernünftiges tun, ja in der sie gerade die Sinnerfüllung ihres Lebens finden; im gleichen Verhältnis tritt die Arbeit, die um der Sustentation willen geleistet werden muß, in den Hintergrund.

Darum ist es für mich so außerordentlich bedeutsam, daß der Papst in seiner Enzyklika nicht von der Arbeit im Sinne der Erwerbstätigkeit im Lohnverhältnis spricht, sondern den Begriff der Arbeit ganz weit faßt. Er versteht unter Arbeit jede menschliche Tätigkeit, in der der Mensch etwas Sinnvolles tut, worin er die Erfüllung seines Daseins finden kann. So können Dinge, die heute in ihrer Bedeutung unterschätzt, ja völlig verkannt werden, ihre Anerkennung finden als vollgültiger Beruf. Die wechselseitige Zuwendung der Ehegatten zueinander wird Anerkennung finden als Erfüllung des Berufs des Ehemannes oder der Ehefrau. Was sie füreinander tun, besteht ja nicht in der Hauptsache in manuellen und anderen Dienstleistungen, sondern darin, daß sie füreinander da sind und einander menschlich etwas geben. Und der Beruf des Vaters, der Beruf der Mutter und die damit verbundenen Aufgaben, die heute durch die Inanspruchnahme des Erwerbslebens an die Wand gedrückt sind, bekommen Raum, bekommen Luft, gewinnen den Rang eines Berufes, den in der ganzen Vergangenheit der Menschheit notgedrungener Weise die Arbeit für den Lebensunterhalt eingenommen hat. Darauf als Fernziel hat unsere Arbeitsmarktpolitik sich einzustellen und umzustellen. Vor allem aber ist es in meinen Augen eine pädagogische, eine sozialpädagogische Aufgabe, die

Menschen geistig umzurüsten auf diese sich allmählich nähernde neue Gestalt menschlichen Daseins.

Ich habe den Ausdruck gebraucht, der Papst habe den verengten Begriff der Arbeit, der sie mit Erwerbstätigkeit im abhängigen Lohnarbeitsverhältnis gleichsetzt, überwunden. Richtiger müßte ich sagen: Der Papst vermeidet es, überhaupt einen Begriff zu bilden. Er folgt nicht der gerade beim kirchlichen Lehramt gebräuchlichen Praxis, mit scharfgeschliffenen Begriffen zu arbeiten, sondern verfährt vielmehr phänomenologisch. An keiner Stelle der Enzyklika findet sich ausdrücklich gesagt: das ist gemeint, wenn von Arbeit die Rede ist. Statt dessen beschreibt der Papst die verschiedenen Dinge, die er im Sinn hat, und wenn man seine Beschreibung gelesen hat, dann weiß man, wovon er redet, ohne daß man es auf eine begriffliche Formel bringen könnte. In gewisser Hinsicht ist das ein Nachteil; in der Hauptsache ist es in meinen Augen aber ein großer Vorteil. Sobald wir die Dinge in scharfe Begriffe gefaßt haben, sind wir zwar in der Lage, damit sehr elegant und sicher zu hantieren; zugleich aber sind wir damit auch auf bestimmte geäußerte Denkbahnen festgelegt. Bei dieser phänomenologischen Behandlungsweise können wir viel beweglicher, viel müheloser dem im Stand der Dinge sich vollziehenden Wandel folgen, während, wenn die Dinge infolge ihres Wandels in die hart und fest umschriebenen Begriffe nicht mehr hineinpassen, wir nicht mehr zurechtkommen und in Gefahr sind, in Kategorien weiterzudenken, die der Wirklichkeit nicht mehr entsprechen.

Meiner Erwartung, und ich füge hinzu, meiner Hoffnung nach gehen wir einer Zeit entgegen, in der das, woran wir heute vorwiegend, ja beinahe ausschließlich denken, wenn wir von Arbeit und ihren Problemen reden, an Bedeutung immer mehr zurücktreten, allmählich sogar in den Hintergrund treten wird, während die volle menschliche Entfaltung in den Vordergrund tritt, wobei es darauf ankommt, das menschliche Leben mit einer Tätigkeit zu erfüllen, für die zu leben sich wirklich lohnt, woran der Mensch an persönlichem Wert gewinnt und womit er, wenn ich es religiös ausdrücken soll, also auch vor seinem Herrgott besteht und die Anlagen, die der Herrgott ihm geschenkt hat, nun wirklich zur Entfaltung bringt; auch die Anlagen, die heute erdrückt und erschlagen werden durch die Erschöpfung unse-

rer Kräfte im Ringen um den Lebensunterhalt.

Seit 200 Jahren ist diese Entwicklung schon im Gang, die mehr und mehr die Menschen von dieser Mühsal entlastet. Zunächst hat man sich mit Grund gefreut, daß die Menschen nicht mehr 17 Stunden am Tag sich abrackern müssen und kaum Zeit finden für den nötigen Schlaf. Allmählich haben die Gewerkschaften dann gelernt, eine sehr kluge Politik zu betreiben, indem sie bald auf Arbeitszeitverkürzung, bald auf Stundenlohnerhöhung den Nachdruck gelegt haben. Man hat, wie mir scheint, nicht erkannt, daß es sich um mehr handelt als einen weiterschreitenden Prozeß, bei dem die Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden immer weiter zurücktritt, sondern daß es sich hier handelt um eine Eröffnung menschlicher Möglichkeiten, die das ausschöpfen, die das realisieren, was Gott den Menschen an Fähigkeiten und Anlagen geschenkt hat.

Davon spricht Johannes Paul II. in seiner Enzyklika. Das, was der Papst vor Augen hat, wenn er von der Arbeit spricht und das, was wir bisher zwar nicht ausschließlich, aber ganz und gar im Vordergrund im Auge haben, ist für ihn gewissermaßen nur ein Sektor in dem viel umfassenderen Bereich, von dem es zum Teil Wortstreit ist, ob man ihm die Bezeichnung „Arbeit“ beilegt oder nicht. Ich führe gern ein Illustrationsbeispiel an: Wenn eine Kindergärtnerin im Kindergarten oder Kinderheim mit den Kindern spielt, dann ist das Arbeit und untersteht der Arbeitszeitordnung. Streng genommen muß sie, wenn die Zeit erschöpft ist und das Kind weint, ihre Tätigkeit einstellen und das Kind weinen lassen. Ich schätze, daß sie aufgrund ihrer Menschlichkeit nicht so handeln wird. Aber wie das auch sei, dieses Spiel zählt bei uns rechtlich als Arbeit. Wenn die Mutter, um den Lebensunterhalt zu erringen, außerhäusliche Erwerbstätigkeit ausübt, dann erschöpft nach Hause kommt, die Haushaltsarbeiten erledigt und sich dann auch noch ihrem Kind widmet, sich an seinem Spiel beteiligt, dann zählt das für uns nicht als Arbeit, sondern als Spiel. Daß sie darin ihren Mutterberuf erfüllt, daß sie damit etwas für ihr Kind außerordentlich Wichtiges und Wertvolles tut, daß das also eine Tätigkeit ist, die mindestens ebenso sehr die Achtung und Anerkennung als Beruf verdient wie die Tätigkeit, die sie außerhäuslich in der Fabrik ausübt, das müssen wir erst lernen.

Hier sehe ich den Schwerpunkt dieser Enzyklika. Mir hat sie, wenn ich so sagen darf, eine Per-

spektive, in die sich mir bis dahin nur ein Guckloch eröffnet hatte, weit aufgerissen und das empfinde ich als beglückend. Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn die Enzyklika mit diesen Gedanken im öffentlichen Bewußtsein durchschlagende Wirkung erzielte. Es ist zu beobachten, daß bisher die Aufmerksamkeit sich ganz und gar konzentriert auf den Teil des Textes, in dem akute heutige Fragen behandelt sind, und bei dem der eine sich beglückt fühlt, daß er mit seiner Meinung bestätigt werde, und der andere erbot ist, daß das, was er für richtig hält, hier keine Gutheißung findet.

Der Schluß der Enzyklika, der sich mit der Spiritualität der Arbeit beschäftigt, ist vielleicht nur verständlich für denjenigen, der sein Leben aus einem tiefen Gottesglauben heraus führt und nicht nur seine Erwerbstätigkeit, sondern jede ernsthafte Tätigkeit, der er sich widmet, im Lichte des Glaubens ausübt. Dieser Schlußteil wird nur voll sich erschließen für Menschen, die durch ihre gläubige Haltung, durch das gläubige Weltbild, in dem sie leben, dafür aufgeschlossen sind. Dieser Text enthält meiner Ansicht nach etwas, was wirklich den Menschen erheben kann, setzt aber voraus, nicht nur, daß man überhaupt daran glaubt, daß es einen Gott gibt, sondern setzt schon unser christliches, uns aus der Offenbarung geläufiges Gottesbild voraus.

Was ich dagegen am Anfang ausgeführt habe, das meine ich, müsse nicht nur für gläubige Menschen zugänglich sein; das müßte eigentlich jeder Mensch, auch der ungläubige, akzeptieren können. Jeder müßte sich selber aufgewertet fühlen, wenn er erkennt; gewiß trifft es zu; zum recht-schaffenen Menschen gehört, daß er etwas Ordentliches leistet, daß er nicht anderen auf der Tasche liegt, sondern seinen und der Angehörigen Lebensunterhalt selber aufbringt; das gilt aber nicht nur für diese Tätigkeit, die bisher für den Großteil der Menschen die fast alleinige gewesen ist, sondern es gilt für all die höheren Tätigkeiten, für die ich frei werde, wenn jene andere an Umfang mehr und mehr zurücktritt.

In diesem Zusammenhang scheint mir sehr bedeutsam, wenn der Papst sagt: Es spielt im Grunde gar keine Rolle, was der Gegenstand der Arbeit ist – also ob ich über tiefste wissenschaftliche Fragen forsche oder ob ich in der Müllabfuhr tätig bin, das ist beinahe irrelevant im Vergleich dazu, daß es in beiden Fällen der Mensch ist, der mit seiner persönlichen Verantwortung tätig wird.

Wenn es eine uns heute stark beschäftigende Frage ist, ob es ein vernünftiger Zustand sei, daß das Bildungswesen und der Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten für den Lebensweg des Menschen und für sein Lebens Einkommen entscheidend sind, dann ist die Aussage der Enzyklika bemerkenswert; wer für noch so hohe Tätigkeiten qualifiziert ist, vergibt sich gar nichts, wenn er sich auch an den am wenigsten geachteten, auch an den dreckigsten Arbeiten beteiligt. Und wenn wir einen Großteil unserer Bevölkerung für fähig halten, zu höheren Bildungsstufen aufzusteigen, dann brauchen wir uns im Grunde genommen keine Sorge um die Entstehung eines akademischen Proletariats zu machen, sondern wir können uns sehr wohl vorstellen, daß eben diese Menschen einen begrenzten Teil ihrer Zeit und Kraft in der Erwerbstätigkeit einsetzen und den übrigen, den überwiegenden Teil ihrer Zeit für höhere Dinge, für künstlerische, wissenschaftliche und andere Tätigkeiten verwenden. Wenn zwischen den verschiedenen Arten der Arbeit kaum ein Rangunterschied besteht, wenn in beiden in gleicher Weise die Menschenwürde zum Tragen kommt, dann entfallen eigentlich die Hindernisse, die es bei uns so schwer machen; die beispielsweise schon zu Problemen führen, welche Umschulung zumutbar sei und ob man einem Mann, der für eine höhere Tätigkeit qualifiziert ist, in der man für ihn aber keine Verwendung hat, zumuten könne, zeitweilig auch eine Tätigkeit auszuüben, die wir als niederen Ranges ansehen, weil dafür Bedarf besteht. Nach dem, was der Papst sagt, vergibt man sich damit gar nichts, im Gegenteil, damit bewährt sich der Mensch.

Dieser Aspekt der Enzyklika scheint mir die Hauptsache zu sein. Nichtsdestoweniger möchte ich auch zu den Teilen III und IV, die eine Sozialenzyklika in herkömmlichem Sinn sind, noch einige Bemerkungen machen: Wenn der Papst den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital betont, so ist das in abstracto gesehen absolut nichts Neues, sondern eine banale Selbstverständlichkeit, die man früher vielleicht nicht einmal auszusprechen für notwendig erachtet hat. Eine sehr glückliche Wortprägung scheint mir die Unterscheidung zwischen direkten oder indirekten Arbeitgebern zu sein; in meiner Übersetzung habe ich „direkt und indirekt“ durch „mittelbar und unmittelbar“ ersetzt.

Als besonders wertvoll erachte ich die Ausführungen im Teil 13: Ökonomismus und Materialis-

mus. Die Art, wie der Papst hier den Fehler des ökonomistischen Denkens abklärt und gegenüber den verschiedenen Formen des groben Materialismus abgrenzt, das ist, glaube ich, bisher noch niemals so schön und klar ausgeführt worden. Diese Ausführungen zu studieren, möchte ich ganz besonders unseren Betriebswirten anempfehlen, denn das betriebswirtschaftliche Denken ist ja verführerisch zum Ökonomismus hin, und dieser Verführung erliegen nicht nur die Studenten, sondern in großem Umfang auch die Professoren der Betriebswirtschaftslehre, als ob unsere wirtschaftliche Tätigkeit letzten Endes um des ökonomischen Effektes willen betrieben würde. Ich habe darüber einmal führenden Herren des Ruhrbergbaues vorzutragen gehabt. Ich habe ihnen gesagt, meine Herren, kein Mensch macht mir weis, daß Sie Profitmaximierer sind. Sie sind verliebt in Ihre Kohle. Und weil Sie in Ihre Kohle verliebt sind, deswegen ist es in Ihren Augen eine Affenschande, die Wertstoffe, die in der Kohle enthalten sind, durch den Schornstein zu jagen. Deswegen betreiben Sie Kohleveredelung, obwohl diese Kohleveredelung Ihnen zunächst keine Profite einbringt, sondern mit Kosten verbunden ist. Und dann verlangen Sie von Ihren Buch-

haltern, die Kosten so zu verbuchen, daß so wenig wie möglich rote Ziffern in Erscheinung treten und halten sich an die Hoffnung, diese Kohleveredelung werde sich auch einmal als profitabel erweisen. Aber was Sie antreibt, ist nicht der endgültig sich einstellende Profit. Keiner hat mir widersprochen.

So hat es mich geradezu geschmerzt, daß der Papst trotz seiner schönen und überzeugenden Darlegungen doch wieder auf die Profitmaximierung zu sprechen kommt. Dieses Wort sähe ich am liebsten aus dem Sprachgebrauch der katholischen Soziallehre ausgetilgt. Allenfalls für die sog. Diversifikationskonzerne möchte ich den Vorwurf der alleinigen oder einseitigen Motivation vom Profit her gelten lassen. Wenn sie die allerverschiedensten Sparten zusammenraffen, weil abwechselnd bald in den einen, bald in den anderen Konjunktur bzw. Flaute herrscht, dann mag bei ihnen in der Tat der Profit das leitende Motiv sein. Aber ich bin überzeugt, daß dann in keiner der zusammengerafften Sparten Spitzenleistungen vollbracht werden. Spitzenleistungen vollbringt nur der, dem an der Sache etwas liegt, nicht der, dem es nur darum geht, möglichst viel Gewinn ausweisen zu können.

Karl Kautsky: Die Krise des Kapitalismus und die Verkürzung der Arbeitszeit

In einer seiner letzten Arbeiten hat sich Karl Kautsky (1854–1938) der marxistischen Analyse des Problems der Arbeitszeitverkürzung und ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkungen gewidmet. Kautsky, jahrzehntelang Redakteur des sozialdemokratischen Theorieorgans „Neue Zeit“ (1883–1917), war in der internationalen Sozialdemokratie lange unbestrittener Interpret der Schriften von Marx und Engels und galt gewissermaßen als „Chefidologe“ der SPD.

Sein Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung erschien in zwei Folgen, in der „Gewerkschaftlichen Rundschau“, Reichenberg (Tschechoslowakei), am 13. 3. und 3. 4. 1937 sowie, in französischer Sprache, im

sozialistischen „Le Populaire“, Paris, am 24. 3. und 27. 3. 1937. Der erste Teil des Artikels erschien auch in der in New York publizierten, deutschsprachigen „Neuen Volkszeitung“ am 3. April 1937.

Die Redaktion dokumentiert im folgenden Kautskys Artikelfolge nicht nur, um eine Arbeit Kautskys aus entlegenen und schwer zugänglichen Quellen wieder einer breiteren Öffentlichkeit vorzulegen, sondern auch, um mit historischem Material zur Stärkung der Argumentation in der aktuellen Diskussion um eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung beizutragen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Ehedem sagte man in Deutschland: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt!“ Das war damals vollkommen richtig, wo die ungeheuere Mehrheit der Nationen aus Bauern bestand. Es gilt heute nicht in den Industriestaaten. Da bilden die Lohnarbeiter die Mehrheit. Da ist das alte

Wort dahin zu variieren: „Hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt.“ Der Arbeiter verfügt aber über Geld nur dann, wenn er beschäftigt ist. Die Arbeitslosigkeit schädigt nicht bloß die Klasse der Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit liegt im allgemeinen Interesse.

Das ist heute bereits zu einem Gemeinplatz geworden. Nur besteht leider keine allgemeine Übereinstimmung über die Wege, die zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit führen. Wenn man daran geht, sie zu erörtern, darf man vor allem eine entscheidende Tatsache nicht außer acht lassen: Die Arbeitslosigkeit hat zwei Quellen, jede derselben erzeugt eine besondere Art Arbeitslosigkeit und jede erheischt besondere Vorkehrungen zu ihrer Beseitigung. Die eine dieser Quellen ist die Absatzstockung, die andere der *technische Fortschritt*.

Gelegentliche Absatzstockungen, Krisen, sind so alt wie die kapitalistische Produktionsweise. Aber ebenso sicher wie die Krise kam ehemals die Prosperität, die ihr folgte. Ihre Aufeinanderfolge bildet einen Zyklus von etwa zehn Jahren. Marx hat ihn beobachtet. Aber gerade in der Zeit, in der er starb, nahm der zehnjährige Krisenzyklus ein Ende, ebenso wie die freie, liberale kapitalistische Wirtschaft. Die großen kapitalistischen Unternehmungen schließen sich in Truste zusammen, die Monopole zur Erzielung von Extraprofiten durch Produktionsbeschränkungen und damit zusammenhängende Preiserhöhungen bilden. Gleichzeitig kommen Hochschutzzölle auf, die den Markt beengen, damit die Monopolisten ihn beherrschen können. Die Militaristen drängen ihrerseits auf Autarkie. Jedes Land solle alles Notwendige, das es brauche, selbst erzeugen, um im Kriegsfall von Zufuhren aus dem Ausland unabhängig zu sein. Früher wurde der Markt immer mehr ausgedehnt durch internationale Arbeitsteilung. Jetzt sucht jeder Staat dasselbe zu produzieren wie der andere auch. Alles das schuf künstlich die Bedingungen für Absatzkrisen schon vor dem Weltkrieg. Er hat diese Tendenzen ungeheuer verstärkt und neue Krisenursachen hinzugefügt durch die allgemeine politische und ökonomische Unsicherheit, die ihm folgte. Er brachte zeitweise wahre Katastrophen mit sich, so besonders durch Inflation und sonstige Methoden der Geldentwertung, so wie durch das Auftauchen neuer Kriegsursachen. Das führte immer wieder zu Absatzstockungen.

Ehemals gingen diese aus den ökonomischen Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise hervor. Heute sind sie das Ergebnis künstlicher Eingriffe einzelner übermächtiger Kapitalistenorganisationen und der von ihnen beherrschten Regierungen. In der liberalen Ära folgte der Krise stets nach einigen Jahren eine Zeit der Prosperität. Heute, in der Zeit der kapitalistischen Monopole und der militaristischen Beherrschung der Produktion droht die Krise ein nur gelegentlich durch kurze Prosperitätsanläufe unterbrochener Dauerzustand zu bleiben, der so lange währen wird, wie die Gewaltherrschaft dieser Faktoren bei Fortdauer des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Um diesem Zustand ein Ende zu machen und allgemeine, dauernde Prosperität herbeizuführen, brauchen wir ein politisch starkes, ökonomisch gut unterrichtetes, fest organisiertes Proletariat im demokratischen Staate, das heißt, bei voller Selbstverwaltung auf allen wichtigen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, und zwar brauchen wir das zumindest in den entscheidenden Staaten der Weltwirtschaft. Ein einzelner Staat wird für sich allein nicht imstande sein, die Weltkrise zu überwinden.

Jedoch auch dann, wenn es gelingt, die Absatzstockung zu überwinden und eine neue, länger währende Ära der Prosperität herbeizuführen, dürfen wir nicht erwarten, daß damit schon die *Arbeitslosigkeit ein Ende nimmt*. Sie wird in diesem Falle wohl zurückgehen, aber nicht völlig verschwinden. Für die Kapitalisten allerdings wird die Ära der Prosperität zu einer Zeit wachsenden Profits werden.

Jeder industrielle Kapitalist trachtet ununterbrochen danach, seinen Profit dadurch zu erhöhen, daß er die Produktionskosten der Ware verringert, die er produziert. Das heißt, er trachtet stets danach, den Aufwand von Arbeit herabzusetzen, den sein Betrieb in Anspruch nimmt. Mit anderen Worten, er ist stets darauf erpicht, Arbeiter überflüssig zu machen, Arbeitslose zu schaffen. Das hat schon Marx in seinem „Kapital“ nachgewiesen. Bürgerliche Ökonomen haben diese Behauptung bestritten, denn die Zahl der Arbeitslosen nahm bis zum Weltkrieg keineswegs beständig zu. Und es ist zuzugeben, daß die Tendenz zum Wachsen der Arbeitslosigkeit, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnt, durch andere Tendenzen paralytisch werden kann. Das hat Marx keineswegs übersehen, son-

dem er hat selbst darauf hingewiesen. Er sagte, daß die Arbeitslosigkeit dann nicht zuzunehmen braucht, wenn der Absatz der kapitalistischen Produkte und die Menge des in der Industrie angewandten Kapitals rascher wächst als die Freisetzung der Arbeiter durch die Einführung arbeitssparender Maschinen und Methoden. Das trat bis zum Weltkrieg immer wieder ein.

Seitdem hat sich das gründlich geändert. Die Ausdehnung des Absatzes der kapitalistisch produzierten Produkte wird immer mehr eingeschnürt durch die oben erwähnten Faktoren, Monopole, Hochschutzzölle, Verkehrsbeschränkungen. Gleichzeitig wurde seit 1914 immer wieder die Zunahme des industriell angewandten Kapitals gehemmt, teils durch direkte Kapitalvernichtung in Kriegshandlungen und Geldverschlechterungen, teils durch stete ökonomische und politische Unsicherheit, die zur Thesaurierung [Hortung; Red.] großer Geldmassen drängt und sie dadurch der Produktion vorenthält.

Gleichzeitig aber haben die technischen Wissenschaften eine ungeheuere Vollkommenheit erreicht, die Mittel und Methoden der Arbeitssparung wachsen von Tag zu Tag in unerhörtem Maße. Vor hundert Jahren gab es noch nicht viele industrielle Erfinder außerhalb Englands und den damals noch wenig bewirtschafteten Oststaaten Amerikas. Wohl standen in Deutschland und Frankreich die Naturwissenschaften schon auf einer sehr hohen Stufe. Aber ihre Anwendung auf die Technik kam nur sporadisch vor. Wie gewaltig hat sich das seitdem geändert! Deutschland hat an Erfindungen seitdem England fast überflügelt, die Bevölkerung der Vereinigten Staaten ist von 18 Millionen auf 125 Millionen gestiegen. Großstaaten, wie Italien, Rußland, Japan, sind in den Bereich der kapitalistischen Industrie eingetreten und entwickeln auch Erfindergeist. Und die Grenzabschnürungen und Autarkietendenzen gelten höchstens für militärische, nicht aber für industrielle Erfindungen. Was in einem Lande erfunden wird, ahmen andere nach, wenn es profitabel ist, also Arbeit erspart.

Die Tendenzen nach Einführung arbeitssparender Mittel und Methoden erstarkten daher in den letzten Jahrzehnten rapid, in einer Weise, daß die in gegensätzlicher Richtung wirkenden Tendenzen nach Ausdehnung der Märkte und Vermehrung industrieller Kapitalien damit nicht Schritt halten können. Schon gar nicht dort, wo sie durch künstliche Eingriffe von Monopolisten

und Militaristen fühlbar gehemmt werden. Jedoch auch dort, wo es gelingt, diese Hemmungen zu überwinden und eine Ära der Prosperität herbeizuführen, wird diese nicht die ganze Masse der Arbeitslosen aufzusaugen vermögen. Dazu gibt es nur ein Mittel, das unerlässlich ist unter den Anstrengungen, das Wirtschaftsleben in rascheren Gang zu bringen: *eine ausgiebige Verkürzung der Arbeitszeit von Staats wegen.*

Von allen staatlichen Maßnahmen, die notwendig sind, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, stößt jedoch keine auf so erbitterten Widerstand der Kapitalisten wie diese, auch Ökonomen und Politiker, die in keiner Weise persönlich am kapitalistischen Profit interessiert sind, tragen heute Bedenken, eine solche Verkürzung zu empfehlen. Man wendet dagegen ein, sie werde die Produktionskosten erhöhen, die Industrie ruinieren und damit erst recht die Arbeitslosigkeit vermehren.

Was an dieser Befürchtung berechtigt ist, bedarf einer eingehenden Untersuchung. Ihr soll ein eigener Artikel gewidmet werden.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und der Kapitalprofit

Ohne eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit ist die Arbeitslosigkeit nicht zu bannen. Für die Arbeiter ist es natürlich wichtiger, daß sie durchgesetzt wird bei gleichbleibendem Tageslohn. Droht eine derartige Verkürzung aber nicht den Kapitalprofit so sehr zu beschneiden, daß die kapitalistische Wirtschaft dabei unmöglich wird? Ohne Profit raucht bekanntlich kein Schornstein.

Kein Zweifel, eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit ohne Verminderung des Tageslohnes bringt ernsthafte ökonomische Probleme mit sich, die gelöst werden müssen, soll das Wirtschaftsleben nicht Schaden leiden. Nichts irriger jedoch, als zu behaupten, sie seien unlösbar.

Zunächst ist zu erwägen, daß gerade für die technisch am höchsten entwickelten Betriebe, die für die Ökonomie des Landes die wichtigsten sind, die Lohnfrage die geringste Bedeutung hat. Denn von dem Kapital, das in solchen Betrieben investiert ist, wird nur ein kleiner Teil für Lohnzahlungen verwendet. Was sie am meisten zu befürchten haben, ist ungenügende Ausnützung ihres ungeheuer großen fixen Kapitals, das in Baulichkeiten und Maschinen besteht. Gerade in diesem Punkt bietet ihnen aber eine Verkürzung

der Arbeitszeit erhöhte Profitmöglichkeiten, wenn sie Hand in Hand geht mit einer *Verlängerung der Betriebszeit*. Die tägliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters und die tägliche Zeit des Betriebes eines Unternehmens sind keineswegs gleichbedeutend. Wenn in einer Fabrik die tägliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters von 8 auf 6 Stunden herabgesetzt wird, so kann der Profit steigen, auch wenn der Tageslohn der gleiche bleibt und der Preis des einzelnen Produktes nicht erhöht wird. Das Wachsen des Profits wird hier dadurch erreicht, daß man in zwei Schichten arbeiten läßt, die Betriebszeit von bisher 8 etwa auf 12 Stunden erhöht. Der Wert der im Tag produzierten Waren steigt in diesem Falle um 50 Prozent, während das im Betrieb steckende fixe Kapital unverändert bleibt. In Unternehmungen mit bisher schon ununterbrochenem Betrieb, drei Schichten, wird andererseits der Profit unverkürzt bleiben oder sogar steigen, wenn bisher die Maschinen nur halb beschäftigt waren, seit der Verkürzung der Arbeitszeit aber voll beschäftigt werden.

Solche Methoden, der durch Kürzung der Arbeitszeit drohenden Verminderung des Profits zu entgehen, kann mancher Betrieb schon für sich allein in Anwendung bringen. Aber allerdings kommen sie nicht allgemein in Betracht. Sie versprechen nur für gewisse Betriebe unter gewissen Umständen vorteilhaft zu werden. Zum Glück sind wir keineswegs auf diese Methode allein angewiesen. Die anderen Methoden, die dafür in Betracht kommen, kann jedoch ein einzelnes Unternehmen für sich allein nicht durchführen, sie bedürfen des Eingriffs der Staatsgewalt.

Die Höhe des Profits, den ein Kapital im Jahre abwirft, hängt nicht bloß von jenem Profit ab, der in einem Tage erzielt wird, sondern auch von der Schnelligkeit des Umschlages des Kapitals im Jahre. Wenn mit einer bestimmten Kapitalsumme im Tage Waren mit drei Prozent Profit erzeugt werden, so wird das Kapital im Jahre 15 Prozent abwerfen, wenn es fünfmal im Jahr umschlägt. Belebt sich der Geschäftsgang, so daß es zehnmal im Jahre umschlägt, so wird es jährlich 30 Prozent abwerfen. Selbst wenn gleichzeitig der Profit pro Tagesproduktion von 3 auf 2 Prozent sinkt, kann es 20 Prozent im Jahre bringen.

Je weniger in einem Unternehmen das fixe Kapital bedeutet, je mehr in ihm das für Löhne verausgabte Kapital überwiegt, desto mehr wird in ihm eine Verminderung des Profits durch Verkür-

zung des Arbeitstages wettgemacht werden können. Durch eine Beschleunigung des Kapitalumschlages, wenn diese Verkürzung Hand in Hand geht mit einer Verbesserung des allgemeinen Geschäftsganges.

Nun muß schon eine Vermehrung der Zahl der beschäftigten Arbeiter bei gleichbleibender Lohnquote den Geschäftsgang verbessern, da dadurch die Zahl der Käufer auf dem Warenmarkt wächst. Außerdem aber muß jede Regierung, die so sehr von Arbeitern beeinflusst wird, daß sie eine einschneidende Verkürzung der Arbeitszeit vornimmt, neben dieser Maßregel auch andere ins Werk setzen, die den ökonomischen Prozeß beleben. Ich habe schon in meinem vorhergehenden Artikel „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ darauf hingewiesen.

Doch noch in anderer Weise vermag der Staat einer eventuellen Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch eine Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzutreten, wo sie eine Erhöhung der Produktionskosten herbeiführt. Es ist eine ganz absonderliche Vorstellung mancher Ökonomen, daß sie allein die Arbeitslöhne zu den Produktionskosten zählen. Wohl nimmt Marx, ebenso wie die klassische Schule der Nationalökonomie, an, daß der Wert einer Ware durch die in ihr stekende Arbeitsmenge bestimmt wird, aber diese Arbeit löst sich nicht in Arbeitslohn auf. Und schon gar nicht ist gesagt, daß der geschäftlich rechnende industrielle Kapitalist nur die von ihm gezahlten Arbeitslöhne als Produktionskosten ansieht.

Dasjenige, was Marx als Mehrwert bezeichnet, als unbezahlte Arbeit, löst sich unter seiner Betrachtung auf in Profit, Grundrente und Kapitalzins. Der einzelne industrielle Kapitalist hat vielfach an den Grundbesitzer Grundrente in Form von Miete oder Pacht und an den Geldkapitalisten von Kapitalzins von dem Mehrwert abzugeben, den er erzielt. Der Industrielle setzt aber Miete und Zins nicht als *Mehrwert* an – diese Kategorie existiert für ihn nicht – sondern als *Produktionskosten*, die der Bankier oder Grundbesitzer ihm auferlegt.

So weit die Erhöhung der Produktionskosten durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen und gleichbleibenden Preisen, für den einzelnen Unternehmer nicht wettgemacht werden kann durch verbesserte Ausnutzung des fixen Kapitals oder durch Beschleunigung des Kapitalumschlages, bieten Grundrente

**Je früher, desto sicherer:
Keine Sorge - Volksfürsorge.**



**An alle Eltern, die sich auf den
„Schutzengel“ allein nicht verlassen wollen.**

Man kann nicht immer und überall dabei sein. Eltern wissen das. Und handeln danach. Nicht mit übertriebener Vorsicht, sondern mit sinnvoller Vorsorge.

Wenn Sie das auch so sehen, ist es Zeit, mit uns zu sprechen.

Wir setzen neue Maßstäbe.

Mit Leistungen, die diesen Anspruch halten. Zum Beispiel:

Volksfürsorge Privathaftpflichtversicherungen bieten Eltern mit ihren Kindern Versicherungsschutz bis zu 1 Million DM pauschal für Personen- und Sachschäden und kosten monatlich nicht einmal 9 Mark.

Es gibt immer ein paar Gründe mehr, mit uns zu sprechen.

Wir haben für alles eine Lösung: Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung, Bausparen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.

Keine Sorge-

Volksfürsorge

Wir haben für alles eine Lösung

und Kapitalzins die Objekte, um jene Erhöhung hier durch eine Verminderung an anderer Stelle auszugleichen. Eine Gefährdung der Gesellschaft ist dabei nicht zu befürchten. Der Arbeiter (die Angestellten inbegriffen) ist nicht bloß im sozialistischen, sondern schon im kapitalistischen Betrieb die wichtigste Person für dessen Fortgang. Nach ihm kommt der Organisator des Betriebes, sein Direktor oder – in stets abnehmendem Maße – sein Besitzer in Betracht. Dagegen ganz überflüssig für ihn sind die Personen des Grundbesitzers, soweit er sein Einkommen nur aus der Vermietung oder Verpachtung seines Betriebes zieht, und des Geldbesitzers, der nur von seinen Zinsen lebt. Gelingt es, durch staatliche Maßnahmen die Grundrente und Kapitalzinsen herabzudrücken, so wird dabei die Gesellschaft in keiner Weise geschädigt, nur erleichtert. Der Industrielle, der billigeres Kapital zu leihen bekommt, wird seine Produktionskosten erheblich verringert sehen, ebenso der Landwirt, der für einen geringeren Pachtzins Boden zur Bearbeitung erhält. Dieselbe Wirkung übt es auf jene Landwirte, die auf eigenem Boden wirtschaften, wenn ihre Hypothekenzinsen verschwinden, in denen für sie die Last der Grundrente verkörpert ist.

Der einzelne Unternehmer kann auf diesem Gebiete nicht viel machen. Um Erfolge zu erzielen, dazu ist eine starke, das heißt im demokratischen Staat, eine von Vertrauen der arbeitenden Massen getragene, durch ihre energische und verständnisvolle Mitarbeit unterstützte Regierung notwendig. Sie wird dabei zu Verstaatlichungen gezwungen werden, z. B. zur Einrichtung staatlicher Kreditbanken.

Neben den eben genannten Bestandteilen der Produktionskosten gibt es noch einen, dessen Preishöhe für den Industriellen stark ins Gewicht fällt: *die Rohmaterialien*. Gerade deren Preise werden künstlich stark erhöht durch die großen Monopole und die von ihnen herbeigeführten hohen Schutzzölle. Was bedeutet allein der Eisenpreis für die gesamte Industrie, für die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eines Landes! Schon durch Herabsetzung der Zölle, durch staatliche Eingriffe in die Monopole, die bis zu ihrer völligen Verstaatlichung gehen können und schließlich müssen, ist es möglich, eine eventuelle Erhöhung der Produktionskosten als Folge der Verkürzung der Arbeitszeit mehr als wettzumachen.

Also selbst dort, wo eine solche Erhöhung ein-

tritt, beweist sie keineswegs die Schädlichkeit eines Verkürzens der Arbeitszeit. Sie bezeugt nur die Notwendigkeit, es nicht als isolierte Maßregel ins Auge zu fassen, sondern es mit einem umfassenderen System sozialer Reformen in Verbindung zu bringen.

Man kann in der Geschichte der gesetzlichen Verkürzungen des Arbeitstages zwei Phasen unterscheiden: eine primitive, die schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts beginnt, und eine spätere, der letzten Jahrzehnte. In der ersten Phase wurde der Normalarbeitstag eingeführt, um die Arbeiter der Großindustrie vor maßloser Überarbeit zu schützen und sie vor völligem Verkommen zu retten. Das ist gelungen, der gesetzliche Arbeitsschutz hat die Arbeiterschaft der kapitalistischen Staaten auf eine höhere Stufe gehoben, physisch, moralisch, intellektuell. Und nicht bloß die Arbeiterschaft wurde organisiert. Der Übergang zu dem kürzeren Arbeitstag gelang den Unternehmern um so eher, je intelligenter und gewissenhafter sie waren, je besser sie neue Methoden begriffen. Je dümmmer und apathischer, liederlicher ein Unternehmer war, desto leichter ging er bei der Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde. So vollzieht eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Regenerierung nicht bloß der Arbeiter, sondern auch der Kapitalisten und ihrer Unternehmungen. Sie hebt das ganze Wirtschaftswesen auf eine höhere Stufe.

Dies galt für die erste Ära des Arbeitsschutzes, solange die Arbeiter durch Überarbeit degradiert und demoralisiert wurden. Ebenso wirkt eine Verkürzung der Arbeitszeit auch heute. Jedoch nicht in gleicher Weise. Nicht Überarbeit, sondern Arbeitslosigkeit bedroht jetzt ungeheure Zahlen von Arbeitern mit Degradation und Demoralisation. Gelingt es, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, so hebt man damit die schwerste moralische, psychische, intellektuelle Gefährdung der Arbeiterschaft unserer Zeit auf, erhebt man das Proletariat auf eine höhere Stufe.

Gleichzeitig damit wird aber, wie in den Anfängen des Arbeiterschutzes, auch die ganze Produktionsweise gehoben. Doch besteht dabei ein Unterschied. Damals wurde diese Hebung von den Kapitalisten selbst besorgt. Heute macht die Verkürzung der Arbeitszeit eine Reihe von Maßregeln wünschenswert oder notwendig, die man den Kapitalisten allein nicht überlassen kann; die auch vielfach ihre Kräfte übersteigen. Sie erheischen zu ihrer Durchführung starke Eingriffe der

Staatsgewalt, die bereits zu einer Ausdehnung der Staatswirtschaft führen müssen.

Solche Eingriffe sind nur zu erwarten in demokratischen Staaten mit einer ebenso starken, wie intelligenten Arbeiterschaft. Die Faust allein tut's nicht, es muß von einem denkenden, wissenden Kopf geführt werden. Und auch die Intelligenz eines Führers tut's nicht, es muß die Masse ebenfalls intelligent sein.

Seit dem Weltkrieg macht sich nicht nur bei den Faschisten, sondern auch bei manchen Sozialisten ein engstirniger Kultus der Gewalt breit. Sie wännen, wir brauchten nur über die nötige Gewalt und Gewalttätigkeit zu verfügen, unsere Gegner niederzuschlagen, dann kommt die sozialistische Gesellschaft von selbst. Leider liegt die Sache nicht so einfach. Wendet ein Machthaber ohne Wissen brutale Gewalt an, dann schä-

Günter Döding: Ohne Arbeitszeit- verkürzung kein Weg aus der Krise

Dergelernte Zigarrensortierer Günter Döding ist seit 1978 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG). Von 1966 bis 1978 war er 2. Vorsitzender der NGG. Er war u. a. Initiator der ersten Schichtfreizeit in der Zigarettenindustrie.

Trotz Wachstum und verbesserter Rahmenbedingungen weiter hohe Arbeitslosenzahlen

Auch im zweiten Jahr der wirtschaftlichen Erholung reicht das Wachstum noch nicht aus, um die hohen Arbeitslosenzahlen abzubauen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß sich die Arbeitslosenzahl 1984 im Jahresschnitt bei 2,3 Millionen stabilisieren wird. So die mehr oder weniger einhellige Meinung der verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Bundesrepublik.

Für Arbeitslose und Arbeitnehmer wahrlich eine düstere Perspektive zu Beginn des neuen Jahres, und dies trotz des hohen Preises, den gerade dieser Personenkreis aufgrund des Haushaltsstrukturgesetzes zu zahlen hat. Von den Verbes-

digt er oft nicht bloß die Gegner, die er niederkämpft, sondern auch sich selbst.

Je stärker das Proletariat, je größer seine Macht im Staat, desto gewaltiger und schwieriger seine Aufgaben, desto folgenschwerer ihre Lösungen. Nur eine arbeitende Klasse, die neben der erforderlichen Macht über das erforderliche Wissen, namentlich ökonomisches, verfügt, wird in der Lage sein, Ersprießliches zu leisten, eine dauernde höhere Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Die Gewinnung der Macht hängt aber nicht von den Arbeitern allein ab, sondern von zahlreichen Umständen, die sie nicht nach Belieben herbeiführen können. Viel eher können sie sich des erforderlichen Wissens bemächtigen, das ist überall unter allen Umständen eine Aufgabe für sie.

serungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren nach wie vor ausschließlich die Unternehmer. Und der Bonner Finanzminister betet unvermindert seinen Götzen „Haushaltskonsolidierung“ an. Obwohl inzwischen alle Fachleute vor diesem übertriebenen, ja schon manischen Spartrieb warnen.

Was fehlt, ist eine vorausschauende Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die Bundesregierung, an der Spitze der Kanzler, schaut tatenlos zu, wie die Arbeitslosenzahlen weiter steigen und der Anteil der Langzeitarbeitslosen von Monat zu Monat zunimmt. Was fehlt, ist die Einsicht in das Notwendige – bei der Bundesregierung und bei den Arbeitgeberverbänden. Auf die Vorschläge zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik des DGB reagieren die einen nicht, und die anderen belegen sie kurzerhand mit Tabu.

Wege aus der Krise

Wie die Zwischenüberschrift schon zum Ausdruck bringt, gibt es keinen sogenannten Königsweg aus der Krise, sondern es bedarf einer Vielzahl von verschiedenen Schritten, aber nicht in verschiedene Richtungen. Die Richtung ist klar. Das gesellschaftspolitische Ziel Nummer 1 heißt Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Aus der Sicht der Gewerkschaften sind dazu folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Die Verkürzung der Arbeitszeit. Dabei müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, wie es Ernst Breit zum Jahresanfang in der Gewerkschaftspresse gefordert hat.

2. Die Förderung des qualitativen Wirtschaftswachstums zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, so wie es der DGB in seinem 50-Mrd.-DM-Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensqualität vorgeschlagen hat.

3. Die soziale Beherrschung des technischen Wandels und seiner Folgen sowie die Humanisierung der Arbeit. Die Konsequenzen der Einführung neuer Technologien gehen nach Auffassung von Wassily Leontief, Nobelpreisträger und Direktor des Instituts für Wirtschaftsanalysen der Universität New York, weit über das, was heute sichtbar und vorstellbar ist, hinaus. Bereits heute sind schon Hunderttausende von Arbeitsplätzen unweigerlich durch die Einführung neuer Technologien vernichtet worden – und dies, obwohl wir erst am Anfang dieser Entwicklung stehen.

4. Die Verstärkung und Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen auf Unternehmens-, Betriebs- und Arbeitsplatzebene. Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche Wirtschaftsentscheidungen, Personalplanung, Technologieeinführung und -anwendung, Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung.

5. Die Reform der staatlichen Fiskal- und Subventionspolitik einschließlich der europäischen Agrarmarktpolitik.

6. Die effiziente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Schwarzarbeit, außerdem ein Verbot der Leiharbeit sowie eine Reform der Arbeitszeitordnung (AZO) auf dem Boden der bestehenden tariflichen Realitäten, also 40-Stunden- und 5-Tage-Woche.

Ein bunter Strauß von Forderungen, möchte man meinen – aber sie alle bedingen einander gegenseitig: Soll die bestehende Massenarbeitslosigkeit wirksam und mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden, kann dies nur im Wege einer Bündelung und gleichzeitigen Anwendung der aufgezeigten Forderungen geschehen.

Arbeitszeitverkürzung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit

Priorität im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit hat für die Gewerkschaften die Arbeitszeitverkürzung. Die zwei wichtigsten Wege dazu

sind die Verkürzung der Lebensarbeitszeit in Form einer Vorruhestandsregelung und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche. Hierzu der DGB-Vorsitzende in seinem bereits zitierten Beitrag in der Gewerkschaftspresse zum Jahresanfang: „Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche zu ihrer zentralen Aufgabe erklärt, aber die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ist keine Alternative zu einer brauchbaren Vorruhestandsregelung und umgekehrt. Jede Gewerkschaft muß aufgrund ihrer branchenspezifischen Voraussetzungen, ihrer Tarifbedingungen und ihrer Durchsetzungsmöglichkeiten die aktuellen Prioritäten für sich setzen.“ Für die Gewerkschaft NGG lautet die Priorität: Verkürzung der Lebensarbeitszeit im Wege einer Vorruhestandsregelung.

Seit dem Frühjahr 1977 setzt sich die NGG für eine Tarifpolitik mit einem verstärkten beschäftigungswirksamen Akzent ein. Erste große Erfolge konnten verbucht werden, als 1978 die Regelung zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Zigaretten-Industrie und unmittelbar danach auch in der Brauwirtschaft entsprechende Vereinbarungen geschlossen wurden. Inzwischen wurden weit über hundert Tarifverträge mit dem Ziel, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen, von uns durchgesetzt. Ein stolzer Erfolg unserer NGG.

Aber die Zeiten seit 1977 sind nicht besser, sondern schlechter geworden. Nicht nur die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schlechter geworden, sondern die Entwicklung auf dem Sektor neuer Technologien führte zu einem unerträglichen Rationalisierungsdruck, dem seither Hunderttausende von Arbeitsplätzen zum Opfer fielen. Parallel zu dieser Entwicklung bekommen wir den durch die Fehlentwicklung in unserer Bevölkerungsstruktur entstandenen Druck mit geballter Wucht auf dem Arbeitsmarkt zu spüren. Auf der einen Seite die Folgewirkungen des Baby-Booms der 60er Jahre, auf der anderen Seite die ausgebluteten Jahrgänge als Folge des Zweiten Weltkrieges.

Die Leidtragenden dieser Fehlentwicklung sind die jungen Menschen, vor allem die Schulabgänger; denn sie drängen in größerer Zahl auf den Arbeitsmarkt nach als ältere aus ihm ausscheiden. Der Preis, den die jungen Menschen zu entrichten haben, ist hohe Arbeitslosigkeit und berufliche Perspektivlosigkeit.



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.):**
Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 1983. 160 S.
- Paul Geiersbach:**
Wie Mutlu Öztürk schwimmen lernen muß. Ein Lebenslauf. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff. 1983. 272 S.
- Friedrich G. Kürbisch (Hg.):**
Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 1983. 256 S.
- Susanne Miller/Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.
- Johano Strasser/Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 2. Aufl. 1982. 416 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe eine neuen NG-Abonnementen geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnementen:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 57,- DM zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland und 13,20 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen Abonnementen

Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex.	Ich bestelle hiermit	DM je Ex.
	Ex. Autor/Titel	
	Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.): Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 160 S.	19,80
	Peter Brandt u. a.: Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912-72. 359 S.	39,80
	Gilberto Granados/Erk Gurgsdler: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
	Friedrich G. Kürbisch (Hg.): Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 256 S.	19,80
	Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.	19,80
	Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich. 256 S.	24,-

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Senden Sie an folgende Anschriften ein Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

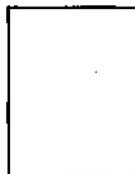
PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Werbeantwort



**Die
Neue
Gesellschaft**
— Redaktion —
Postfach 200 189
5300 Bonn 2

Absender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen)

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**
Postfach 200 189
5300 Bonn 2

Dieses bildet den Grund für den Beschluß unseres Hauptvorstandes vom Dezember 1981, ein Tarifkonzept mit dem Ziel der Umverteilung der Arbeit vorzulegen. Auf unserem Gewerkschaftstag 1982 in Nürnberg wurde nach sehr intensiver Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft auf allen Ebenen und in allen Gremien dann der Antrag zur Umverteilung der Arbeit durch eine Vorruhestandsregelung mit dem Ziel der Verkürzung der Lebensarbeitszeit eingebracht und einstimmig angenommen.

NGG-Tarifkonzept für eine Vorruhestandsregelung

Das Tarifkonzept basiert unter anderem auch auf den 82er Berliner DGB-Bundeskongreßbeschlüssen 202 (Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik) und 204 (Gewerkschaft Textil-Bekleidung und Nahrung-Genuß-Gaststätten) sowie dem Antrag 205 (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen). Das Tarifkonzept sieht vor, Arbeitnehmern ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit zu geben, freiwillig vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden und dafür einem jüngeren Arbeitslosen oder Schulabsolventen einen Arbeitsplatz zu geben. Dem freiwillig ausscheidenden Arbeitnehmer soll ein Vorruhestandsgeld in Höhe von 75 % seines bisherigen Nettoeinkommens gezahlt werden.

Dieses Vorruhestandsgeld soll zu zwei Dritteln über den Bundeshaushalt und zu einem Drittel durch tarifvertragliche Regelung aufgebracht werden. Das Tarifkonzept setzt also ein Zusammenwirken von Staat und Tarifvertragsparteien voraus. Für die ausgeschiedenen Arbeitnehmer werden Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge in voller Höhe auf der Grundlage ihres früheren Bruttoeinkommens anteilig vom Bund und durch tarifvertragliche Regelung weiterbezahlt. Die Sozialversicherungsträger werden dadurch nicht belastet, sondern die Regelung wirkt sich im Zeitablauf kostenneutral aus.

Die Umsetzung dieses Tarifkonzeptes in eine tarifliche Vorruhestandsregelung setzt jedoch die Erfüllung folgender Kriterien voraus:

- 1) Die Bundesregierung muß ein Rahmengesetz verabschieden, das die Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an der Finanzierung regelt.
- 2) Das Rahmengesetz muß inhaltlich unseren Vorstellungen entsprechen.
- 3) Die Wiederbesetzung des freigewordenen Arbeitsplatzes muß gewährleistet und nachvollziehbar sein.

4) Die Kontrolle und Mitbestimmung der Betriebsräte muß bei der Inanspruchnahme und Wiederbesetzung gewährleistet sein. Die Inanspruchnahme muß freiwillig und auf Antrag des Arbeitnehmers geschehen.

5) Die Reversibilität muß durch das Rahmengesetz geregelt werden, um eine Anpassung an veränderte Situationen im wirtschaftlichen oder demographischen Bereich leichter nachvollziehen zu können.

Was bringt das Tarifkonzept an beschäftigungspolitischem Effekt? Nach den Daten des Bundesarbeitsministeriums sind rund 360 000 Arbeitnehmer 60 Jahre und älter. Die Zahl der 58- und 59jährigen wird mit 550 000 angegeben. Experten schätzen, daß rund zwei Drittel der 60jährigen und älteren Arbeitnehmer von einem solchen Angebot Gebrauch machen würden. Von den 58- und 59jährigen werden nach der gleichen Expertenaussage ca. 50 % von dem Angebot Gebrauch machen. Die Rechnung bei 100 % Wiederbesetzung der freigewordenen Arbeitsplätze schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt beschäftigungswirksam wie folgt nieder:

<i>Anspruchsberechtigte Arbeitnehmer</i>	
58jährige	= 280 000
59jährige	= 270 000
60- bis 65jährige	= 360 000
<hr/>	
<i>Insgesamt</i>	= 910 000
<i>Inanspruchnehmende Arbeitnehmer</i>	
60jährige und älter (rund $\frac{2}{3}$)	= 240 000
58jährige und 59jährige (rund $\frac{1}{2}$)	= 275 000
<hr/>	
<i>Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt insgesamt</i>	= 515 000

Ausblick und Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung

Der von der Bundesregierung am 19. Dezember 1983 beschlossene Gesetzentwurf zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand ist, trotz erheblicher Einwände, ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Gesetzentwurf muß allerdings in seinen entscheidenden Eckdaten noch erheblich aufgebessert werden, um auf die nötige Akzeptanz zu stoßen. Die vorliegenden Daten machen es außerdem den Gewerkschaften unmöglich, hierauf basierende Tarifabschlüsse zu tätigen.

Kritisiert an dem Gesetzentwurf werden vor allem vier Punkte:

① Das Einstiegsalter ist mit 59 Jahren zu hoch angesetzt. Damit fallen rund 250 000 anspruchsberechtigte Arbeitnehmer aus dieser Regelung heraus, was den von uns angestrebten beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Effekt ganz beträchtlich schmälert. Deshalb bleiben wir bei dem von uns vorgeschlagenen Einstiegsalter mit 58 Jahren.

② Die im Gesetzentwurf vorgesehene Wiederbesetzungsklausel für den freigewordenen Arbeitsplatz ist viel zu schwach. Damit taugt das Regierungsmodell kaum zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Soll das Ziel einer effizienten Umverteilung der Arbeit erreicht werden, bedarf es dazu der von uns vorgeschlagenen wasserdichten und kontrollierbaren Wiederbesetzungspflicht. Andernfalls würden wir die Rationalisierungsmaßnahmen in den Betrieben über die Tarifregelung mitfinanzieren – ein mehr als unzumutbarer Gedanke.

③ Der Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit ist mit umgerechnet 26% des bisherigen Nettogehalts vom Ansatz her zu gering. Damit wird die Regelung für viele ältere Arbeitnehmer der unteren Einkommensgruppen unakzeptabel. Ein Aufstocken tut also not. Dies kann aber nicht von den Tarifvertragsparteien allein geleistet werden. Der Fehler im Denken der Bundesregierung zur Finanzierung liegt in den unter ② dargelegten Gründen. Die Bundesregierung geht nämlich fälschlicher- und unetklärlicher Weise von einer

Wiederbesetzungsquote von nur 50% aus. Bei richtiger Gestaltung und Anwendung der Wiederbesetzungsklausel ist jedoch von 100% auszugehen. Dann stellt sich die Finanzierungsfrage für die Bundesanstalt für Arbeit auch in einem ganz anderen Licht dar.

④ Das im Regierungsentwurf vorgesehene Veto-recht für Arbeitgeber in Betrieben unter 20 Beschäftigten ist nicht nur eine Diskriminierung, sondern tarifrechtlich mehr als bedenklich. Mit einer solchen Regelung wird auch ein gefährliches Präjudiz geschaffen; denn es räumt dem Arbeitgeber die Möglichkeit ein, sich der von ihm oder seinem Verband durch Tarifabschluß geschaffenen normativen Kraft im eigenen Betrieb durch Veto wieder zu entziehen. Der Tarifvertrag wird damit zur Makulatur.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, der vorliegende Entwurf ist in entscheidenden Punkten nicht akzeptabel, weder für die Tarifvertragsparteien noch für die in Frage kommenden Arbeitnehmer. Es bedarf also noch einer beträchtlichen Aufbesserung im Gesetzgebungsverfahren. Richtungsweisend für die Diskussion im Bundesrat und Bundestag können dabei die beiden vor dem Regierungsentwurf eingebrachten Gesetzentwürfe der SPD-Bundestagsfraktion und des Bundeslandes Hessen sein, die beide durchaus mit unseren Vorstellungen konform gehen. Das letzte Wort hierzu wird das Parlament haben, und dann werden wir weitersehen.

Hans Janßen: „35-Stunden-Woche“ oder autoritäre Leistungsgesellschaft

Der gelernte Schlosser Hans Janßen, Jahrgang 1924, ist Mitglied des Vorstands der Industriegewerkschaft Metall und dort zuständig für Tarifpolitik; s. a. seinen Beitrag in NG 10/81.

Erst unter dem Druck unserer Kampagne für die 35-Stunden-Woche konnte der Bundesarbeitsminister den Wechselbalg einer Vorruhe-

standsregelung in der Rechtskoalition austragen. Erst der Druck dieser Kampagne hat Gesamtmetall bewogen, seine noch vor zwei Jahren vehement vorgetragene Ablehnung einer Tarifrente aufzugeben.

Mit der bisherigen Tatenlosigkeit gegenüber der anwachsenden Massenarbeitslosigkeit konnte diese Auseinandersetzung nicht bestritten werden. Deshalb wurde ein Konzept gestrickt nach dem Motto: Man tut, als ob etwas gegen die Arbeitslosigkeit getan würde, aber sie wird nicht gebremst oder gar beseitigt. Denn wie phantasie-reich von „Gesamtmetall“ auch immer die Anzahl der Arbeitsplätze „hochgerechnet“ werden mag, die durch die Vorruhestandsregelung

angeblich gesichert würden; in den Chefetagen der Metallunternehmen zeigt ein Blick in die längst ausgedünnten Bestandslisten der in Frage kommenden Jahrgänge, daß ihr Ausscheiden den weiteren Arbeitsplatzabbau nicht verhindern wird. In der Metallindustrie, in der Eisen- und Stahlindustrie haben ältere Arbeitnehmer Seltenheitswert.

Mit der Vorruhestandsregelung als Scheinalternative wollen die Arbeitgeber die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf weitere Jahre hinaus blockieren. Wer für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, kann sich darauf nicht einlassen. Die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit ist aus humanitären Gründen notwendig. Aber sie berührt das Problem der Massenarbeitslosigkeit durch steigende Produktivität und Erwerbstätigkeit nur am Rande. Würde der Arbeitsminister die Herabsetzung des gesetzlichen Rentenalters betreiben, dann hätte er hier und heute die volle Unterstützung der Gewerkschaften. In Wahrheit unterstützt er mit der Vorruhestandsregelung die Position der Arbeitgeber zur 35-Stunden-Woche. Zudem will er noch den Schwarzen Peter der Durchsetzung zumutbarer Vorruhestandsbezüge den Gewerkschaften zuspieren.

Blüm hat die Munition geliefert, mit der die Arbeitgeber ihre kompromißlose Ablehnung der 35-StundenWoche, dem einzig wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bemänteln können. Nach „Gesamtmetall“-Geschäftsführer Kirchner darf die 40-StundenWoche auch nicht um 5 Minuten unterschritten werden, weil am Ende doch die 35-StundenWoche stünde, weil dann überhaupt der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung wieder in Gang käme, wie wir ihn schon in der Vergangenheit hatten.

Dieses prinzipialistische Arbeitgeberdiktat bestimmt die Härte der gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung. Mit dem Hinweis auf die Scheinalternativen der Vorruhestandsregelung und der Arbeitszeitflexibilisierung vermeiden sie jegliche Diskussion über einen Kompromiß zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche. Es geht ihnen um eine gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung, um eine Machtfrage. Hinter vorgehaltener Hand sind sie sich durchaus darin einig, daß die 35-Stunden-Woche in erster Linie gar keine ökonomische Frage ist. Die Kostenprobleme stellen sie nur deshalb in den Vordergrund, weil sie damit die Angst- und Panikpropaganda fortführen und ausbauen können, mit der sie in den letz-

ten Jahren die politische Wende betrieben haben. Daß die Kostenprobleme zweitrangig sind, zeigt sich auch an der Haltung der Arbeitgeber zu der von der IG Metall geforderten Begrenzung und Abgeltung von Überstunden durch Freizeit. Die Metallarbeitgeber lehnen dieses Solidarangebot der Arbeitnehmer ab, um ihre Personalbestände an der niedrigsten Schwelle der Beschäftigung halten und frei über die Arbeitszeit der beschäftigten Arbeitnehmer verfügen zu können.

Tatsächlich stellt die rigorose und grundsätzliche Ablehnung der 35-Stunden-Woche einen Eckpfeiler zur Stabilisierung und zum Ausbau der politischen Wende dar. Die Abwehr der Wochenarbeitszeitverkürzung ist zu einer politischen und arbeitsmarktpolitischen Voraussetzung für die Realisierung der Konzepte einer autoritär-reaktionären Sozialverfassung geworden, die auf allen Gebieten entwickelt werden.

Die Arbeitgeber wissen so gut wie wir, daß durch Wachstum oder durch Trostpflästerchen von der Art einer Vorruhestandsregelung die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen, bestenfalls ihr Anstieg zu verlangsamen ist. Aber gerade am Beginn einer neuen Etappe der technologischen Revolution, die mit gewaltigen Produktivitätssteigerungen zu massiver Arbeitsplatzvernichtung und weitreichenden sozialen Umschichtungen führen wird, soll der Tisch für die Sicherung der bestehenden Privilegien und Herrschaftspositionen rein gefegt werden. Obwohl die Steigerung der Arbeitsproduktivität erst als Mittel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen ihren Sinn erhält, mußte das von der Arbeiterbewegung immer schon durchgesetzt werden. Heute, in einer geschichtlichen Situation, in der die Möglichkeiten zur Beseitigung unzumutbarer Arbeit und materieller Not wie selten zuvor wachsen, soll diese einfache Wahrheit nicht mehr gelten?

Dauerhaft kann die Politik des sozialen Rückschritts nur unter dem stummen Druck von Verhältnissen durchgesetzt werden, die auf einem hohen Sockel „normaler“ Arbeitslosigkeit beruhen. Das selbstbewußtere und anspruchsvollere Verhalten, das die Arbeitnehmer unter den Bedingungen der Prosperitätsjahre ausbilden konnten und das besonders für die Nachkriegsgeneration selbstverständlich geworden ist, war vielen Arbeitgebern lange schon ein Dorn im Auge. Vor allem der Massenanhang des Arbeitgeberlagers, die Mittelschichten, die häufig selbst unter dem

Druck der großen ökonomischen Machtblöcke stehen und unter denen überständige, rigide Sozialnormen besonders virulent blieben, sah sich dadurch in der Verfolgung seiner Interessen beeinträchtigt. Über die jahrelang betriebene Wiederaufwertung frühkapitalistischer Tugenden des Verzichts, des Sparens, der Pflichterfüllung und der Unterordnung haben sich diese Schichten stark nach rechts orientiert und zum Träger der politischen Wende entwickelt.

Ihren Vorstellungen einer autoritären Leistungsgesellschaft widerspricht die 35-Stunden-Woche radikal. Die Herabsetzung der Lebensarbeitszeit kann von ihnen, wenngleich unter erheblichen Widerständen, womöglich gerade noch als Mittel zur leistungssteigernden Verjüngung der Beschäftigten hingenommen werden. In der Krise aber weniger arbeiten zu wollen, das widerspricht den Vorstellungen dieser Schicht radikal, die wesentlich unter Gesichtspunkten der Konkurrenz denkt und sich vor der bedrohlichen Zukunft in die Begriffe der „goldenen“ Vergangenheit flüchtet.

Die 35-Stunden-Woche wird für dieses Lager um so mehr zum Greuel, als sich mit ihr die Perspektive weiterer Befreiung der Arbeitnehmer und langfristig die einer Gesellschaft verbindet, in der „entfremdete“ Arbeit abgebaut werden kann. Die politische Rechte hat nicht eigentlich ein gesellschaftspolitisches Zukunftsprogramm. Ihre Politik ergibt sich faktisch aus ihrer eigenen Lagermentalität, die sich unter den als Bedrohung wahrgenommenen Zukunftsaussichten weitgehender Zurückdrängung abhängiger Arbeit eher noch verschärft. Alle sozial- und gesellschaftspolitischen Konzepte, die heute in dieser Ecke ausgekocht werden, laufen auf die Einmauerung und Absicherung der bestehenden Privilegien und Herrschaftspositionen und die Abwälzung der Krisenlasten auf die sozial Schwachen hinaus. Einmauern will man sich mit den durch den Druck der Arbeitslosigkeit in neu-feudaler Abhängigkeit gehaltenen, aber noch privilegierten Stammbeschäftigten, denen dann eine wachsende Zahl allenfalls kurzfristig beschäftigter, verarmender und kulturell depravierter Heißen und Arbeitsloser gegenübersteht, die zu keinem rationalen politischen Widerstand mehr fähig sind.

In diese Tendenz fügt sich die Einführung eines Zwischenpuffers von Teilarbeitslosigkeit mit Einkommensminderung, wie sie von den Arbeit-

gebern unter dem Titel der Arbeitsflexibilisierung betrieben wird, ebenso ein, wie die Zurückdrängung der Frauen an den Herd, die katastrophale Desorientierung der Jugendlichen, die soziale Verschärfung nationaler Unterschiede bis hin zu offener Ausländerfeindlichkeit usw.

Wie sehr mit der Durchsetzung dieser Tendenz jegliche christliche Moral bedroht wird, demonstriert der Bundesarbeitsminister, der die beschäftigten Arbeitnehmer mit der Verlockung von Einkommenszuwächsen gegen die 35-Stunden-Woche und gegen die solidarische tatsächlich wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzubringen sucht. Daß mit der Durchsetzung dieser Konzepte aber auch die Einmauerung der Gewerkschaften zu einer bloß partikularen, der Konkurrenz „Jeder gegen Jeden“ unterworfenen und daher zur Sicherung solidarisch-kollektiver Schutzrechte kaum noch fähigen Interessenvertretung erreicht werden soll, ist ebenso offenkundig. Die Zerstörung materiell-sozialer Teilhaberrechte der Arbeitnehmer richtet sich aber nicht nur gegen die Gewerkschaften, sondern zugleich gegen die Substanz der politischen Massendemokratie und damit gegen alle, denen an ihrer Erhaltung und Weiterentwicklung gelegen ist.

Ob man das will oder nicht: Der Kampf um die 35-Stunden-Woche ist zu einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung geworden, die weitreichende Entscheidungen impliziert und erhebliche Folgen für die politische Szenerie der Bundesrepublik nach sich ziehen wird. Dieser Kampf ist nicht nur eine gewerkschaftliche Tagesaufgabe. Er geht alle an, denen an einer sozialen und demokratischen Lösung der Krise gelegen ist. Die soziale Opposition muß in dieser Auseinandersetzung Tritt fassen und politisches Terrain wiedergewinnen, das sie in den letzten Jahren verloren hat.

Sie muß das gegen eine öffentliche Meinung tun, in der der Geist der Wende in den sozialen Rückschritt dominiert, in der die Ursachen der Krise und der Existenzbedrohung der Arbeitnehmer bis zur Unkenntlichkeit entstellt, in der die Arbeitslosigkeit und ihre leidvollen und destruktiven Folgen bis auf die nackten statistischen Kennziffern ausgegrenzt sind. Dagegen ist nur durch die Mobilisierung aller Kräfte anzukommen. Die gewerkschaftliche Mobilisierung in den Betrieben braucht den Flankenschutz allgemeiner Bewegung. Es kommt darauf an, die soziale Grundstimmung zu verändern. Dazu bleibt nicht

viel Zeit. Es hat sich aber gerade in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß die an die jeweiligen institutionellen Kräfteverhältnisse gebundenen Medien – und das gilt für die soziale Frage der 35-Stunden-Woche ganz besonders – gerade Verschiebungen in grundlegenden Meinungsprozessen erst verspätet, oft schockartig registrieren. Deshalb sollte der gegenwärtige Überhang arbeitgeberfreundlicher Positionen in der veröffentlichten Meinung nicht überschätzt werden.

Das mobilisierungsfähige Potential der Arbeitnehmer in den verschiedenen sozialen Bereichen ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Das Bedürfnis nach größerer eigenbestimmbarer Zeit ist unter den mittleren und älteren Jahrgängen, der Wunsch nach Minderung der Arbeitsleistungen unter den älteren Arbeitnehmergruppen besonders hoch. Alle geschichtlichen Erfahrungen der Arbeitnehmer bezeugen die Möglichkeit und Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung.

Hat sich die Arbeiterschaft unter dem Druck der Krise, der Arbeitslosigkeit und der Existenz-

angst geduckt? Die unternehmerische Propaganda beutet das tagtäglich aus. Sie sucht die Solidarität der Arbeitnehmer in kurzfristige, konkurrenzbestimmte Identifikation mit den Wirtschaftseinheiten aufzulösen, von denen die einzelnen abhängig sind. Sie verkehrt den Generalangriff auf die Arbeitnehmer in Einzelmaßnahmen zur Sicherung ihrer Existenz. Durch Argumente alleine ist dieser Propaganda nicht hinreichend zu begegnen. Dazu bedarf es des energischen Einsatzes aller Gewerkschaften, aber auch aller aufgeklärten Aktivbürger. In und durch die Aktion innerhalb und außerhalb der Betriebe muß der Aufbau kritisch-sozialer Öffentlichkeit in den nächsten Wochen und Monaten mit aller Kraft vorangetrieben werden. Neben den betriebsbezogenen Anstrengungen der Gewerkschaften regen sich auf breiter Front und nicht zuletzt Dank der Initiative der Sozialdemokratie vielfältige Initiativen. Die nötige soziale Bewegung für die 35-Stunden-Woche ist im Aufbruch. Gemeinsam können wir es schaffen.

Siegfried Bleicher: Gewerkschaften und Rationalisierung – Erfah- rungen und Strategien

*Siegfried Bleicher, geb. 1940, gelernter Maschinen-
schlosser, bildete sich an der Hamburger Hochschu-
le für Politik und Wirtschaft zum Diplom-Volkswirt
aus. Seit Mai 1982 gehört er dem Geschäftsführen-
den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschafts-
bundes an.*

Krisenüberwindung durch Innovationen?

Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme der jüngsten Vergangenheit, Stagnation und hohe Arbeitslosigkeit, haben einer alten Krisentheorie neue Aktualität verliehen: der von den „langen Wellen“ der Konjunktur. Danach sind periodisch auftretende Wirtschaftskrisen eine Folge unzureichender Basisinnovationen; die jüngste Krise ist demnach eine Folge des Auslaufens der letzten, von Chemie und Elektrizität ausgelösten Inno-

tionsschübe. Die Überwindung der Krise, so lautet die Schlußfolgerung für die Wirtschafts- und Technologiepolitik, wird durch einen neuen Innovationsschub möglich. Dieser soll von der Mikroelektronik, der Grundlage neuer Informations- und Kommunikationstechniken, erbracht werden. Dabei werde – so Bundesforschungsminister Riesenhuber kürzlich im Bundestag – die Verknüpfung von technischen Innovationen mit privaten Investitionen nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit erbringen, sondern auch die Arbeit interessanter machen.

Banken, Wirtschaftsverbände und Gemeinden machen sich mittlerweile diese Hoffnung zu eigen: seit einiger Zeit errichten sie in Form von Technologieparks „Durchlauferhitzer“ und „Brutkästen“ für dynamische Jungunternehmer, deren Aktivitäten den gesellschaftlichen Wohlstand mehren sollen. Gewerkschaftliche Erfahrungen können diesen Optimismus keineswegs begründen; sie bestätigen vielmehr, daß technischer Wandel nicht zwangsläufig zu verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen führt. Von die-

sen leidvollen Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung macht die Mikroelektronik keine Ausnahme.

Rationalisierung und Mikroelektronik

Die wirtschaftliche Stagnation ist nicht ohne Auswirkungen auf die Unternehmensstrategien geblieben, mit denen Rentabilitätssicherung und -steigerung angestrebt werden. War der Konkurrenzkampf in der Vergangenheit überwiegend ein Kampf um Marktzuwächse, so ist er nun zu einem Rationalisierungswettbewerb geworden. Dabei ist vor allem eine kostensparende, flexible Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses in den Vordergrund getreten. Sie knüpft in vielen Bereichen an die in der Vergangenheit durch organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen vertiefte Arbeitsteilung an. Doch dabei geht es weniger um die Form des Einsatzes menschlicher Arbeit in Produktion und Verwaltung, es geht vielmehr um den Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen. Im Mittelpunkt der neuen Welle technischer Rationalisierung steht die Nutzung mikroelektronischer Computertechnologie zur Automatisierung von Bearbeitungs-, Handhabungs-, Planungs- und Verwaltungstätigkeiten.

Maßnahmen zur Automation von Produktionsverfahren und/oder Arbeitstätigkeiten waren in der Vergangenheit meist auf einzelne Verfahren oder Tätigkeiten bezogen. Mit dem Anstieg des Automationsgrades ging die betriebliche Elastizität zurück, während der Zwang zu hoher Auslastung zunahm. Marktschwankungen und veränderte Produktanforderungen begrenzten jedoch die kostensparende Wirkung der starren Automation. Erst die Computertechnologie bot den Unternehmen die Möglichkeit, Produktions- und Arbeitsprozesse besser auf Schwankungen und Anforderungen des Marktes abzustimmen.

Durch ihre Fähigkeit zur Speicherung und schneller Verarbeitung von Informationen ist die Computertechnologie in der Lage, Planungs- und Entscheidungsaufgaben zu übernehmen sowie Maschinen und Produktionsanlagen zu steuern. Sie stellt damit ein universelles Rationalisierungsmittel dar; die Verdoppelung der Computereinsätze in weniger als 3 Jahren bestätigt dies. Unternehmensbefragungen zufolge steht eine weitere bemerkenswerte Zunahme bevor; Schwerpunkte stellen dabei die Bereiche Fertigung, Fertigungssteuerung, Materialwirtschaft, Entwicklung und Konstruktion dar. Dem ent-

spricht 1984 ein Anstieg des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen an allen Innovationen auf mehr als 53 vH! Von besonderem Interesse sind dabei die relative Beständigkeit der Rationalisierungsinvestitionen und der Kapitalintensität, die – im Gegensatz zu den Behauptungen der Arbeitgeber – darauf hinweisen, daß für die jüngste Vergangenheit kein Zusammenhang zwischen Lohnstückkosten und Rationalisierungsinvestitionen besteht!

Rationalisierung in Produktion...

Die weitreichenden Folgen der Rationalisierung mit neuen Technologien haben sich zuerst in aller Schärfe in der Druckindustrie gezeigt. Durch den Übergang vom „heißen“ Blei auf den „kalten“ Fotosatz wurde nicht nur die traditionelle Setzmaschine und mit ihr die qualifizierte Tätigkeit des Setzers überflüssig. In der Zeitungsherstellung entfielen ferner Tätigkeiten der Gestaltung der einzelnen Seiten (Umbruch) und zur Herstellung der Druckvorlagen. An ihre Stelle traten Bildschirmtätigkeiten, Texteingabe und Seitengestaltung, die zum Teil von den Redakteuren, aber auch von gering qualifizierten Arbeitskräften ausgeführt werden können.

Auch in der mechanischen Fertigung sind es vielfach qualifizierte Arbeitnehmer, die von den Folgen der flexiblen Automation getroffen werden. Computergesteuerte Werkzeugmaschinen und flexible Fertigungssysteme, die hier zum Einsatz gelangen, steigern nicht nur die Produktivität. Sie erlauben zugleich eine Aufspaltung ganzheitlicher Facharbeitertätigkeiten in planende und ausführende Arbeit: infolge der Verlagerung einzelner Funktionen in unterschiedliche Tätigkeitsbereiche wird Facharbeit taylorisiert.

Demgegenüber trifft der Robotereinsatz vor allem Arbeitnehmer, deren Arbeitsbedingungen durch immer wiederkehrende Tätigkeiten mit hohen Belastungen, geringen Arbeitsinhalten, hoher Taktbindung und Monotonie gekennzeichnet sind. Herstellern und Anwendern der Robotertechnologie dient dies als Beleg dafür, den Robotereinsatz als Bestandteil der Humanisierung der Arbeit darzustellen. Trotz Förderung der Robotertechnologie durch das HdA-Programm haben sich diese Versprechungen nicht erfüllt: der Abbau hochbelasteter Arbeitsplätze erfolgte vielerorts nur um den Preis von Verschlechterungen – Leistungsverdichtung, erhöhte Taktbindung, soziale Isolation – an vor- und nachgelagerten

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Thema unseres Januar-Hefes:

Friedensbewegung: geht es weiter?

Beiträge von

Hans-Jürgen Benedict:

Ziviler Ungehorsam gegen Atomraketen

Egbert Jahn:

Aussichten und Sackgassen der neuen Friedensbewegung

Hans Liesen:

Protest und Polizei

-Weil die Nächte in Moskau so dunkel sind ...-/Gespräch mit **Milan Horacek** (MdB Die Grünen)

Klaus Horn:

Die Verlockung der Gewalt

-Wir müssen auf dauerhafte Veränderungen setzen-/Gespräch mit **Andreas Buro**

Walter Dirks:

Kann man mit der Bergpredigt regieren?

Wilfried Warneck:

Auf dem Weg zur Friedenskirche?

Prels: DM 11,— / 80 Seiten

Zu bestellen bei

Neue Verlagsgesellschaft der Frankfurter Hefte mbH

Leipziger Straße 17, 6000 Frankfurt 90, Telefon: 06 11 / 70 90 18

Arbeitsstationen. Eine kritische Durchsicht der Materialien, mit denen für den Robotereinsatz geworben wird, läßt schnell erkennen, daß die Herstellerinteressen nicht vorrangig auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerichtet sind. In ihren Darstellungen überwiegen einseitige betriebswirtschaftliche Kostenüberlegungen; die als beispielhaft vorgestellten Einsatzfälle zeichnen sich durch eine unzureichende Verknüpfung von Automation und Arbeitsgestaltung mit für die verbleibenden Arbeitnehmer nachteiligen Folgen aus.

... Verwaltung und Dienstleistung

Von der Mikroelektronik betroffen sind ferner Tätigkeiten in Büros, Verwaltungen und Dienstleistungsbetrieben einschließlich hochqualifizierter wissenschaftlich-technischer Tätigkeiten. Das Zeichenbrett, das klassische Arbeitsmittel der Konstrukteure und technischen Zeichner, wird durch computergestützte Konstruktionssysteme ersetzt (CAD). An seine Stelle treten Bildschirme und automatische Zeichengeräte. Gespeicherte Werkstückinformationen werden zugleich in Stücklisten, Fertigungspläne und Programme zur Maschinensteuerung umgesetzt. Bildschirme, über deren Mattscheiben endlose Zeichenkolonnen flimmern, verweisen auf die „kopernikanische Wende“ in den Büros. Dabei wachsen ehemals getrennte Mittel der Informationserfassung, -verarbeitung und -übertragung, Schreibmaschinen, Buchungsautomaten, Fernschreiber, Kopierer und Datenverarbeitung zu engmaschigen Computernetzen zusammen.

Neue Technologien zur Informationsübertragung, die uns mit dem Argument der Ausweitung der Informationsfreiheit angedient werden, entpuppen sich als Schlüssel zu elektronischer Selbstbedienung und zur Privatisierung abhängiger Arbeit. Bildschirmtext eröffnet neue Wege zu geschäftlicher Nutzung der Datenfernverarbeitung. Arbeit wird in Dienstleistungsunternehmen eingespart und auf Kunden verlagert. Darüber hinaus eröffnen Informationsübertragungsnetze den Weg zu elektronischer Heimarbeit, die die Betroffenen den arbeits- und sozialrechtlichen Schutzbestimmungen entzieht und ihre Konkurrenz untereinander verstärkt.

Negative Folgen widerlegen den Optimismus

Ergebnisse einer kürzlich von der IG Metall vorgelegten Untersuchung zu den Folgen der Ra-

tionalisierung belegen nachdrücklich, daß der technische Wandel die sozialen Risiken der Arbeitnehmer keineswegs verringert: Alte Gesundheitsrisiken werden durch neue ersetzt, Qualifikationen, Einkommen und Beschäftigung sind bedroht, die soziale Kontrolle weitet sich aus. Dem Rückgang schwerer körperlicher Arbeit steht eine auffällende Zunahme der Leistungsabforderung, des Arbeitstempos und der Belastungen durch Lärm, Monotonie, soziale Isolation, gefährliche Arbeitsstoffe, Schichtarbeit und erhöhte psychische Anforderungen entgegen. Verschleißarbeitsplätze, an denen Tätigkeiten nicht bis zur Pensionierung ausgeübt werden können, verzeichnen eine Zunahme.

Die Anpassung an Qualifikationsanforderungen neuer Technologien erfolgt überwiegend im Rahmen kurzfristiger Qualifizierungsmaßnahmen, über Geräteeinweisungen hinaus wird dabei jedoch kein stabiles Qualifikationsniveau vermittelt. Demgegenüber nutzen die Betriebe verstärkt Möglichkeiten, Wissen durch Abbildung auf Datenträgern zu enteignen. Der Zugang zu diesem Wissen ist nur selten allen Mitgliedern eines Arbeitssystems möglich, meist bleibt es auf wenige, hochqualifizierte Beschäftigte beschränkt. Die in einzelnen Fällen zu beobachtende Zunahme qualifizierter Tätigkeiten schlägt sich nicht in gleichem Umfang in Höhergruppierungen nieder. Demgegenüber gelingt es Betriebsräten lediglich vorübergehend, die von Rationalisierung betroffenen Arbeitsplätze vor einer Abrupparierung zu bewahren.

Die betriebliche Stellung der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung wird durch den Einsatz computergestützter Informationssysteme bedroht. Die Verknüpfung von Betriebsdatenerfassung mit dispositiven Personalinformationssystemen ermöglicht im Rahmen mißbräuchlicher Anwendungen Leistungserfassung und Verhaltenskontrolle der Arbeitnehmer. Betriebliche Herrschaftsverhältnisse werden so zugunsten derer verschoben, die über die Möglichkeit zum Einsatz der Informationstechnologien verfügen.

Deutlich erhöht hat sich in den letzten Jahren das Beschäftigungsrisiko der Arbeitnehmer; die Gefahr technologischer Arbeitslosigkeit wächst weiter. So weisen – entgegen den Aussagen der Modernisierungsoptimisten – in der Metallwirtschaft mehr als die Hälfte der Betriebe mit hohem technologischem Produktionsniveau eine rückläufige Beschäftigung auf. Betriebliche Fallstu-

dien haben negative Beschäftigungswirkungen der fortschreitenden Automation nachgewiesen: Der Einsatz einer CNC-Maschine spart im Durchschnitt zwei Arbeitsplätze; einem durch Robotereinsatz in der Automobilindustrie neu geschaffenen Arbeitsplatz steht der Abbau von sieben Arbeitsplätzen gegenüber. Büro und Verwaltung sind von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen. Die Prognos AG veranschlagt die Produktivitätssteigerungen hier auf 33 v. H.: der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechnologien“ zufolge macht die technische Entwicklung mittel- bis langfristig 2 bis 2,5 Millionen Angestellten-Arbeitsplätze „entbehrlich“.

Dienstleistung und Verwaltung verlieren so ihre in der Vergangenheit positive beschäftigungspolitische Funktion. Völlig überschätzt werden in diesem Zusammenhang in der Öffentlichkeit auch die Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der Herstellung mikroelektronischer Bauelemente und informationstechnischer Geräte. Da die Elektromechanik durch Mikroelektronik ersetzt wird, kommt es durch die Verringerung der Fertigungstiefe zu hohen Produktivitätssteigerungen. So wuchs die Produktion informations- und kommunikationstechnischer Geräte von 1975 bis 1980 um 39 v. H., die Beschäftigung nahm im gleichen Zeitraum lediglich um 2 v. H. zu! Angesichts der sich abzeichnenden Schere zwischen Produktivitäts- und Produktionsentwicklung müssen wir mit einer weiteren Verschärfung der Beschäftigungsprobleme rechnen. Die Hoffnung auf deren Lösung durch wirtschaftliches Wachstum ist weitgehend unbegründet.

Vom Rationalisierungsschutz zur sozialen Technologiegestaltung

Die Entwicklung mikroelektronischer Computertechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnik stellt die Gewerkschaften vor einen wachsenden Schutz- und Gestaltungsbedarf. Der Rationalisierungsschutz der Vergangenheit, der sich auf die Kontrolle der sozialen Folgen des technischen Wandels, insbesondere der Beschäftigung und des Einkommens beschränkte, wird diesen veränderten Anforderungen nicht ausreichend gerecht. Wegen der besonderen Eigenschaften der Informationstechnik (zugleich Arbeits-, Organisations-, Steuerungs- und Kontrollmittel) scheint demgegenüber eine direkte Beeinflussung der technologischen Entwicklung

im Interesse der Arbeitnehmer erforderlich. Dies ist die zentrale Aufgabe sozialer Technologiegestaltung; ihre Ansatzpunkte sind der betriebliche Technikeinsatz, gewerkschaftliche Tarifpolitik und staatliche Innovationsförderung.

Der betriebliche Technikeinsatz vollzieht sich unter unzureichender Beteiligung der Interessenvertretungen, daher dominieren meist einseitige technisch-wirtschaftliche Aspekte. Gestaltungsspielräume zur Sicherung der Interessen der Arbeitnehmer werden dabei nur unzureichend ausgeschöpft. Da nachträglichen, korrigierenden Gestaltungseingriffen meist enge technische Grenzen gesetzt sind, fordern die Gewerkschaften eine Ausweitung der Mitbestimmung unter Einbeziehung der betroffenen Arbeitnehmer. Damit sollen Ansatzpunkte zur Verwirklichung menschengerechter, qualifizierter und persönlichkeitsfördernder Arbeit durch vorausschauende Arbeitsgestaltung geschaffen werden.

Die Festlegung von Rahmenbedingungen für betriebliche Arbeitsgestaltung wird daher zu einer wichtigen Aufgabe der Tarifpolitik. Erfahrungen mit der Einbeziehung qualitativer Regelungen in Tarifverträge (Lohnrahmentarifvertrag II, RTS-Tarifvertrag, Lohndifferenzierungsabkommen bei Entgelttarifverträgen) zeigen, daß die Arbeitnehmer über ausreichendes Problembewußtsein und Konfliktbereitschaft in Fragen der sozialen Technologiegestaltung verfügen. Angeblich neutrale Sachfragen der technischen Entwicklung werden damit politischen Entscheidungen zugänglich. Staatliche Forschungs- und Technologiepolitik kann sich dem nicht entziehen. Für die Förderung technischer Innovationen bedeutet dies, daß sie den sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmer angepaßt werden müssen. Auf Möglichkeiten der Anbindung von Technik an gesellschaftliche Bedürfnisse hat der DGB in seinen Vorschlägen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung aufmerksam gemacht. Sie liegen vor allem in der Nutzung der Technik zur Verbesserung der Energieversorgung, in der Ausschöpfung regenerierbarer Energiequellen, in der Schaffung von Anlagen zur Rohstoffrückgewinnung sowie in der Verbesserung des Umweltschutzes.

Zu den Bestandteilen sozialer Technologiegestaltung gehört schließlich auch die Umsetzung des Produktivitätsfortschritts in eine Verkürzung der Arbeitszeit. In diesem Zusammenhang können die aktuellen Beiträge des Bundeskanzlers

zum Handbuch für unrühmliche politische Entgleisungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Beschäftigungswirkung von Arbeitszeitverkürzung in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vielfach bestätigt wurde.

Die Verhinderung von Arbeitszeitverkürzung liegt im Interesse derer, die über die Arbeit anderer verfügen. Die Bundesregierung unterscheidet sich davon nur unwesentlich: ihr Verzicht auf eine aktive Beschäftigungspolitik, der Sozialabbau, die Auflösung arbeits- und sozialrechtlicher

Schutzvorschriften und die einseitige Förderung technischer Innovationen unter einzelwirtschaftlichen Rentabilitätskriterien fügen sich nahtlos an die Vorschläge von George und Albrecht an – mit dem Ziel, auf dem Arbeitsmarkt einen Kampf aller gegen alle zu entfesseln. Dies werden die Gewerkschaften nicht hinnehmen. Ihr erster Schritt im Kampf gegen eine politische Wende auf dem Arbeitsmarkt erfordert daher die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung!

Claus J. Tully: Rationalisierung, technischer Wandel und psychische Belastungen

Der Wirtschaftsingenieur und Dipl.-Soziologe, Dr. Claus J. Tully, Jahrgang 1949, ist Wissenschaftlicher Referent am Sonderforschungsbereich 101, Berufs- und Arbeitskräfteforschung der Universität München, Projektbereich B am Deutschen Jugend-Institut. Er hat diverse Arbeiten zu den Themenbereichen Jugend und Ausbildung, Facharbeit, Rationalisierung und berufliche Sozialisation veröffentlicht.

Rationalisierung besitzt, je nach den mit ihr befaßten Parteien, unterschiedlichen Stellenwert. Man kann also im Sinne der Alltagserfahrung davon ausgehen, daß zwischen „Initiatoren“ diesbezüglicher Maßnahmen und „Betroffenen“ zu unterscheiden ist. Zwar ist auch für Rationalisatoren (also betriebliche Leiter in Organisation, Technik, Personalwesen etc.) ein Scheitern bei der Durchsetzung der betrieblichen Projekte nicht ausgeschlossen, doch sind die Initiatoren der Rationalisierung nicht in gleicher Weise von technisch-organisatorischen Veränderungen, wie man dies für Arbeiter und Angestellte feststellen kann, betroffen. Die in den Beschäftigungsstatistiken aufgehobenen Frei- und Umsetzungen geben hierfür erste und deutliche Anhaltspunkte.

Die Brisanz des Themas Rationalisierung ergibt sich aus der Veränderung der Arbeitswelt und dem Stellenwert der Arbeit, die für die Be-

schäftigten und deren Familien letztlich die Existenzgrundlage ist. Die Veränderungen in den Betrieben, wie wir sie heute registrieren, formen diese Existenzgrundlage neu. Die Zahl der Beschäftigten und die Art der Arbeitsverrichtung wird im Zuge von Rationalisierung neu bestimmt. Dieser Sachverhalt läßt sich anhand „neuer“ Technik in Zeitungshäusern und Akzidenzbetrieben vergegenwärtigen. In dieser Branche wurden ab 1976/77 moderne Foto- und Lichtsatztechnologien in großem Umfang installiert. Mit diesen zogen neue Formen der Arbeitsteilung, Leistungsvorgaben und schließlich neue Entlohnungsformen in den Betrieben ein. Im Bereich der Textfassung und Anzeigenannahme werden mit Einzug der neuen Technik branchenfremde Schreibkräfte aus dem Büro (sogenante Nicht-Fachkräfte) eingesetzt, die die Facharbeit des Setzers weitgehend übernehmen. Zu registrieren ist eine Individualisierung der Arbeitsleistung, die Auflösung kollegialer Formen der Zusammenarbeit, neue Anforderungen durch abstrakte Operationen anstelle des Umgangs mit der „Letter“ sowie ein genereller Abbau der Beschäftigten. Als Trend gibt die „Perspektivkommission“ der IG Druck und Papier folgende Zahlen an: 1980: 184 000, 1982: 174 000, 1985: 161 000 und 1995: 118 000 Beschäftigte; 1972 waren in der gleichen Branche immerhin noch 220 500 Arbeiter und Angestellte registriert.

I.

Was aber ist Rationalisierung? Kann man bei „neuer“ Technik immer von Rationalisierung sprechen? Die Diskussion dieser Frage macht deutlich, daß zwischen der Einsparung an Zeit im

privaten Haushalt (Kaffee-, Waschmaschine) und „neuer“ Technik am Arbeitsplatz unterschieden werden muß. Kriterien für die Unterscheidung sind zunächst formale Aspekte wie „Arbeitszeit“ und „arbeitsfreie Zeit“, innerhalb derer *Technik* dienstbar gemacht wird.

Verfolgt man den Strang der *Rationalisierung in der Arbeit*, so läßt sich diese in ihren betrieblichen Erscheinungsformen und den betrieblicherseits verfolgten Zwecken und ihren Konsequenzen näher bestimmen. Man trifft auf Rationalisierung in Gestalt von Produkttechnik, Fertigungstechnologie und Organisation, die in der Fertigung und im Büro Anwendung findet:

► Unter *Produktionstechnik* fallen hierbei Bauelemente und Baugruppen, die die Herstellung (z. B. in der Montage) vereinfachen, was man sich an einem alltagsnahen Beispiel klar machen kann, wenn Mikroelektronik eine Vielzahl mechanischer Teile ersetzt, wie dies bei Uhren der Fall ist.

► Bei der *Fertigungstechnologie* oder Produktionstechnologie sei auf technische Hilfen im Arbeitsprozeß verwiesen. Beispiele hierfür sind der Einsatz von Automaten, CNC-Maschinen, Industrieroboter in der Produktion oder computer aided design (CAD), Schreibautomaten, EDV-Terminals und anderes mehr in der Verwaltung.

► Unter *organisatorischen Maßnahmen* sind Strategien der „Entmischung“ ganzheitlicher Arbeitsvollzüge, Zentralisierung von Teilarbeiten (Beispiel: zentrale Schreibdienste), Prämien- und Akkordsysteme anzusprechen.

II.

Von den ökonomischen Grundsätzen her gesehen, die den betrieblichen Maßnahmenpaketen zugrunde liegen, handelt es sich – vereinfacht gesprochen – um eine Senkung der Lohnkosten. Produkttechnik, Produktionstechnik und organisatorische Maßnahmen sind hierbei die Basis für eine Veränderung der Leistungsprozesse in Produktion und Verwaltung, wobei im Ergebnis durchaus analoge Leistungen erbracht werden können, diese allerdings in größerer Stückzahl je Arbeitskraft. Als Beispiel mag hier die Entwicklung im graphischen Bereich (neue Satztechniken etc.) oder auch die programmierte Textverarbeitung im Büro gelten, wo nach wie vor Texte (z. B. Briefe) geschrieben werden, nun aber in höherer Zahl je Arbeitsplatz und Zeiteinheit. Ziel der Ra-

tionalisierung ist insofern die Senkung der Lohnkosten, so daß bei verringerten Ausgaben für Gehalt und Löhne gleiche oder größere Produktmengen erbracht werden können. Die Aufwendungen für technische und sonstige Ausstattung werden hierauf bezogen kalkuliert. Die hiermit bereits in Ansätzen angesprochenen Konsequenzen, zu denen in der Diskussion unter anderem nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit der Betriebe, Steigerung der Produktmengen und -qualitäten Erwähnung finden, sind um *Formen der individuellen Betroffenheit* zu ergänzen.

Unter „Betroffenheit“ soll an dieser Stelle einmal nicht Arbeitslosigkeit und „Freisetzung“ verstanden werden. Es soll vielmehr der Frage nachgegangen werden, was sich bei der Arbeit ändert und welche Anforderungen für die Beschäftigten damit einhergehen. Der rationalisierte Arbeitsplatz zieht *Veränderungen in bezug auf die Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände* nach sich, was am Beispiel der neuen Satztechnik in den Zeitungsbetrieben veranschaulicht werden kann, wo an die Stelle des Bleisatzes das Papier tritt und an die Stelle der alten Arbeitsmittel (Setzkasten, Bleisetzmaschine) die Fotosetzmaschine, der Satzcomputer etc.

Mit diesen neuen Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen gilt es unter den Bedingungen der Industriegesellschaft umzugehen. Dies erfordert die Aneignung neuer Arbeitstechniken (Arbeitsweisen, Routine, Geschicklichkeiten etc.), die wohl häufig in Konkurrenz stehen zu den vormals bewährten Arbeitsgeschicklichkeiten. Formen individueller Betroffenheit, die in den eher wissenschaftlich gerichteten Betrachtungen als *physische und psychische Belastungen* thematisiert werden, unterscheiden sich in Form und Ausmaß. „Neue“ Technik geht in den meisten Fällen mit einer *Minderung der physischen Anstrengung* einher: So entfällt fortschreitend das Heben schwerer *Arbeitsgegenstände* (etwa wenn mit Papier anstelle von Blei gearbeitet wird), weiter der physische Aufwand im Umgang mit den *Arbeitsmitteln*. Denkt man in diesem Zusammenhang an Rationalisierung oder neue Technik im Büro, so läßt sich nachvollziehen, daß der Einzug elektromechanischer Schreibmaschinen anstelle mechanischer ins Büro mit einem geringeren Kraftaufwand verbunden ist, ein Prozeß, der bei Textverarbeitungsanlagen fortgesetzt wird. Bei Schreibmaschinen mit Speichern werden Textkorrekturen erheblich vereinfacht, da nun nicht mehr gan-

ze Seiten oder Textteile (Absätze) neu zu schreiben sind, um Tippfehler zu beseitigen oder Autorenkorrekturen zu erledigen. Soweit einzelne Fehler im Speicher korrigiert werden können, entfällt das nochmalige Schreiben bereits richtiger Textfragmente. Die so reduzierten Anstrengungen für das Tippen werden schließlich bei programmierter Textverarbeitung noch geringer.

Gegen solche Arbeitserleichterungen lassen sich keine Einwände formulieren, sie sind als positiv und als entlastend für die Arbeitsperson zu begrüßen. Einwände, die sich gegen eine solche generelle Tendenz der Minderung physischer Belastung geltend machen, werden von seiten der betrieblichen Alltagserfahrung formuliert, wie sie auch von Teilnehmern der Arbeitsgruppe „Technischer Wandel, Rationalisierung und psychische Belastung“ im Rahmen der Tagung „Psychisch erkranken im Betrieb“ der Evangelischen Akademie in Tutzing (18./19. 7. 1983) vorgebracht wurden. Hingewiesen wird unter anderem darauf, daß konkrete Erleichterungen durch zusätzliche Arbeitsanforderungen (neue Leistungsmargen, konkret: größere Textmengen) mehr als ausgeglichen werden. Die Tabelle gibt diesen Sachverhalt am Beispiel der Satztechnik und deren Entwicklung wieder.

III.

Was Momente psychischer Belastung betrifft, so läßt sich ein ganz anderes Muster erkennen. Die Konzentration auf veränderte Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände zieht nervliche Anstrengungen auf seiten der Angestellten und Arbeiter nach sich. Eine plausible Umschichtung ist an diversen Arbeitsplätzen nachvollziehbar; CNC-Maschinen, Bildschirmarbeitsplätze – um zwei Beispiele zu geben – fordern ein hohes Maß an nervlicher Anstrengung, Konzentration auf reduzierte Arbeitsinhalte (Monotonisierung) und anderes mehr. Solche Veränderungen, die häufig als Streß behandelt werden, werden auch aus der Sicht der Gewerkschaften registriert (vgl. die „Projektgruppe AWA“).

Belegt werden diese Formen individueller Betroffenheit von Rationalisierung, durch Forschungsbefunde wie auch durch lebensalltägliche Erfahrungen (Auflösung von Kooperationsbeziehungen, Individualisierung und Kontrolle von Leistung, Risiken der Dequalifikation und Freisetzung etc.), wie sie unter anderem in der oben genannten praxisnahen Diskussionsrunde vor-

stellig gemacht wurden. Da man davon ausgehen kann, daß Subjekte den je gesetzten Anforderungen am Arbeitsplatz nachkommen müssen, um die individuelle Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten, erscheinen Formen der individuellen Verarbeitung und spezifische psychische Anforderungen hierbei als zwingende Folge. Es stellt sich insofern weniger die Frage, ob Rationalisierung psychische Belastung zur Folge hat, als vielmehr, wie die mit Rationalisierung und technischem Wandel einhergehenden Formen individueller Belastungen abgebaut und vermieden werden können. Gesteigerte Anstrengungen werden, wenn dies der Arbeitsprozeß fordert, erbracht. Es läßt sich vor dem Hintergrund der Rationalisierung im Betrieb die These formulieren, daß neue Arbeitsanforderungen im Arbeitsprozeß nur bedingt Probleme aufwerfen (die durch Schulung, Umsetzung und Freisetzung bewältigt werden), daß aber Angestellte und Arbeiter rationalisierungsbedingte Probleme personalisieren und individualisieren. Arbeitskräfte transformieren Probleme der Arbeit fast zwingend in die Sphäre der Reproduktion, reduzieren soziale Kontakte in und außerhalb der Familie, erkranken (psychosomatische Diagnosen), sehen mit den neuen Arbeitsanforderungen ihre frühere Qualifikation entwertet, d. h. aus der Sicht der Beschäftigten, daß eine „Schutzfunktion“ (Abwehr von Anforderungen, Grundlage für Einkommensverbesserung) entfällt.

Unsicherheit der individuellen Existenz, wozu das gelernte Können angesetzt wird, greift Platz, oder schlichter: man weiß nicht, ob man unter den neuen Bedingungen die eigene Existenz und die der Familie sichern kann. Befunde der Studie „Arbeitslosigkeit ein Jahr später“ gehen u. a. dem Zusammenhang von materieller Not und psychischer Erkrankung nach. Dort wird ausgeführt: Je größer die finanzielle Abhängigkeit, desto häufiger wird psychische Destabilität diagnostiziert; oder, anders gewendet: nur wer es sich leisten kann, braucht sich keine Sorgen machen.

Was hier im Sinne individueller Betroffenheit deutlich wird, verweist auf einen übergeordneten Zusammenhang:

- a) Rationalisierung wird in Betrieben durchgeführt und wirft zugleich zahlreiche existentielle Probleme außerhalb des Betriebes auf.
- b) Rationalisierung zieht insofern deutliche Belastungen nach sich, die es zu verhindern und auszugleichen gilt.

Satztechnik und Arbeitsfunktionen

Leistungsdimensionen und Arbeitsfunktionen

Satztechnik	Personale und technische Elemente „funktionsfähiger“ Arbeitseinheiten	Arbeitsfunktionen	Leistungsquanten *
Blattsatztechnik Handsatz	Setzregal mit Schriftkästen Winkelhaken Setzer	Lettern verschiedener Schriftarten, -größen und -schnitte aneinanderreihen, Wortzwischenräume gestalten, Zeilen ausschließen, Seiten aus einzelnen Zeilen zusammenbauen	durchschnittlich 1500 Zeichen/Std.
Maschinensatz Monotype/ Linotype **	Maschinensetzer Heißmaschine (mit über 250 Matrizen) Seitenmonteur	a) Tasten eines Lochbandstreifens auf schreibmaschinenähnlicher Klaviatur. Lochband enthält Befehle für Zeilenausschlußwerte und Buchstaben (verschiedener Schriften) b) Steuerung und Überwachung des Setzvorganges an der Setzmaschine	6000 Zeichen/Std.
Schnellsatz/ TTS-System (Teletypesetter)	Texterfassung am Perforator Maschinensetzer Setzmaschine (i. d. R. bedient 1 Setzer 3 Maschinen) Seitenmontage	a) Tasten der Lochstreifen ● mit ausgeschlossenen Zeilen ● endlos (d. h. ohne Markierung des Zeilenendes) b) Zeilensatz an der TTS hierbei Einlegen des Lochstreifens und Steuerung der Maschine, Behebung und vorbeugende Vermeidung von Fehlern bzw. Störungen	12 000 Zeichen/Std. 15 000 Zeichen/Std. 20 000 Zeichen/Std. bis 25 000 Zeichen/Std.
Foto-/Lichtsatz ***	Satzauszeichnung Texterfassung (i. d. R. 1 Arbeitsvorbereiter, 1 Operator, 20 und mehr Texterfassungskräfte) Korrektur Belichtung Montage	Vorauskorrektur und Satzauszeichnung Texterfassung unter Miterfassen aller Kennungen ● an Magnet- und Bildschirmgeräten oder ● an konventionellen Schreibmaschinen mit OCR (wobei geschriebene Texte über Lesemaschine eingelesen wird) Steuerung der Foto-/Lichtsatzanlage	Arbeitsvorbereitung 200 000 bis 250 000 Zeichen/Std. Texterfassung 10 000 bis 25 000 Zeichen/Std. 60 000 Wörter/Std. einfache Fotosatzmaschine 100 000 Zeichen/Std. Lichtsatzanlage rund 4 Millionen Zeichen/Std.

* Zum Vergleich: ein mit Schreibmaschine geschriebenes Blatt (DIN A 4 mit Fließtext und 1 1/2-fachem Zeilenabstand) entspricht ca. 2000 Anschlägen.

** Bei Monotype werden Einzelbuchstaben, bei Linotype (bereits) komplette Zeilen gegossen.

*** Der Unterschied zwischen Foto- und Lichtsatz liegt a) im Satzzeichenaufbau; beim Fotosatz werden ganze Buchstaben von Typenscheiben photographisch abgebildet, beim Lichtsatz werden Schriftzeichen durch punktförmige Linien aufgebaut; b) in der Setzgeschwindigkeit.

IV.

Eben zu diesem letzten Punkt werden Forderungen formuliert. Diese Forderungen sind jedoch weitgehend von unterschiedlichen Einschätzungen, was Rationalisierung sei, gekennzeichnet. Diese Unterschiedlichkeit läßt sich in zwei vorherrschenden Sichtweisen zusammenfassen.

- Rationalisierung sei nicht einfach negativ, sondern in besonderen Fällen ebenso ein Beitrag zur „Humanisierung der Arbeit“. Dieser Beurteilung steht schließlich
- der Verweis auf Formen individueller und kollektiver Betroffenheit entgegen (Arbeitsplatzverlust, Schwierigkeiten im Umgang mit den neuen Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen, Dequalifikation und schleichende Lohnsenkung usw.).

Weiter gilt Rationalisierung vom Standpunkt des Betriebes aus gesehen als unverzichtbar. Dem Gegenstand entsprechend, wurden durchaus kontroverse Forderungen formuliert. Sie reichen von der Beteiligung der Beschäftigten an der Organisation von Rationalisierungsprojekten, über die Hinzuziehung interdisziplinärer Beratungsteams (Arbeitswissenschaft, Soziologie, Psychologie etc.), die Bereitstellung von Kriterienkatalogen, in denen Grenzen psychischer Belastung (analog zu solchen physischer Art) festgelegt sind, gezielte Schulungsmaßnahmen bis hin zur Einführung von Mischarbeitsplätzen, erweiterter Pausengestaltung und Gymnastik am Arbeitsplatz. Diese hier aufgelisteten Forderungen sind in ihrer Form und ihren Adressaten durchaus verschieden; sie spiegeln jedoch ein generelles Dilemma der Rationalisierung wider.

So kann die Frage der Beteiligung an Rationalisierungsprojekten durchaus nicht einfach befürwortet werden, insofern bei der Rationalisierung ökonomische Zielsetzung und soziale Folgen für Beschäftigte auf unterschiedlicher Ebene angesiedelt sind. Zur Forderung nach Belastungskatalogen läßt sich anmerken, daß 1. bereits diverse Untersuchungsbefunde hierzu vorliegen, es 2. auf den Willen der Betriebe ankommt, diese zu berücksichtigen, wobei allerdings 3. die faktische Beanspruchung von der Arbeitsperson erfahren wird und diese mithin 4. die beste Auskunftswahrscheinlichkeit wäre. Es fragt sich, an diesem Beispiel weiterdenkend, ob nicht die Technik, die ja hinreichend Chancen der Arbeitsentlastung einschließt, auch in dieser Richtung genutzt werden sollte. Die

Überlegungen zur Humanisierung der Arbeit aus den 70er Jahren haben insofern ihre betriebs- und gesellschaftspolitische Brisanz nicht verloren.

Forderungen wie die nach Gymnastik am Arbeitsplatz könnten entfallen, wenn die Chancen zur Arbeitszeitverkürzung, zum Tätigkeitswechsel etc. ausgeschöpft würden. Umgekehrt unterstellt etwa die Forderung nach Gymnastik vereinseitigende Tätigkeit, die als Verspannung in Rücken- und Nackenpartie, Oberarmen usw., als Monotonisierung, als hochgradige Konzentration auf Detailarbeit erlebt wird. Angesichts der technischen Möglichkeiten, sollten jedoch physische wie psychische Leiden nicht akzeptiert und nur durch Pausen und Gymnastik kompensiert werden.

Dieser Forderungskatalog ließe sich nun freilich auch mit den Forderungen nach Bestands- und Beschäftigungsgarantien ergänzen, wie sie etwa im RTS-Vertrag (Rationalisierungsschutzvertrag für rechnergesteuerte Textverarbeitungssysteme) des graphischen Gewerbes zumindest für eine begrenzte Frist vorgesehen wurde. Fragen der Arbeitszeitverkürzung wären ein weiteres und in der aktuellen Diskussion stehendes Forderungspaket.

**Wir helfen
Behinderten
leben.**

Helfen Sie
uns zu helfen.
Wir sagen Ihnen wie –
rufen Sie uns an:
Tel. 040/59 100 491



Alsterdorfer
Anstalten

Alsterdorfer Anstalten
Alsterdorfer Str. 440 · 2 Hamburg 60

Manfred Pusch/ Hans-Jürgen Uhl/ Klaus Volkert: Qualitätszirkel, Werkstatt- kreise, Aktionskreise

Erfahrungen des Betriebsrats der Volkswagenwerk AG

Manfred Pusch, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Volkswagenwerk AG; Klaus Volkert, Betriebsratsmitglied im Volkswagenwerk Wolfsburg; Hans-Jürgen Uhl, Fachreferent beim Gesamtbetriebsrat der Volkswagenwerk AG

Das anhaltende Vordringen japanischer Automobilfirmen auf für Volkswagen lebenswichtige Märkte ließ im VW-Management das Schlagwort von der „japanischen Herausforderung“ fast zu einem Syndrom werden. Führungskräfte fast aller Hierarchie-Ebenen reisten in den letzten Jahren scharenweise nach Fernost, um sich vor Ort über japanische Fertigungstechnologien und Management-Methoden zu informieren. Unternehmensvorstand und Führungsmannschaft wurde plötzlich bewußt, daß im Vergleich zu Japan die Arbeitnehmer – liebevoll „Mitarbeiter“ genannt – nicht (mehr) über eine entsprechend große Identifikation mit Volkswagen und den Unternehmenszielen verfügten.

Jahrzehntelang praktizierte strenge Hierarchie bei den betrieblichen Entscheidungsprozessen, der eklatante Mangel an Beteiligung und Mitbestimmung des einzelnen am Arbeitsplatz sowie die Folgen der Zerstückelung der Arbeit in monotone, inhumane Arbeitstakte hinterließen zweifellos Spuren bei unseren Kolleginnen und Kollegen. Aber nicht unsere gewerkschaftliche Kritik und die konkreten Forderungen des Betriebsrates nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Arbeitsbereicherung und einer direkten Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeitsplätze führten zum Umdenken im Management. Dazu bedurfte es erst eines Marktanteils der japanischen Automobile in der Bundesrepublik von rund zehn Prozent.

Welche Folgen hatten die „neuen“ Erkenntnisse des VW-Vorstands?

- ▷ Verbesserung der Qualität,
- ▷ Kostensenkung und
- ▷ Produktivitäts-Steigerung

sollten parallel zur verstärkten Rationalisierung (sprich: Arbeitsplatzabbau) durch eine Steigerung der Arbeitszufriedenheit, der Motivation und einer erhöhten Identifikation erreicht werden. Alle Führungskräfte des Konzerns – ab der Abteilungsleiter-Ebene aufwärts – wurden verpflichtet, an „Seminaren zur Verbesserung der Arbeitsqualität“ teilzunehmen, die man in Anlehnung an die „Metaplan“-Methode durchführte.

Aktionskreise und ihre Ziele

In fast allen Automobil-Werken des VW-Inlandkonzerns (VW AG und Audi NSU AG) gibt es Qualitätszirkel-Konzepte, die auf der Basis des zunächst für das Werk Wolfsburg entwickelten Konzeptes durchgeführt werden bzw. geplant sind. Dieses Konzept läßt sich mit den Schlagworten „Informationswerkstatt“ und „Werkstattkreise“ umschreiben. Neuerdings wurde der Begriff „Aktionskreise“ eingeführt. In der Informationswerkstatt diskutieren in den Fertigungsbereichen *alle* Vizemeister, Meister und Unterabteilungsleiter über allgemeine Probleme, wie „Fehler und ihre Auswirkungen“, „Anlernvorgang“, „Qualitätsmaßstab“, „Kommunikation und Information“, „Personalführung im Betrieb“, „Einbeziehung der Mitarbeiter in das betriebliche Geschehen“. Erst nach diesem Vorhaben (in Wolfsburg sind dazu etwa 1400 Werksangehörige für insgesamt je 20 Stunden zusammengekommen) wurden die Werkstattkreise gestartet.

In den Werkstattkreisen bzw. Aktionskreisen kommen Arbeiter, Prüfer, Facharbeiter und Vizemeister zusammen, um unter Anleitung eines Moderators anhand der „Metaplan“-Methode über ein Thema zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. In Wolfsburg ist eine Koordinationsstelle mit einem der Werksleitung zugeordneten Abteilungsleiter eingerichtet worden. Je Fertigungsbereich steht seit dem 1. 12. 1982 ein Koordinator (Fachreferent) zur Verfügung, um diese Arbeiten zu koordinieren, den Moderatoren zu helfen und bei der Umsetzung der Ergebnisse mitzuwirken.

VW verfolgt dabei, nach eigenen Angaben, die folgenden programmatischen Ziele:

- die Betroffenen an den unternehmerischen Zielsetzungen und Lösungsprozessen zu beteiligen,

- die Beschäftigten mit ihrer Arbeitswelt auszu-söhnen,
- die Motivation und die Identifikation zu steigern,
- die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsleben humaner zu gestalten,
- die Engagementbereitschaft zu wecken bzw. zu verstärken und für das Unternehmen optimal nutzbar zu machen,
- die Effektivität und Produktivität zu steigern,
- das Kostenbewußtsein zu fördern und die Kosten zu senken,
- die Qualität zu verbessern,
- Kooperation statt Konfrontation,
- die Erfahrungen und das Wissen der Arbeitnehmer verstärkt zu nutzen,
- Problemlösungen „kooperativ“ zu erarbeiten und
- brachliegende Kreativität zu aktivieren.

Flexibilität und Innovationsbereitschaft lassen sich nicht verordnen

Ohne Zweifel kollidieren diese Zielsetzungen mit der starren Hierarchie der betrieblichen Führungsebenen, die vom Vorstand natürlich nicht in Frage gestellt wird. Trotzdem scheint das Management erkannt zu haben: Mit steigender Arbeitszufriedenheit durch ein hohes Maß an Selbstverantwortung und Entscheidungsbefugnis verbessert sich auch die Arbeits- und Produktqualität und damit die unternehmerische Wettbewerbsposition. Das bedeutet: Insbesondere das menschliche Leistungsvermögen (Humankapital genannt) soll arbeitsorganisatorisch aktiviert werden. Man kann aber nicht Flexibilität und Innovationsbereitschaft verordnen. Sie müssen vielmehr über bestimmte Organisationsmodelle mit demokratischem Anstrich bereitgestellt werden.

Auch wir müssen einiges zur Kenntnis nehmen: Qualitätszirkel kommen sicherlich gewissen Grundbedürfnissen entgegen. Kreativitäts-, Innovations- und Produktivitätsreserven lassen sich besser entfalten. Und nicht zuletzt auch wir Arbeitnehmervertreter dürfen im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze bei VW nicht verkennen, daß das Unternehmen einem sich verschärfenden Kosten- und Konkurrenzdruck sowie zunehmenden Qualitätsvergleichen der Autokunden ausgesetzt ist.

Trotzdem bleibt nicht von der Hand zu weisen: Die unternehmerische Zielsetzung bei der Verwirklichung von Qualitätszirkeln birgt erhebliche

Gefahren für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung, die wir deutlich erkennen müssen. Wir sind deshalb gefordert, Antworten auf folgende Fragen zu geben:

► Welche Erfahrungen konnten wir als Betriebsrat mit der Entwicklung der Qualitätszirkel-Philosophie und ihrer praktischen Anwendung im Volkswagenwerk Wolfsburg sammeln?

► Welche gewerkschaftlichen Handlungsstrategien sollten wir aufgrund dieser Erfahrungen entwickeln, um den Handlungs- und Gestaltungsspielraum unserer Kolleginnen und Kollegen im Betrieb zu erweitern und gleichzeitig die betriebliche Mitbestimmung zu festigen?

Der Betriebsrat war von Anfang an über die geplante Einrichtung von Informationswerkstätten und Werkstattkreisen informiert. Es war und ist jederzeit möglich, an beiden Gesprächskreisen teilzunehmen. Als wir zuerst mit dieser für uns völlig neuen Problemstellung konfrontiert wurden, mußten wir feststellen: es gab keine klare Position der IG Metall, auf deren Grundlage man sich mit der Qualitätszirkel-Idee und ihren konkreten Auswirkungen hätte auseinandersetzen können.

Werden Vertrauensleute und Betriebsrat ausgeschaltet?

Um so leichter war es zunächst auch für die Unternehmensvertreter, sowohl bei unseren Kolleginnen und Kollegen als auch beim Betriebsrat, nach anfänglicher Skepsis, Akzeptanz zu erzielen. War es nicht verlockend, daß Arbeiter, denen bislang nichts weiter abverlangt wurde als nackte Stückzahlen, nunmehr die Gelegenheit erhielten, über arbeitsplatzbezogene Probleme zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten? Zumal durch die betrieblichen Vorgesetzten sofort dafür gesorgt wurde, Verbesserungsvorschläge zu realisieren und aufgezeigte Fehler abzustellen.

Aufhorchen ließ uns, als selbst in Vertrauensleutesitzungen wiederholt der Vorwurf an den Betriebsrat gerichtet wurde, seit langem bekannte Probleme und Ärgernisse würden – trotz Intervention beim Management – nicht aufgegriffen, nun aber, nachdem sie in den Werkstattkreisen von den Betroffenen direkt angesprochen worden seien, ließen die Abteilungen unverzüglich Lösungsvorschläge realisieren. (Vorwurf eines Vertrauensmannes: „Ihr habt wohl nur Kaffee mit dem Abteilungsleiter getrunken, anstatt unsere Forderungen durchzusetzen!“)

Vierteljahresschrift
17. Jahrgang 1984

*Herausgeber und
Redaktion:*

Th. Blanke, Alex. von
Brünneck, R. Erd, G.
Frankenberg, R. Knieper, U. Mückenberger, J. Perels, J. Seifert,
U. Stascheit.

Kritische Justiz

Die Zeitschrift »Kritische Justiz« will das Recht und seine praktische Anwendung vor seinem gesellschaftlichen Hintergrund analysieren. Sie durchbricht die übliche, von ihrem ökonomischen und politischen Kontext losgelöste Behandlung von Rechtsfragen und arbeitet die hinter den juristischen Denkfiguren stehenden konkreten sozialen Interessen heraus, um das Recht in praktischer Absicht durchschaubar zu machen. Die »Kritische Justiz« knüpft an die in Deutschland 1933 gewaltsam abgebrochene Tradition kritischer Rechtswissenschaft an, die vor allem durch die Namen Karl Korsch, Otto Kirchheimer, Franz Neumann und Ernst Fraenkel repräsentiert wird.

Die »Kritische Justiz« veröffentlicht Aufsätze, Berichte, Kommentare und Dokumentationen zu allen wichtigen juristischen Gebieten. Sie druckt für soziale Auseinandersetzungen bedeutsame Entscheidungen ab, die an anderen Stellen nicht erscheinen, insbesondere auch nicht rechtskräftige Urteile, soweit sie für die alltägliche Praxis der Justiz typische oder folgenreiche Argumentationen enthalten.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Abonnement jährlich 38,- DM (inkl. Mehrwertsteuer) zzgl. Porto- und Versandkosten. Für Studenten (Studienbescheinigung erforderlich) jährlich 28,- DM zzgl. Zustellgebühren. Einzelheft 11,- DM.

Prospekt und Probeheft durch den Verlag

Sonderhefte der Kritischen Justiz:

Der Unrechts-Staat I · II

Recht und Justiz im Nationalsozialismus

Bd. I 1983, 212 S. DM 16,80, Bd. II 1984, 300 S. DM 24,-

Im Anschluß an den bereits in 2. Aufl. (1983) vorliegenden Bd. I werden im Bd. II die wichtigsten Arbeiten aus den Jahren 1979 bis 1983 in der Kritischen Justiz zum Thema **Recht und Justiz im Nationalsozialismus und seine Bewältigung in der Bundesrepublik** vorgelegt. Die gegenwärtig besonders intensive Diskussion dieser Problematik wird umfassend dokumentiert - auch durch exemplarische Rezensionen wichtiger Neuerscheinungen. Die beiden Bände des »Unrechts-Staates« eröffnen den Zugang zu einer kritischen, von Selbstrechtfertigung und Verharmlosung ungetriebenen Analyse des nationalsozialistischen Rechtssystems.



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden



Spätestens hier wird die Gefährlichkeit unkontrollierter Arbeit in Qualitätszirkeln deutlich: Gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsrat laufen Gefahr, als Problemlösungs-Instanz ausgeschaltet oder zumindest weitgehend umgangen zu werden. Qualitätszirkel bieten sich auch bei VW als neue Problemlösungsmethode an, um die Position des Managements zu festigen und die der gewählten Interessenvertretung zu untergraben.

Deutlich wird diese Zielrichtung ebenfalls in den Unterlagen des Verbandes der Automobil-Industrie und der „Deutschen Gesellschaft für Qualität“: Der Betriebsrat ist darin kaum zu finden, allenfalls, wenn es darum geht, ihn von den verlockenden Möglichkeiten der Qualitätszirkel zu überzeugen. Allein dies muß für uns Anlaß zu verstärkter Skepsis und konkretem Handeln sein, wollen wir uns nicht durch direkte Beteiligungsangebote des Managements an unsere Kolleginnen und Kollegen in die Isolation drängen lassen.

Das Management wird geschont

Auch wir bei VW mußten die Erfahrung machen: Das Unternehmen macht sich mit dem Mittel der Aktionskreise auch konkrete Rationalisierungs-Intelligenz zu eigen. Waren die sozialen und personellen Auswirkungen traditioneller unternehmerischer Rationalisierungs-Strategien für unsere Kolleginnen und Kollegen zumeist als gegen ihre Interessen gerichtet erfahrbar, erhält dies nun eine völlig neue Dimension: Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird nun durch das Angebot pseudodemokratischer Mitbeteiligung scheinbar aufgehoben.

- Das Bedürfnis unserer Kolleginnen und Kollegen nach Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz, nach Mitentscheidung, wird zu Gunsten der Ziele ausgenutzt, die nach wie vor vom Management festgelegt werden.
- Konfliktpotentiale werden reduziert, und Betriebsrat und Gewerkschaft laufen Gefahr, aus ihrer Funktion zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen herausgedrängt zu werden.

In den VW-Werkstattkreisen werden die Themen vom Management vorgegeben. Die ausgewählten Teilnehmer – die Teilnahme ist freiwillig – hatten bislang noch keine Möglichkeit, eigene Themen vorzuschlagen. Die vorgegebenen Aufgabenstellungen sind begrenzt auf „vor Ort“-Probleme. Die Fehlersuche wird weitgehend auf den Arbeitsplatz beschränkt. Fehler, die von „oben“ zu verantworten sind, werden nicht aus-

reichend berücksichtigt. Damit ist vorerst sichergestellt, daß das Management verschont wird.

Auf unsere Initiative hin haben wir nunmehr erreicht: Ein neuer Aktionskreis wurde im Bereich des Preßwerks, wo wir über die größte Erfahrung mit Werkstattkreisen verfügen, gebildet. Die Teilnehmer wurden auf Vorschlag der Vertrauensleute benannt und geben einen repräsentativen Querschnitt der Belegschaft des Preßwerks wieder (jüngere und ältere Kollegen, Frauen, ausländische Kollegen und sogenannte Leistungsgeminderte). Dieser neue Aktionskreis hat mittlerweile Themenvorschläge erarbeitet, die vor allem soziale Probleme – wie Angst vor Versetzung, Angst um den Arbeitsplatz durch zunehmende Rationalisierung – beinhalten. Zur Zeit wird geklärt, wie die Vorschläge eingegrenzt werden können, um auch konkrete Ergebnisse im Aktionskreis erzielen zu können.

Ein ganz anderes Problem stellte sich im Verlauf der Werkstatt-/Aktionskreis-Entwicklung: Wie konnten die von den Teilnehmern gemeinsam erarbeiteten Verbesserungsvorschläge in die Prämierung auf der Basis der bestehenden Betriebsvereinbarung über das „betriebliche Vorschlagswesen“ einbezogen werden? Der Gesamtbetriebsrat hat erreicht, daß auf Antrag aller Beteiligten eines Qualitätszirkels/Werkstattkreises/Aktionskreises gemeinsam erarbeitete Lösungen als Gruppen-Verbesserungsvorschläge gemäß der geltenden Betriebsvereinbarung eingereicht und prämiert werden können.

Wirksame Gesamtstrategie entwickeln

Auch durch solche Teilerfolge ist die Gefahr für die gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht gebannt. Denn zweifellos werden unsere Kolleginnen und Kollegen motiviert, sich freiwillig in Entscheidungsprozesse des Unternehmens einbinden zu lassen, ohne daß ihnen echte Mitbestimmung gewährt wird. An der althergebrachten betrieblichen Hierarchie soll schließlich auch durch das Modell der Aktionskreise nicht gerüttelt werden. Wir Betriebsräte und Gewerkschafter müssen uns zudem selbstkritisch fragen, ob wir weiterhin abwartend zusehen wollen, wie die unternehmerische Motivationspolitik uns buchstäblich die Butter vom Brot nimmt. Und ob wir eine gezielte Aushöhlung gewerkschaftlichen Bewußtseins und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Kauf nehmen können, ohne eine wirksame Gegenstrategie zu entwickeln.

Entscheidend ist deshalb, die gewerkschaftliche Diskussion über Qualitätszirkel zu vertiefen. Wir müssen eine gewerkschaftliche Handlungsstrategie entwickeln, die sicherstellt, daß Betriebsräte nicht mit der Bewältigung dieser wichtigen Aufgabe sich selbst überlassen bleiben.

Vor allem sollten wir aus der Defensive heraustreten. Und wir sollten gewerkschaftliche Lösungsmodelle vorantreiben, die zu einer echten Erweiterung der Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz unter Einbeziehung und Stärkung von Vertrauensleutkörpern und Betriebsrat führen. Falsch wäre eine totale Verneinungsstrategie ebenso wie ein leichtfertiges Bejahen der Qualitätszirkel-Philosophie.

Fazit: Wenn Qualitätszirkel unter Wahrung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats und unserer gewerkschaftlichen Interessen-Vertretung dazu beitragen, den Taylorismus zu überwinden, dann können wir diesen Weg unter bestimmten Voraussetzungen mitgehen! Sie dürfen jedoch kein Instrument zur Stabilisierung der Dominanz des Faktors Kapital über den Faktor Arbeit werden! Die Entscheidungs- und Handlungsspielräume müssen am Arbeitsplatz ausgeweitert werden – und das nicht nur zum Schein! Deshalb müssen wir fordern:

● Alle mit Qualitätszirkeln zusammenhängenden Fragen müssen in einer Betriebsvereinbarung – besser noch tarifvertraglich – geregelt werden!

● Zu klären bleibt, ob Qualitätszirkel nicht als Bildungsmaßnahme entsprechend der Paragra-

phen 96–98 des Betriebsverfassungsgesetzes zu definieren sind.

● Die Teilnahme von Betriebsrat und Vertrauensleuten an den Qualitätszirkeln sowie bei der Umsetzung von Lösungsvorschlägen muß sichergestellt werden.

● Die Teilnehmersauswahl muß mit dem Betriebsrat und dem Vertrauensleutkörper abgestimmt werden.

● Moderatoren müssen nicht die Vorgesetzten sein, sie könnten von den Teilnehmern selbst gewählt werden (Zustimmung des Betriebsrats).

● Die Themenauswahl darf nicht vom Management vorgegeben werden. Sowohl der Betriebsrat, die Vertrauensleute als auch die Teilnehmer müssen daran beteiligt werden.

● Die Prämierung von Verbesserungsvorschlägen muß geregelt werden.

● Vorschläge zum Nulltarif sollten wir nicht akzeptieren.

● Qualitätszirkel können nicht die Notwendigkeit einer systematischen Fortbildung ersetzen. Beteiligung macht Qualifikation erforderlich, ganz unabhängig von den Anforderungen durch den zunehmenden Einsatz neuer Technologien.

● Beteiligung heißt: Einflußnahme der Betroffenen und des Betriebsrats auf

- Technikgestaltung und Arbeitsorganisation,
- Arbeitsplatzgestaltung und Humanisierung der Arbeit,
- soziale Einrichtungen und Maßnahmen,
- Berufsaus-, Fort- und Weiterbildung,
- Arbeitszeit und Arbeitsweisen.

Wilhelm Adamy/ Johannes Steffen: Sozialer Abstieg durch Arbeitslosigkeit – Vom Arbeitnehmer zum Sozialhilfeempfänger

Dipl.-Volkswirt Wilhelm Adamy, Jahrgang 1949, ist Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln und Dozent für Sozialpolitik an der Sozialakademie Dortmund.

Dipl.-Volkswirt Johannes Steffen, Jahrgang 1953,

ist Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln.

Beide Autoren haben Arbeiten zu den Themenbereichen Arbeitsmarkt, Alterssicherung, Sozialstaatskritik und Rationalisierung veröffentlicht.

Karl Müller aus Dortmund, 49 Jahre alt, verlor 1982 wegen Konkurs des Betriebes seinen Arbeitsplatz und zählt seitdem zu den 2,3 Mio. registrierten Arbeitslosen im Land. Sein bisheriger Monatsverdienst von 2250 DM (brutto) plus 300 DM für Überstunden und anteiliges Weihnachtsgeld reichte aus, um zusammen mit seiner nicht berufstätigen Frau „über die Runden“ zu kommen.

Seit Januar 1983 erhielt Karl Müller Arbeitslosengeld in Höhe von 1105 DM monatlich (vgl. Tabelle 3); fraglich ist, ob er sein Auto noch lange halten kann, denn für Wohnung, Essen, Kleidung und Ratenzahlungsverpflichtungen mußte er wegen des geringen Einkommens bereits einen Teil seiner Ersparnisse aufbrauchen. Ende 1983 erlosch sein Anspruch auf Arbeitslosengeld. Ab 1984 erhält er nur noch die durch Minister Norbert Blüm von 58 auf 56 % gekürzte Arbeitslosenhilfe; das sind ganze 942 DM im Monat! Sonderzahlungen wie Überstundenentgelt oder 13. Monatsgehalt bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt, so daß Karl Müller nur noch etwa die Hälfte seines letzten Nettoeinkommens an Arbeitslosenunterstützung erhält. Hinzu kommt zwar noch Wohngeld, das den Einkommensausfall teilweise kompensiert, aber auch nicht ausreicht, um den vormaligen Lebensstandard auch nur annähernd halten zu können.

Arm durch Arbeitslosigkeit

Ebenso wie Karl Müller droht die Mehrzahl der Arbeitslosen zu verarmen; viele sind sogar noch schlechter gestellt. Soweit sie überhaupt die verschärften Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung erfüllen, erhalten sie durchschnittlich nur

- 961 DM an Arbeitslosengeld bzw.
- 758 DM an Arbeitslosenhilfe.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Arbeitslosenunterstützung ihre Aufgabe, nämlich materielle Absicherung bei eingetretener Arbeitslosigkeit, nur sehr unzureichend erfüllt. Selbst nach langjähriger Beitragszahlung erhalten 50 % der Bezieher von Arbeitslosengeld nicht einmal 1000 DM an Unterstützung im Monat; bei den Arbeitslosenhilfeempfängern steigt der Anteil dieses Personenkreises sogar auf 85%. Annähernd jeder vierte Empfänger von Arbeitslosenhilfe erhält nicht einmal 600 DM monatlich.

Einkommenseinbußen von mehr als 50% des vormaligen Erwerbseinkommens müssen von den Betroffenen also verkraftet werden; dieser halbierte Lebensstandard liegt den Rechtskräften in Koalition und Wirtschaft allerdings noch nicht tief genug – die bekannten Attacken des Dreigestirns George, Lambsdorff, Albrecht belegen dies in aller Deutlichkeit.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde mit der Operation '84 dazu übergegangen, die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit

direkt zu senken. Die Leistungssätze für Arbeitslose ohne Kinder werden beim Arbeitslosengeld um 5 Prozentpunkte, bei der Arbeitslosenhilfe um 2 Prozentpunkte gekürzt. Arbeitslose mit unterhaltsberechtigten Kindern sind von diesen Kürzungen zunächst (!) noch verschont, weil sie – der größeren Personenzahl der Familie wegen – wesentlich schneller auf das Sozialhilfeniveau absinken können. Betroffen von der Sozialdemontage '84 im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind aber immer noch die Hälfte aller Leistungsempfänger. Vielen wird es ebenso gehen wie Karl Müller, sie werden innerhalb kurzer Zeit vom gutverdienenden Arbeitnehmer zum Sozialhilfeempfänger.¹ Mit anhaltender Wirtschaftskrise und steigender Massenarbeitslosigkeit nimmt die Zahl dieser Fälle rasant zu, steigt das Armutspotential von Tag zu Tag.

Steigendes Armutspotential . . .

1981 gab es rd. 2,1 Mio. Sozialhilfeempfänger. Rund 1,1 Mio. Menschen waren wegen besonderer Handicaps – hauptsächlich Pflegefälle, Kranke und Behinderte – auf „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (HbL) angewiesen. Handelt es sich schon hierbei vorrangig nicht um sog. „untypische“ Risiken, sondern vielmehr um solche, die gemeinhin von vorgelagerten sozialen (Ver-)Sicherungseinrichtungen abgedeckt werden sollten, so wird dies bei der zweiten Hilfeart nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HzL) noch deutlicher. Etwa 1,3 Mio. Personen waren 1981 auf diese HzL angewiesen, konnten ihren Lebensunterhalt also nicht mehr aus eigener Kraft sichern. Hauptursache der Hilfestellung waren:²

- unzureichende Rente (30,5%),
- unzureichendes oder fehlendes Einkommen (27,4%),
- unzureichende Unterhaltsleistungen durch geschiedenen/getrennt lebenden Ehegatten bzw. durch Kindesvater/-mutter (17,0%)
- und bereits an vierter Stelle Arbeitslosigkeit (10,5%).

Arbeitslosigkeit war also für 10% der HzL-Empfänger Ursache für den Gang zum Sozialamt. Aber auch diese Daten spiegeln die aktuellen Armutprobleme von Arbeitslosen nur unzureichend wieder, weil die massiven Leistungskürzungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung erst seit 1982 wirksam wurden und Arbeitslose häufig auf die Inanspruchnahme der ihnen zuste-

henden sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen verzichten, sei es wegen unzureichender Information oder aufgrund der bekannten gesellschaftlichen Hemmschwellen – Stolz, Scham, Diskriminierung und Stigmatisierung – bzw. den administrativen Vollzugsdefiziten in der Gewährleistungspraxis der Sozialhilfeverwaltung. Armutsforscher halten diese „Dunkelziffer der

Armut“ für ebenso hoch wie die Zahl der tatsächlichen HzL-Empfänger. Jeder zweite Sozialhilfebedürftige verzichtet also auf die ihm zustehende Hilfe zum Lebensunterhalt³. Wird dies berücksichtigt, so betrug die tatsächliche Zahl der Armen im Jahre 1981 – also noch vor Beginn des Sozialabbaus (!) – rd. 3,3 Mio. bis 3,4 Mio. Personen.

Tabelle 1
Monatliche Arbeitslosenunterstützung nach Leistungsklassen im April 1983 in Prozent

Durchschnittlicher Monatsbetrag in DM	Arbeitslosengeld			Arbeitslosenhilfe		
	insges.	Männer	Frauen	insges.	Männer	Frauen
unter 600	16,2	3,5	35,7	23,9	15,8	48,3
600 – unter 1000	36,3	28,2	48,7	61,3	66,4	46,1
1000 – unter 1200	26,0	36,3	10,3	10,0	12,0	4,0
1200 – unter 1400	13,4	19,9	3,6	2,7	3,3	1,1
1400 – unter 1800	6,4	9,4	1,6	1,7	2,0	0,5
1800 – unter 2200	1,7	2,7	0,2	0,4	0,5	–
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Empfänger in 1000	1079	653	427	452	339	113
Durchschnittsbetrag in DM	961	1117	723	758	805	602

Quelle: eigene Berechnungen nach ANBA Nr. 6/1983 S. 710 ff.

Tabelle 2
Ausgabenentwicklung in der Sozialhilfe 1970–1981

Jahr	Ausgaben in Mrd. DM					Ausgaben pro Kopf in 1000 DM		
	insges.	HzL	HbL	davon		insges.	HzL	HbL
				Hilfe zur Pflege	Eingl.-Hilfe f. Behinderte			
1970	3,34	1,18	2,16	1,11	0,38	2,24	1,58	2,24
1975	8,41	3,03	5,38	2,96	1,32	4,10	2,55	4,69
1981	14,78	4,80	9,99	5,58	3,04	7,10	3,72	9,25
Anstieg 1970–1981 in vH	342,5	306,8	362,5	402,7	700,0	217,0	135,4	312,9

Quelle: O. V., Die Aufwendungen für Sozialhilfe seit Beginn der siebziger Jahre, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Nr. 4/1983 S. 43 f.; D. Deininger, Sozialhilfeempfänger 1981, in: Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1983 S. 505; eigene Berechnungen.

... durch Sozialdemonstagen

Schon damals waren zu geringe Rente, ein mangelhafter Familienlastenausgleich und Arbeitslosigkeit die Hauptursachen für den Bezug von Sozialhilfe. Durch den zwischenzeitlichen Sozialabbau, der zig-Milliarden von unten nach oben umverteilt, wird das Ausmaß an Armut politisch bewußt noch zusätzlich vergrößert. Denn:

- wer die Rentenanpassung kappt, treibt einen Teil der Rentner unter die Armutsgrenze;
- wer beim Kindergeld, Wohngeld und Bafög kürzt, läßt Familien verarmen;
- wer Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe demontiert, weiß genau, daß er damit Menschen in Armut stürzt;
- wer Reallohnabbau betreibt, macht Arbeitnehmer in steigendem Maße zu Sozialhilfeempfängern.

Mit zunehmender Bedeutung sozialer Risiken in der Wirtschaftskrise schlagen die Lücken der vorgelagerten Sicherungssysteme ebenso wie die Probleme der Arbeitswelt voll auf die Sozialhilfe durch. Krisenbedingte Einflußfaktoren in Verbindung mit unzureichenden Versicherungs- und Versorgungsansprüchen führen somit zu einer Expansion der Empfängerzahlen im HZL-Bereich.

Die Finanzen der Sozialhilfe

Obwohl der Sozialhilfeaufwand mit ca. 3,1% aller Sozialausgaben noch eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt, expandierten die Ausgaben aufgrund des Funktionswandels der Sozialhilfe von der ursprünglichen „Ausnahmhilfe“ zu einer Art „Grundsicherung“ stärker als in allen anderen Sozialleistungsbereichen. Allein von 1970 bis 1981 stieg das Volumen der Unterstützungsleistungen von 3,34 Mrd. DM auf 14,78 Mrd. DM, was einer Vervierfachung der Ausgaben innerhalb von 11 Jahren entspricht⁴. Der Ausgabenschwerpunkt liegt nach wie vor auf den Hilfen in besonderen Lebenslagen und hier besonders in den kosten- und personalintensiven Bereichen der „Hilfe zur Pflege“ sowie der „Eingliederungshilfe für Behinderte“.

Das Leistungsniveau: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verursachungszusammenhänge werden weite Bereiche der sozialhilfepolitischen Diskussion von der Behauptung beherrscht, das Leistungsniveau und

die Sozialhilfesätze seien zu hoch. Im Mittelpunkt der Kritik steht dabei weniger die HbL als vielmehr die Hilfe zum Lebensunterhalt, denn dem Empfängerkreis der HZL kann sehr viel leichter ein durch staatliche Sozialtransfers belohntes „Faulenzertum“ unterstellt werden.

Tatsächlich allerdings kann das Versorgungsniveau der Sozialhilfe keineswegs als üppig bezeichnet werden. Zwar fordert das Bundessozialhilfe-Gesetz die Ermöglichung einer „menschenswürdigen Lebensführung“ für den Hilfeempfänger, doch ist es mit diesem Anspruch nicht weit bestellt: Politiker und besser gestellte Einkommenschichten können und wollen sich auch gar nicht vorstellen, was es heißt, als Erwachsener mit 345 DM im Monat leben zu müssen. Dieser Betrag steht einem Haushaltsvorstand seit dem 1. Juli 1983 als sog. Regelleistung zur Verfügung; hiervon sind die Ausgaben für Ernährung, Körperpflege, Reinigung, Reparatur, persönliche Bedürfnisse usw. zu decken. Festgehalten ist dieser zugestandene Bedarf in einem „Warenkorb“, der jede Ware und Dienstleistung genauestens auflistet, die sich die Ärmsten der Armen leisten dürfen. Nicht kalkulierbare Ausgaben wie Miete und Heizung sind im Warenkorb nicht enthalten; sie werden also von der Sozialhilfe übernommen.

Demnach haben Karl und Elfriede Müller einen Bedarf in Höhe von monatlich 1101 DM; da ihr eigenes Einkommen voll angerechnet wird, würde sich die Zahlung der Sozialhilfe auf 26 DM belaufen (vgl. Tab. 3). Auch das Ehepaar Müller muß seine Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten nach dem Warenkorb ausrichten; danach dürfen sie sich u. a. „leisten“:⁵

	Karl	Elfriede
täglich		
● Fleisch	36,5 g	36,5 g
● Wurst	30 g	30 g
monatlich		
● Seife	60 g	60 g
● Strom	16 kw	3 kw
● Briefporto	4 mal	1 mal
● Busfahrt	6 mal	4 mal
● Taschenbuch	1 Stück	0,5 Stück
● Kaffee	300 g	100 g
jährlich		
● Glühlampe	1 Stück	0,5 Stück

Wie Sozialhilfeempfänger zur Kasse gebeten werden

Die Ursachen für den seit 1982 auch im Bereich der Sozialhilfe wirksamen Sozialabbau können also nicht in einem zu hohen Leistungsniveau gesucht werden, sondern sind u. a. von haushaltspolitischen Überlegungen geprägt. So sind zum einen die Kommunen als Hauptfinanziers der Sozialhilfe bestrebt, sich der steigenden finanziellen Lasten aufgrund zunehmender Armut zu entledigen; desweiteren ist der Leistungsabbau in der Sozialhilfe aber vor allem systemnotwendige Konsequenz der Sozialdemontage in den vorgelegerten sozialen Sicherungseinrichtungen wie z. B. der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Hätte die Sozialhilfe diese *politisch geschaffenen Armutsfälle* in vollem Umfang und auf „menschenswürdigem“ Niveau aufzufangen, käme nicht nur eine finanzielle Katastrophe auf die Gemeinden zu, auch das Ziel konservativer „Sanierungspolitik“ würde zum großen Teil konterkariert, denn was der Bund durch Sozialdemontage spart – sprich: umverteilt – hätte die Sozialhilfe durch Mehrausgaben weitgehend zu kompensieren.

So konzentrierten sich die bisherigen Leistungseingriffe in der Hauptsache auf den Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt: Seit Jahren werden die Unterstützungssätze für HzL-Empfänger nicht einmal mehr in der Höhe der Preissteigerungsraten angepaßt. Preisbereinigt schrumpfte der seit 1970 unveränderte (!) Warenkorb von 1978 bis 1983 um 7%. Komplettiert wird dieser Einkommensverlust u. a. durch die Kürzung der Mehrbedarfzuschläge ab 1. 1. 1982 um 10 Pro-

zentpunkte, von der über die Hälfte der HzL-Empfänger betroffen sind. Schrittweise wird so das Bedarfsdeckungsprinzip zerstört, das vormals zu den Wesensmerkmalen und Grundprinzipien der Sozialhilfe zählte.

Zusätzlich soll nach dem Willen des bundesdeutschen Armutsverwalters Heiner Geißler auch noch die Sippenhaftung des Familienverbandes erweitert werden, indem auch Enkel und Großeltern für den Unterhalt des Hilfebedürftigen aufkommen müssen, bevor das Sozialamt zahlt. Außerdem sollen die Kosten der Wohnung nur noch bis zur Mietobergrenze nach dem Wohngeld-Gesetz von der Sozialhilfe übernommen werden, obwohl diese Obergrenze bei einem – durch die Bundesregierung veranlaßten – steigenden Mietpreisniveau relativ niedrig angesetzt ist. Übersteigen die Mietkosten der Sozialhilfeempfänger zukünftig diesen Höchstsatz, so müssen die Mehrkosten durch den Regelsatz abgedeckt werden; dies entspricht einer nochmaligen Regelsatzkürzung durch die Hintertür!⁶

Am Ende steht die Pflichtarbeit

Anfang Juni 1983 bekam Karl Müller vom Arbeitsamt das Angebot, im 35 km entfernten Essen als Angelernter für 1780 DM brutto im Monat eine berufsfremde Tätigkeit zu übernehmen; das Arbeitsamt hielt dies nach mehreren gescheiterten Vermittlungsversuchen für zumutbar – Karl Müller lehnte ab, worauf ihm das Arbeitslosgeld für die Dauer von 8 Wochen gestrichen wurde. „Sollten Sie nochmals Anlaß für die Verhängung einer Sperrzeit geben“, so der Sachbear-

Tabelle 3

Monatliches Durchschnittseinkommen von Karl und Elfriede Müller

1982	1983	1984	Sozialhilfe-Bedarf
Monatslohn 2250 DM	Arbeitslosengeld 1105 DM	Arbeitslosenhilfe 942 DM	Miete (kalt, Altbau) 400 DM
Überstunden und anteiliges Weihnachtsgeld 300 DM	Wohngeld 98 DM	Wohngeld 133 DM	Heizung 80 DM
brutto 2550 DM			Regelsatz K. Müller 345 DM
			Regelsatz E. Müller 276 DM
netto rd. 1800 DM	netto 1201 DM	netto 1075 DM	1101 DM

beiter auf dem Arbeitsamt, „bekommen Sie von uns keinen Pfennig mehr.“ Dann müßten Karl und Elfriede Müller ausschließlich von der Sozialhilfe leben.

Und noch eins: Der Arbeitslose Müller müßte damit rechnen, zur Arbeit zwangsverpflichtet zu werden, denn immer mehr Städte gehen dazu über, arbeitslose Sozialhilfeempfänger entsprechend dem Grundsatz „Nur wer arbeitet, soll auch essen“, zur Arbeit zu zwingen. Sollte sich Karl Müller weigern, weit unter Tariflohn für 2 bis 4 DM die Stunde und ohne arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Schutz Friedhöfe oder öffentliche Parkanlagen zu reinigen, dann würde ihm auch noch die Sozialhilfe gestrichen.

Alles dies ist nicht nur ein Problem von Karl Müller. In diesem Winter dürfte etwa 1 Mio. aller Arbeitslosen keinerlei Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten und vom verbleibenden Rest bekommt die Hälfte nur noch die gekürzten Unterstützungssätze. Diese Reservearmee drückt immer stärker auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Wer von den Arbeitslosen und den durch die Sozialhilfeträger zur Arbeit Verpflichteten wäre nicht schon heute bereit, unter Tarif zu arbeiten, wenn ihm wenigstens ein betrieblicher Arbeitsplatz angeboten würde? Durch den Ausbau restriktiver und disziplinarischer Elemente in der neuen Sozial(-hilfe)politik erweisen sich die

Minister Blüm und Geißler als „verdienstvolle“ Wegbereiter für die Realisierung der Vorschläge der Herren Lambsdorff, George und Albrecht, die im Auftrag von Flick, Siemens, Bahlsen und Co. schon längst zum Angriff auf die Tarifpolitik und -autonomie geblasen haben!

Anmerkungen

1) Zu den Leistungskürzungen im Arbeitsförderungs-bereich vgl. exemplarisch W. Adamy, J. Steffen, Ist Bonn Weimar? Zum Vergleich der Arbeitsmarktpolitik damals - heute, in: Zeitschrift für Sozialreform Nr. 7/1983.

2) Vgl. D. Deininger, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Ergebnisse einer Zusatzstatistik zur Statistik der Sozialhilfe im September 1981, in: Wirtschaft und Statistik Nr. 3/1983, S. 258.

3) Vgl. hierzu H. Hartmann, Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut“, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1981.

4) O. V., Die Aufwendungen für Sozialhilfe seit Beginn der siebziger Jahre, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Nr. 4/1983.

5) Vgl. auch K. Petersen, Die Regelsätze nach dem BSHG - ihre Bedeutung, Bemessung und Festsetzung, Frankfurt 1972, S. 36.

6) Zu den aktuellen Leistungskürzungen vgl. ausführlich W. Adamy, G. Naegele, J. Steffen, Sozialstaat oder Armenhaus?, in: Sozialer Fortschritt Nr. 9/1983.

Ronald Schettkat: Öffentliche Haushalte und Arbeitszeitverkürzung - Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der 35-Stunden-Woche

Der Diplomvolkswirt und Diplomingenieur Ronald Schettkat, geb. 1954, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Management und Verwaltung/Arbeitsmarktpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin.

Unter dem Druck der unvermindert hohen Arbeitslosigkeit und dem Ausbleiben von Wirtschaftswachstum wird beschäftigungspolitischen

Strategien, die über die Reduzierung des Arbeitsangebotes versuchen, die Arbeitsmarktlage zu entschärfen, zunehmend mehr Bedeutung beigemessen. Einige Vorschläge, wie z. B. die vorgeschlagene Vorverlegung der Rentenaltersgrenze, setzen bei der Reduzierung der Erwerbspersonenzahl an. Sie wollen bestimmte Personengruppen vom Erwerbsleben ausgrenzen, die Arbeitszeit für einige also auf Null reduzieren, und sind deshalb gesellschaftspolitisch problematisch. Ein anderer Vorschlag, der sich nicht auf bestimmte Personengruppen konzentriert, ist die generelle Arbeitszeitverkürzung, wie sie plakativ unter dem Stichwort „35-Stundenwoche“ diskutiert wird. Hier geht es darum, das Arbeitsangebot aller gleichmäßig zurückzunehmen. Zentraler Streitpunkt zwischen den Tarifparteien, aber auch in der Wissenschaft ist die Frage des Lohn-

ausgleichs und die Höhe des Beschäftigungseffektes. Vernachlässigt wurden in dieser Diskussion allerdings die Wirkungen der generellen Arbeitszeitverkürzung auf die Budgets der Sozialversicherungen und des Staates, die selbst wiederum vom vereinbarten Lohnausgleich und dem Beschäftigungseffekt abhängen. Die Budgeteffekte in den öffentlichen Haushalten, die sowohl positiv als auch negativ sein können, führen zu Rückwirkungen auf die Einkommen der Arbeitnehmer, die Kosten der Unternehmen und die gesamtwirtschaftliche private Nachfrage und beeinflussen so auch die Beschäftigung.

Verkürzt ein einzelner Arbeitnehmer individuell seine Arbeitszeit und verzichtet dafür auf einen Teil seines Einkommens, so sinken seine Beiträge zur Sozialversicherung – soweit sein Einkommen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenzen liegt bzw. darunter sinkt – und seine Steuerschuld. Für die öffentlichen Haushalte ist diese individuelle Arbeitszeitverkürzung unproblematisch, weil die Veränderung der Beiträge eines einzelnen Arbeitnehmers praktisch nicht zu Buche schlägt. Wird jedoch die Arbeitszeitverkürzung für *alle* Arbeitnehmer unter Einkommensverzicht (ohne Lohnausgleich) durchgeführt, werden die öffentlichen Haushalte empfindlich getroffen; es kommt aufgrund der gesunkenen Lohnsumme zu erheblichen Mindereinnahmen (das gilt im übrigen auch für die Modelle der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung wie Job-Sharing und Teilzeit, wenn sie im größeren Umfang eingeführt werden). Diesen Mindereinnahmen stehen jedoch Mehreinnahmen und Einsparungen in den öffentlichen Haushalten gegenüber, wenn aufgrund der Arbeitszeitverkürzung Neueinstellungen erfolgen und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich auf die öffentlichen Haushalte hängt also davon ab, inwieweit die Einsparungen und Mehreinnahmen die Mindereinnahmen kompensieren können.

Wenn es bei Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zu keinen Neueinstellungen kommt, ergeben sich in der Sozialversicherung Defizite von rund 26 Mrd. DM und beim Staat von rund 20 Mrd. DM. Insgesamt ist hier also mit einem Defizit in den öffentlichen Kassen von 46 Mrd. DM zu rechnen, das allein auf die gesunkene Lohnsumme und damit auf das geringere Beitragsaufkommen zurückzuführen ist. Werden 50% des ausgefallenen Arbeitsvolumens

durch Neueinstellungen kompensiert, so liegen die öffentlichen Haushalte noch immer im Minus; das Defizit würde sich jetzt auf rund 20 Mrd. DM belaufen. Erst wenn Neueinstellungen in voller rechnerischer Höhe erfolgen, der Beschäftigungseffekt also 100% beträgt, ergeben sich Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt von rund 7 Mrd. DM. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist für die öffentlichen Haushalte, deren Einnahmen wesentlich an die Arbeitnehmerinkommen gekoppelt sind, eine riskante beschäftigungspolitische Strategie, die nur dann aufgehen kann, wenn die Unternehmen mit Neueinstellungen in nahezu voller rechnerischer Höhe reagieren. Ein Beschäftigungseffekt dieser Größenordnung ist aber nicht zu erwarten, worauf weiter unten näher eingegangen wird.

Da in der gegenwärtigen politischen Situation nicht davon auszugehen ist, daß die zu erwartenden Defizite in den öffentlichen Kassen bei der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durch eine erhöhte Staatsverschuldung gedeckt werden, wird es zu Beitrags- und Steuererhöhungen kommen. Bei Ausbleiben von Neueinstellungen müssen die Beitragssätze in der Sozialversicherung um rund 5 Prozentpunkte angehoben werden, wobei die Arbeitnehmer und Unternehmer jeweils die Hälfte zu tragen haben. Der Durchschnittssteuersatz müßte um rund 2 Prozentpunkte gegenüber dem Ausgangsniveau angehoben werden. Bei einem Beschäftigungseffekt von 50% käme es zu Beitragssatzsteigerungen in der Sozialversicherung um ca. 2 Prozentpunkte und der Durchschnittssteuersatz könnte ungefähr auf dem Ausgangsniveau verbleiben.

Die notwendigen Abgabesatzänderungen reduzieren die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer über die hier ohnehin anfallenden Einkommensminderungen hinaus. Bei Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich würde das Bruttoeinkommen der Beschäftigten um 12,5% sinken, was bei alter Abgabentarifstruktur zu einer Nettoeinkommensminderung um ca. 10% führen würde. Kommt es jedoch zu den Erhöhungen der Abgabesätze, vermindern sich die Nettoeinkommen überproportional zum Bruttoeinkommen. Bei Ausbleiben von Neueinstellungen werden die Nettoeinkommen um rund 18,5% und bei einem Beschäftigungseffekt von 50% um rund 14% sinken. Einkommensminderungen der Beschäftigten in dieser Größenordnung werden nicht ohne Auswirkungen auf die gesamtwirt-

schaftliche private Nachfrage, die die gewichtigste Nachfragekomponente ist, bleiben.

Bei der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden ohne Lohnausgleich kommt es zu Rückgängen der gesamtwirtschaftlichen privaten Nachfrage beim Ausbleiben von Neueinstellungen von rund 18% und selbst bei einem Beschäftigungseffekt von 50% sind Nachfragerückgänge von etwa 9% zu erwarten. Lediglich bei einem Beschäftigungseffekt von 100% würde die gesamtwirtschaftliche private Nachfrage auf dem Ausgangsniveau verbleiben. Bei einer Arbeitszeitverkürzung mit entsprechenden Lohnminderungen erwarten die Unternehmen nun aber auch realistischere einen Rückgang der Nachfrage, d. h. sie werden mit Neueinstellungen entsprechend vorsichtig reagieren. Mit anderen Worten: Es ist nur ein geringer Beschäftigungseffekt zu erwarten. Dieser geringe Beschäftigungseffekt führt dann aber zu Defiziten in den öffentlichen Haushalten, die im nächsten Schritt die Einkommen und damit auch die Nachfrage weiter vermindern, so daß die Beschäftigtenzahl zurückgenommen wird und sich möglicherweise auf einem niedrigeren als dem Ausgangsniveau einpendelt. Vermieden werden können diese negativen Beschäftigungswirkungen aufgrund des Nachfragerückgangs nur dann, wenn die Unternehmen ihre Einstellungen unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen und das reduzierte Arbeitsvolumen zu nahezu 100% durch Neueinstellungen auffangen. Allerdings dürfen dann auch keine Produktivitätssteigerungen auftreten. Erhöht sich aufgrund der Arbeitszeitverkürzung oder autonom die Produktivität, womit zu rechnen ist, so sind Neueinstellungen in voller rechnerischer Höhe zur Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus nicht notwendig. Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist also eine sehr riskante beschäftigungspolitische Strategie, die kaum aufgehen kann.

Wird die 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich durchgeführt, so verändern sich die Arbeitnehmerinkommen nicht und es kommt selbst dann, wenn Neueinstellungen ausbleiben, zu keinen Defiziten in den öffentlichen Haushalten, weil die Bemessungsgrundlage für die Einnahmen unverändert bleibt. Sobald aber Neueinstellungen erfolgen, erhöht sich die Zahl der Beitragsleistenden, während gleichzeitig die Ausgaben für Arbeitslose zurückgehen; es kommt zu Überschüssen in den öffentlichen Kassen. Wird

das ausgefallene Arbeitsvolumen zu 50% durch Neueinstellungen kompensiert, ergibt sich ein Überschuß von rund 28 Mrd. DM und bei einem Beschäftigungseffekt von 100% gar ein Überschuß von 55 Mrd. DM. Werden diese Überschüsse durch Abgabensatzsenkungen weitergegeben, so gehen die Sozialversicherungsbeitragssätze um 2,3 bzw. 4,5 Prozentpunkte zurück und der Durchschnittssteuersatz kann um 1,7 bzw. 3,1 Prozentpunkte sinken. Die Arbeitnehmerinkommen würden sich jetzt netto sogar erhöhen, und zwar bei 50% Beschäftigungswirkung um 4,4% und bei 100% Beschäftigungswirkung um rund 8%. Bleibt der Beschäftigungseffekt aus, so verändert sich auch das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer nicht.

Bei der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich sind von der Nachfrageseite keine negativen Beschäftigungseinflüsse zu erwarten, da die Nachfrage zunächst konstant bleiben wird. Wollen die Unternehmen diese Nachfrage bedienen, wovon auszugehen ist, müssen sie Neueinstellungen in dem Umfang des ausgefallenen Arbeitsvolumens vornehmen, das nicht durch Produktivitätssteigerungen oder Überstunden aufgefangen werden kann. Kommt es zu Neueinstellungen in Höhe von 50% der rechnerisch möglichen Neueinstellungen, erhöht sich bei Beibehaltung der Abgabentarifstruktur die gesamtwirtschaftliche private Nachfrage um rund 5% und gleichzeitig ergeben sich Überschüsse im öffentlichen Gesamthaushalt von rund 28 Mrd. DM. Diese Überschüsse können, wie oben dargestellt, durch Beitragsminderungen weitergegeben werden. Aber sie können auch für öffentliche Investitionen oder zur Kompensation der mit der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verbundenen Kostensteigerungen der Unternehmen verwendet werden.

Die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung der erfolgversprechendere Weg. Die Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gehen hier in eine Richtung, die die Beschäftigungswirkungen nicht voreiteln, sondern eher verstärken. Gleichzeitig treten hier Überschüsse in den öffentlichen Haushalten auf, die bei entsprechender Reaktion des Staates die Kostensteigerungen bei den Unternehmen reduzieren und so negative Auswirkungen auf die Beschäftigungszunahme durch Lohnkostensteigerungen vermindern können.

Rudi Mews: Optimismus ist Feigheit

Dr. Rudi Mews, Jahrgang 1936, ist freier Journalist in Bonn; s. a. seine Beiträge in NG 11/77, 12/78, 10/79, 6 und 11/80, 3/81, 3/82 und 9/83.

„Bis zum Jahre 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 Mark steigen, seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen.“ Mit diesem Versprechen zog die CDU 1965 in den Bundestagswahlkampf. Unter dem groß plakatierten Kopf des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, im Mundwinkel eine dicke Zigarre mit Spitze, findet sich neben anderen Wahlsprüchen auch der folgende: „Die SPD macht Versprechungen und die CDU/CSU hält sie.“

1975 wurde Prophet Erhard nur an einem Punkt bestätigt und sogar übertroffen. Im zweiten Amtsjahr des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt verdiente ein Industriearbeiter im Schnitt brutto 9,85 Mark in der Stunde. 1983 strafte Helmut Kohl, christdemokratischer Nachfolger Erhards, des CDU-Symbols der sozialen Marktwirtschaft, die Aussage seines Vorgängers von 1965 Lügen. Kohl erklärte die 35-Stunden-Woche für „dumm“.

Schließt sich da ein Kreis? Im Jahre des Herrn 1965 kam am 10. Dezember, knapp zwei Monate nach der – von Erhard letztmalig gewonnenen – Bundestagswahl, die erste Auflage eines inzwischen berühmten Kataloges heraus, ohne jedoch der Öffentlichkeit zugänglich zu werden. Genauer Titel: „Katalog der zu koordinierenden lohn- und tarifpolitischen Fragen.“ Herausgeber: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). 1979 von PPP, dem Parlamentarisch Politischen Pressedienst der SPD, einem breiteren Publikum bekannt gemacht und seither im Arbeitnehmerlager „Tabukatalog der Arbeitgeber“ geheißten.

In der so bekannt gewordenen Auflage von 1978 findet sich der Satz: „Nachdem bis Ende des Jahres 1974 für mehr als 80% der Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche vereinbart wurde, ist eine weitere Reduzierung des Arbeitsvolumens unter 40 Stunden keinesfalls zu verantworten.“ Heute haben nach Angaben des Bundesarbeitsministers 99 Prozent der bundesdeutschen Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche.

Ob es eine ähnliche Koordinationsanweisung

auch schon in der ersten Auflage gegeben hat, wissen nur die Vorstandsherren der BDA. Man muß bis zur Lüftung des Geheimnisses auf die reizvolle Spekulation verzichten, ob der Tabukatalog schon ein Anti-Erhard-Katalog gewesen sei, mithin ein frühes Anzeichen dafür, das der Begriff „sozial“ in Verbindung mit „Marktwirtschaft“ schon vor 20 Jahren als so unbequem empfunden wurde wie heute.

„Arbeitsvolumen“ ist eine betriebswirtschaftlich-sachliche Größe, ein Kalkulationsfaktor. Dieses Arbeitsvolumen hört nicht auf, unter einem Mangel an Humanisierung zu leiden. Knapp die Hälfte aller Arbeitnehmer erreicht heute noch die „normale“ flexible Altersgrenze. Die anderen sind vorzeitig am Fließband und Bürocomputer verschlissen. Nach den Zahlen der Rentenversicherungsträger sind rund die Hälfte der neuen Rentenzugänge heute Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrentner. Mit 65 Jahren gehen nur noch neun Prozent der Arbeitnehmer in die Rente.

Betriebswirtschaftliche Erwägungen über das „Arbeitsvolumen“ werden also in der Praxis vom Zwang des Verschleißes konterkariert. Die Auseinandersetzung um eine das Arbeitsleben humanisierende Arbeitszeitverkürzung, um eine menschlichere Einordnung des Faktors Arbeit, nimmt dennoch von der offiziellen Unternehmenseite her keine andere Qualität an. Im Gegenteil.

Die Tarifrunde dieses Jahres ist besonders heftig. Sie spiegelt die bekannten Interessengegensätze wider, hat aber dennoch eine besondere Bedeutung. Zwei unterschiedliche Theorien über die Entlastung des Arbeitsmarktes stehen einander gegenüber. Die Arbeitgeberseite versucht nicht nur – wie in den Jahren zuvor – den Status quo ante zu erhalten, sie versucht ihn mit der Bundesregierung zusammen zurückzudrehen. Ein Beweis dafür ist beispielsweise die Forderung der öffentlichen Arbeitgeber in Bund und Ländern an die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), die Eingangsgelöhner nach dem Bundes-Angestellten-Tarifvertrag (BAT) abzusenken. Der Gewerkschaft wird zugemutet, nicht über Gehaltserhöhungen, sondern über Gehaltskürzungen zu verhandeln. Etwas tendenziell Vergleichbares hat es zum letzten Mal 1931 per Notverordnung gegeben. Dies müssen die Gewerkschaften heute nicht hinnehmen. In der Privatwirtschaft schon gar nicht: Aus einer Dokumentation des DGB geht hervor, daß die privaten Nettoprofite aus Unternehmen und

Vermögen 1983 real um 30 Prozent über ihrem Niveau von 1975 lagen, die realen Nettolöhne hingegen nur um drei Prozent.

Arbeitszeitverkürzung wird von der Arbeitgeberlobby auch im Regierungsapparat öffentlich nur noch unter monetaristischem Gesichtswinkel eingeordnet. Daß eine so hohe Zahl von Frührentnern die Sozialversicherung und damit deren Beitragszahler finanziell überstrapaziert, gerät dabei aus dem Blickfeld. Die Gewerkschaften werden nicht müde, darauf hinzuweisen, daß Arbeitslosigkeit eine viel zu teure Arbeitszeitverkürzung sei. Auch sie muß von der gesamten Volkswirtschaft mit getragen werden. Diesem gewerkschaftlichen Argument gegenüber wirken die vorwiegend betriebswirtschaftlichen Motive der Unternehmenseite kleinkariert. Dasselbe ist den Gewerkschaften nicht vorzuwerfen, nachdem sie im vierten Jahr mit Lohnabschlüssen zu rechnen haben, die unter den Preissteigerungsraten liegen.

Doch auch dies ist nicht neu. Eben deshalb läge eine Normalisierung der Tarifrunde 1984 für die Interessenvertreter der Unternehmer nahe. Ernst Breit, Vorsitzender des DGB, hat eine solche Normalisierung angemahnt, als er im Januar vor Hysterie warnte. Denn obwohl in diesem Jahr zwei verschiedene strategische (ordnungspolitische) Konzepte aufeinanderstoßen, werden die Gespräche der Tarifparteien letztlich mit Ergebnissen enden... wie immer.

Und wie *fast* immer wird es dabei gepflegt eingehend, wenn die Türen sich hinter den Unterhändlern der Tarifparteien schließen und die Fernsehkameras draußen bleiben. Dieser Stil ist in Deutschland spätestens seit dem Stillhaltevertrag von 1918 zwischen Karl Legien und Hugo Stinnes üblich. Man kann dies aus ideologischen Gründen als reformistisch bezeichnen, aber es ist nichtsdestoweniger eine Tatsache.

Die Probleme liegen in jedem Wirtschaftsreich anders. Es ist sinnlos, die verschiedenen Konzeptionen der Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen. Hier Vorruhestand, dort 35-Stunden-Woche oder mehr Urlaub. Dies sind alles originäre gewerkschaftliche Forderungen. Die eine muß die andere nicht ausschließen.

Je nach Interessenlage spiegeln sich organisatorische Zwänge auch im Urteil der Verbände wider. Wissenschaftler waren die ersten, die vorschlugen, die Arbeitszeit zu flexibilisieren. CDU, FDP und Arbeitgeberverbände sind im Grunde

erst darauf gesprungen, als sie eine Gegenstrategie zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit brauchten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und auch die Evangelische Kirche halten die Flexibilisierung für eine mögliche Ergänzung anderer Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Die SPD und die Grünen sind für Teilzeitarbeit und familiengerechte Arbeitszeitgestaltung, wenn sie mit gesetzlichen und/oder kollektivvertraglichen Rahmenbedingungen abgestützt werden. Individuelle Vereinbarungen zwischen Personalchef und Beschäftigtem über Arbeitszeitverkürzungen können zu leicht kollektive tarifvertragliche Vereinbarungen unterlaufen und bieten zu wenig Schutz vor Ausbeutung, vor allem solange sie den Lohnausgleich aussparen.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen ist für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei einer täglichen Arbeitszeit von sechs bis sieben Stunden. Auf diesem Weg ist eine Gleichstellung der berufstätigen Frauen mit den männlichen Kollegen besser zu erreichen.

Die Absenkung der Lebensarbeitszeit ist im Regierungs- und Arbeitgeberlager gleichfalls erst salonsfähig geworden, als sie als Gegenstrategie zur Wochenarbeitszeitverkürzung nutzbar wurde. Noch Ende September 1983 sprach sich BDA-Präsident Otto Esser gegen eine Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit aus. Auf der BDA-Mitgliederversammlung zwei Monate später folgte die BDA dann zähneknirsch dem Schwenk, den Deutschlands mächtigster Wirtschaftsverband, „Gesamtmittel“, schon zuvor in Richtung Lebensarbeitszeitverkürzung vollzogen hatte.

Die Vorruhestandsregelung, die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm flankierend auf den Gesetzgebungsweg gebracht hat, ist jedoch unzulänglich. Blüm war selbst für einen Beginn des Vorruhestandes mit 58 Jahren. So auch immer noch die Sozialausschüsse der CDU; deren Vorsitzender Blüm ist. Doch er konnte sich im Wirtschaftskabinett nicht gegen Wirtschaftsminister Lambsdorff und Finanzminister Stoltenberg durchsetzen.

Überdies haben die Herren eine ausreichende staatliche Finanzbeteiligung an der Vorruhestandsregelung verhindert. Gelingt es nicht, den Gesetzentwurf während der parlamentarischen

Beratungen zu verbessern, so wird das Gesetz zum Schlag ins Wasser, weil die finanziellen Belastungen durch den Vorruhestand weder Arbeitgebern noch Arbeitnehmern zuzumuten sind. Nach den jetzt vorliegenden Bedingungen würde ein Arbeitgeber für einen Vorruheständler mit Steuerklasse drei ohne Kinder pro Monat ab 500 Mark aufwärts zusetzen müssen. Der Arbeitnehmer müßte auf ein rundes Drittel seines letzten Entgelts verzichten. Außerdem würde seine spätere Rente geringer ausfallen, weil die Beiträge nur noch auf das Ruhestandsgeld gezahlt werden, nicht auf den früheren, höheren Lohn.

Interessenverbände älterer Menschen und auch Gerontologen stehen dem Vorruhestand sehr skeptisch gegenüber: Er diskriminiere ältere Arbeitnehmer, die nicht immer freiwillig ihren Arbeitsplatz aufzugeben bereit sein werden, dennoch aber unter den Druck von Betriebsleitung und Kollegen geraten können. Auch im WSI, im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB, ist man der Meinung, die „Versöhnung“ von Arbeit und Leben sollte nicht ausschließlich auf den Lebensabend vertagt werden.

Eine Schlüsselposition in der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung nimmt der Lohnausgleich ein. Die Gewerkschaften schlagen vor, die geringere Arbeitszeit aus dem Produktivitätsfortschritt zu finanzieren. Auf diese Weise müssen die Lohnstückkosten gar nicht ansteigen wie es die Arbeitgeberverbände behaupten. Doch unter den Wissenschaftlern hält allein die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die Memorandumsprofessoren, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für voll finanzierbar. IAB, DIW und das Münchener Ifo-Institut unterstellen von vornherein den Lohnverzicht.

Daß zu hohe Löhne der Grund für die Arbeitslosigkeit seien, behauptet – wie die Arbeitgeberseite – und wie üblich allen voran das Kieler Institut für Weltwirtschaft. Das Rheinisch Westfälische Wirtschaftsinstitut und das Hamburger HWWA meinen das auch. Ähnlich ist der Sachverständigenrat der Bundesregierung allenfalls für eine Wochenarbeitszeitverkürzung, wenn sie kosten- und nachfrageneutral ist.

Das WZB tritt für eine rasche Einführung der 36-Stunden-Woche ein, weil anders die erwünschte Beschäftigungswirkung nicht zu erreichen ist. Eine solche Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um zehn Prozent hat der EGB bereits 1979 in München gefordert.

Zu fürchten ist, daß Arbeitszeitverkürzungen beider Seiten, die am Ende dieser Tarifrunde stehen werden, nicht durchschlagend beweisen können, daß mehr Arbeitsplätze damit zu erreichen sind, weil sie in jedem Fall nur Kompromisse sein können. Ein Vorruhestand mit 59 Jahren oder eine Arbeitsstunde in der Woche weniger bringen beschäftigungspolitisch nicht genug. Ein oder zwei Wochenstunden weniger würden die Unternehmer schon aus Trotz zumindest in der Anfangsphase wegrationalisieren oder durch Überstunden ausgleichen. Und dagegen würde eine Reihe von Arbeitnehmern noch nicht einmal opponieren.

Indessen zieht die Karawane weiter. Zu erinnern ist an die deutschen Bergleute unter Tage, die seit 1963 mit 55 Jahren in die Rente gehen. Ein mit zäher Geduld durchgesetzter Erfolg der IG Bergbau und Energie. Ohne ein politisches Zusammenspiel zwischen dem damaligen IGGE-Vorsitzenden Walter Arendt und Hans Katzer, bis 1963 Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse und danach deren Vorsitzender, wäre diese Regelung damals nicht verwirklicht worden. Heute arbeitet über die Hälfte aller Bergleute an den sogenannten „heißen Punkten“ unter Tage in einer tarifvertraglich abgesicherten Sieben-Stunden-Schicht bei fünf Arbeitstagen in der Woche. Dieses ist, nach Adam Riese, die 35-Stunden-Woche.

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten hat in einigen ihrer Tarifbereiche schon seit 1978 durchgesetzt, daß ältere Arbeitnehmer ab 58 Jahren bei vollem Lohn nur noch 20 Wochenstunden arbeiten. Für 75 Prozent können sie ganz aufhören. – Die IG Chemie hat für den Bereich der chemischen Industrie eine Vereinbarung getroffen, die ab September 1983 gilt. Alle Beschäftigten ab 58 Jahren werden alle 14 Tage vier Stunden oder alle vier Wochen acht Stunden freigestellt. Für sie ist damit die 38-Stunden-Woche schon Wirklichkeit – bei vollem Lohnausgleich.

Ähnlich wird die Arbeitszeitverkürzung langsam in allen Wirtschaftsbereichen weiterrücken. Grundsätzlich ist zu bedauern, daß der große Schub der sowohl aus Gründen der Beschäftigungspolitik als auch der Humanisierung des Arbeitslebens nötig wäre, nicht möglich ist. Eine Überforderung der gewerkschaftlichen Tarifunterhändler entspräche jedoch nicht den tatsächlichen politischen Mehrheiten in den meisten ihrer Organisationen. Optimismus wäre Feigheit.



Geschichte der Arbeiter- bewegung

Anke Martiny: Schwestern, zur Sonne, zur Freiheit!

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Anke Martiny, Jahrgang 1939, ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion (s. a. NG 11/76, 1 u. 9/77, 6/79, 2 u. 9/82).

Vom alten Goethe stammt das Wort, er sei „sich selbst historisch geworden“. Ohne sich damit ungerechtfertigte Bedeutung zumessen zu wollen, kommt wohl für jeden älter werdenden Menschen, der sein Leben über längere Frist einer bestimmten Sache widmet, der Zeitpunkt, wo er sich selbst und wo ihm diese Sache ebenfalls „historisch“ zu werden beginnt: Als Frau in der SPD, und dies seit vielen Jahren, – welche „Historie“ ergibt sich wohl? Automatisch stellt sich die Frage nach der Mitarbeit (oder der Verweigerung dieser Mitarbeit) in der Frauenorganisation der SPD, die seit 1973 ASF („Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen“) heißt.

Noch enden alle zusammenfassenden Darstellungen sozialdemokratischer Frauenarbeit mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, und dabei wäre es längst an der Zeit, die Weimarer Republik oder die mehr als dreißigjährige Nachkriegsgeschichte sozialdemokratischer politischer Arbeit von und für Frauen darzustellen. Augenscheinlich aber gibt es keine Politikwissenschaftler oder Soziologen, die dieses Thema wichtig finden.

Im Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre sozialdemokratischer Frauenarbeit sind mehrmalige starke Umwertungen festzustellen. Als ich Mitte der 60er Jahre in die SPD eintrat und alsbald nach Bayern übersiedelte, wurde ich umgehend in den Kreisvorstand der SPD gewählt – mit dem Auftrag, eine sozialdemokratische Frauengruppe ins Leben zu rufen, die es dort, wo ich lebte, seit langem nicht mehr gegeben hatte. Eine einzige Frau wirkte damals im Kreistag; sie

war zugleich die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt und widmete sich der Kriegshinterbliebenen- und Rentnerarbeit. Eine andere Frau wirkte im Stadtrat der Kreisstadt, auch sie eng mit der Arbeiterwohlfahrt und der Sozialarbeit verbunden. Vertriebene Sozialdemokraten aus dem Sudetenland gaben in der Partei den Ton an. Geselligkeiten wie „bei uns daheim“ schufen Verbundenheit, politische Diskussionen fanden nicht statt.

Die südbayerischen Frauen pflegten sich ebenso wie die fränkischen und die ostbayerischen einmal im Jahr zum „Sozialistischen Frauentag“ zusammenzufinden, zum Zeichen internationaler Solidarität der Frauen, häufig im grenznahen Raum unter der Beteiligung von Österreicherinnen oder Schweizerinnen. Als ich in die SPD eintrat, wußte ich weder etwas von der großen Bedeutung der sudetendeutschen Sozialdemokratie, noch kannte ich die Tradition des „Sozialistischen Frauentages“. Ich war eingetreten, weil ich als Frau in dem mir starr erscheinenden gesellschaftlichen Umfeld der Adenauer-Zeit Veränderungen für die Stellung der Frau bewirken wollte. Traditionen der sozialdemokratischen Frauenbewegung waren mir nicht vermittelt worden.

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre fand der wohl einschneidendste Umbruch in der Nachkriegsgeschichte der sozialdemokratischen Frauenarbeit statt. Die „gemütliche Tradition“ derer, die noch bis 1933 oder unmittelbar nach 1945 in der Sozialdemokratie gearbeitet hatten, galt den jüngeren Frauen nichts mehr. Die Studentenbewegung schwappte auch ins weibliche Lager über und begründete erste feministische Ansätze. Junge Frauen in der Sozialdemokratie wollten sich hinfort nicht mehr auf Sozial- oder Bildungsarbeit festlegen lassen, sondern *richtige* politische Arbeit leisten. Die sozialistischen Politikerinnen, die für sie zählten, waren Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, für besonders gut informierte auch noch Luise Zietz – bezeichnen derweise alles Frauen, die sich während des Ersten Weltkrieges von der Mehrheitssozialdemokratie abgewandt hatten.

Raus aus dem Frauenghetto, hieß die Devise, neue Formen politischer Frauenarbeit entwickeln, Überlebtes abschüttern! – Diese Abkehr von Traditionen, teils aus Unkenntnis, teils aus dem Gefühl heraus, bisher sei überhaupt noch keine richtige politische Arbeit von und für Frauen in der Sozialdemokratie geleistet worden,

verletzte verständlicherweise viele ältere aktive Frauen, die sich in der Sozialdemokratie oft jahrzehntelange Verdienste erworben hatten. Marta Schanzenbach beispielsweise, die von 1949–1972 dem Bundestag angehört hatte und viele Jahre Mitglied des Parteivorstands war und dort zeitweise auch die politische Verantwortung für die Frauenarbeit trug, wandte sich völlig ab, weil sie sich – wahrscheinlich zu Recht – mißachtet fühlte; desgleichen Helene Schoettle, verdienstvolle Stadträtin aus Stuttgart, die seit ihren Kindertagen für die Sozialdemokratie gearbeitet hatte, emigriert war und in der Nachkriegszeit eine wirkungsvolle sozialdemokratische Frauenarbeit in Stuttgart aufgezogen hatte. Selbst die sehr viel jüngere langjährige südbayerische ASF-Vorsitzende, Inge Gabert, die 1945 über die „Falken“ und die „Jungsozialisten“ zur SPD kam, dort alsbald auch in die Frauenarbeit integriert wurde und sofort nach 1945 begann, sich mit der Tradition der Sozialdemokratie zu beschäftigen, schildert noch ihr Gefühl des Gekränktheits, „daß eine nachfolgende Generation von vornherein der Überzeugung war und diese auch zum Ausdruck brachte, daß die, die vor ihnen waren, wohl sehr blöd waren“. (Gesprächsnotiz vom 20. Dezember 1978)

Inzwischen sind einige der Defizite an Information und Traditionsverständnis ausgeglichen, denn die Zahl derer wuchs im Laufe der letzten Jahre, die sich mit der Tradition sozialdemokratischer Frauenarbeit zu befassen begannen und auch die verdienten alten Genossinnen wieder in die gemeinsame Arbeit zu integrieren versuchten. Viele Quellen aus der Frühgeschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung liegen heute wieder vor und sind größtenteils wissenschaftlich ausgewertet.¹⁾ Gleichwohl ist die Frage nicht beantwortet, wann, wodurch und wie der Fäden historischer Kontinuität in der politischen Frauenarbeit der Sozialdemokratie abriß. Mit der Spaltung der SPD und Clara Zetkins Ausscheiden aus der Redaktion der „Gleichheit“? Mit der Vertreibung der Sozialdemokraten durch Hitlers „Machtergreifung“? Mit dem „Godesberger Programm“? Oder erst mit dem endgültigen Tod der sozialdemokratischen Zeitschrift für Frauen „Gleichheit“?

Auch scheint mir die Frage nach der Bewertung politischer Frauenarbeit innerhalb der Gesamtpartei im historischen Ablauf noch nicht geklärt. Ende des vergangenen Jahrhunderts wußte

man zwar, daß man notwendig auf die Frauen als Agitatorinnen angewiesen war, um die Kraft der Bewegung zu stärken. So bemühte sich – außer den aktiven Frauen selbst – auch die männliche Majorität um ein Anwachsen der weiblichen Mitgliedschaft. Nach dem Ersten Weltkrieg integrierte man die Frauen besonders mit Hilfe der Arbeiterwohlfahrt, die auf dem sozialen Feld Wegweisendes leistete und deren Arbeit für die Gesetzgebung in der Weimarer Republik von besonderer Bedeutung war.

Mit solch spärlichen Hinweisen sind aber wichtige Fragen völlig ungeklärt. Wenn man in Molly Nolans Aufsatz über „Proletarischen Antifeminismus, dargestellt am Beispiel der SPD-Ortsgruppe Düsseldorf, 1890–1914“²⁾ beispielsweise liest, daß zwischen 1908 und 1914 der Anteil der weiblichen SPD-Mitglieder in Düsseldorf von 11 auf 31 % wuchs, so wüßte man natürlich gerne, wie sich diese Zahl nach der Parteispaltung entwickelt hat, ob sie sich etwa bis 1933 weiter erhöhte, und an welchem Punkt man 1945 wieder anknüpfen konnte. Auch erführe man gern, um was für Frauen es sich gehandelt hat – jüngere, ältere, Frauen von Genossen, ledige Arbeiterinnen –, wie häufig sie sich trafen, welche Themen besprochen wurden und wie die finanzielle Unterstützung einer so großen Gruppe durch die Gesamtpartei gewesen ist. Mit solchen Fragen hat sich noch kaum jemand beschäftigt.³⁾

Ein dritter Fragenkomplex scheint mir vorerst auch nur sehr unzureichend geklärt, nämlich die Frage nach der Abgrenzung der sozialistischen von der bürgerlichen Frauenarbeit. Dieses Problem ist bisher ausschließlich hinsichtlich der ideologischen „Spitzenreiterinnen“ angegangen worden: Clara Zetkin auf der einen Seite, Lily Braun bzw. Helene Lange, Minna Cauer, Lida Gustava Heymann auf der anderen Seite.⁴⁾ Wie sich diese Abgrenzung aber auf örtlicher Ebene vollzog, welche Aktivitäten von welcher Gruppe ausgingen, welche lokalen Interessengegensätze es gab ... Dies alles ist noch nicht untersucht. Dabei muß es über alle ideologischen Barrieren hinweg eine Reihe von Brückenschlägen gegeben haben oder zumindest das Gefühl, daß man eigentlich zusammenarbeiten müßte, – denn nach 1945 bemühte man sich beispielsweise in Hamburg, in Hannover, in Hessen auch von den sozialdemokratischen Frauen aus, die politische Frauenarbeit auf eine so breite Basis zu stellen, daß bürgerliche Frauengruppen einbezogen waren. Ohne ei-

ne breite Unterstützung auch der bürgerlichen Frauen wäre es 1949 beispielsweise Elisabeth Selbert nicht gelungen, den Artikel 3 unseres Grundgesetzes in der schließlich verabschiedeten Form durchzusetzen.⁵⁾ War dies ohne Vorstadien denkbar? Schuf hier allein die 12jährige Diktatur neue Bedingungen der Zusammenarbeit?

Leider haben sozialdemokratische Frauengruppen noch weniger Material aufgehoben als die „männliche“ Parteiorganisation. Möglicherweise aber sind vorhandene Aufzeichnungen auch noch nicht ausgewertet worden, weil niemand bisher wirklich interessant fand, in welchem Verhältnis am Ende des vergangenen und in unserem Jahrhundert Frauen zur sozialdemokratischen Frauenorganisation und diese zur Gesamtpartei standen. Auch für die Gegenwart ist nicht ganz leicht zu beantworten, wie die ASF ihr Verhältnis zur Gesamtpartei beurteilt und wie sie sich selbst versteht; noch schwieriger ist eine historische Ableitung dieser Position. Gleichwohl sollte gewissermaßen von innen heraus und an verschiedenen Orten Deutschlands erforscht werden, welche Gruppenstrukturen in der sozialdemokratischen Frauenorganisation herrschten, welche praktischen Aufgaben Frauengruppen sich stellten und wie ihr Verhältnis zur sozialistischen Theorie war.

Um ein wenig genauer herauszufinden, in welchem gesellschaftlichen Umfeld sich einzelne politisch aktive Frauen der Sozialdemokratie betätigten und wie sie sich selbst und ihre Arbeit verstanden, habe ich im Verlauf der letzten Jahre eine Reihe von Interviews mit älteren und alten Sozialdemokratinnen durchgeführt.⁶⁾ Sie haben mir deutlich werden lassen, daß es längst an der Zeit wäre, das biographische Material aus der Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung gründlich aufzuarbeiten und zu versuchen, theoretische wie praktische Folgerungen daraus zu ziehen.

Wenn es darum geht, Standort und Stellenwert sozialdemokratischer Frauenarbeit heute zu bestimmen, so scheinen mir als Quintessenz der Interviews folgende fünf Punkte untersuchenswert:

1. Nahezu alle meine Gesprächspartnerinnen entstammen sozialdemokratischen Elternhäusern. August Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ und Lily Brauns „Memoiren einer Sozialistin“⁷⁾ waren gewissermaßen die Bibeln dieser Elternhäuser, und die Töchter wurden schon von

klein auf in das Parteileben einbezogen: Gedichte aufsagen, Singen, Zeitungen und Flugblätter austragen waren häufige Pflichten der Mädchen in sozialdemokratischen Elternhäusern. Über die Kinderfreunde und die sozialistische Arbeiterjugend wuchsen die Mädchen in die Partei hinein; hier war ihnen durch gleichberechtigte Mitarbeit Emanzipation möglich. Soweit es materiell möglich war, räumten die Elternhäuser den Mädchen gleiche Bildungschancen wie ihren Brüdern ein. Vorläufig aber war nicht sehr viel möglich. So setzte ein außerordentlicher Bildungshunger bei den jungen Frauen später das fort, was im Elternhaus zwar angelegt, aber nicht befriedigt werden konnte.

Es ergibt sich die Frage, ob diese Informationen verallgemeinert werden können, denn man findet in der Sekundär-Literatur oftmals Hinweise darauf, wie schwierig es war, weibliche Sozialdemokraten zu „rekrutieren“, wie häufig sie nach ihrer Heirat aus der politischen Arbeit „ausstiegen“ und daß die örtlichen Frauengruppen eigentlich nicht mehr waren als ein geselliger Kreis der Frauen von Genossen. Ein Vergleich mit der Situation jetzt wäre sicherlich auch interessant, denn wo gibt es heute sozialdemokratische Elternhäuser, die ihre Töchter in dieser Weise prägen?

2. Richard J. Evans weist in seinem Buch⁸⁾ darauf hin, daß die Sozialdemokratie sich von der reinen Arbeiterbewegung allmählich zur „Familienbewegung“ entwickelte. Davon sind auch die weiblichen Familienmitglieder entscheidend bestimmt worden, wobei das wohl wichtigste Antriebsmoment dieser Familienbewegung die sozialistische „Gegenkultur“ gewesen ist, die von den bürgerlichen Kräften der Gesellschaft dadurch erzwungen wurde, daß man Sozialdemokraten aus dem gesellschaftlichen Leben so weit als möglich ausschloß. Über einen jungen Mann aus gutem Hause, den sie während ihrer Studienjahre in der Schweiz traf, schreibt beispielsweise Ricarda Huch, daß er sein Elternhaus dadurch bekümmerte, daß er sozialistisch geworden war: „Das bedeutete für die damalige Bourgeoisie ungefähr dasselbe wie Verbrecher zu sein“⁹⁾ – eine Qualifizierung, mit der sich auch Elsbeth Weichmann, Lotte Lemke, Ella Kay und Marie Günzl auseinandersetzen hatten.

So mußte es also für die sozialdemokratischen Frauen darum gehen, sich eigene Arbeits- und Diskussionsfelder aufzubauen. Die 1919 gegrün-

dete „Arbeiterwohlfahrt“ ist das wohl wichtigste dieser Felder, dessen Bedeutung unbestritten ist. Eine gerecht wertende Untersuchung darüber, ob die soziale Arbeit der Frauen in der Arbeiterwohlfahrt nun eine positive politische Aktivität oder ein „Abstellgleis“ war, steht allerdings noch aus. Marxistisch und feministisch argumentierende Autorinnen achten die nach Clara Zetkin kommende sozialdemokratische Frauenarbeit mit ihrer stark sozialen Ausrichtung gering; Frauen, die durch diese Arbeit ihren politischen Platz bestimmt sahen – Lotte Lemke, Marta Schanzenbach zum Beispiel – werteten verständlicherweise anders.

Eigenes hatten die sozialdemokratischen Frauen auch in Form von Publikationen zur Verfügung, aber sogar die bürgerlichen Medien öffneten den sozialdemokratischen Frauengruppen und einzelnen aktiven Sozialdemokratinnen ihre Spalten. Eine wissenschaftliche Analyse der sozialdemokratischen Frauenarbeit der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit im Spiegel der Medien fehlt aber ebenso. Diese Analyse könnte beispielsweise wichtige Hinweise darauf geben, wie die sozialdemokratische Frauenarbeit durch die Gesamtpartei bewertet wurde und wie die politisch aktiven Frauen ihre Arbeit selbst beurteilten.

3. „Das machst Du dann wie 1933“, war der häufig gehörte Satz, der Inge Gabert als Empfehlung gegeben wurde, wenn sie sich 1945/46 erkundigte, wie bestimmte Dinge bei den „Kinderfreunden“ anzufassen seien. Was dies hieß, konnte sie nicht wissen, denn sie war 1933 ganze sechs Jahre alt gewesen. Der Satz kennzeichnet aber den – manchmal gewiß verzweifelten – Versuch, in der sozialdemokratischen Parteiarbeit da fortzufahren, wo man durch Hitler aufzuhören gezwungen worden war. Die Frauengruppen, so betonten viele Interview-Partnerinnen, waren nach 1945 völlig überaltert. In den Formen der politischen Frauenarbeit knüpfte man an die Vorkriegszeit an – mit dem entscheidenden Unterschied, daß man sich um eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauengruppen bemühte. Auf städtischer Ebene integrierten sich sozialdemokratische Frauen häufig im örtlichen „Frauenbund“.

Weitgehend verdrängt wurden unterschwellige Konflikte zwischen Emigrantinnen und Daheimgebliebenen. Elsbeth Weichmann und Elisabeth Selbert berichten, daß ihnen diese Frage problematisch erschien. Wie tief der Bruch 1933 in der

sozialdemokratischen Frauenbewegung eigentlich gewesen ist, wo und wie man 1945 neu begann, wurde bisher nicht untersucht.

Auch der Stellenwert der Arbeiterwohlfahrt begann sich zu ändern. Nach dem Krieg wurde hier gleichfalls die breitere Basis gesucht; das hatte zum Ergebnis, daß mehr und mehr auch Männer in diese Arbeit einbezogen wurden. Heute besetzen Männer *alle* Schlüsselstellungen, die bezahlten Positionen *überwiegend*, und nur im ehrenamtlichen Bereich auf begrenzter lokaler Ebene spielen Frauen nach wie vor eine gewisse Rolle. Lotte Lemke und Marta Schanzenbach, um nur zwei der durch die AW geprägten, unbestreitbar politischen Frauen zu nennen, beklagen diese Entwicklung sehr. Selbst aus ihrem gewissermaßen angestammten Betätigungsfeld wurden die sozialdemokratischen Frauen mehr und mehr verdrängt.

4. Herta Gotthelf als Parteivorstandsmitglied und als Herausgeberin der „Gleichheit“ nimmt eine Schlüsselstellung ein, die bisher nicht zusammenfassend dargestellt wurde. 1902 in Breslau geboren, wurde sie von Marie Juchacz 1926 in Berlin mit den redaktionellen Arbeiten an der Zeitschrift „Die Genossin, Informationsblätter der weiblichen Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ betraut. Diese Zeitschrift wurde vom Parteivorstand anstelle der 1923 eingestellten „Gleichheit“ herausgegeben. Von 1948 bis zu ihrem Tod 1963 redigierte Herta Gotthelf erneut die sozialdemokratische Frauenzeitschrift, die nun wieder wie zu Clara Zetkins Zeiten „Gleichheit“ hieß. Untertitel: „Das Blatt der arbeitenden Frau“. Diese Zeitschrift überlebte Herta Gotthelf nur um zwei Jahre.

In Herta Gotthelf fand sich gewissermaßen die „alte“ SPD verkörpert, jene Arbeiterbewegung, die auch aus den Interviews sehr plastisch deutlich wird. Es ist kein Zufall, daß Herta Gotthelf 1958 nicht wieder in den Parteivorstand gewählt wurde. Im Vorfeld des Godesberger Parteitages, der die Öffnung der SPD in die „bürgerliche“ Mitte der Gesellschaft hinein einleitete, hatte Gotthelfs frauenpolitische Position sich offenbar überholt. Was aber trat an deren Stelle?

Als frauenpolitisches Dokument der Nachkriegszeit hat die „Gleichheit, das Blatt der arbeitenden Frau“, eine sorgfältige und detaillierte Analyse verdient, vor allem, weil sich eine ausgezeichnete Personen- und Detailkenntnis der SPD vor 1933 in der Zeitschrift widerspiegelt. Durch-

blättert man die Jahrgänge der „Gleichheit“, so wird einem unmittelbar deutlich, welch große Distanz zwischen der Arbeit sozialdemokratischer Frauengruppen heute und der „alten“ SPD der 50er Jahre liegt.

5. Ist die SPD eine Männerpartei, fragte ich alle meine Interview-Partnerinnen, und ist sie dies heute mehr als vor fünfzig Jahren? Die Antwort auf den ersten Teil der Frage: Ja, sie ist eine Männerpartei; aber durch die gewachsene Bildung der Frauen und die größere Aufgeschlossenheit der Gesamtgesellschaft der politischen Tätigkeit von Frauen gegenüber ist der Einfluß der Männer heute stärker gebrochen als früher. Jedoch: Schon 1910 hat sich der Parteivorstand, in dem nur Luise Zietz als Frau saß, über den Wunsch der Frauen nach der turnusmäßigen Frauenkonferenz, artikuliert in der „Gleichheit“, hinweggesetzt. Auch aus den letzten zwanzig Jahren gibt es eine Reihe von Beispielen, daß der überwiegend männlich besetzte Parteivorstand qua Mehrheit sich über Wünsche der Frauenminorität mehr oder minder diskussionslos hinwegsetzte. Warum eigentlich ist eine Geschichte dieses Konfliktes bis heute nicht geschrieben? Sie wäre bedeutsam für die Bewertung, die der sozialdemokratischen Frauenarbeit durch die Majorität der Männer zuteil wurde.

Die Aufgaben der ASF sind in ihrer 1973 verabschiedeten Satzung festgelegt. Die Arbeitsgemeinschaft ist eine Vorfeldorganisation mit der Aufgabe, „Frauen mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut zu machen“. Hier wären lebendige historische Bezüge natürlich äußerst wirkungsvoll.

Eine Abgrenzung der sozialdemokratischen Frauenarbeit gegenüber anderen Frauengruppen in der Gesellschaft ist nach wie vor erforderlich. Zwar ist die aggressive Distanz zu den bürgerlichen Frauen inzwischen längst überwunden, aber wo es darum geht, den in der Satzung festgelegten Zweck zu erfüllen, „zur Änderung des gesellschaftlichen Bewußtseins beizutragen“, stehen die sozialdemokratischen Frauen gegen die konservativen, weil sie nicht nachlassen dürfen, Ungerechtigkeiten und emanzipatorische Defizite der Frauen zu bekämpfen.

Hinzugekommen ist eine andere gesellschaftliche Gruppierung, zu der die ASF in gewissen Gegensatz gerät: die Feministinnen. Hier gilt es klarzumachen, daß sozialdemokratische Frauen sich selbst nur als eine unter vielen Gruppen, die ge-

sellschaftliche Benachteiligungen erdulden müssen, verstehen. Diese Position wurde in einem eigenen Kapitel im Orientierungsrahmen '85 auch formuliert.

Natürlich geht es darum, „die Interessen und Forderungen der Frauen in der politischen Willensbildung der Partei zur Geltung zu bringen“, wie es in der Satzung heißt; aber dies hat zur Voraussetzung „die politische Mitarbeit der Frauen in der Partei so zu verstärken, daß die politische Willensbildung der Partei gleichermaßen von Männern und Frauen getragen wird“. Nur innerhalb der Partei kann diese Auseinandersetzung stattfinden, und vor dem Hintergrund weitweit festzustellender eklatanter gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten erhebt sich in der Tat die Frage, ob in unserem Land die noch nicht überwundene gesellschaftliche Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen tatsächlich das allerwichtigste Problem sozialdemokratischer Frauenarbeit sein darf. Auf meine 1978 auf einer USA-Reise an eine in der Equal-Rights-Bewegung stehende schwarze Amerikanerin gestellte Frage, welche Benachteiligung sie härter empfinde, ihr Geschlecht oder ihre schwarze Hautfarbe, antwortete mir diese Amerikanerin: „Race is more visible.“ Würde man bei uns fragen, was schlimmer ist, Türkin oder Frau zu sein, wo würde die Antwort „Türkin“ lauten. Auf diesem Gebiet scheinen mir noch theoretische und auch praktisch-politische Defizite der ASF-Politik vorzuliegen, die zwar erkannt, aber nicht abgestellt sind.

Noch nicht gesehen wird hingegen ein Problem, auf das in zahlreichen Aufsätzen André Gorz¹⁰) aufmerksam gemacht hat. Gorz stellt aufgrund einer Reihe von Wirtschaftsprognosen fest, daß künftig in den Industrieländern weniger Arbeit zu verteilen sein wird als zur Zeit, daß diese Arbeit immer „entfremdeter“ sein wird und daß sich daher der Gesellschaft das politische Problem stellen wird, wie sie die vorhandene Arbeit möglichst gerecht verteilt und wie sie es den Menschen ermöglicht, sich ohne einen vollen Arbeitstag sinnvoll zu beschäftigen. Gorz meint, daß das Zurückdrängen des fremdbestimmten, „heteronomen“ Tätigkeitsbereichs ein Anwachsen des selbstbestimmten, „autonomen“ Tätigkeitsbereichs bringen und daß man zu einem neuen Begriff von Arbeit finden müsse. Arbeit dürfe nicht länger ausschließlich nur als heteronom bestimmte, bezahlte Tätigkeit verstanden werden. Diese – hier nur verkürzt zitierte –

Überlegung scheint mir richtig. Für die sozialdemokratische Frauenpolitik ergibt sich daraus die Folgerung, daß sie sich nicht nur im gewissermaßen schon traditionellen Sinne mit der Forderung eines „Rechts auf Arbeit“ für Frauen beschäftigen darf, sondern daß sie sich intensiver der prinzipiellen Frage der Distribution vorhandener Arbeit zuwenden muß. Abkehren muß sie sich dabei von dem von den Feministinnen entlehnten Gedankengang, daß die unbezahlte Hausarbeit und die – gleichfalls unbezahlte – Erziehungstätigkeit sowie alle sonstigen Vor- und Nachsorgeleistungen, die Frauen in ihrer jeweiligen Bezugsgruppe unentgeltlich erbringen, als gesellschaftlich äußerst rückständige „Skavenarbeiten“ zu bewerten sind. Unter einem alternativen ökonomischen Ansatz mag es sich hierbei nämlich durchaus um verteidigungswerte Residuen selbstbestimmter Tätigkeit handeln, weit weniger sklavenhaft als alles, was – auf Durchschnittsniveau tätige – Männer und Frauen in Industrie und Verwaltung künftig in bezahlten Tätigkeiten leisten können. Zum Stichwort „Selbstverwirklichung“ muß sozialdemokratischen Frauen für ihr eigenes Geschlecht und für die Männer künftig etwas einfallen, was sie von den Feministinnen unterscheidet und was ihre Überlegungen in gestaltende Politik überführt.

Dabei kann der Hinweis auf theoretische und praktische Konflikte der Vergangenheit den eigenen politischen Handlungsraum hilfreich erweitern: Schon 1911 feierten in Düsseldorf rund 1500 Sozialdemokratinnen gemeinsam den Sozialistischen Frauentag und zogen anschließend zur Unterstützung ihrer Forderungen demonstrierend durch die Straßen.¹¹⁾ Auf dem Evangelischen Kirchentag im Mai 1981 in Hamburg kamen zum Thema „Frauen bewegen die Kirche“ und zum Thema „Frieden schaffen – ohne Waffen“ viele Tausende von Frauen, Sozialdemokratinnen allerdings nur wenige unter ihnen. Warum sollte es den Frauen der SPD – die richtigen Themen und die richtige Form vorausgesetzt – nicht gelingen, für ihre Interessen und ihre Partei in ähnlicher Weise Unterstützung zu gewinnen?

Vielleicht stimmt es sie dann hoffnungsvoll, daß schon im Jahr 1925 im winzigen niedersächsischen Städtchen Einbeck die Frauen ihren sozialistischen Frauentag in feministisch anmutendem Selbstbewußtsein mit dem Lied „Schwestern, zur Sonne, zur Freiheit!“ beschlossen.¹²⁾

Anmerkungen

1 Otilie Baader, Ein steiniger Weg, Lebenserinnerungen einer Sozialistin, 3. Auflage Berlin/Bonn 1979 (1. Auflage 1921); Lily Braun, Memoiren einer Sozialistin, München 1909 u. 1911; Adelheid Popp, Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin, Berlin/Bonn 1983 (1. Auflage 1909); Marie Juchacz, Sie lebten für eine bessere Welt, 2. Auflage Hannover 1971 (1. Auflage 1955); Richard Klucsarits/Friedrich G. Kürbisch (Hrsg.), Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht, 2. Auflage, Wuppertal 1981; Fritz Michael Röhl, Marie Juchacz und die Arbeiterwohlfahrt, Hannover 1961; Hedwig Wachenheim, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie – Memoiren einer Reformistin, Berlin 1973; August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Berlin/Bonn 1980 (1. Auflage 1879); Willy Brandt (Hrsg.), Frauen heute, Jahrhundertthema Gleichberechtigung, Köln 1978.

2 Molly Nolan, Proletarischer Anti-Feminismus, dargestellt am Beispiel der SPD-Ortsgruppe Düsseldorf, 1890–1914, in: Frauen und Wissenschaft, Beiträge zur Berliner Sommer-Universität für Frauen, Berlin 1977.

3 Eine bisher unveröffentlichte Staatsexamensarbeit von Christl Wickert „SPD-Frauenpolitik in Münden und Einbeck (1919–1950)“, die bei Helga Grebing in Göttingen entstand, versucht, den gesellschaftlichen Hintergrund und das Umfeld sozialdemokratischer Frauenarbeit in zwei recht kleinen niedersächsischen Städten auszuleuchten.

4 Lily Braun (1865–1916) war die aus dem bürgerlichen Lager stammende bedeutendste Kontrahentin von Clara Zetkin in der sozialdemokratischen Frauenbewegung kurz vor der Jahrhundertwende.

Helene Lange (1848–1930) war eine der wichtigsten Führerinnen der bürgerlichen deutschen Frauenbewegung, innerhalb der sie zum konservativen Lager zählte. Minna Cauer (1841–1922) und Lida Gustava Heymann (1868–1943) waren Vertreterinnen des linken Flügels in der bürgerlichen Frauenbewegung.

5 Auf die nach dem Krieg verstärkte Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauengruppen weisen insbesondere Elisabeth Selbert, Lucie Kurlbaum-Beyer, Lotte Lemke, Elisabeth Weichmann und Susanne Miller hin.

6 Ich habe folgende Gesprächspartnerinnen interviewt: Elfriede Eilers, Inge Gabert, Helga Grebing, Marie Günzl, Paula Karpinski, Ella Kay, Irma Keilhack, Lucie Kurlbaum-Beyer, Lotte Lemke, Susanne Miller, Martha Ollenhauer, Annemarie Renger, Elisabeth Selbert, Marta Schanzenbach, Helene Schoettle, Käthe Strobel, Elisabeth Weichmann.

7 siehe Fußnote 1.

8 Sozialdemokratie und Frauen-Emanzipation im Deutschen Kaiserreich, Berlin/Bonn, 1978.

9 Erinnerungen an das eigene Leben, Köln 1980.

10 Abschied vom Proletariat, Frankfurt 1980.

11 Molly Nolan, siehe Fußnote 2.

12 Christl Wickert, siehe Fußnote 3.

Inge Wettig-Danielmeier: 10 Jahre Arbeitsgemein- schaft sozialdemokra- tischer Frauen – Kontinuität sozialistischer Frauenarbeit

Inge Wettig-Danielmeier, geb. 1936, ist seit 1981 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Mitglied des Niedersächsischen Landtags, Vorsitzende des Arbeitskreises für Wissenschaft und Kunst sowie Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Durch die Geschichte der Auseinandersetzung der Frauen in und mit der sozialdemokratischen Bewegung zieht sich wie ein roter Faden die Diskussion um zwei zentrale Fragen, die für das Selbstverständnis der sozialdemokratischen Frauenorganisation entscheidend war. Es geht hierbei zum einen um den Stellenwert, der der Erwerbstätigkeit von Frauen für deren Gleichstellung zugemessen wird. Zum anderen geht es um die Frage der Organisation der Frauenarbeit in der Partei, mit der Partei oder auch gegen die Partei. Auch die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, die seit 10 Jahren die SPD-Frauen organisiert, mußte sich diesen beiden Fragen stellen.

Frauenarbeit – Voraussetzung für die Gleichstellung?

Eines der ersten öffentlichen Plädoyers für die Frauenarbeit hätt bereits 1848 die Gründerin der bürgerlichen Frauenbewegung, Louise Otto-Peters, in ihrer „Adresse eines Mädchens“ an den sächsischen Innenminister und die durch ihn berufene Arbeiterkommission: „Meine Herren, wenn Sie sich mit der großen Aufgabe der Zeit: mit der Organisation der Arbeit beschäftigen, so wollen Sie nicht vergessen, daß es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisieren, sondern daß sie dieselbe auch für die Frauen organisieren müssen, weil die Frauen nur zu wenig Arten von Arbeiten zugelassen sind, die Konkurrenz in denselben die Löhne so heruntergedrückt hat, daß, wenn man das Ganze im Auge behält, das Los der Arbeiterinnen noch ein viel elenderes ist als das der Arbeiter... Nun kann man

zwar sagen: Wenn die Männer künftig besser als jetzt bezahlt werden, so können sie auch besser für ihre Frauen sorgen und diese sich der Pflege ihrer Kinder widmen, statt für andere zu arbeiten. Einmal fürchte ich, wird das Los der arbeitenden Klasse nicht gleich in diesem Maße verbessert werden können, und dann bleibt immer noch die große Schar der Witwen und Waisen, auch der erwachsenen Mädchen überhaupt, selbst wenn wir die Gattinnen und Mütter ausnehmen. Ferner heißt dies aber auch, die eine Hälfte der Menschheit für Unmündige und Kinder zu erklären und von der anderen ganz und gar abhängig zu machen.“

Louise Otto-Peters beließ es nicht bei dieser Adresse. Der von ihr ins Leben gerufene Allgemeine Deutsche Frauenverein beschloß auf seiner Gründungskonferenz 1865: „Die erste deutsche Frauenkonferenz erklärt die Arbeit, welche die Grundlage der ganzen neuen Gesellschaft sein soll, für eine Pflicht und Ehre des weiblichen Geschlechts, sie nimmt dagegen das Recht der Arbeit in Anspruch und hält es für notwendig, daß alle der weiblichen Arbeit im Wege stehenden Hindernisse entfernt werden.“

Der Verband Deutscher Arbeitervereine unterstützte diese Forderungen der Frauen; die Sozialdemokraten um Lassalle waren dagegen der Meinung, die Lage der Frau könne nur durch die Lage des Mannes verbessert werden. Sie forderten deshalb das allgemeine Stimmrecht auch nur für Männer.

In der Frage der Frauenarbeit blieb die Sozialdemokratie lange unentschieden. Viele Sozialisten halfen sich aus der Unsicherheit und vertagten die Emanzipation der Frau auf den Zukunftsstaat, um die Erwerbsarbeit der Frau im Kapitalismus als unsittliche Ausbeutung zu brandmarken. Allerdings haben sich dagegen Frauen immer gewehrt und um ihre Rechte auch gegen die eigenen Genossen gekämpft.

Programmatisch legte erstmals das Erfurter Programm 1981 die Forderung nach Gleichstellung der Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben fest. Die allgemeine Feststellung von Karl Marx, daß die Erwerbsarbeit eine der notwendigen Voraussetzungen für die Emanzipation der Frau sei, führte August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ weiter fort. Erinnert sei an die Einsicht Bebels: „Das weibliche Geschlecht in seiner Masse leidet in doppelter Beziehung: Einmal leidet es unter der sozialen

und gesellschaftlichen Abhängigkeit von der Männerwelt – diese wird durch formale Gleichberechtigung vor den Gesetzen und in den Rechten zwar gemildert, aber nicht beseitigt – und durch die ökonomische Abhängigkeit, in der sich die Frauen im allgemeinen und die proletarischen Frauen im besonderen, gleich der proletarischen Männerwelt befinden.“ Die Frauen, so seine Schlußfolgerung, müssen daher ein Interesse haben, ihre Stellung in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu verbessern, und sie müssen diese von Grund auf umgestalten wollen. Bebel proklamiert: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter.“

Diese Grundposition blieb zwar Programm der SPD, wurde aber immer wieder – und zwar bis heute – in Frage gestellt. In dem Streit, der Anfang dieses Jahrhunderts um die Frage der Erwerbstätigkeit der Frau ausbrach, setzte sich letztlich Clara Zetkin mit großer Mehrheit durch. Ihre Position: „Für die volle soziale und rechtliche Gleichstellung des weiblichen Geschlechts mit dem männlichen ist die Berufstätigkeit von grundsätzlicher Bedeutung.“

Diese Auffassung war jedoch auch unter den Genossinnen nicht unumstritten. Auf der Frauenkonferenz 1906 hofften sozialdemokratische Funktionärinnen wie Agnes Fahrenwald, „daß die Zeit komme, wo die Frauenarbeit verschwinden wird, wo jede Mutter ihre Kinder selbst erziehen kann und wir keine Krippen und Kindergärten mehr brauchen“. Die Frauen beschließen dann aber doch im Sinne Zetkins und fordern Entlastung der Frauen durch gesellschaftliche Institutionen und Mithilfe des Mannes.

Mit den Demobilmachungsverordnungen des Rates der Volksbeauftragten, 1918/19, die später mehrfach ergänzt werden, hob die SPD ihre programmatischen Beschlüsse für die Frauenerwerbstätigkeit praktisch auf. Denn entlassen wurden danach vorrangig:

1. Frauen, deren Männer Arbeit hatten,
2. alleinstehende Mädchen und Frauen,
3. Mädchen und Frauen, die nur 1–2 Personen zu versorgen hatten,
4. alle übrigen Mädchen und Frauen.

Die wegen der Heranziehung von Frauen für die Arbeit in der Rüstungsindustrie nicht ganz unproblematische Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Frauen im 1. Weltkrieg wurde innerhalb weniger Monate rückgängig gemacht.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung überstand diese Politik nicht ohne Blessuren. Der Versuch der Partei, Frauen auf ehrenamtliche Tätigkeiten zu verweisen, gelang teilweise. Dennoch führte die sinkende Erwerbstätigkeit der Frauen und die Enttäuschung vieler Frauen über die Politik ihrer Partei zu einem drastischen Rückgang der Zahl weiblicher Mitglieder und Funktionärinnen.

Marie Juchacz hat sich mit dem Aufbau der Arbeiterwohlfahrt bleibende Verdienste geschaffen, weil die Selbsthilfeorganisation Arbeiterwohlfahrt auch die notwendigen familienergänzenden Einrichtungen zur Verfügung stellte. Aber auch Marie Juchacz erkannte schon bald, daß die ehrenamtliche Tätigkeit für Frauen auch ihr Abdrängen aus der politischen Beteiligung bedeutet. 1921 stellt sie auf dem Parteitag fest: „Nach meiner Beobachtung ist die Erwerbsarbeit eine Erziehung für das politische Leben, während die Beschränkung auf den engen Haushalt zur Folge hat, daß sich der Geist verengt, daß das Klassengefühl zurückgedrängt wird. Das Fehlen der Erziehung durch die Erwerbsarbeit macht sich auch in unserem Mitgliederrückgang bemerkbar.“ Dennoch wird auf dem Görlitzer Parteitag festgehalten: „Dem Drang der Genossinnen zur positiven Mitarbeit kommt die Einrichtung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt entgegen.“

Der Versuch in den 20er Jahren, besonders die Hausfrauen anzusprechen, hatte wenig Erfolg und wird von Zeitgenossen sarkastisch und böse kommentiert: „Die SPD der Vorkriegszeit wollte die Frauen, da sie politisch weit ungeschulter waren als Männer, zu guten Sozialistinnen erziehen. Sie ließ den weiblichen Mitgliedern Referate halten über Kapitalismus und Marxismus, die den Frauen ‚viel zu hoch‘ waren. Sie verstanden sie nicht und blieben den ‚Bildungsabenden‘ fern. Die SPD verfiel nun ins andere Extrem und veranstaltete Unterhaltungsabende, die den Frauen natürlich besser gefielen. Sie kamen zwar wieder, wurden aber keine Sozialistinnen. Heute sieht es noch viel schlimmer in der SPD aus. Ihre weiblichen Mitglieder machen in Wohlfahrt, Fürsorge und Pazifismus. Vom Klassenkampf der proletarischen Frauen ist nicht mehr die Rede. Die Frauenzeitschrift der SPD sorgt für gute Schnittmuster.“

Die Zahl der weiblichen Mitglieder steigt erst wieder mit der Zunahme weiblicher Erwerbsper-

sonen. Ende der 20er Jahre kehren die sozialdemokratischen Frauen zu der Überzeugung zurück, daß Erwerbstätigkeit für Frauen notwendige Voraussetzung ihrer Emanzipation ist.

Nach 1945 wird die Frage der Erwerbstätigkeit wieder zur Konfliktfrage für das Selbstverständnis der SPD-Frauen. Und wieder weichen sie zurück. Zwar ist nach wie vor in allen praktischen Forderungen das Hauptaugenmerk auf die erwerbstätigen Frauen gerichtet. So z. B. 1953 bei den Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, gegen die Auswüchse der Rationalisierung und Technisierung im Arbeitsprozeß, für eine Verbesserung des Mutterschutzes; aber die Argumentation für die Berufstätigkeit der Frauen bleibt defensiv.

Nichts macht das deutlicher als die Abwehrformel „Sozialismus schützt die Familie“ 1952; kein Wort, nicht einmal ein Gedanke wird an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verschwendet. Noch plastischer zeigt sich die Haltung der SPD-Frauen in einem 1954 durchgeführten Preisausschreiben „Gehen Ehefrauen und Mütter aus Übermut arbeiten?“ Damit sollte Material zur Frage der sogenannten „Doppelverdiener“ zusammengetragen werden, um die Aktionen des CDU-Familienministers Würmeling gegen arbeitende Hausfrauen und Mütter abzuwehren.

Über die Bundesfrauenkonferenz 1961 berichtet das Jahrbuch der SPD „... im Mittelpunkt sozialdemokratischer Forderungen für Frau und Familie... stand der Grundsatz, daß Mütter nicht aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein sollen, einer außerhäuslichen Tätigkeit nachzugehen. ... Mädchen und Frauen sollen besser als bisher auf ihre doppelte Funktion als Hausfrau und Mutter und als vollwertige Mitarbeiterin im Berufsleben vorbereitet werden. Beide Aufgaben sind für unsere Gesellschaft wichtig und sollten nicht gegeneinander ausgespielt und abgewertet werden.“ Allerdings wird festgehalten: „Die beruflich ausgebildete Frau befindet sich in einer innerlich und äußerlich günstigeren Position als die Frau, die sich ausschließlich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihrem Ehemann befindet.“

Mitte der 60er Jahre wird die Verwirklichung des Drei-Phasen-Rhythmus im Leben einer Frau politisches Ziel der SPD. Selbst dafür sind die Frauen nicht vorgebildet. Noch 1965 verfügen Frauen über eine schlechtere Schulbildung und eine weit schlechtere Berufsausbildung als Männer – nur 9 % der berufstätigen Frauen besetzen

einen qualifizierten Arbeitsplatz, 46 % sind kurzfristig angelehrt. 45 % haben einen Arbeitsplatz als Ungerlehnte. Neben die Drei-Phasen-Theorie tritt Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Forderung nach der Wahlfreiheit für die Frau, später die nach der Wahlfreiheit von Mann und Frau.

Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen auf Bundesebene nehmen die Auseinandersetzungen unter den sozialdemokratischen Frauen um den Stellenwert der Erwerbsarbeit für die Gleichstellung der Frau an Schärfe zu. Über die Bundesfrauenkonferenz 1975 in Braunschweig schreibt das Jahrbuch der SPD: „Das Leitbild der berufstätigen Frau, in diesem Konzept – dem Konzept der Programmkommission – als wichtigstes Mittel zur Gleichberechtigung dargestellt, soll nach dem Willen der Mehrheit der Delegierten für die künftige Arbeit der AsF nicht verbindlich sein. Durch Verbesserung der Erziehungs-, Bildungs- und Berufschancen für Frauen und Erweiterung der sozialen und erzieherischen Hilfen bei Berufstätigkeit von Frauen soll die Möglichkeit einer freien Entscheidung für eine Berufstätigkeit geschaffen werden.“

Schon zwei Jahre später jedoch auf der Bundesfrauenkonferenz in Siegen, wird der Streit mit überwältigender Mehrheit für die Erwerbstätigkeit der Frau und die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen entschieden. Mit großen Unterschieden zur Ausgangslage: Hatten sich Bebel und Zetkin, ausgehend von der Technologie ihrer Zeit, noch Gemeinschaftsküchen, -wäschereien u. ä. vorgestellt, so sollen 1977 die Familienaufgaben nur noch begrenzt vergesellschaftet werden. Sie sollen vielmehr bewußt als Gegengewicht gegen entfremdete Arbeit privat als Eigenarbeit geleistet werden, allerdings gemeinsam von Vätern, Müttern und Kindern. Familienergänzende gesellschaftliche Einrichtungen sollen die Erziehungsaufgaben der Familie bereichern. Das setzt die Erwerbstätigkeit von Mann und Frau voraus, vor allem aber die Humanisierung des Arbeitslebens und drastische Arbeitszeitverkürzungen für alle. Es verlangt aber auch gut ausgestattete Kinderkrippen, Kindergärten und vernünftige Elternurlaubsregelungen. Schon auf dem Münchner Parteitag, deutlicher mit dem Regierungsprogramm 1983, hat auch die SPD insgesamt die Forderung der Wahlfreiheit endgültig aufgegeben und sich die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu eigen gemacht.

Dieser Grundsatzbeschuß und seine Verankerung in der Gesamtpartei können aber für die AsF nur ein erster Schritt sein. Um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen im Arbeitsleben zu erreichen und abzusichern, sind gesetzliche Regelungen erforderlich. Ein Gesetz ist keine Wunderwaffe; Erfahrungen in Ländern mit entsprechenden Regelungen zeigen aber, daß die Zahl der Diskriminierungen von Frauen zurückgeht.

Die Forderung nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedeutet aber mehr als die Forderung nach Gleichstellung im Arbeitsleben. Seit 1977 fordert die AsF die 30-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer. Sie fordert ein verbessertes Betriebsverfassungsrecht und die Ausweitung der Mitbestimmung, damit die Betroffenen die bevorstehende Rationalisierungswelle mit beeinflussen können. Sie fordert eine Forschungs-, Technologie- und Investitionspolitik, die sich stärker an ökologischen und sozialen Notwendigkeiten orientiert. Denn es kann letztlich nicht darum gehen, von der immer kleiner werdenden Arbeitsmenge ein größeres Stück zu erkämpfen. Es muß darum gehen, Bedingungen für eine Umgestaltung unserer Industriegesellschaft zu erkämpfen, die jedem eine sinnvolle und menschenwürdige Arbeit ermöglichen und der schonungslosen Ausbeutung der Natur ein Ende setzen.

Weltfremde Utopien, die gerade in der derzeitigen Krise nicht angebracht wären? Wohl kaum weniger als diejenigen unserer Vorgängerinnen, die 14 Stunden am Tag arbeiten mußten, für einen Hungerlohn, ohne soziale Absicherung und die in dieser Situation den 8-Stunden-Tag, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine allgemeine Krankenversicherung gefordert haben.

Streitpunkt: eigenständige Frauenorganisation in der SPD

In der Organisationsfrage zeigen sich – obwohl nüchterner diskutiert – die gegensätzlichen Interessen von Frauen und Männern unter dem gemeinsamen Ziel des Sozialismus deutlicher. In der Frage der Erwerbstätigkeit der Frau konnte leichter Grundsätzliches beschlossen werden, die Durchsetzung hing weitgehend von der Wirtschaft ab, für die die Genossen sich nur bedingt verantwortlich fühlen mußten. Auch in der Organisationsfrage hat aber von Anfang an eine Rolle gespielt, wie die Emanzipation der Frau gesehen wurde, als Nebenwiderspruch des kapitalisti-

schen Systems, der mit dem Hauptwiderspruch erledigt werden würde, oder als eigenständiges Problem.

Nach der offiziellen Theorie der Partei um die Jahrhundertwende war die Befreiung der Frau mit der Erreichung des Sozialismus automatisch verwirklicht. Besondere Frauenarbeit der Partei war im wesentlichen nur notwendig, um den im kapitalistischen System unausgebildeten Frauen das richtige Bewußtsein zu vermitteln. Aber auch die Vertreterinnen dieser Theorie sahen sehr wohl, daß es eigene reformistische Schritte für die Frau durchzusetzen galt. So hat selbst Clara Zetkin, die zunächst alle besonderen Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen mit Ausnahme des Mutterschutzes aus Gleichheitsgesichtspunkten ablehnte, später engagiert für einen besonderen Arbeitsschutz für Frauen gestritten – sicher mit der pragmatischen Hoffnung, diesen auf alle Arbeiter ausdehnen zu können, aber auch, um die besonderen Belastungen und Gefahren für Frauen zu mildern. Entsprechend waren die Auffassungen über die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Frauenarbeit und das Maß ihrer Selbständigkeit geteilt. Auch dieser Streit ist bis Mitte der 70er Jahre dieses Jahrhunderts geführt worden, ohne daß sich die Argumente wesentlich geändert hätten.

Zunächst war eine eigenständige Frauenarbeit der Sozialdemokratinnen schon wegen der Vereins- und Versammlungsgesetze notwendig. In vielen Ländern durften Frauen an politischen Versammlungen nicht teilnehmen und so beschloß der Gothaer Parteitag 1875, Frauen als Delegierte zuzulassen, die entweder in Volksversammlungen oder in besonderen Frauenversammlungen auf Wahlkreisebene gewählt wurden. 1890 wurde diese Regelung formell im Organisationsstatut festgelegt, jedoch bereits 1892 auf Wunsch der Frauen wieder gestrichen.

Es zeigte sich aber sehr schnell, daß die Genossen den Appell, Frauen bei Delegiertenwahlen angemessen zu berücksichtigen, nicht sehr ernst nahmen, und so wurde schon 1894 die Sonderregelung wieder eingeführt und festgehalten, daß die Organisationsfrage eine Zweckmäßigkeits- und keine Prinzipienfrage sei. Ab 1893 verselbständigte sich die Frauenarbeit in Agitationskommissionen, später in einem System von Vertrauenspersonen.

Der Antrag der SPD-Fraktion im Reichstag 1895, der erstmalig die Einführung des Frauen-

wahlrechts verlangt, gibt den Frauen neuen Antrieb. Dennoch stellt das preußische Innenministerium Ende der 90er Jahre über die sozialistische Frauenbewegung fest: „Die Frauenbewegung vermag trotz Rührigkeit einiger weniger von der Agitation lebender Vorkämpferinnen weder an Ausdehnung noch an Intensität zu gewinnen.“ „Die ‚Kapitolwächterinnen‘ spielen mit ihren Bestrebungen eine geradezu lächerliche Rolle. Alle Bemühungen einzelner Agitatorinnen scheitern an der Indolenz des weiblichen Proletariats und an dem geringen Entgegenkommen der Parteileitung.“

Tatsächlich sind die Auseinandersetzungen in der Partei oft mühsam; immer wieder wird versucht, die besonderen Aktivitäten der Frauen zu behindern und abzuschaffen. 1902 beantragen die Hamburger Sozialdemokraten, das Vertrauenspersonensystem dort abzuschaffen, wo die direkte Mitgliedschaft von Frauen in der Partei möglich ist. Sie begründen das u. a. so: „In der Versammlung machen sie uns Vorwürfe, aber selbst mitarbeiten wollen sie nicht. Höhere Posten nehmen sie ja an, doch in kleinere Stellungen, z. B. die von Distriktleitern, wollen sie nicht hinein. In Folge des Vorgehens der Frauen, die Versammlungen einberufen an denselben Tagen, wo wir welche abhalten, hat sich in Hamburg schon eine Nebenregierung gebildet.“

Die Frauen beharren auf ihren Vertrauenspersonen und setzen sich durch. Dennoch betont Clara Zetkin ebenso wie Luise Zietz immer wieder, daß es sich nicht um eine Sonderorganisation der Frauen handele, sondern die Vertrauenspersonen stellten lediglich den „Mittelpunkt für die agitatorische Kleinarbeit“ dar. Sonderorganisation oder nicht, seit Beginn dieses Jahrhunderts gibt es eine besondere Frauenarbeit der Partei und eigenständige, wenn auch immer umstrittene Frauenkonferenzen.

1905 werden die weiblichen Vertrauenspersonen ausdrücklich in das Parteistatut aufgenommen, sie sollen an allen Orten möglichst im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden. Auch nachdem 1908 alle Frauen in politischen Vereinen Mitglied werden können, bleibt die sozialdemokratische Frauenorganisation neben der Parteiorganisation erhalten. Frauen wird eine angemessene Mindestvertretung in den Vorständen satzungsgemäß garantiert. 1908 wählt die SPD Luise Zietz als erste deutsche Frau in den Vorstand einer politischen Partei. 1912 löst die

Parteiführung das Frauenbüro auf und überträgt die Frauenarbeit einem Mitglied des Parteivorstandes – Luise Zietz. Sie wird 1917 durch Marie Juchacz ersetzt. Da die führenden Frauen in die USPD abgewandert sind, wird die Frauenarbeit von der SPD jetzt kurz gehalten. In den 20er Jahren wacht die Partei sorgsam darüber, daß sich die Frauen nicht verselbständigen. Alle Anträge auf Bildung eines besonderen Frauenrates oder Reichsfrauenausschusses bleiben unbeantwortet oder werden zur Ablehnung empfohlen (so 1919 auf dem Weimarer Parteitag und auf dem Kölner Parteitag 1927). Für die Frauen bleibt die Arbeiterwohlfahrt.

Die Frauenarbeit nach 1945 beginnt auf dem Stand der Weimarer Republik, getragen von einem unglaublichen Optimismus der Genossen und Genossinnen, daß nach dem Zusammenbruch eine neue demokratische Gesellschaft entstehen müsse, mindestens aber eine neue Gleichheit in der Partei. Noch bis in die Anfänge der 50er Jahre waren 1/3 der Delegierten der Reichsfrauen-, später der Bundesfrauenkonferenzen während der Nazizeit in Gefängnissen oder Konzentrationslagern gewesen.

Bis 1966 bleibt es trotz verschiedener Umorganisationen bei der Beauftragung des Parteivorstandes für Frauenfragen – Herta Gotthelf, später Marta Schanzenbach –, sie wird beraten von einem vom Parteivorstand zu berufenden Fachauschuß für Frauenfragen. Während die Frauenarbeit in den Bezirken nach 1945 mit viel Elan aufgebaut worden war, wird sie schon Anfang der 50er Jahre zurückgedrängt, die hauptamtlichen Frauensekretärinnen in den Bezirken werden entlassen, anderweitig eingesetzt oder ihre Stellen bei Weggang nicht neu besetzt. In der Regel wählen die Bezirke nun Frauenausschüsse, denen eine ehrenamtliche Vorsitzende vorsteht.

1962/63 sagt das Jahrbuch der SPD: „Im Rahmen der Politik der SPD gibt es keine eigene Frauenpolitik.“ Und weiter: „Es gibt im politischen Leben Gruppen mit besonderen Interessen. Eine solche Gruppe sind auch die Frauen, die trotz der gesetzlich verankerten Gleichberechtigung für die Durchführung dieses Prinzips im Alltag Forderungen stellen und neue Formen finden müssen. Und nur daher ist es zu vertreten, daß im Rahmen der Tätigkeit des Parteivorstandes der SPD eine besondere politische Arbeit für die Frau geleistet wird. Aber die Forderungen der Frauen können nur über die Gesamtpartei ihre

Verwirklichung erfahren.“ Die traditionelle Argumentation hat sich nur ein neues Gewand übergeworfen.

Auch wenn 1966 die Partei der neuen Frauenbeauftragten des Parteivorstandes, Annemarie Renger, einen Parteiausschuß zur Seite stellte, durch den die Frauenarbeit der Bezirke besser mit der Bundesebene koordiniert wurde, ging das veränderte Bewußtsein der Frauen schnell über die Auffassung der Partei hinweg. 1968 und mit sehr viel Nachdruck 1970 verlangten die Frauen eine eigene demokratisch gewählte Organisation. 1972 akzeptierte der Parteivorstand dieses Verlangen und gründete eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft, 1973 wurde zum erstenmal eine Konferenz der AsF mit gewählten Delegierten abgehalten und ein Bundesvorstand gewählt. Seitdem hat diese Frauenarbeitsgemeinschaft gegenüber der Partei eine deutliche Eigenständigkeit entwickelt und hält diese auch für die Vertretung der Interessen von Frauen für notwendig. Einschränkungen ihrer Arbeit durch eine neue Diskussion der Arbeitsgemeinschaften würden die Frauen in der SPD wohl kaum hinnehmen.

Sozialdemokratische Politik war stets auf die Veränderung der tatsächlichen Lebenslage der Menschen ausgerichtet. Nachdem die Partei ihr Ziel aber auch theoretisch nicht mehr in der grundlegenden revolutionären Veränderung der Gesellschaft, sondern in kleinen Reformschritten zu einer menschenwürdigen Gesellschaft sieht, bestehen die Frauen darauf, daß jeder Schritt die Fraueninteressen einschließt. Oder anders ausgedrückt, wenn nicht jeder Reformschritt für die Frauen in die richtige Richtung geht, dann können die aktiven Sozialdemokratinnen ihn auch nicht als Weg zum gemeinsamen Ziel einer demokratischen menschenwürdigen Gesellschaft akzeptieren.

Die in allen Ländern entstehende Frauenbewegung Anfang der 70er Jahre hat die Sozialdemokratinnen deutlicher erkennen lassen als je zuvor, daß zwar nur eine sozialistische Partei ihre Vorstellungen von Demokratie verwirklichen kann, daß aber auch nur ein aktiv vertretener Feminismus diesen Sozialismus zu seiner demokratischen Völlendung bringen kann. Die AsF versteht sich als Organisation von Sozialistinnen und von Feministinnen. Die Frauenfrage ist für sie kein Nebenwiderspruch, sie ist ihr brennendstes und vorrangiges Problem. Die sozialdemokratischen Frauen sind nicht mehr bereit, die Interes-

sen der Frauen hintan zu stellen um eines vermeintlichen sozialdemokratischen Gesamtinteresses willen. Dieses Selbstverständnis verlangt zwingend eine möglichst eigenständige Frauenorganisation.

Dabei spielen die Erkenntnisse über die Auswirkungen von Wirtschaftskrisen auf die Gleichstellung der Frau eine entscheidende Rolle. Frauen verlieren in Wirtschaftskrisen nicht nur als erste ihren Arbeitsplatz und damit ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Erfahrung zeigt, daß sich wirtschaftliche Abhängigkeit und Arbeitslosigkeit von Frauen – ähnlich wie bei Männern – sofort auf ihre politische Beteiligung und damit auf die Schlagkraft der Frauenbewegung als Minderheitenvertretung und pressure group auswirken. Die Sozialdemokratinnen haben diese Erfahrung in den 20er, aber auch in den frühen 50er Jahren gemacht. Die Frauenbewegung der westlichen Demokratien ist in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre zusammengebrochen – auch ohne den Faschismus und unabhängig davon.

Das macht gleichzeitig deutlich, wie eng die Frage der Organisation von Frauen mit der Frage der Erwerbstätigkeit der Frauen, bzw. ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zusammenhängt. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise stellt sich der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen das schwierige Problem, als schlagkräftige Organisation zusammen mit anderen Frauenorganisationen das weitere Zurückdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt aufzuhalten – mehr noch; die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen zu erweitern. Gleichzeitig muß sie verhindern, bei steigender Arbeitslosigkeit als Organisation in den Sog nach unten zu geraten; sie muß also gegen den Trend Mitglieder gewinnen, um schlagkräftig zu bleiben.

Angesichts der Interessenlage der Konservativen und der gesellschaftlich bedingten Bewußtseinslage der eigenen Parteimitglieder, wie auch der Gewerkschaftsmitglieder, ähnelt diese Aufgabe der Quadratur des Kreises. Das Meistern dieser Aufgabe ist jedoch entscheidend nicht nur für die Frauenbewegung, sondern auch für die Zukunft der SPD. Denn abgesehen von der immer größer werdenden Bedeutung der Frauenstimmen gerade für diese Partei, kann sie ihre politischen Ziele, ihre programmatischen Vorstellungen ohne das Bemühen um die Gleichstellung von Frau und Mann noch nicht einmal mehr glaubwürdig formulieren. Bebels Einsicht: „Es

gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter“, bleibt brandaktuell.

Literatur zum Thema:

- Bornemann, Ernest (Hrsg.), Der Neanderberg, Frankfurt-Berlin-Wien, 1983
- Brandt, Willy (Hrsg.), Frauen heute - Jahrhundertthema Gleichberechtigung, Köln, Frankfurt, 1978
- Evans, Richard J., Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im deutschen Kaiserreich, Berlin, Bonn, 1979
- Flexner, Eleanor, Hundert Jahre Kampf - Die Geschichte der Frauenrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten, Frankfurt, 1978
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen

- (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889 bis 1933, Frankfurt, 1973
- Niggemann, Heinz, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus, Wuppertal, 1981
- Richebächer, Sabine, Uns fehlt nur eine Kleinigkeit - Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890-1914, Frankfurt, 1982
- Thönnessen, Werner, Frauenemanzipation - Politik und Literatur der Deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933, Frankfurt, 1969
- Zetkin, Clara, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Frankfurt, 1978
- Alle Jahrbücher der SPD seit 1946
- Programme und Parteitagebeschlüsse der SPD und der AsF

(Alle verwandten Zitate entstammen der angegebenen Literatur.)

Gustav Auernheimer: Aufstand der österreichischen Arbeiter

Zum 50. Jahrestag der Februarkämpfe 1934

Der Diplom-Soziologe Gustav Auernheimer, geb. 1951, Absolvent des Zweiten Bildungsweges ist Doktorand an der Universität Marburg und arbeitet an einer Dissertation über die Rolle der Intellektuellen in der SPD von 1890 bis 1933.

„In der Erinnerung an den ‚12. Februar‘ ist ein großes Stück Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie mit eingeschlossen und eines, das in der sozialdemokratischen Bewegung der Welt als die heroische Konsequenz des Austromarxismus empfunden wurde.“ Bruno Kreisky

I.

Was geschah am 12. Februar 1934? In Teilen des Republikanischen Schutzbundes, der Verteidigungsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, war die Geduld erschöpft. Seit dem Antritt der „christlich-sozialen“ (in Wirklichkeit

klerikal-faschistischen) Regierung von Engelbert Dollfuß im Jahre 1932 sieht sich die Arbeiterbewegung einer ständig zunehmenden Unterdrückung ausgesetzt. Im März 1933 schaltet Dollfuß mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes aus dem Ersten Weltkrieg das Parlament aus, es folgt die Aufhebung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Am 1. Mai 1933 wird den Wiener Arbeitern ihr traditioneller Aufmarsch untersagt, es bleibt ihnen nur übrig, vor Stacheldrahtverhauen und Maschinengewehrstellungen „spazierenzugehen“. Die Christlichsozialen schließen sich mit der faschistischen, paramilitärischen Heimwehr zur „Vaterländischen Front“ zusammen, die Heimwehr wirkt als Hilfspolizei bei der Ausübung der Diktatur. Welchen Klasseninteressen die Regierung dient, ist ersichtlich: Sie hebt Tarifverträge auf, senkt die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung und erläßt unter Androhung von Freiheitsstrafen ein Streikverbot für viele Industriezweige.

Zu Beginn des Jahres 1934 eskaliert die Repression gegen die Arbeiterbewegung. Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und vor allem des Schutzbundes werden verhaftet. Am 10. Februar marschieren bewaffnete Heimwehrverbände in die oberösterreichischen Städte ein, ihre Führer verlangen die Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregie-

rung und die Auflösung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. Am 11. Februar, einem Sonntag, erfährt der Schutzbundführer von Linz, Richard Bernaschek, daß am nächsten Morgen das „Hotel Schiff“, der Sitz der Linzer Arbeiterorganisationen, nach Waffen untersucht werden soll. Er teilt der Parteiführung in Wien mit, man werde sich gegen diese Maßnahme zur Wehr setzen und läßt ein Antworttelegramm, das Zurückhaltung fordert, unbeachtet.

Als am Morgen des 12. Februar Bundespolizei in das Hotel Schiff eindringt, leistet eine Formation des Schutzbundes bewaffneten Widerstand. Die Kämpfe dehnen sich schnell auf andere Stadtteile aus, im Laufe des Vormittags gelangen Nachrichten darüber nach Wien, woraufhin Straßenbahner und Elektrizitätsarbeiter in den Streik treten. Die Schutzbündler holen ihre versteckten Waffen hervor und sammeln sich in den Gemeindebauten, den von der sozialdemokratischen Stadtverwaltung errichteten Wohnblöcken. Gegen fünf Uhr nachmittags fallen in den Arbeitervierteln Simmering, Margareten und Ottakring die ersten Schüsse. Die Gewichte könnten nicht ungleich verteilt sein: auf der einen Seite Arbeiter mit alten Gewehren aus dem Weltkrieg und wenigen Patronen, auf der anderen Seite Bundesheer, Polizei und Heimwehr, ausgerüstet mit Panzerwagen, Kanonen, Haubitzen und Minenwerfern. Schon am Abend des 12. Februar setzt das Militär Artillerie ein und beschießt, ohne Rücksicht auf Unbeteiligte, Häuser in denen sich Schutzbündler verschanzt haben.

Otto Bauer, führender Politiker der österreichischen Sozialdemokratie zu dieser Zeit, schildert das Geschehen in seiner Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“, die er bereits wenige Tage nach den Kämpfen im tschechoslowakischen Exil schreibt. „Haben die Geschütze ihr Werk getan, so beginnen die Truppen die Gemeindehäuser zu stürmen. Auf den Höfen, in den Stiegenhäusern entbrennt der Kampf Mann gegen Mann. Primitive Handgranaten, die die Arbeiter selbst erzeugt hatten, werden auf die eindringenden Soldaten geschleudert. Mit Küchenmessern und Bügeleisen stehen die Proletarierfrauen ihren kämpfenden Männern bei. Endlich scheint das Werk getan. Die Staatsgewalt hat sich des Hauses bemächtigt. Aber ein paar Stunden später tauchen auf dem Dach, in einem Turm, an ein paar Fenstern wieder Schützen auf, die den Kampf von neuem aufnehmen. Trotz der

Ungleichheit der Bewaffnung dauert der Kampf um Wien viermal vierundzwanzig Stunden... Und indessen wird auch in den Industriestädten draußen gekämpft. Im tapferen Steyr. Im heroischen Bruck an der Mur. In Eggenberg und Graz, in Kapferberg und Judenburg, in Neunkirchen und im Traisental, in Wörgl und Häring...“

Es wäre verfehlt, die Niederlage der Sozialdemokraten nur auf die ungleiche Bewaffnung zurückzuführen. Verhängnisvoll wirkte sich die politische Vorgeschichte des 12. Februar aus, auf die noch einzugehen ist. Hier seien nur die eher militärischen Gründe des Scheiterns genannt: Der Schutzbund war durch vorhergegangene Verhaftungen und Waffenbeschlagnahmen geschwächt. Die Aktionen waren zersplittert, so daß die Regierungsverbände einen Ort des Widerstandes nach dem anderen niederwerfen konnten. Schließlich erwies sich die reine Defensivtaktik des Schutzbundes als Fehler, er versäumte es, am Nachmittag des 12. Februar, als die Regierung erst auswärtige Truppen heranschaffen mußte, die Wiener Innenstadt einzunehmen.

Die Kämpfe forderten in ganz Österreich etwa 1100 Tote, zum größten Teil auf seiten der Besiegten. Neun Schutzbundführer wurden standrechtlich hingerichtet, sämtliche Arbeiterorganisationen aufgelöst, 10000 ihrer Mitglieder verhaftet. Österreich wird ein „christlicher“ Ständestaat.

II.

Um den Weg der österreichischen Sozialdemokratie bis 1934 zu verstehen, ist es nötig, auf den Begriff „Austromarxismus“ einzugehen. Während seiner Entstehungszeit bezeichnete er zunächst nur einen politischen Debattierclub inmitten der liberalen Wiener Kaffeehausatmosphäre, eine Art „Marxismus à la Café Central“. Um die Jahrhundertwende fand sich eine Gruppe von Studenten und jungen Akademikern zusammen, deren Namen später zu den bekanntesten der deutschsprachigen Sozialdemokratie gehörten: Friedrich Adler, Max Adler, Otto Bauer, Rudolf Hilferding, Karl Renner. Gemeinsam war ihnen das Studium an der weltoffenen Wiener Universität, zumeist im Fach Rechtswissenschaft, sowie die unvoreingenommene Auseinandersetzung mit neuen geistigen Strömungen. Genannt seien nur für die Philosophie der Neukantianismus und die Erkenntnistheorie Ernst Machs, für die Nationalökonomie die Grenznutzenlehre Böhm-Bawerks. Gemeinsam war den Genannten ferner die

frühzeitige Begegnung mit der Arbeiterbewegung, das Interesse an sozialistischer Theorie und das Bestreben, die Marxsche Lehre weiterzuentwickeln und auf Probleme ihrer Zeit anzuwenden. Seit 1904 erschienen als wissenschaftliche Schriftenreihe die „Marx-Studien“, in denen z. B. ein so epochales Werk wie Hilferdings „Finanzkapital“ veröffentlicht wurde; 1907 folgte die Monatszeitschrift „Der Kampf“.

Als rein theoretische Richtung wäre der Austromarxismus Episode geblieben, er gelangte jedoch, vor allem nach dem Ersten Weltkrieg, auch zu politisch-praktischer Wirkung. Dabei bedeutete der Weltkrieg zunächst das Ende des Austromarxismus als relativ einheitlicher Schule. Der Streit um die Stellung zum Krieg führte auch in der österreichischen Sozialdemokratie zu einem tiefen Riß, wobei die Wortführer des Austromarxismus in verschiedenen Lagern standen. Die Partei unterstützte zuerst mehrheitlich die Politik der k.u.k. Regierung, doch als sich die Lage der Arbeiterklasse ständig verschlechterte, ein Ende des Mordens nicht absehbar war, kam zunehmend Widerstand auf. Die innerparteiliche Opposition gewann an Boden und legte auf dem Parteitag 1917 eine „Erklärung der Linken“ vor, in der u. a. ein sofortiger Friedensschluß verlangt wurde; sie fand bei den Delegierten weitgehende Zustimmung. Zugleich versicherte der linke Flügel, die Partei nicht spalten, sondern in ihr die Mehrheit erringen zu wollen. Damit stellte er die Parteinheit über alle anderen Ziele, verhinderte die Entstehung einer starken Kommunistischen Partei und folgte einem Prinzip, das Otto Bauer einige Jahre später zu der Feststellung veranlaßte, der Austromarxismus sei nichts anderes als die Ideologie der Einheit der Arbeiterbewegung.

In der Zeit der Republik seit 1918 wurde das Wort „Austromarxismus“ zunehmend verwendet, um die gesamte Politik der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs“ – diesen Namen führte sie bis zum Ende, 1934 – zu bezeichnen. Und es war eine Politik, die sich in manchem sehen lassen konnte. Zwar behauptete die Sozialdemokratie die Macht, die ihr bei der Revolution gleichsam in die Hände gefallen war, nicht. Sie glaubte, die schweren Probleme des wirtschaftlich darniederliegenden Rumpfstaaes Deutsch-Österreich nur in einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien lösen zu können, zumal sie bei den Wahlen zur Nationalversammlung die absolute Mehrheit verfehlte. Es gelang

der Arbeiterbewegung, eine Reihe von Reformen in den Bereichen der Rechts- und Wirtschaftspolitik sowie des Sozial- und Bildungswesens durchzusetzen. Die sichtbarsten Erfolge der Sozialdemokratie in dieser Zeit sind jedoch untrennbar mit dem „Roten Wien“ verbunden. In der Stadt, seit 1922 ein eigenes Bundesland, konnte die Partei, gestützt auf etwa 60% der Wähler, ein umfangreiches Reformprogramm verwirklichen. Mit Hilfe eines ausgefeilten Systems von Steuern für Besitzende wurden 60 000 Gemeindewohnungen zu niedrigen Mieten für Besitzlose finanziert; die Lebensqualität der Häuser und die mit ihnen verbundenen sozialen Einrichtungen waren beispielhaft. Neben dem unmittelbaren Erfolg kam es den Sozialdemokraten darauf an, mit dem „Roten Wien“ zu zeigen, was selbst eine „sozialistische Insel im kapitalistischen Meer“ vermag.

In den zwanziger Jahren stellte die österreichische Sozialdemokratie eine Art Musterpartei der Sozialistischen Arbeiterinternationale dar. Am Ende des Jahrzehnts hatte sie ca. 700 000 Mitglieder, mehr als ein Zehntel der Bevölkerung Österreichs, davon allein 400 000 in Wien, wo jeder dritte erwachsene Einwohner der Partei angehörte. Ein breites Feld von Vorfeldorganisationen umfaßte die Mitgliedschaft „von der Wiege bis zur Bahre“, von den Kinderfreunden über sportliche, kulturelle und genossenschaftliche Vereine bis zum Verein für Feuerbestattung. Über dem Ausbau der Organisation wurde die theoretische Diskussion nicht vernachlässigt, sie fand ihren Niederschlag im Linzer Parteiprogramm von 1926. Mit ihm erklärte die Partei als ihr Ziel, die politische Macht in freien Wahlen erobern und unter Respektierung der demokratischen Freiheiten ausüben zu wollen; nur bei gewaltsamem Widerstand der Bourgeoisie solle zu diktatorischen Mitteln gegriffen werden. Das so oft, auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung, vorhandene Verständnis von Demokratie und Diktatur als unüberbrückbarer Gegensätze wurde also im Linzer Programm zugunsten eines vermittelten Spannungsverhältnisses aufgehoben.

Allerdings dürfen die Schattenseiten des Austromarxismus nicht übersehen werden. Bereits 1920 wurde die Sozialdemokratische Partei aus der Bundesregierung gedrängt, da sich die Gegensätze zu den bürgerlichen Koalitionsparteien als unüberwindbar erwiesen, und war dann bis zum Ende der Republik an keiner Regierung mehr beteiligt. Bis 1922 konnte die Partei dank ihrer star-

ken außerparlamentarischen Stellung Einfluß ausüben – Otto Bauer bezeichnete diese Zeit als eine Phase des „Klassengleichgewichts“ –, doch die danach eintretende Entwicklung berechtigte Bauer, Österreich als „Bourgeoisrepublik“ zu bezeichnen. Die reaktionären Kräfte erstrebten gezielt die Kontrolle über die bewaffnete Staatsmacht; sie drängten die Sozialdemokraten aus den Führungsstellen des Bundesheeres, gründeten mit den Heimwehren paramilitärische Organisationen und zwangen so die Arbeiterpartei 1923, eine eigene bewaffnete Formation, den „Republikanischen Schutzbund“, zu gründen.

Die Stunde der Bewährung schlug für den Austromarxismus am 15. Juli 1927. Monarchisten hatten im Januar des Jahres auf eine Kolonne des Schutzbundes geschossen, zwei Menschen waren dabei getötet worden; die Täter wurden in einem Prozeß vor dem Wiener Schwurgericht freigesprochen. Der Parteivorstand beließ seinen Protest bei einer scharfen Resolution, doch der Arbeiter bemächtigte sich eine ungeheure Erregung, sie marschierten am 15. Juli zu Zehntausenden in die Wiener Innenstadt, mißachteten Beschwichtigungsversuche führender Parteipolitiker und setzten den Justizpalast in Brand. Die Polizei eröffnete das Feuer, 86 Tote blieben auf den Straßen des „Roten Wien“. Gerade an diesem Tag, da für viele Arbeiter der Übergang zu der im Linzer Programm formulierten defensiven Gewalttaktik geboten war, versagte sich die Parteiführung und unterließ es, den ihr aufgedrängten Kampf um die Macht anzunehmen.

Dieses Verhalten entmutigte die Mitgliedschaft und ermutigte die Austrofaschisten zu offensivem Vorgehen gegen die Arbeiterbewegung. Deren Kampfbedingungen verschlechterten sich rapide in der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise, die das von Auslandsanleihen abhängige Österreich besonders hart traf. 1932 betrug die Zahl der Arbeitslosen bereits über eine halbe Million, ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft; im selben Jahr errangen die österreichischen Nationalsozialisten bei Gemeinde- und Landtagswahlen Gewinne. Die Sozialdemokratie betrieb eine Politik des Abwartens, unterbreitete ihren Gegnern Kompromißvorschläge, die nahe an Selbstaufgabe reichten, und versäumten im März 1933, anläßlich des Staatsstreiches von Dollfuß, die letzte aussichtsreiche Chance zur Gegenwehr, die im Generalstreik und in der Mobilisierung des Schutzbundes bestanden hätte.

Hier offenbarte sich das tiefe Dilemma des Austromarxismus. Nach seinem theoretischen Selbstverständnis war er eine prinzipiell revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung, die Verkörperung eines „dritten Weges“ zwischen rechtssozialdemokratischem Reformismus und Bolschewismus. Damit verbunden war ein bewußtes Festhalten an marxistischer Theorie, revolutionärer Terminologie und traditioneller Symbolik der Arbeiterbewegung. Doch gerade die damit hervorgerufene Erwartungshaltung konnten die führenden Repräsentanten des Austromarxismus in entscheidenden Situationen, wie im Juli 1927 oder im März 1933, nicht erfüllen.

Als sie endlich die Kampfbereitschaft der Arbeiter in Taten umsetzen wollten, war es zu spät. Der Generalstreik am 12. Februar mißlang in entscheidenden Bereichen. Die Eisenbahner, einst Vorhut der Arbeiterbewegung, waren zu zermürbt, um die Arbeit einzustellen, so daß die Regierung ohne große Schwierigkeiten Truppen nach Wien schaffen konnte. Die Motive der österreichischen Parteiführer, die sie vor Gewaltanwendung zurückschrecken ließen, entsprangen einer zutiefst humanitären Gesinnung und verdienen Respekt. Auf der anderen Seite führten sie dazu, daß die Arbeiterbewegung selbst das Opfer von Gewalt wurde, vor deren Anwendung ihre bürgerlichen Gegner nicht zurückschreckten. Vielleicht läßt sich das Problem allgemein formulieren: Sozialdemokraten sind meistens zu gut für die bürgerliche Gesellschaft, in der sie leben.

III.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Widerstandstätigkeit der „Revolutionären Sozialisten“, wie sich die Sozialdemokraten in der Illegalität nannten, einzugehen. Nach 1945 knüpfte die „Sozialistische Partei Österreichs“ wenig an austromarxistische Traditionen an, sondern versuchte als reformistische Volkspartei breite Bevölkerungskreise anzusprechen.

Allerdings finden sich gegenüber den programmatischen Äußerungen aus den fünfziger und sechziger Jahren im jetzt gültigen Parteiprogramm von 1978 wieder Anklänge an Traditionen der Kapitalismuskritik, wobei versucht wird, die durch Weltwirtschafts- und Ökologiekrisis seit Beginn der siebziger Jahre neu eingetretenen Entwicklungen zu analysieren. Manche Überlegungen hierzu sind bedenkenswert für die in der

SPD geführte Debatte um eine Weiterentwicklung des Godesberger Programms.

Noch einige Bemerkungen zum historischen Verhältnis von deutscher und österreichischer Sozialdemokratie: Vor dem Ersten Weltkrieg bestand eine organisatorische und theoretische Überlegenheit der SPD gegenüber der Schwesterpartei, die von ihr zeitweilig finanziell unterstützt wurde. In dem relativ schwach industrialisierten Österreich-Ungarn mit seiner halbabsolutistischen Regierungsform konnte sich die Arbeiterbewegung nur unter großen Schwierigkeiten entfalten und z. B. erst 1907 das allgemeine Wahlrecht erreichen. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte sich das Verhältnis gewissermaßen um. Die österreichische Sozialdemokratie spielte dank ihrer starken, breitgefächerten Organisation, des hohen Niveaus der theoretischen Diskussionen und nicht zuletzt durch die Ausstrahlungskraft des „Roten Wien“ eine wichtige Rolle in der Zweiten Internationale, auf deren linken Flügel sie stand. Dieser Einfluß machte sich auch in der SPD, speziell in ihrem linken Flügel bemerkbar; eine Schrift aus dem Spektrum der Weimarer Linkssozialdemokratie trägt den bezeichnenden Titel „Was lehrt uns Linz?“ Seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Beziehungen zwischen beiden Parteien lockerer, es wäre wünschenswert, wenn sie sich wieder intensiver gestalteten, auch im Rahmen einer verstärkten Aktivität der Sozialistischen Internationale, wofür in den letzten Jahren erfreuliche Ansätze zu verzeichnen sind.

Der Februaraufstand 1934 scheiterte und mußte aus den dargelegten Gründen scheitern. War es deshalb auch umsonst? Keineswegs. Um zu verdeutlichen, welche historische Bedeutung der Kampf der paar tausend Schutzbündler hat, sei noch einmal Otto Bauer zitiert: „Die Sozialisten der ganzen Welt haben es als beschämend, als eine verhängnisvolle Ermutigung der internationalen Reaktion, als eine verhängnisvolle Schwächung der Arbeiterklasse aller Länder empfunden, daß sich die deutsche Arbeiterklasse dem Faschismus kampfflos unterworfen hat. Sie alle sind stolz darauf und fühlen sich gehoben und gestärkt dadurch, daß sich die österreichischen Arbeiter mit dem Gewehr in der Hand dem Faschismus widersetzt, daß sie, indem sie ungleichen Verzweiflungskampf kampffloser Kapitulation vorgezogen haben, die revolutionäre Ehre des internationalen Sozialismus gerettet ... haben.“



**ENTSPANNUNG/
ABRÜSTUNG**

Karl-Heinz Reuband/ Pavel Uttitz: Wer hat die Mehrheit? Nachrüstung und Friedens- bewegung in der öffent- lichen Meinung

Dr. Karl-Heinz Reuband, 1946, Wissenschaftlicher Assistent an der Universität zu Köln. Arbeiten vor allem über sozialen und kulturellen Wandel, politische Soziologie, Methoden der empirischen Sozialforschung.

Pavel Uttitz, Dipl.-Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung, 1953, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu Köln, zuvor beim Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bonn. Arbeiten vor allem auf den Gebieten der politischen Soziologie und Freizeitforschung.

Mit ihrem Nein zum NATO-Doppelbeschluß vergrößerte die SPD nur ihre Kluft zwischen Partei und Wählern. Denn auch unter der überwältigenden Mehrheit der SPD-Wähler sei das NATO-Bündnis akzeptiert. So war es noch vor kurzem von Elisabeth Noelle-Neumann vom Allensbacher Institut für Demoskopie in einem Interview mit der „Bild-Zeitung“ zu lesen (21. 9. 83, S. 2). Und auch „Die Welt“ brachte diesen Hinweis in ihrer Ausgabe des selben Tages. An Warnungen ähnlicher Art – selbst aus Kreisen der SPD – mangelte es nicht. Stimmt es denn tatsächlich, was da behauptet wird – bedeutet ein Nein zur Stationierung neuer Raketen eine zunehmende Kluft zu den Wählern der SPD? Marschiert die SPD ins Abseits, weil sie die Stationierung ablehnt? Das Kriterium der NATO-Unterstützung in der Bevölkerung reicht zur Beantwortung dieser Frage nicht aus. Unterschieden werden muß zwischen NATO-Unterstützung und Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses.

Nimmt man die Einstellung zur NATO, so zeigt sich konsistent in allen Umfragen, daß sie in der Bundesrepublik in der Tat mehrheitlich befürwortet wird.¹ Dies gilt auch für die SPD-Wähler. Nimmt man dagegen die Einstellung zur Nachrüstung, so fallen die Ergebnisse anders aus. Von vielen wird dies als Widerspruch, als Irritation des Meinungsbildes begriffen. „Wer die Pflichten des Bündnisses nicht übernehmen will, müßte ja normalerweise die Konsequenz ziehen und aus der NATO austreten“, so Noelle-Neumann in dem selben Interview. Doch mit der NATO global übereinzustimmen und Kritik an militärischen Maßnahmen zu üben, ist logisch kein Widerspruch. NATO-Unterstützung bedeutet die Einsicht, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Konstellation eine Neutralität der Bundesrepublik kein Thema sein kann. Nachrüstungsgegnerschaft dagegen ist spezifischer auf eine militärpolitische Strategie ausgerichtet.

Wie sieht es aber nun mit der Einstellung der Bevölkerung zur Nachrüstung im einzelnen aus? Die Meinungsumfragen scheinen widersprüchlich. Nicht nur variiert der Anteil der Gegner von Umfrage zu Umfrage, es gibt sogar Befragungen, die mal eine Mehrheit „für“ und mal eine Mehrheit „gegen“ den NATO-Doppelbeschluß ausweisen. Doch diese Befragungen sind nicht als gleichgewichtig zu betrachten, es kommt auf die Einhaltung und Berücksichtigung methodischer Standards und Probleme an. Dies ist an sich banal, wird aber oft vergessen. Erfragte Stationierung von Raketen in West-Europa wird z. B. nicht selten mit einer Stationierung in der Bundesrepublik fälschlicherweise gleichgesetzt. Wer fragt, ob man den NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen – Aufrüsten und Verhandeln – billigt, erfragt genau genommen nur die Einstellung gegenüber dieser Kombination. Mancher stimmt nur zu, weil er den Verhandlungsteil für besonders wichtig hält, nicht aber den Stationierungsteil. Wer nach der Aufstellung von Pershing II und Marschflugkörpern (wie etwa Allensbach für den „Stern“ vom 20. 10. 83) fragt, der verkennet, daß die Expertensprache mit der Alltagssprache nicht identisch ist. Für viele ist der übliche Sprachgebrauch der von „atomaren Mittelstreckenraketen“ oder „Atomraketen“. Wird die Frage zudem lang und komplex formuliert, so ist erfahrungsgemäß die Gefahr der Verwirrung gegeben. Der Befragte orientiert sich an den zuletzt genannten, ihm geläufigen Stimuli. Dem Hinweis,

die NATO sehe die Stationierung vor, kommt vor diesem Hintergrund mitunter eine Schlüsselposition zu: weil die NATO positiv bewertet wird und die Fragen z. T. gar nicht richtig verstanden werden, geht die Bewertung der NATO in die Antwort mit ein; es kommt zu einer künstlich überhöhten Bejahung der Stationierung.

Wo die Dinge beim Namen genannt werden, auf die Bundesrepublik als Stationierungsort verwiesen wird, sind es rund zwei Drittel Nachrüstungsgegner (vgl. u. a. die Übersicht in der „Zeit“ vom 7. 10. 83). Und auch, wo eher verklausuliert mit den Typenbezeichnungen der Raketen gefragt wird, ist es eine relative, zusehends größer werdende Mehrheit (vgl. „Stern“ vom 20. 10. 83). Bei Berücksichtigung methodischer Standards für Frageformulierungen erscheint der Wert um zwei Drittel Gegnerschaft als der realistischere Anteil. Er kennzeichnet die überwiegende Grundstimmung in der Bevölkerung gegenüber neuen Atomraketen, auch wenn dies bei vielen (Befürwortern und Gegnern der Nachrüstung) durchaus mit einem gewissen Maß an Ambivalenz verbunden sein mag.

Bleibt als einzige Ausnahme von diesem Muster bemerkenswerterweise eine Umfrage des Verteidigungsministeriums. Sie wurde kurz nach dem Abschluß des koreanischen Verkehrsflugzeuges durchgeführt und zeigte eine Mehrheit (um 58 %) für die Nachrüstung. Doch der Grund liegt nicht im Befragungstermin, er liegt primär im Verstoß gegen elementare Regeln empirischer Sozialforschung. Sowohl durch die Vor- als auch die Hauptfrage wird mehrfach ein suggestiver Einfluß zugunsten einer Nachrüstungsbeifürwortung ausgeübt.² Wenn mit Meinungsumfragen jemals versucht wurde, ganz massiv auf den Prozeß der politischen Meinungsbildung einzuwirken, dann mit dieser Umfrage. Zur Erfassung des vorherrschenden Meinungsklimas ist sie praktisch wertlos, das dominante Grundbild kann sie nicht erschüttern.

Aus den vorliegenden Umfragedaten wird als Globalergebnis deutlich: sich gegen Raketen auszusprechen, bedeutet nicht eine Kluft zur Bevölkerung aufzureißen, sondern diese zu reduzieren. Dies gilt insbesondere für das SPD-Wählerpotential – es steht der Nachrüstung nach den Anhängern der Grünen am negativsten gegenüber. Danach gefragt, ob sie bei Scheitern der Genfer Verhandlungen für oder gegen die Aufstellung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik sind, spre-

chen sich rund 3/4 der SPD-Anhänger gegen die Raketen aus, selbst die Hälfte der CDU-Wähler kann sich mit der Stationierung nicht so recht anfreunden.³

Ob jemand seine Unzufriedenheit in Form von Protest ausdrückt, hängt wesentlich mit davon ab, welche Protestform er billigt und welche Einstellung er gegenüber dem Veranstalter des Protestes einnimmt. Wer den Veranstaltern unseriöse Motive unterstellt, der wird auch kaum an ihren Aktionen teilnehmen.

Wie ist es deshalb mit dem Image der Friedensbewegung bestellt – jener Bewegung, welche die meisten Protestveranstaltungen gegen die Nachrüstung trägt? In Regierungsverlautbarungen wird der kommunistische Einfluß wiederholt betont, in der Berichterstattung der Medien über Demonstrationen wird Gewalttätern übergebührliche Aufmerksamkeit zuteil.⁴ Folgt die Mehrheit der Bevölkerung – gar die Nachrüstungsgegner – dieser Wahrnehmung? Stehen unüberwindliche Berührungängste einer Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung entgegen? Befragungsergebnisse erbringen zugunsten der Bewegung ein recht positives Bild.

Nur 10% aller Befragten glauben, in der Friedensbewegung hätten „Kommunisten, welche die Verteidigungsfähigkeit des Westens schwächen wollen“, den größten Einfluß. Dieser Wert belegt, wie wenig das offizielle Regierungsbild der Friedensbewegung in der Bevölkerung Widerhall findet. Und auch im Zeitvergleich spricht nichts für einen langfristigen Wandel, der Kommunisten als Drahtzieher stärker in den Vordergrund rückt. Als das Emnid-Institut im Herbst 1981 z. B. die Frage stellte, von wem die Friedensbewegung ausgehe, antworteten noch 16% spontan „Kommunisten, linke Gruppen“ und weitere 4% „Rußland, Kreml“. Und als im April 1982 infas nach der Friedensbewegung fragte, stimmten noch 15% dem Satz zu „Die Friedensbewegung ist im wesentlichen kommunistisch gelenkt“.

Gewalttäter, die in den Medien oft das Bild von Demonstrationen bestimmen, erscheinen den Befragten ebenfalls nicht als typisch für die Friedensbewegung. Im September – als die Diskussion um die Krefelder Krawalle zwar abgeebbt, aber in der Diskussion noch nicht völlig verschwunden waren – nannten 15% aller Bundesbürger Gewalttäter, „denen es vor allem um Krawall und Chaos“ geht, als die wichtigste Gruppe in der Friedensbewegung. Damit dominiert nur

bei einem Viertel der Bevölkerung ein eher negatives Bild (Kommunisten oder Gewalttäter). Die Mehrheit sieht sie überwiegend positiv: als „besorgte Bürger, welche die Bundesrepublik durch neue Raketen bedroht sehen“ (29%) oder „Menschen, die nicht nur gegen neue Raketen sind, sondern darüber hinaus die Rüstung allgemein abbauen wollen“ (32%).

Das Bild von der Friedensbewegung hängt primär von den eigenen sicherheitspolitischen Einstellungen ab: wer für die Stationierung neuer Raketen ist, sieht in der Friedensbewegung eher ein zersetzendes Element, Kommunisten und Gewalttäter dominieren aus seiner Sicht die Bewegung (rund zwei Drittel der Befürworter sehen dies so). Wer gegen die Stationierung neuer Raketen ist, teilt dieses negative Bild dagegen nur zu einer Minderheit (rund 15% der Nachrüstungsgegner). Nimmt man andere sicherheitspolitische Fragen, die mit der Einstellung zur Nachrüstung wiederum verbunden sind, so gibt das ein ähnliches Bild: etwa, wenn nach der Auswirkung der Nachrüstung auf die Sicherheit der Bundesrepublik gefragt wird, das globale militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West oder die Abrüstungsbereitschaft der beiden Supermächte bei den Genfer Verhandlungen erfaßt werden. Darüber hinaus wirkt sich aber auch die parteipolitische Bindung mit auf die Wahrnehmung der Friedensbewegung aus. Am negativsten fällt dabei das Bild bei den FDP-Anhängern aus – rund 48% sehen Kommunisten und Gewalttäter am Werk. Bei den CDU-Anhängern sind es 36%, den SPD-Anhängern 17% und den Grünen 7%.

Was passiert nun mit der eigenen parteipolitisch geprägten Wahrnehmung, sobald sich erst einmal eine Gegnerschaft zur Nachrüstung herauskristallisiert hat? Und wie sieht es mit den Befürwortern der Nachrüstung aus – stimmen hier CDU/CSU- und SPD-Wähler in der Beurteilung der Friedensbewegung überein? Das Bild, das sich darbietet, ist bemerkenswert: unter den Nachrüstungsgegnern verschwinden im wesentlichen die Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen CDU/CSU- und SPD-Wählern: Nur noch 19% der CDU/CSU-Anhänger und 13% der SPD-Anhänger nehmen Kommunisten oder Gewalttäter als einflußreiche Gruppen wahr. Unter den Befürwortern dagegen werden die parteipolitischen Unterschiede akzentuiert: 75% der CDU/CSU-Anhänger teilen nun das negative Image, dagegen nur 43% der SPD-Anhänger. Der

entscheidende Unterschied zwischen beiden Gruppen rührt dabei in der Wahrnehmung der Kommunisten her – die CDU/CSU-Wähler sehen sie vor allem eher am Werk als die SPD-Wähler (42% gegenüber 19%).

Sobald sich die Einstellungen erst einmal gegen die Nachrüstung wenden, vermögen die eigenen parteipolitischen Orientierungen das Bild der Friedensbewegung also nicht mehr nennenswert zu bestimmen, die Berührungspunkte schwinden. Offensichtlich wird eine Art Schwelle überschritten, die zu einer intensiveren Auseinandersetzung und realistischer Wahrnehmung der Friedensbewegung führt.

Alles in allem wird in den neueren Umfragebefunden eines ziemlich deutlich: gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen ist die Mehrheit der Bevölkerung – bei gleichzeitiger Bejahung der NATO. Die Berührungspunkte gegenüber der Friedensbewegung, gemessen an ihrem Image, sind relativ gering. Die Bewegung wird von der Mehrheit der Bevölkerung – auch zum Teil unter den Nachrüstungsbefürwortern – als seriös eingeschätzt. So, wie es nicht gelungen ist, die Gegner der Nachrüstung in der Bevölkerung zu isolieren, so ist auch nicht gelungen, die Friedensbewegung in der Bevölkerung zu diskreditieren.

Anmerkungen

- 1 Zu ähnlichem Ergebnis kam auch Klaus Bloemer: „Auswärtige Politik und Öffentlichkeit“, in: Die Neue Gesellschaft 6/83, S. 567–574 (dort auch mit Verweisen auf internationale Befunde).
- 2 Die Vorfrage stellt bereits eine massive Beeinflussung dar: „Nach Ansicht zahlreicher Militär-

experten ist die Sowjetunion in Europa gegenüber dem Westen an Panzern, Truppen und atomaren Mittelstreckenraketen überlegen. Sollte der Westen eine solche Überlegenheit der Sowjetunion hinnehmen – oder sollte er ein militärisches Gleichgewicht anstreben?“ Dann folgte in Form einer zu befürwortenden oder abzulehnenden Behauptung die Nachrüstungsfrage: „Der Westen muß gegenüber der Sowjetunion stark genug bleiben. Deshalb ist es nötig, in Westeuropa moderne Atomwaffen aufzustellen, wenn die Sowjetunion ihre neuen Mittelstreckenraketen nicht abbaut.“

3 Die Umfrage, die hier herangezogen wurde, ist eine von uns für „Panorama“ (NDR) über das Emnid-Institut durchgeführte bundesweite Erhebung mit rund 2100 Befragten Ende August/Anfang September. Nach einer Vorfrage zu den Genfer INF-Verhandlungen zur Kenntnis des Stationierungstermins wurde gefragt: „Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellungen neuer Raketen?“ Bei Unentschiedenen oder Gleichgültigen wurde mit einer Nachfrage nachgefaßt und die zusätzlichen Befürworter/Gegner den Zahlen zugeschlagen.

4 Dies ist nicht für Demonstrationen der Friedensbewegung allein typisch. Er kennzeichnet die allgemeine Tendenz von Massenmedien, über spektakuläre Ereignisse – wie Gewalttätigkeiten – überproportional zu berichten. Ähnliche Vorgänge gibt es z. B. auch bei der Kriminalberichterstattung. Bei einigen Tageszeitungen kommen die eigenen politischen Grundorientierungen zusätzlich mit ins Spiel.

Mauern
abtragen

Helfen Sie mit Mauern abzutragen, die Behinderte und Nichtbehinderte voneinander trennen.
Helfen Sie den Alsterdorfern – Rufen Sie uns an:
Tel. 040/59 100 491



Alsterdorfer Anstalten
Alsterdorfer Straße 440
2000 Hamburg 60



Frankreich: Hartes Jahr für Mitterrand

Die sozialistische Regierung ist einem Trommelfeuer von Anklagen ausgesetzt, das von allen Seiten auf sie niedergeht: die oppositionelle Rechte wirft ihr mit einer Vehemenz ohnegleichen vor, das Land, das sie seit Mai 1981 verwaltet, „an den Rand des Ruins“ gebracht zu haben.

Die Kommunisten, die mit vier Ministern in der Regierung vertreten sind, drücken sich naturgemäß viel vorsichtiger aus, lassen aber nicht den geringsten Zweifel daran, daß sie die Wirtschaftspolitik von Premierminister Pierre Mauroy für „grundverkehrt“ halten. Für die Konservativen ist es klar, daß „der Sozialismus“ für die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes verantwortlich sei; die Kommunisten hingegen zweifeln nicht daran, daß... der Mangel an Sozialismus die Ursache für die Arbeitslosigkeit, für die stagnierende, wenn nicht sinkende Kaufkraft sei. Wem soll man Glauben schenken? Fest steht nur – das geben auch die Sozialisten zu –, daß das Land Mühe hat, mit seinen Problemen ins Reine zu kommen.

Was an dieser Vielfalt von Kritiken auffällt, ist wohl in erster Linie, daß es sich die Kritiker zu leicht machen: wer schon soll es den Konservativen, Giscard d'Estaing, Raymond Barre und Jacques Chirac abnehmen, daß die „nationalisations“, die Verstaatlichung großer Industriezweige, die Schuld an der Arbeitslosigkeit (2,2 Millionen Arbeitslose im Januar 1984) trage, wo doch die Arbeitslosigkeit schon vorhanden war, als sie selbst noch die Regierungsgeschäfte verwalteten? Und wer schon kann es ernst nehmen, wenn die Kommunisten, die „französisch produzieren“ wollen, allen Ernstes vorschlagen, zum Hilfsmittel des Protektionismus zu greifen, um das Land aus der Krise herauszuführen?

Es bleibt die Tatsache, daß auch die Sozialisten es sich häufig allzu leicht gemacht haben. Zu-

nächst in der Beurteilung der Wirtschaftskrise, die ja nicht allein auf Frankreich begrenzt ist. Mit einem Optimismus, der anfänglich durch keine kritische Einsicht getrübt war, setzten sie in der ersten Periode ihrer Regierungstätigkeit auf einen schnellen Aufschwung in den europäischen Nachbarländern und in den Vereinigten Staaten. Warnende Stimmen, wie die von den Ministern Jacques Delors und Michel Rocard, wurden in den Wind geschlagen. Die Losung hieß: Wachstum. Nur wenigen kam damals in den Sinn, daß – vielleicht – die Periode des ständigen Wachstums, unterbrochen nur, wie früher, von zeitbegrenzten Krisen, vorbei sein könnte.

Diese Erkenntnis setzte sich erst im März vergangenen Jahres durch. Und damit begannen die eigentlichen Schwierigkeiten: wie soll man die Krise meistern? Konnte eine sozialistische Regierung einfach die Praxis von Reagan und Thatcher übernehmen, eine Praxis, die die Krise ohne Rücksicht auf die Menschen „meistert“, Millionen auf die Straße wirft? Natürlich nicht. Und so entstand beispielsweise die Idee, der Arbeitslosigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch „sozial“ zu Leibe zu gehen: man entließ Menschen aus der Produktion, indem man ihnen einen vorzeitigen Ruhestand unter wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen ermöglichte; es wurden Maßnahmen getroffen, um jüngeren Menschen eine Neuausbildung zu ermöglichen. Aber alle diese Maßnahmen erwiesen sich als Stückwerk.

Dann erfolgte ein eigentlicher Bruch mit der früher vorgeschlagenen und praktizierten Politik. Grund dafür war die Erkenntnis – und das ist in der Tat das Erbe der früheren konservativen Politik – daß die französische Industrie sich in einer effektiven Strukturkrise befindet. Ist es möglich, Kohlengruben weiterzubetreiben, die tatsächlich unrentabel sind? Kann man, mit künstlichen Mitteln, eine Stahlindustrie aufrechterhalten, die tatsächlich überaltert ist? Und trifft das Gleiche nicht für einen Teil der chemischen Industrie, für das Druckereigewerbe, für die Werften zu?

„Frankreich muß modernisiert werden“: das ist die Losung, die die Regierung seit einiger Zeit ausgibt. Niemand hat dagegen etwas einzuwenden. Die Frage ist nur: wie soll das bewerkstelligt werden? Und hier nun kann der Regierung nicht der Vorwurf erspart werden, es sich allzu leicht gemacht zu haben. Übersehen wurde – ein schlimmer Vorwurf für eine sozialistische Regierung – daß man nicht einfach radikale Maßnah-

men ergreifen darf, ohne sich mit den Gewerkschaftsorganisationen abzustimmen, mit Organisationen also, die ihr politisch nahestehen.

Musterbeispiel dafür ist das, was in den Talbot-Automobilwerken geschah. Jeder weiß, daß die der Firma Peugeot gehörenden Werke (die nicht verstaatlicht wurden) von ihren Besitzern äußerst schlecht verwaltet wurden. Jeder weiß auch, daß Tausende von ausländischen Arbeitern, die dort beschäftigt sind, nicht die geringsten Rechte hatten und der Tyrannei einer „Hausgewerkschaft“ ausgeliefert waren.

Als nun, Ende 1983, die Firma die Entlassung von 3000 Arbeitern beabsichtigte, was einen Proteststurm in den Werken auslöste, verhandelte die Regierung mit der Direktion und setzte durch, daß „nur“ 2000 Arbeiter von dieser Maßnahme betroffen wurden. Aber dieses Abkommen wurde praktisch ohne Konsultation der Gewerkschaften (der CGT und der CFDT) getroffen. Folge: die betroffenen ausländischen Arbeiter traten in den Streik, der Einfluß der Gewerkschaften wurde untergraben, und die Regierung verlor ihr Prestige bei allen: in der Öffentlichkeit, bei den Gewerkschaften und, natürlich, bei denen, die ihren Arbeitsplatz verloren.

Nach diesen Vorfällen hat die Regierung versprochen, in Zukunft „ständige Konsultationen“ in allen von der Krise betroffenen Industriezweigen vorzunehmen. Bleibt indes, daß neue Entlassungen in den von der Krise geschüttelten Industriezweigen unvermeidlich sein werden. Angesichts der Tatsache, daß das Wirtschaftswachstum in Frankreich gegenwärtig nur knapp über Null

liegt und mit einem schnellen Aufschwung kaum gerechnet werden kann, ist es wahrscheinlich, daß die Zahl der Arbeitslosen Ende dieses Jahres etwa 2,5 Millionen erreichen dürfte.

Es wird ein hartes Jahr für Frankreich. Schon wurde den Gewerkschaften bedeutet, mit einer Erhöhung der Löhne und Gehälter könne nicht gerechnet werden, sondern eher müsse man sich auf eine, wenn auch geringe, Senkung der Kaufkraft einstellen. Es wird „rationalisiert“ werden. Da der Staat angesichts des großen Defizits im Haushalt nicht mehr wie in den Jahren 1981 und 1982 zusätzliches Personal einstellen und sich so „großzügig“ erweisen kann, ist auch da nicht viel zu erhoffen: um so weniger, als die Inflation, das alte Übel in Frankreich, zwar eine eindeutig rückläufige Tendenz aufweist, aber immer noch dreimal höher ist als in der Bundesrepublik. Ein Lichtblick im Wirtschaftsdunkel: das Außenhandelsdefizit ist kräftig zurückgegangen.

Herabsetzung der Arbeitszeit? Merkwürdigerweise hält die französische Regierung dieses Thema, das von den Gewerkschaften immer wieder zur Sprache gebracht wird, nicht mehr für so aktuell wie in der ersten Periode ihrer Amtszeit. Staatspräsident Mitterrand hält das gegenwärtig für „nicht realistisch“ – ebenso wie der Unternehmerverband, der jetzt auch mehr Gehör findet, als das früher der Fall war...

1984: ein hartes Jahr für Frankreich. Und für den französischen Sozialismus, dem ein „Realismus“ abgefordert wird, den er nur mit Mühe bewältigen kann. *Gustave Stern (Paris)*

Griechenland: Prüfsteine und Stolpersteine

Der regierenden PASOK stehen Schwierigkeiten mit denen von Ihnen selber kontrollierten Gewerkschaften ins Haus.

Nach vielen Überlegungen und Gesprächen auf gewerkschaftlicher sowie auf politischer Ebene zwischen den Parteien und nach der Vertagung der ersten Sitzung des 45köpfigen Vorstands der

Allgemeinen Konföderation der Griechischen Arbeiter wurden eine neue Führungsspitze und ein neues Exekutivkomitee gewählt. Im achtköpfigen Präsidium behielt die Seite der Regierungspartei, obgleich sie im 45köpfigen Vorstand die absolute Mehrheit hatte, lediglich fünf Sitze und gab drei an die Kommunistische Partei Griechenlands ab. In gleicher Weise fiel der Posten des Präsidenten an den PASOK-Vertreter Raltopoulos, während der einflußreiche Posten des Generalsekretärs von dem KP-Vertreter Kostopoulos übernommen wurde. Das Exekutivkomitee setzt sich nunmehr zusammen aus vier PASOK-Mitglie-

dem, zwei von der (moskauorientierten) KP Griechenlands und einem Mitglied der (euro-)kommunistischen Partei „des Inlands“.

Die für das Führungsproblem der Allgemeinen Konföderation der Griechischen Arbeiter gefundene Lösung – Beteiligung aller Parteien der Linken und Überlassung von Posten in der Führungsspitze an die KP – ist offensichtlich politischer Natur und gründet sich auf dem Wunsch der Führungen beider Parteien, der PASOK und der KP, die zwischen beiden bestehenden Spannungen auf gewerkschaftlicher Ebene abzubauen und sich, untereinander so friedlich wie möglich, der Leitung der Organisation und der Bewältigung der Arbeitnehmerprobleme zu widmen.

Auf der anderen Seite spricht die der „Neuen Demokratie“ nahestehenden ADISK, die keinen einzigen Posten im Präsidium und im Exekutivkomitee erringen konnte, von einer „zynischen und schamlosen Postenschacherei“ und von einer „Löwenallianz“, während der neu gewählte Präsident in einer Erklärung nach seiner Wahl bemerkte, daß mit den neuen Entwicklungen im Gewerkschaftsverband für die Gewerkschaftsbewegung eine neue Phase im Kampf um die Ausbreitung der innergewerkschaftlichen Demokratie und die Förderung ihrer Einheit angebrochen sei.

Wahr ist sicher, daß – ob diese Wünsche nun in Erfüllung gehen oder nicht – dies nicht allein vom politischen Willen der beiden Parteien abhängt, sondern von der Art und Weise, wie die Regierung den wirklich ernsthaften Arbeitnehmerproblemen – z. B. in der Einkommenspolitik, die traditionellerweise Hauptgegenstand von Kontroversen und Polemiken seitens der Opposition gegen die Regierung ist – begegnen wird. Es liegt auf der Hand, daß die Haltung der Gewerkschaften zur Einkommenspolitik der Prüfstein für die Durchsetzbarkeit der dem Präsidium aufgetragenen gewerkschaftspolitischen Zielsetzungen ist.

Hinsichtlich der Einkommenspolitik ist Kritik von Seiten der Kommunisten nicht zu erwarten, denn die Existenz dieses Problems war bereits bekannt, als die Diskussionen und Überlegungen zu einer „einheitsgewerkschaftlichen“ Lösung der Präsidenschaftsfrage begonnen hatten. Formell jedoch haben sich die Gewerkschaftsflügel von PASOK und KPG „bloßgestellt“ durch die Übernahme von Positionen zur Einkommensfrage, die sich nicht unbedingt im Einklang mit den entsprechenden Regierungsentscheidungen befinden.

Beide Arbeiterparteien stimmten auf dem letzten Gewerkschaftskongreß einem Antrag zur Einkommenspolitik zu, der Forderungen aufstellte, welche über die Regierungsankündigungen hinausgingen. So befindet sich die neue Führung der Gewerkschaften praktisch von Amtsantritt an im Widerspruch zur Regierungspolitik, und sie wird wohl darauf zu beharren haben, daß auf ihre Forderungen eingegangen wird.

Neben der Einkommenspolitik erweist sich ein weiterer Punkt als Prüfstein für die Gewerkschaftsführung: die Bestimmungen über das Streikrecht in sozialisierten Unternehmen, die bereits bei ihrer gesetzlichen Verankerung in Art. 4 des Gesetzes über die sozialisierten Unternehmen (s. NG 7/83) einen Proteststurm ausgelöst hatten. Die Gewerkschaftsführung wurde durch den Kongreß formell verpflichtet, „mit allen möglichen Mitteln“ darauf hinzuwirken, daß der Art. 4 wieder abgeschafft wird.

So könnte es zu dem etwas befremdlichen Vorgang kommen, daß die mehrheitlich von der PASOK kontrollierte Gewerkschaft gezwungen ist, die Regierung unter Druck zu setzen, damit diese ihre Politik revidiert. Andernfalls könnte die linke Opposition innerhalb des Gewerkschaftspräsidiums zur Konfrontation übergehen.

Die Existenz dieser beiden Stolpersteine für die Regierung – Einkommenspolitik und Artikel 4 – gab theoretisch gewissen Tendenzen innerhalb der PASOK, des Gewerkschaftsverbandes und herausgehobener Gruppierungen Auftrieb, die für eine richtungsgewerkschaftliche Orientierung plädieren. Ihre Argumentation: die Regierungspartei bekomme Probleme mit ihrer Gewerkschaftsorganisation, die doch die „einheitsgewerkschaftliche“ Lösung unterstützen solle, sobald die Organisation sich für den Druck seitens der Opposition „öffne“.

Wir dürfen die Tatsache nicht übersehen, daß die Rechte, die sich jetzt so arbeiterfreundlich maskiert, nur scheinbar „linke“ Positionen übernimmt und Lohnforderungen unterstützt, die weit über die der Hauptkräfte in den Gewerkschaften hinausgehen. Im Hinblick darauf könnte die Zusammensetzung der neuen Gewerkschaftsführung auch als ein Experiment qualifiziert werden, nämlich dafür, den Versuch zu unternehmen, zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Anti-Rechts-Kräften eine Übereinkunft in bezug auf unterschiedlich bewertete Fragen zu erreichen.

Artemis Kyriazis (Athen)

Großbritannien: Im Zeichen Orwells

Die Kandidatur Tony Benns zum Unterhaus verspricht, wenn sie Erfolg hat, eine interessante Kraftprobe innerhalb der Labour Party nach sich zu ziehen. Konservative und Soziale Demokraten geben sich noch optimistisch.

Schon nach einem Monat im neuen Jahr haben die Briten von 1984 die Nase voll. Natürlich nicht von dem Kalenderjahr, sondern von dem Medienrummel um das gleichnamige, 1948 von George Orwell verfaßte Werk, in welchem dieser bestimmte totalitäre Tendenzen des Sozialismus seiner Zeit in die Zukunft – 1984 – hineinprojiziert hatte. Mrs. Thatcher genoß es sichtlich zu erklären, daß der Konservatismus Großbritannien vor den Schrecken von „1984“ bewahrt habe und, im Gegenteil, Frieden und Wohlstand beschere werde. Oppositionsführer Neil Kinnock hielt ihr entgegen, in dem Buch gehe es um die Staatskontrolle schlechthin, nicht um Sozialismus. Jede Radio- und Fernsehstation, jeden Politiker, der sich irgend Gehör verschaffen konnte, trieb es dazu, das Buch und unsere heutige Gesellschaft zu analysieren und zu interpretieren. Es gab auch von „1984“ inspirierte Zukunftsvisionen, die Großbritannien in der postindustriellen Ära zeigten.

In den Augen der konservativen Rechten war Tony Benn lange Zeit der Prototyp des „1984“-Sozialisten, und seine Aufstellung als Kandidat der Labour Party für die bevorstehende Nachwahl in Chesterfield sorgte für die Schlagzeilen des Monats. Der Umstand, daß er in einem nördlichen, bisher von einem Exponenten des rechten Parteiflügels gehaltenen Wahlkreis aufgestellt wurde – nachdem er ursprünglich nicht in der Vorschlagsliste der Chesterfielder Parteiexekutive an den örtlichen Vorstand (der ihn dann hinzufügte) enthalten war –, signalisiert nicht nur, wie glaubwürdig und überzeugend Benn sein kann, sondern auch, wie weit das Zentrum der Auseinandersetzungen in der Labour Party nach links gerückt ist.

Vorausgesetzt, er siegt in der für März erwarteten Wahl, wovon allgemein ausgegangen wird, – welche Auswirkungen wird dies auf Mr. Kinnock und die Partei, die er führt, haben? Die Meinungen darüber sind geteilt. Tony Benn wird, zumal zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wohl kaum als

Herausforderer für das Amt des Parteiführers antreten. In Chesterfield beschwor er die Einigkeit, und Kinnocks Position ist, in allen Gliederungen der Partei, völlig unangefochten. Allenfalls wird Benn milde Kritik an Kinnocks Führungsstil üben, der etwas präsidial wirkt und ganz und gar nicht Benns jüngster Wunschvorstellung von einer kollektiven Führung ist: „like a wheel, with the spokes radiating outwards and giving strength“ (wie ein Rad bei dem die Speichen [auch: Sprecher] nach außen weisen und Stärke verleihen). Benn wird wohl auch als Bremser jedes Versuchs auftreten, die Partei auf rechts zu „trimmen“.

Einheitsschwüre oder nicht – es deutet vieles darauf hin, daß die zeitweilig führungslose radikale Linke in den Wahlkreisparteien – zwar ruhiggestellt, aber immer noch grollend, wie sie ist – nun alte Wunden aufreißt und ihrem einstigen Guru wieder die Rolle ihres Sprechers aufdrängen will. Und im Parlament selbst dürfte Benn der äußersten Linken von der „Campaign Group“ Verstärkung geben, die sich im letzten Jahr von der traditionellen „alten Linken“, der „Tribune Group“, abgespalten hat und bereits halb so stark ist wie letztere. Schwierige Zeiten für Neil Kinnock.

Unterdessen wächst bei den konservativen Hinterbänklern der Unmut über die von der Regierung betriebene Beschneidung der Gemeindeeinnahmen, die darauf zielt, die Ausgaben der Kommunen zu kontrollieren und die Erhebung der Gemeindeabgabe (unserer einzigen kommunalen Steuer, gestaffelt nach Besitz) zu begrenzen. Ganz bestimmte Kommunalverwaltungen werden sofort unter die neuen gesetzlichen Bestimmungen fallen und genau vorgeschrieben bekommen, wieviel und für was sie Geld ausgeben dürfen und wieviel sie dafür auf lokaler Ebene erheben dürfen. Aber schon werden weitergehende Eingriffsrechte gefordert, damit jede Kommune genauso behandelt werden könne. Die Empörung richtet sich auf zwei Punkte. Erstens werden dabei die konstitutionellen Rechte der Kommunalverwaltungen völlig mißachtet. Zweitens wird damit das Versprechen, die Macht des Staates und des öffentlichen Dienstes einzuschränken, in sein Gegenteil verkehrt.

So konnte denn eine hämische Labour Party das Schreckensbild von „1984“ an die Wand malen. Die kommunalen Ausgaben gehen in die zentrale Ausgabenbilanz ein und haben sich immer

als schwer zu kontrollieren erwiesen. Deshalb der Gesetzentwurf der Regierung. Mrs. Thatcher argumentiert jedoch, ihr Ziel sei es, sowohl die steuerzahlenden Hausbesitzer als auch die Geschäftswelt zu schützen. Der verantwortliche Minister hat erklärt, er würde zurücktreten, wenn Hinterbänkler weitergehende Änderungen an dem Gesetzentwurf erzwingen würden.

Das Stichwort „1984“ stand auch über einer im Januar begonnenen neuen und wichtigen Kampagne zu dem bedrückend vertrauten Thema Informationsfreiheit. Verschiedene Gutachten haben in der Vergangenheit bereits die lächerliche und übertriebene Geheimniskrämerei in staatlichen Einrichtungen kritisiert und die Praxis in Ländern wie den Vereinigten Staaten und Schweden eingehend untersucht. Doch nichts hat sich merklich bewegt. Die Kampagne fordert nun legale Informationsrechte, und sie könnte damit – anders als ihre Vorläufer – sogar Erfolg haben, zumal sie von einem kampferprobten und erfolgreichen Propagandisten geleitet wird: von Des Wilson, einem britischen Ralph Nader. Just vor kurzem noch ist es ihm gelungen, die Regierung

zu veranlassen, den Bleigehalt im Benzin zu reduzieren.

An ihrem Profil arbeitet indes die Soziale Demokratische Partei. Mittlerweile drei Jahre alt, versucht sich die SDP für die bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen als akzeptable Kraft zu präsentieren. Was viel Arbeit heißt für Dr. David Owen, denn er allein *ist* augenblicklich die SDP. Es ist eine Ein-Mann-Kapelle, und er schlägt sich dabei nicht schlecht. Owen versucht, für die SDP eine klarere, besondere Identität durch eine radikale, entschiedene und dennoch realistische Politik zu entwickeln. Er kann sich sogar schon in der Rolle eines Koalitionspartners vorstellen. Seine Hauptbotschaft lautet: „Entschlossenheit und Mitgefühl“, und er möchte „Politik für die Prosperität mit Politik gegen die Armut“ verbinden. Wie auch der Vorsitzende der Konservativen hat er Tony Benns Kandidatur begrüßt; das könne, meinen beide, Labour nur schaden und einem selber nur nützen. Wer von beiden – wenn überhaupt einer – recht behalten wird, werden wir in Kürze sehen...

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Zwei Weihnachtskrisen

In den Wochen vor Weihnachten erlebte Irland zwei dramatische Krisen, die auf lange Sicht schwere politische Erschütterungen auslösen könnten. Nach einem ohnehin problembeladenen Jahr steht die Regierung vor neuerlichen Schwierigkeiten.

Ende November war Don Tidney, Generaldirektor der größten Supermarkt-Kette Irlands, von einer Terrorgruppe der IRA entführt worden. Trotz sofortigen Polizeieinsatzes und einer ausgedehnten Ringfahndung gelang es den Entführern, sich aus der Dubliner Region abzusetzen und unterzutauchen. Wenige Tage später erhielten die Familie Tidneys und die Supermarkt-Gesellschaft – eine Filiale des großen britischen Konglomerats Associated British Food – Lösegeldforderungen in Höhe von fünf Millionen IR £ – die höchste Forderung dieser Art in der irischen Verbrechensgeschichte.

Die irische Regierung schlug eine harte Linie ein. Es wurde verfügt, daß unter keinen Umständen irgendein Lösegeld gezahlt werden dürfe. Zu Entführungen dürfe nicht auf diese Weise ermutigt werden, und das Geld dürfe nicht in die Hände von Mörderbanden der IRA fallen, die davon nur weitere Waffenkäufe finanzieren würden. Sowohl die Familie des Entführungsoffiziers als auch die ABF fügten sich in die Entscheidung der Regierung. Eine landesweite Fahndung wurde eingeleitet, die jedoch mehr als zwei Wochen lang ohne brauchbare Ergebnisse blieb.

Dann, vier Tage vor Weihnachten, ging das Drama zu Ende. Polizei und Militär durchkämmte in großer Zahl die Umgebung der Kleinstadt Ballinamore, die in der walddreichen Hügellandschaft von Leitrim liegt. Leitrim ist eine arme Region in der Nähe der nordirischen Grenze und eine bekannte republikanische Hochburg. Mutaßliche IRA-Sympathisanten in diesem Gebiet wurden Polizeiverhören unterzogen, und das Interesse der Medien konzentrierte sich ganz auf Ballinamore.

Am späten Nachmittag stieß eine gemeinsame Polizei- und Militärpatrouille tief im Wald in der Nähe der Stadt auf ein überdachtes Lager. Männer wurden beobachtet, die überstürzt zu entkommen versuchten, und eine wilde Schießerei begann. Minuten später war Tidney in Sicherheit, die „gunmen“ waren in die Wälder verschwunden, und zurück blieben zwei Tote: ein junger Polizist und ein Soldat. So wurde die Erleichterung über die Befreiung Tidneys von der Trauer über die beiden ermordeten Männer überschattet.

Zur Verfolgung der Mörder und Entführer wurde eine riesige Militär- und Polizeiaktion eingeleitet. Doch es gelang weder, die Bande zu fangen, noch, sie überhaupt zu lokalisieren. Zur gleichen Zeit schlugen in anderen Landesgebieten Polizeiaktionen gegen zwei weitere Terrorgruppen fehl, und die Regierung stand vor einer ernsthaften Sicherheitskrise. Angesichts des enormen öffentlichen Interesses und der aufgekommenen Beunruhigung wurde auf höchster politischer und polizeilicher Ebene pausenlos beraten.

Zwei zentrale Fragen hat der Entführungsfall Tidney mit seinem tragischen Ausgang aufgeworfen: Erstens, diese Entführung war nur die jüngste einer ganzen Serie von schockierenden Vorfällen, die deutlich machen, daß die IRA und andere republikanische Terroristen entschlossen sind, ihren Kampf zu eskalieren. Die Autobomben in London und der ruchlose Überfall auf eine kleine protestantische Kirchenversammlung bestätigen diese Tendenz. Es liegt auf der Hand, daß die sogenannte „politische“ Ebene der republikanischen Bewegung kaum mehr als ein zynischer Deckmantel für verstärkten Terror ist. Und es ist klar, daß die IRA mittlerweile auch die Sicherheitskräfte der Republik Irland zum Abschuß freigegeben hat – genauso wie die nordirischen. Drängende und schwierige Entscheidungen hat nun die Administration in Dublin zu treffen, insbesondere im Hinblick auf ein mögliches Verbot der Sinn Fein, der „politischen Front“ der IRA.

Zweitens, nachdem es den Sicherheitskräften nicht gelungen ist, der diversen, in letzter Zeit aufgetretenen Gruppen habhaft zu werden, hat in politischen und journalistischen Kreisen eine Debatte über Organisation und Ausrüstung von Polizei und Armee begonnen. Etatkürzungen, so wird behauptet, seien dafür verantwortlich, daß der Modernisierungsprozeß der Sicherheitskräfte

verlangsamt worden sei, und das insgesamt nur sehr schleppende Vorankommen der Reform des öffentlichen Dienstes habe einen gewissen Mangel an moderner antiterroristischer Technik verursacht. Irland ist zweifellos mit einer ernsthaften Bedrohung seines inneren Friedens und seiner politischen Stabilität konfrontiert, und dem muß mit Entschlossenheit und mit den notwendigen Ressourcen begegnet werden.

Noch nicht einmal das Entführungsdrama konnte ein anderes Ereignis aus den Schlagzeilen verdrängen, das dieses Mal die Regierung selbst betraf. Just eine Woche vor Schluß der Parlamentssession, als sich die Journalisten ganz wirtschafts- und haushaltspolitischen Fragen widmeten, verkündete eine mitternächtliche Pressemitteilung den Rücktritt eines hochrangigen Kabinettsmitglieds: Frank Cluskey von der Labour Party, Minister für Gewerbe, Handel und Tourismus, hatte seinen Hut genommen.

Cluskey erklärte, daß er die Bedingungen eines zwischen dem Energieminister und der Dublin Gas Company – einer Privatfirma – ausgehandelten, umfänglichen Abkommens nicht akzeptieren könne. Der Vertrag regelt die Lieferung von Naturgas aus den riesigen Gasfeldern von Kinsale Head. Cluskey sah in dem Vertrag einen offenkundigen Versuch, privaten Unternehmern fette Profite in die Hände zu wirtschaften, während dabei der Regierung nur ein unverhältnismäßig hohes Risiko bleibe. In einer nachfolgenden erläuternden Erklärung unterstrich Cluskey, daß er aufgrund einer politischen Prinzipienfrage zurückgetreten sei: „Ich habe das Dubliner Gasgeschäft so beurteilt, daß mit der Ideologie der Rechten, die ausschließlich privatunternehmerische Interessen begünstigt, der Standpunkt der politischen Linken, der dem öffentlichen Interesse auf den lebenswichtigen Gebiet der Nutzung der natürlichen Ressourcen der Nation Vorrang gibt, untergebugelt werden sollte.“ Dieses, sagte er, habe er nicht akzeptieren können.

Dieser dramatische Vorgang hat die Koalitionsregierung ernsthaft erschüttert, indem er politische Differenzen aufbrechen ließ, die zwischen beiden Parteien unzweifelhaft bestehen, und indem er dem linken Flügel der Labour Party, der mit der Gesamtleistung der Regierung unzufrieden ist, Gelegenheit bot, sich neu zu formieren. Insbesondere zwei politische Schlüsselthemen sind durch Cluskeys Rücktritt neu in die öffentliche Diskussion gekommen:

1. Die politische Linie der Regierung in Sachen Nutzung der natürlichen Ressourcen ist ins Gedächtnis gekommen. Welche Haltung wird nun in der Frage der Finanzierung und der Ausbeutung der großen Ölvorkommen an der südirischen Küste eingenommen? Der Umstand, daß jetzt – nach einer Kabinettsumbildung im Gefolge von Cluskeys Rücktritt – Labour-Führer Dick Spring an der Spitze des Energieministeriums steht, vereinfacht die Probleme Labours in der Regierung keineswegs.

2. Der bevorstehende Haushalt wird jetzt zum

Kernthema der politischen Diskussionen und Spekulationen in Irland. Die Labour Party fordert Maßnahmen zur Kapitalbesteuerung und zur Belebung des Arbeitsmarktes, und es mehren sich aus den Reihen der Partei der Druck auf die Labour-Minister, diese und andere Initiativen zu Prüfsteinen für eine weitere Regierungsbeteiligung zu erklären. Frank Cluskey handelt nunmehr als das „Gewissen“ der aktiven Parteimitgliedschaft und stellt jetzt ein fortgesetztes Problem für seine früheren Kabinettskollegen dar.

Tony Brown (Dublin)

Niederlande: Auseinandersetzungen über Umfang der Arbeits- zeitverkürzung

In Sachen Arbeitszeitverkürzung können westdeutsche Gewerkschafter von „niederländischen Zuständen“ nur träumen. Während hierzulande monatelange Auseinandersetzungen anstehen, ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in den Niederlanden längst beschlossene Sache.

Gestritten wird momentan über die Effektivität und das Ausmaß dieser Maßnahme. Nach einer Übereinkunft in der „Stiftung der Arbeit“ („Stichting van de Arbeid“, seit 1945 bestehendes privatrechtliches Organ, in dem sich Vertreter der Tarifparteien paritätisch gegenüber sitzen und über Arbeitsbedingungen beraten) vom November 1982 wurden Bestimmungen über die jährliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit in fast alle Tarifverträge aufgenommen. (In den Niederlanden werden auf der Grundlage eines landesweit gültigen Kollektivvertrages von Einzelgewerkschaften, Branchen und Großunternehmen für den jeweiligen Bereich gültige konkrete Tarifvereinbarungen einzeln ausgehandelt; deren Laufzeit beträgt in der Regel ein Jahr.)

Hintergrund der frühen Bemühungen um eine gerechtere Verteilung der Arbeit ist die wirtschaftliche Krisensituation in unserem Nachbarland. Bereits eine 1980 im Auftrag des „Wissenschaftlichen Rates für die Regierungspolitik“

angestellte Untersuchung prophezeite für das Jahr 2000 eine bis auf 15% angestiegene Arbeitslosigkeit. Doch inzwischen ist das nächste Jahrtausend schon Wirklichkeit. Ende 1983 waren 825 000 Niederländer ohne Arbeit, was etwas mehr als 17% der Erwerbs-Bevölkerung ausmacht. Allerdings wird inoffiziell schon von mehr als einer Million Beschäftigungslosen gesprochen, wenn man die verborgene Arbeitslosigkeit mitrechnet. Das ist der höchste Stand seit den 30er Jahren. Selbst wenn kein Arbeitsplatz mehr verloren gehe, so die Berechnungen des PvdA-Parlamentariers Moor, wären 1990 trotzdem 1,5 Millionen ohne Arbeit.

Diese Schreckensvisionen wurden durch eine im November 1983 vom Niederländischen Wirtschaftsinstitut in Rotterdam publizierte Studie abgeschwächt. Eine gleichmäßige Verkürzung der Wochenarbeitszeit (7% pro Jahr) würde bis 1990 eine 24-Stunden-Woche und 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze bringen. 200 000 Arbeitslose würden bleiben, denen ein höherer Arbeitskräftebedarf gegenüberstehe, so die Ökonomen. Der christdemokratische Arbeits- und Sozialminister de Koning schien beruhigt. (In den Niederlanden sind sich alle Parteien, auch die regierenden Christdemokraten, über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung einig!)

Ende Dezember wurde jedoch das Ergebnis einer Untersuchung bekannt, die im Hause des Herrn de Koning durchgeführt wurde. Danach führt die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung höchstens zur Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen. Von neuen Arbeitsplätzen könne keinesfalls die Rede sein, schon gar nicht von 2,5

Millionen. Dabei wurde von der für 1983 (0,68 – 2,7%) und 1984 (0,68 – 5%) vereinbarten Verkürzung der Wochenarbeitszeit ausgegangen. Nur 4 der 92 Tarifverträge enthalten Absprachen über eine 1986 oder 1987 mögliche 10%ige Verkürzung. Das alles aber sei viel zu wenig, wenn man davon ausgehe, daß etwa 50% der freigewordenen Arbeitszeit neuverteilt würde. Bei um 10% kürzerer Wochenarbeitszeit wären das etwa 75 000 Arbeitsplätze – bei 825 000 Arbeitssuchenden ein Klacks. Wenn Minister de Koning die Berechnungen seiner eigenen Mitarbeiter ernst nähme, müßte er also mit der Forderung nach 20% kürzerer Wochenarbeitszeit durch die Lande ziehen.

Im Lande aber hat man inzwischen begriffen, daß die Neuverteilung der Arbeit nach einer Arbeitszeitverkürzung das zentrale Problem ist. Der Gewerkschaftsbund FNV will die 35-Stunden-Woche, mindestens bis 1986 aber eine um 10% kürzere Wochenarbeitszeit. Das entspricht dem Plan der sozialdemokratischen PvdA, die im weiteren die 24-Stunden-Woche bei 40%iger Lohnkürzung anstrebt. Auch Modelle einiger Großbetriebe werden diskutiert. So arbeitet „Shell“ teilweise mit fünf Schichten, was etwa 31,5 Wochenarbeitsstunden entspricht.

Die Angst sitzt den Niederländern im Nacken. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Joop den Uyl malt den Alptraum einer „split level society“ an die Wand. Darunter versteht er eine Gesellschaft, in der Arbeitende mit guter Ausbildung, fester Arbeit und ausreichendem Lohn einer immer größer werdenden Gruppe von denen gegenübersteht, die vom Produktionsprozeß ausgeschlossen sind. Elitebildung durch Monopolisierung von Wissen und Macht und Hierarchisierung der Gesellschaft seien die Folge, wenn es nicht zu einer drastischen Arbeitszeitverkürzung komme. Soviel Menschen wie möglich müßten am Arbeitsprozeß teilnehmen können. Daher sei nicht primär die Arbeitszeitverkürzung, sondern die gerechte Neuverteilung der Arbeit das entscheidende Problem. Das entspricht auch der herrschenden Meinung im Gewerkschaftsbund.

Aber auch in einem anderen Punkt sind sich die Gewerkschaften und den Uyl einig. Im Moment ist durch die Sparpolitik der Regierung, den Beamtenstreik, die Kürzungen der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes das Klima in den Niederlanden reichlich vergiftet. Weitere Einschränkungen als Folge einer Arbeitszeitverkürzung würden momentan kaum hingenommen.

Die Niederländer sind aber schon einen entscheidenden Schritt weiter als die deutschen Kollegen. Allerdings ist die in hohem Maße von multinationalen Konzernen beherrschte exportabhängige Wirtschaft der Niederlande auch einen großen Schritt näher an weltwirtschaftlichen Schwankungen und ein erhebliches Stück tiefer in der Krise.

Trotzdem: es ist einfacher, mit etwas weitblickenderen Christdemokraten, die wie der niederländische Minister de Koning schon eindeutig von 10% kürzerer Wochenarbeitszeit ausgehen, vorsichtig von 20% sprechen und in der Neuverteilung der freierwerdenden Arbeitszeit das Hauptproblem sehen. *Klaus Schäfer (Amsterdam)*

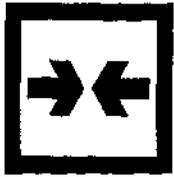


LESERBRIEF

Verletzende Schärfe

In NG 12/83 findet sich ein Artikel des Genossen Professor Thomas von der Vring, der unter dem Titel „Markt und Demokratie in Europa“ eine Erwiderung auf meinen eigenen Artikel in NG 11/83 über die Risiken der EG Süderweiterung zu geben behauptet. Ich habe mich über diese „Erwiderung“, die eigentlich fast gar nicht auf meine Überlegungen eingeht, geärgert, weil Genosse von der Vring sie mit einer verbalen Attacke gegen meine Analyse einleitet, deren Schärfe grundlos und verletzend ist. Ich darf Euch mitteilen, daß mich nur das Interesse an einem fort-dauernden Dialog über die uns gemeinsam interessierten Fragen der EG davon abhält, hier in ähnlicher öffentlicher Form gegen seine Reaktion und seine eigenen Thesen zu polemisieren. Deshalb beschränke ich mich auf die Bitte an die Leser, meine Ausführungen in NG 11/83 nicht nach der von-der-Vringschen Attacke, sondern nach ihren eigenen Meriten zu beurteilen.

Dr. Christian Deubner



Notizen. Anmerkungen zur internationalen Politik

von Heinz Oskar Vetter
Bund-Verlag, Köln 1983, 228 S.,
DM 26,-

Der langjährige DGB-Vorsitzende und engagierte Europäer Heinz Oskar Vetter gehörte nie zu denen, die sich häufiger in das Rampenlicht der Öffentlichkeit drängten, als es von Amts wegen geboten war. Wenn er sich jetzt mit einigen „Anmerkungen zur internationalen Politik“ zu Wort meldet, dann – so kann man in Ermangelung eines Vorworts nur vermuten – wohl aus dem Bedürfnis, eine Zwischenbilanz seines umfangreichen gewerkschaftlichen und politischen Wirkens vorzulegen und dabei einige Mißverständnisse auszuräumen, denen man in herausgehobener Position unvermeidlich ausgesetzt ist.

Heinz Oskar Vetter, seit mehr als dreißig Jahren im nationalen und europäischen Rahmen gewerkschaftlich führend tätig, konzentriert sich in seinen „Notizen“ ganz auf die internationale Gewerkschaftspolitik (ohne dabei allerdings – sieht man von einigen Nebenbemerkungen und einem Kapitel über Tunesien ab – der Nord-Süd-Dimension der Weltpolitik die ihr gebührende Beachtung zu schenken). Konzentriert, schnörkellos, häufig humorvoll schildert der heute 66jährige aus der Sicht eines Beteiligten Ereignisse und Entwicklungen, die in der Tagesberichterstattung verkürzt, verzerrt oder auch gar nicht vorkamen. Die Bandbreite der in zwölf Kapiteln zusammengefaßten Darstellung reicht von der Erläuterung der gewerkschaftlichen Ostpolitik und des Kampfes gegen

die Unterdrückung gewerkschaftlicher Freiheiten über Einblicke in die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, Erfahrungen mit Frankreichs Sozialisten und die deutsch-israelischen Gewerkschaftsbeziehungen bis zum mühevollen Ringen um die europäische Einigung auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene.

Zu den eher amüsanten Teilen des Buches gehört die Schilderung von Veters Begegnungen mit einigen „Größen“ der Welt: so mit dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger, der die deutschen Gewerkschaften zur Durchkreuzung des „historischen Kompromisses“ in Italien einspannen wollte (wozu diese gar nicht erforderlich waren), oder mit dem schon schwerkranken Leonid Breschnew, der übertrieben große Hoffnungen auf eine baldige Regierungsübernahme durch die werktätigen Massen in der Bundesrepublik setzte.

Weniger humorvoll hingegen fällt die Bewertung von Äußerungen eines führenden französischen Sozialisten aus, der – vermutlich in einem Anfall sozialistischen Verbrüderungswahns – mitten im Bundestagswahlkampf 1983 die deutschen Sozialdemokraten als unsichere Kantonisten und Verfechter eines neutralistischen Deutschlands denunzierte. Mit Nachdruck weist Heinz Oskar Vetter – dessen Amtszeit als DGB-Vorsitzender praktisch mit der sozialliberalen Ära in der Bundesrepublik zusammenfiel – darauf hin, daß gerade die Brandtsche Entspannungspolitik im Rahmen der deutschen Möglichkeiten eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines auf Frieden und Ausgleich angelegten Zusammenlebens in Europa war und nicht nur zu einer Verbesserung der Verhältnisse im geteilten Deutschland, sondern auch zu einer gewissen Entkrampfung der inneren Entwicklung in den Ostblock-Staaten geführt hat. Die

deutschen Gewerkschaften hätten es dabei – ebenso wie die Kirchen – als ihre Aufgabe angesehen, diese Politik (die folgenschwerverweise keine Entsprechung im militärischen Bereich gefunden hat) durch Aufklärung und Verbesserung des politisch-psychologischen Klimas zu unterstützen. Darüber hinaus habe der Deutsche Gewerkschaftsbund mit seiner, von den amerikanischen und westeuropäischen Brudergewerkschaften gelegentlich mißverstandenen Ostpolitik einen Beitrag zur praktischen Solidarität mit den Menschen im östlichen Machtbereich geleistet, während andere sich auf eine mehr demonstrative verbale Unterstützung beschränkten.

Ein ähnliches inneres Engagement wird auch in den Passagen des Buches deutlich, die sich auf den Prozeß der europäischen Integration beziehen. Wo es um die eigenständigere Vertretung sicherheitspolitischer Interessen, um die Arbeitszeitverkürzung oder die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an den sie betreffenden unternehmerischen Entscheidungen geht: hier und darüber hinaus – so das Plädoyer des einst überredeten und heute überzeugten Abgeordneten im Europäischen Parlament – werden sich wesentliche Fortschritte nicht mehr im engen nationalstaatlichen, sondern nur noch im europäischen Rahmen verwirklichen lassen.

Insgesamt: ein informatives, auch wegen seiner Kürze gut lesbares Buch, das hoffentlich über die Grenzen unseres Landes hinaus Verbreitung findet.

Andreas Zobel

Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach
von August Rathmann
Mit einer Einleitung von Hans Mommsen und Briefen von Elsa Brandström und Paul Tillich, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 285 S., DM 19,80

Im Jahr, als die parlamentarische Demokratie der ersten deutschen Republik zu Ende ging, im Januar 1933, erschien eine „Zeitschrift für geistige und politische Gestaltung“, wie es in ihrem Untertitel hieß. Sie nannte sich „Neue Blätter für den Sozialismus“, wurde von Eduard Heilmann, Fritz Klatt, August Rathmann und Paul Tillich herausgegeben, zählte hervorragende Köpfe zu ihren Autoren und gewann einen Kreis von Freunden, die nicht durch irgendeine Orthodoxie, sondern durch den Willen zur Rettung humaner und demokratischer Werte miteinander verbunden waren. Nun hat August Rathmann, ohne dessen Initiative diese bemerkenswerte Zeitschrift nicht entstanden wäre, und der während der kurzen Zeit ihrer Existenz, bis Juni 1933, ihr Schriftleiter war, seine Erinnerungen veröffentlicht.

Die Erfahrungen, Reflexionen, Bemühungen, die hier geschildert werden, sind nur zum Teil typisch für ein Arbeiterleben jener Zeit. Allerdings verliefen die ersten drei Jahrzehnte des 19. in einem holsteinischen Dorf Geborenen ähnlich dem Lebensweg vieler Träger und Repräsentanten der Arbeiterbewegung des vorigen und der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts. In deren Welt wuchs August Rathmann in einem Elternhaus hinein, in dem es kaum zur Ernährung der Familie reichte. „Wenn der Vater abends aus der ‚Volkszeitung‘ die im Reichstag gehaltenen Reden vorlas, hörte die ganze Familie gebannt zu. Vor allem August Bebel war uns Kindern in seiner leidenschaftlichen Rhetorik der Heros schlechthin. . .

Die Veranstaltungen der Partei und der Gewerkschaften . . . waren uns festliche Ereignisse.“ (S. 9) Rathmann schloß sich der sozialistischen Arbeiterjugend an und wurde im letzten Jahr seiner Tischlerlehre Vorsitzender der 800 Mitglieder zählenden Kieler Gruppe. Sein Standort innerhalb der Arbeiterbewegung wurde mitgeprägt durch seine frühen Begegnungen mit den Staatsrechtslehrern Gustav Radbruch und Hermann Heller, vor allem durch seinen Kontakt mit dem tüchtigen und einflußreichen Redakteur der Kieler SPD-Zeitung, dem späteren Beigeordneten in der Stadtverwaltung Eduard Adler, dessen Sekretär er 1919 wurde. Zwei Jahre später ging Rathmann als Arbeitersekretär nach Bochum. Dann gehörte er zu den damals verhältnismäßig Wenigen, die sich entschlossen, die geistigen Anstrengungen und materiellen Entbehrungen auf sich zu nehmen, die mit dem Weg eines Volksschülers zum Universitätsstudium und mit diesem Studium selber verbunden waren. Als es Rathmann 1933 mit einer juristischen oder philosophischen Dissertation abschließen wollte, waren die Professoren, die ihn als Doktoranden angenommen hatten, von den NS-Machhabern verjagt worden. So unterblieb die Promotion.

Rathmanns Erinnerungen sind ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Weimarer Jugendbewegung, die er zu einem Element der geistigen Erneuerung der Sozialdemokratie zu gestalten sich bemühte. Er war einer der Gründer des „Hofgeismar-Kreises“ der Jungsozialisten, der – im Gegensatz zu deren „Hannoveraner“ Richtung – den Wert von Staat und Nation betonte, den Sozialismus nicht als eine Sache nur der Arbeiterklasse ansah und eine Aktionsgemeinschaft von Arbeitern und Intellektuellen herstellen wollte. Durch eine Schriftenreihe, womöglich auch eine Zeitschrift,

wollten die „Hofgeismarer“ Einfluß auf die Gesamtpartei gewinnen und versuchten, den Parteivorstand dafür zu erwärmen. Schließlich kam es darüber zu einem Gespräch mit dem Parteivorstehenden Hermann Müller, das Rathmann schildert: „Er widersprach nicht, als ich den geistigen Zustand der Partei als desolat bezeichnete und darauf hinwies, daß vor allem die jüngere Generation sich zunehmend in einen gefährlichen verbalen Radikalismus verliere, wenn sie nicht die Möglichkeit habe, sich ernsthaft mit der Wirklichkeit und den Problemen sozialistischer Politik auseinanderzusetzen. Was seit der Wiedervereinigung mit der USPD und der neueren Entwicklung bei den Jungsozialisten an längst überholten vulgär-marxistischen Theorien in die Partei hineingetragen werde, unterminiere langsam aber sicher die für die Republik sich verantwortlich wissende Politik der Parteiführung. Der Hofgeismar-Kreis als organisierte Gesinnungsgemeinschaft in der Partei sei bereit und imstande, diese Politik mitzutragen und ihre geistige Basis zu stärken und zu verbreitern.“ (S. 83f.) In der von Rathmann zusammen mit Franz Osterroth herausgegebenen Reihe „Schriften zur Zeit“ erschienen dann einige Veröffentlichungen – am Zustand der SPD haben sie nichts Entscheidendes geändert.

Hans Mommsen stellt in seiner klugen Einführung fest, daß Rathmann in seiner kompromißlosen Ablehnung des linken „Radikalismus“ die Gemeinsamkeiten zwischen der Linksoption und der von ihm selber vertretenen reformsozialistischen Strömung erkannt habe: „Beide Richtungen wiesen auf den Mangel an innerparteilicher Demokratie hin, kritisierten bürokratische Erstarrung und fehlende politische Flexibilität. Beide beklagten, daß Angehörige der jungen Generation in den Entscheidungsgremien der Partei

so gut wie nicht vertreten seien.“ (S. XIII)

Das Unheil für die Partei sieht Rathmann freilich nicht nur im „Linksradikalismus“, sondern auch im Führungsproblem der Weimarer SPD; darüber finden sich offene und treffende Äußerungen in den Erinnerungen. Wäre der preußische Ministerpräsident Otto Braun an Stelle des schwachen, von Otto Wels zu diesem Amt gedrängten Hermann Müller 1928 Reichskanzler geworden, „hätte die deutsche Geschichte mit größter Wahrscheinlichkeit einen anderen Verlauf genommen“ (S. 219). Fehler in der Personalpolitik wirft Rathmann der SPD auch im Falle des parteilosen, sehr bedeutenden preußischen Kultusministers H. C. Becker vor, den sie zum Rücktritt gezwungen hat. Rathmanns hohe Meinung von Becker ist sachlich begründet und läßt sich nicht darauf zurückführen, daß Becker ein verständnisvoller Förderer Rathmanns war.

Das entscheidende Kapitel über die „Neuen Blätter für den Sozialismus“ und deren Freundeskreis wurde nicht vom Autor dieser Erinnerungen geschrieben, sondern von dessen Freund Fritz Borinski, einem ausgezeichneten Erwachsenenbildner der Weimarer Zeit, der auch in der Bundesrepublik als solcher wirkte (S. 173–201). Unverständlich ist, daß Borinski im Titel des Buches nicht genannt wird und daß biographische Angaben über ihn fehlen. Borinski ergänzt die von Martin Martiny 1977 in den „Vierteljahrheften für Zeitgeschichte“ veröffentlichte Dokumentation über die „Neuen Blätter“. Sein Beitrag verdeutlicht den inneren Zusammenhang, der zwischen dieser Zeitschrift und der Jugendbewegung – nicht nur der sozialistischen, sondern auch der bürgerlich-bündischen – bestand, und er schildert die politischen Umstände und die psychologischen Motive, aus denen die Illusion von Mitarbeitern und

Freunden der „Neuen Blätter“ erwuchs, man könne mit „linken“ Nationalisten, auch mit dem Strasser-Flügel der NSDAP, Hitler verhindern, ja ihn stürzen.

Rathmann hat die NS-Zeit als Kleinunternehmer und als Angestellter in Wirtschaftsgruppen überstanden. Nach 1945 war er mit der Umsetzung der Mitbestimmung befaßt, zuletzt als Geschäftsführer der „Gesellschaft für soziale Betriebspraxis“. Publizistisch hat er sich vor allem der Herausgabe von Schriften Paul Tillichs gewidmet, mit dem er seit der Weimarer Zeit in Verbindung stand und dessen geistige Welt ihn „in ihrer Universalität und Tiefe immer wieder staunen ließ“ (S. 250). Hans Mommsen erwähnt, daß Rathmanns Wunsch, nach 1945 ein Diskussionsforum nach Art der „Neuen Blätter“ zu gründen, nicht realisiert werden konnte. Woran lag das? Blieben doch viele Fragen, die in jener Zeitschrift erörtert worden waren, aktuell und erforderten Antworten, allerdings zum Teil andere als damals. Und diese Fragen wurden ja auch diskutiert, von 1945 bis heute, innerhalb der Sozialdemokratie und außerhalb ihrer Reihen. Rathmanns Schatz an Erfahrungen, sein Wissen und seine Personenkenntnis hätten dabei sicherlich eine Bereicherung bedeutet.

Susanne Miller

Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik

von Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.)

Bericht zum wissenschaftlichen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung „Beiträge zur reformistischen Sozialismustheorie in der Weimarer Republik“ vom 9. bis 12. Oktober 1980, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Berlin u. Bonn 1982, 495 S., DM 40,-

In geradezu exemplarischer Weise macht der hier anzuzeigende Sammelband deutlich, worum es beim aktuellen Streit um die Rolle der Weimarer Sozialdemokratie vor allem geht: um konträre Perspektiven. Eine Richtung denkt von der Partei, die andere von der Republik her – auf diese Kurzformel läßt sich der gelehrte Disput wohl ohne unzulässige Vergrößerung bringen.

Wer die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zwischen 1918 und 1933 isoliert betrachtet, der kann durchaus zu dem Ergebnis kommen, die These vom Immobilismus der Weimarer SPD sei falsch; vielmehr sei die Partei „proletarisch, basisbezogen und vital“ gewesen (so Peter Lösche, S. 23). Eine blühende Arbeiterkultur, namentlich der Aufschwung der Kinderfreundebewegung und der Arbeiterwohlfahrt, die Bautätigkeit der Freien Gewerkschaften: alles das scheint gegen den Vorwurf mangelnder Dynamik und für die „Stärke und Vitalität der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ (Lösche, S. 29) zu sprechen.

Anders lautet natürlich das Urteil derer, die von den Erfordernissen einer parlamentarischen Demokratie ausgehen und die Weimarer Sozialdemokraten hieran messen. Léo Hamon vertritt diese Position mit am nachdrücklichsten. Es sei der SPD schwer gefallen, schreibt er, sich von ihrer Tradition und ihren liebgewonnenen Hoffnungen zu trennen. „Sie fürchtete, mit ihren Legenden auch ihre Identität zu verlieren. Man sprach in ihren Reihen also weiter von ihr als der Partei der Arbeiterklasse. Die Partei machte sich keine Mühe, dem Mittelstand anziehend zu erscheinen. Dieser wandte sich denn auch anderswohin, nämlich zu den faschistischen Parteien – man weiß, welche Folgen das in Deutschland hatte“ (S. 454).

Einige Autoren halten den zwei-

ten Standpunkt für einen Ausdruck historischen Wunschkens. Der „Ratschlag aus der Rückschau“, meint etwa Detlef Lehnert, „die Partei hätte ihre gewandelte Stellung im republikanischen Staat rechtzeitig durch Ablösung von den engen Horizonten des ‚proletarischen Milieus‘ verankern müssen, spricht die Geschichtsentrücktheit und Lebensferne von Schreibtischkonstrukten“ (S. 259). Aber Eduard Bernstein, Eduard David und Erhard Auer, die die SPD auf den Weg zur linken Volkspartei bringen wollten, waren Menschen aus Fleisch und Blut – und Otto Braun und Carl Severing, die um der Republik willen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien bejahten und in Preußen praktizierten, sind auch keine von späteren Historikern erfundenen Kunstfiguren.

Ein „das Klassenbewußtsein prägendes Sozialmilieu proletarischer Alltagswelt“ (Lehnert, S. 259) wird im vorliegenden Band eher pauschal postuliert als konkret nachgewiesen. Als letzte Berufungsinstanz kann es daher vorerst nicht dienen; es ist einstweilen kaum mehr als ein „Schreibtischkonstrukt“. Der sozialhistorische Determinismus mündet regelmäßig in politischen Fatalismus: Daß die Weimarer Republik sich auflösen *mußte*, gilt manchen Autoren als ausgemacht. „Das Dilemma der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen bestand darin, daß unter den gegebenen politischen und sozialen Kräfteverhältnissen jeder Ansatz einer möglichen Koalitions- oder Oppositionspolitik zum Scheitern verurteilt war, weil es im bürgerlichen Parteienspektrum ab Ende der 20er Jahre keine politische Kraft mehr gab, die aktiv für die Republik einzutreten bereit war“ (Richard Saage, S. 165). Bei soviel Schicksalhaftigkeit erübrigt sich fast sozialdemokratische Selbstkritik – es sei denn, man fragt, ob die

Sozialdemokraten für „die gegebenen politischen und sozialen Kräfteverhältnisse“ nicht doch mitverantwortlich waren.

Susanne Millers These, „eine gründliche Revision und eine in sich kohärente Weiterentwicklung der Theorie des Sozialismus“ habe in der Weimarer Republik nicht stattgefunden (S. 411), scheint auf den ersten Blick durch einige Beiträge des Bandes widerlegt. Es gab Hermann Hellers Grundlegung des sozialen Rechtsstaates, Eduard Heimanns Konzept einer sozialistischen Marktwirtschaft, Ernst Tillichs Versuch einer religiösen Fundierung des Sozialismus; es gab Hilferdings Lehre vom „organisierten Kapitalismus“ und Naphtalis „Wirtschaftsdemokratie“.

Aber politisch prägende Kraft hat vor 1933 keiner dieser theoretischen Neuansätze erlangt. Das Fazit der beiden Herausgeber ist denn auch mit Recht betont nüchtern. Thomas Meyer spricht in einem der instruktivsten Aufsätze des Bandes von einer „Theoriestagnation“, die nicht allein durch „Problemüberlastung“ zu erklären sei. Vielmehr habe jener „ideologische Burgfrieden“ der Vorkriegszeit fortgewirkt, „der von der stillschweigenden Voraussetzung ausging, die marxistische Theorielesade möglichst unangetastet zu lassen... Zwischen der langfristigen Aufgabe und ihren kurzfristigen Lösungsmöglichkeiten bestanden in der Weimarer Zeit erhebliche Spannungen“ (S. 422, 424).

Und Horst Helmmann resümiert: „Weder Bernsteins revisionistisch-reformistischer Theorieansatz noch die zahlreichen Beiträge zur reformistischen Theorie in der Weimarer Republik wurden zu jenem geistig-theoretischen Kristallisationskern, der in einem fruchtbaren Dialog-Verhältnis zu den übrigen theoretischen Strömungen und zur Praxis der Sozialdemokratie stand. Es gab keinen für

alle Seiten fruchtbaren und zu sichtbaren theoretischen Ergebnissen führenden Dialog der reformistischen Theoretiker mit den revolutionären Theoretikern und den reformistischen Praktikern der SPD“ (S. 477).

Das Verdienst des Bandes ist es, daß er das theoretische Erscheinungsbild der Weimarer Sozialdemokratie in seiner ganzen Vielfalt sichtbar macht. Wo einzelne Autoren der Versuchung erliegen, das intellektuelle Umfeld der Partei mit der Partei gleichzusetzen, widersprechen ihnen andere. Es macht überhaupt den Reiz des Bandes aus, daß er der Kontroverse breiten Raum läßt – einer Kontroverse, bei der es keineswegs nur um ein abgeschlossenes Stück Geschichte geht.

Heinrich August Winkler

Die Welt-Energieperspektive. Analyse bis zum Jahr 2030 nach dem IASA-Forschungsbericht „Energy in a Finite World“

von Robert Gerwin

Vorgelegt von der Max-Planck-Gesellschaft, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1980, 224 S., DM 29,80

Wirtschaftlichster Energieeinsatz: Lösung des CO₂-Problems

von Amory B. Lovins/L. Hunter Lovins/Florentin Krause/Wilfried Bach

C. F. Müller Verlag, Karlsruhe 1983, 281 S., DM 9,80

Es ist weise, Energieprognosen nicht bei ihrem Erscheinen, sondern einige Jahre später zu lesen. Bis dahin hat sich m. E. die Spreu der windigen Prophetie vom ausgereiften Weizen getrennt. Die Hälfte der Energiebücher kann man dann getrost ungelesen weglegen. Ein solch weiser Betrachtungsabstand liegt heute hinter dem Buch von Gerwin (1980) wie auch hinter dem Text der Auto-

rengruppe (1983), da die amerikanische Originalfassung des zweitgenannten Buches, eine Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes, schon im Juni 1981 abgeschlossen war. Meine Empfehlung vorweg: heute ist nur noch das zweitgenannte Buch lesenswert. Warum?

Ohne den Inhalt der Bücher zu betrachten würde man aus drei äußerlichen Gründen wohl zum gegenteiligen Vor-Urteil kommen: Gerwin – als Wissenschaftsjournalist Leiter des Pressereferats der Max-Planck-Gesellschaft – ist erstens speziell beauftragt worden, den unter der Leitung des heutigen Vorstandsvorsitzenden der Kernforschungsanlage Jülich, Professor Wolf Häfele, von 1973 bis 1980 in Wien entstandenen IIASA-Forschungsbericht verständlich und flüssig darzustellen, während das zweitgenannte Buch von den Wissenschaftlern ohne publizistische Hilfe selbst verfaßt ist, was man den Texten anmerkt. Diesen vier Autoren standen, zweitens, sage und schreibe 148 Forscher aus 20 Staaten im Team Häfeles gegenüber, die Gerwin fein säuberlich auf vier Seiten seines Buches aufzählt. Wer, drittens, Bücher nach dem Namen dessen, der das Vorwort schreibt, beurteilt, stellt fest, daß Gerwins Buch mit dem Geleitwort des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft versehen ist, was wohl signalisieren soll, daß hinter diesem Buch die westdeutsche Wissenschaft als solche steht. Für das Buch der Autorengruppe hat Erhard Eppler ein Geleitwort verfaßt. Leicht meint es da mancher zu haben, das Werk als politisch motivierte pseudowissenschaftliche Abhandlung abzutun.

Zu messen sind diese Bücher aber zum einen an der Selbsteinschätzung durch die Autoren und zum anderen am Inhalt. Gerwin kennt keine Bescheidenheit und beginnt: „Es mag anmaßend erscheinen, ... zu signalisieren, es handele sich um *das* Sachbuch

zum Energieproblem schlechthin. ... Dieses Buch ist die ... Zusammenfassung der ... IIASA-Analyse ... , die wohl umfassendste und zugleich tiefeschürfundeste wissenschaftliche Analyse des Welt-Energieproblems, die bisher veröffentlicht wurde und auf absehbare Zeit erstellt werden kann.“ Dieser überhebliche Alleinvertretungsanspruch für jetzt und die Zukunft kontrastiert deutlich mit der Selbsteinschätzung der Autorengruppe: „Mit diesem Buch haben wir versucht, sowohl Entscheidungsträgern als auch Bürgern die Perspektiven aufzuzeigen, durch die der Wohlstand gesichert wird und unsere natürliche Lebensgrundlage erhalten bleibt.“

Wie plausibel ist, jeweils gemessen an den Ansprüchen, der Inhalt? Gerwin erläutert, daß nach den Berechnungen in den USA, Kanada, Westeuropa und anderen hochentwickelten Industrieländern bis zum Jahr 2030 die Bevölkerung um über 30 % zunehmen wird; bei uns würden demnach dann voraussichtlich fast 80 Millionen Bundesbürger leben. Weltweit würden das Bruttosozialprodukt wie auch der Primärenergieverbrauch wachsen, in Westeuropa bis zur Jahrhundertwende um 2 bis 3 % jährlich. Es wird prognostiziert, daß das Energiesparen kaum eine Bedeutung haben kann, denn „nur radikale Veränderungen des Lebensstils können zu sehr geringem Energiebedarf führen“. Folglich hilft nur die Kernenergie. Weltweit sind für die Zeit nach dem Jahr 2030 100 Brennelementfabriken, 100 Wiederaufarbeitungsanlagen der Gorleben-Größe, 650 Abfall-Zwischenspeicher und 50 Endlagerbergwerke angesagt. Unter den 10 000 Reaktoren werden 4000 große Schnelle Brüter sein. Bereits im Jahr 2000 werden über 500 große Hochtemperatur-Reaktoren laufen. Bei Bauzeiten von 10 Jahren verfügen derzeit zwei bis drei Länder über das entsprechende Know-how.

Die BRD müßte also ab sofort jährlich einige Dutzend Hochtemperatur-Reaktoren zu bauen beginnen, um der Prophezeiung gerecht zu werden. Gerwin im Kapitel „Die Botschaft“: „Die IIASA-Szenarien sind weltumspannend und erlauben kein Entkommen.“ Glaubhaft? Wohl kaum.

Die Autoren des anderen Buches argumentieren dagegen, daß die (Energie-)Zukunft nicht Schicksal, sondern eine Sache von Entscheidungen sei. Sie verstehen die vorgelegten Szenarien nicht als Vorhersagen, was sich ereignen wird, sondern vielmehr als eine Beschreibung dessen, was eintreten kann, wenn eine wirtschaftlich und ökonomisch vernünftige Energiepolitik betrieben wird. Beim Errechnen seiner Szenarien unterstellt das Autorenkollektiv, daß sowohl teure Auswüchse als auch ökologische Belastungen politisch vermieden werden müssen. Dann kommt eine zukünftige Weltbevölkerung von 8 Milliarden Menschen, wenn sie die Energie kosten- und ressourcensparend einsetzt, die vorhandenen Energieträger also bestmöglichst ausnutzt, mit etwas weniger als dem heutigen Energieverbrauch aus. Eine Energiestrategie, die Klima- und andere Risiken und alle Kosten gerade in der unterentwickelten Welt auf ein Minimum beschränkt, sei „möglich, mit pragmatischen Mitteln durchführbar und wirtschaftlich vorteilhaft“. Da bleibt einem nur, mit Erhard Epplers Worten aus dem Geleitwort festzustellen: „Wer sich von der Trostlosigkeit hat anstecken lassen, die von den Propheten der Energielücke verbreitet wurde, kann aufatmen: dies ist ein optimistisches – und überdies solides – Buch.“

Harolf Grupp

Der Palästina-Konflikt Geschichte, Positionen, Perspektiven

von Rainer Bernstein, Yasmin Hamdan, Karlheinz Schneider (Hrsg.)

Verlagsgesellschaft W. P. Sachon,
Bad Wörrishofen 1982, 386 S.,
DM 38,60

Es gibt mittlerweile mehrere Meter neuere Literatur über Israel, über die arabischen Staaten, die PLO, den Nahost-Konflikt und den Zionismus. Weniges davon ist lesenswert, informativ noch weniger. Die Erlebnisberichte von Juden und Palästinensern, wie z. B. Ben Gurions Autobiographie oder Raymonda Tawils „Mein Gefängnis hat viele Mauern“, sind eindrucksvoll, aber doch Einschätzungen von Menschen, die dort lebten oder leben. Sie sind für die Definition einer deutschen Position zum Nahost-Konflikt nur als Materialien von Bedeutung. Darstellungen von Journalisten oder Reisenden zeichnen sich nicht selten durch Parteinahme für eine Seite und Unkenntnis über die andere Seite aus.

Wer aus deutscher Sicht das „Israel-Problem“ angemessen darstellen will, kann dies nicht tun, ohne einerseits die historisch begründeten „besonderen Beziehungen“ – auch wenn er diesen von Israel benutzten Begriff und seinen Gehalt ablehnt – der Bundesrepublik zu Israel und andererseits die besonderen Beziehungen – diesmal ohne Anführungszeichen – der Bundesrepublik zu den USA zu berücksichtigen. Denn die „Wiedergutmachungspolitik“ Adenauers war nicht zuletzt eine amerikanische Politik.

Es gilt also, den Palästina-Konflikt aus einer Sicht zu beschreiben und nach Lösungswegen zu suchen, die ein Bürger der Bundesrepublik, im vollen Bewußtsein der jüngeren und älteren Geschichte und der daraus zu ziehenden Konsequenzen, mittragen kann.

Es hat deshalb einen guten Sinn, daß das hier vorzustellende Buch mit einem Interview des Heidelberger Theologen und ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Rendtorff endet. Rendtorff, der heute Vorsitzender des „Deutsch-israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten (DIAK)“ ist, erläutert, warum er, Gründungsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), diese 1976 verlassen und mit einigen anderen den DIAK gegründet hat: „Es hat sich vor allem nach dem (6-Tage-)Krieg von 1967 gezeigt, daß es in der Bundesrepublik nötig war, sich von einer Position aus, die grundsätzlich proisraelisch ist, dennoch mit der israelischen Politik im einzelnen kritisch auseinanderzusetzen. Und dies war, wie sich zeigte, innerhalb der Deutsch-Israelischen Gesellschaft nicht möglich. Vor allem aufgrund meiner Erfahrungen mit Studenten und überhaupt mit jüngeren Menschen in Deutschland schien es mir aber unbedingt notwendig, eine Gesprächsbasis auch für diejenigen zu schaffen, die Israel kritisch gegenüberstanden.“

Damit ist auch der Rahmen dieses Buches abgesteckt, ein Buch, das Bruno Kreisky als einen „sehr wortvollen und sachlichen Beitrag“ zur Nahost-Diskussion bezeichnete. Die drei Herausgeber, die elf weiteren Autoren sowie die sieben Interview-Partner gehen gemeinsam davon aus, daß Menschen, egal welcher Religion oder Rasse sie angehören, wo immer sie auch leben, ein Recht auf menschenwürdiges Dasein haben. Alles, was diesem Recht entgegensteht, kann daher kein Beitrag zur Konfliktlösung sein. Dies gilt beispielsweise für den Hegemonieanspruch des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin und seiner Anhänger wie auch für bestimmte Vorstellungen, die in der 1968 vom Palästinensischen Nationalrat verab-

schiedeten Charta enthalten sind. In diesem Buch kommen folgerichtig Vertreter dieser Richtungen nicht zu Wort. Es wird aber keinem positionslosen Neutralismus gehuldigt. Die Herausgeber und Autoren rechnen sich vielmehr bewußt und offen den Friedenskräften in beiden Lagern zu bzw. gehören in der Bundesrepublik zur demokratischen Linken.

So zählte denn auch zu den Interview-Partnern wie selbstverständlich der kürzlich wegen seiner „moderaten“ Haltung ermordete Arafat-Berater Isam Sartawi. Beiträge haben u. a. geschrieben der ehemalige Außenminister Abba Eban, eine „Taube“, und Uri Avneri, der aus Deutschland stammende führende Mitarbeiter der „Frieden-Jetzt-Bewegung“ und ehemalige Knesset-Abgeordnete. Die „Frieden-Jetzt-Bewegung“ demonstrierte bekanntlich noch während des Libanon-Krieges in Tel Aviv und anderen israelischen Städten mit eindrucksvollen Kundgebungen gegen die israelische Aggression. (Übrigens sind alle Beiträge erst nach dem Libanon-Krieg geschrieben worden, reflektieren also diese Konsequenz eines bestimmten Aspekts des Zionismus noch mit.)

Der Vorzug der Herausgeber, die Sprachen des Landes, über das sie schreiben, sicher zu beherrschen, wird vor allem in den historisch-analyisierenden Beiträgen sichtbar. Hervorzuheben ist hier der Aufsatz von Rainer Bernstein „Zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Palästina“, der mehr als die Zitierung der zahlreichen Deklarationen und Resolutionen deutlich macht, welche Ursachen die in den zwanziger und dreißiger Jahren mehrfach in Palästina ausgebrochenen Unruhen eigentlich hatten. Bernstein greift dabei auf zionistische Veröffentlichungen aus diesen Jahren zurück, die in Deutschland kaum mehr zugänglich sind. Doch nicht nur in den historischen Beiträgen, sondern

ebenso in Analysen der aktuellen Situation weist sich die Detailkenntnis der Herausgeber aus, wenn z. B. der letztlich äußerst geringe Einfluß der amerikanischen Regierung auf die jüngere israelische Politik nachgewiesen wird.

Es sprengt den Rahmen, alle Autoren mit ihren jeweiligen Beiträgen zu würdigen. Die Liste der Namen allein weist jedoch schon aus, daß hier eine Schrift vorgelegt wurde, die alle relevanten demokratischen Kräfte in Israel zu Wort kommen läßt, einschließlich jener, die außerhalb Israels für einen sinnvollen Kompromiß im Nahen Osten werben. Zu den Autoren und Interviewpartnern gehören Uri Avneri, Raymonda Tawil, Abba Eban und Simha Flapan, der Gründer und Herausgeber der israelischen Zeitschrift „New Outlook“, die als eine Form der Verständigung zwischen Palästinensern und Juden geschaffen wurde, ebenso wie der langjährige Vertreter der PLO in der Bundesrepublik, Abdallah Frangi, Isam Sartawi und Emile Touma, der Herausgeber des Kulturmagazins der kommunistischen Partei Israels, der einzigen zugelassenen nichtzionistischen Partei. Meir Pail, ein ehemaliger hoher Offizier, der heute die kleine friedensradikale Sheli-Partei führt, ist ebenso vertreten wie einige hier kaum bekannte, in Israel aber wohl-renommiertere Persönlichkeiten wie Jehoschafat Harkabi, ehemaliger Chef der israelischen Spionageabwehr, der die Konsequenzen der Politik der Begin-Regierung für Israel in dem Satz zusammenfaßt: „Es wird ein langsamer Selbstmord sein.“

Das Buch sei jedem empfohlen, der eine Einstellung zum Palästina-Konflikt finden will, die der deutschen Geschichte angemessen und den Ideen des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist.

Christoph Ehmann

Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland von Ernst Benda/Werner Maihofer/Hans-Jochen Vogel (Hrsg.) unter Mitwirkung von Konrad Hesse
Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York 1983, 1148 S., DM 198,-

Eine der wichtigsten Publikationen zur Weimarer Reichsverfassung war das Handbuch des deutschen Staatsrechts, das in zwei Bänden damals die wichtigsten Grundelemente der Verfassung der ersten deutschen Republik interpretierte. An diese ehrwürdige und demokratiebewußte Tradition scheint dem Titel nach zunächst die hier angezeigte Publikation anzuknüpfen, bei der jedoch schon auf den ersten Blick auffällt, daß ihre drei Herausgeber zugleich führende Repräsentanten der drei traditionellen Bundestagsparteien CDU, SPD und FDP sind. Und so wird auch bereits im Vorwort der Unterschied zu jener Weimarer Verfassungspublikation deutlich: Nicht umfassende Interpretation der Hauptelemente des Grundgesetzes ist das Ziel dieses dickleibigen Bandes, sondern die Konzeption, es sei notwendig, sich des Bestandes und des Ausmaßes des verfassungsrechtlichen Konsenses zu versichern, wie er zwischen den in der Bundesrepublik Deutschland wesentlichen politischen Richtungen besteht.

Bei der Gesamtkonzeption des Werkes ist es dabei keine Überraschung, daß dort nicht nur kritische Anmerkungen zu einzelnen Beiträgen beteiligter Autoren gemacht werden, sondern vor allem auch mehr politische Texte (von Bundestagsreden bis zu Parteitagsbeschlüssen) zitiert werden, als dies sonst in juristischen Abhandlungen allgemein, aber selbst in solchen des Verfassungsrechts, üblich zu sein pflegt. Da es den Herausgebern gelungen ist, namhafte Juristen aus allen Berei-

chen als Mitarbeiter zu gewinnen, ist insgesamt ein eindrucksvolles Kompendium entstanden. Gleichwohl hätte sich der Rezensent gewünscht, daß das Werk in manchen Bereichen auf eine breitere Autorenbasis gestellt worden wäre. So hat zwar die durch ihren Lebens- und Berufsweg den Gewerkschaften eng verbundene Anke Fuchs einen bemerkenswerten Beitrag zur Tarifautonomie beige-steuert. Ob sie allerdings allein die Bedeutung gerade auch der Gewerkschaften für die Integration der breiten Masse der Arbeitnehmer in diesen Staat zu unterstreichen vermag, darf gerade bei der Zielsetzung des Bandes füglich bezweifelt werden. Im Hinblick auf die deutsche Geschichte hätte man auch gerne ein Wort über die verfassungspolitisch so hoch bedeutsame Integration der bewaffneten Macht der Bundeswehr in den demokratischen Staat gelesen. Gleichwohl sollen diese kritischen Anmerkungen nicht die Bedeutung der Beiträge so hervorragender Repräsentanten unserer Verfassungsinterpretation mindern.

Fast alle Beiträge sind so formuliert, daß nicht nur Juristen sie verstehen können (der einzige Nichtjurist, der an dem Werk mitgewirkt hat, ist Peter Glotz, der seine Erfahrungen als Bildungssenator in Berlin eingebracht hat).

So kann der Band selbst dem Ziel dienen, das er zu untersuchen sich angeschickt hat: Der Interpretation der Verfassung als Ordnung des Prozesses staatlicher Integration (Rudolf Smend), was mehr bedeutet, als im Grundgesetz nur Regeln der Entscheidungsfindung und der Austragung von Konflikten zu sehen. Wir haben eine wertbestimmte Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, die dem Gemeinschaftsleben von Verfassungen wegen inhaltliche Richtlinien und Impulse gibt.

Claus Arndt